

Zur Frage der Budgetbewilligung.

Von

Anton Fendrich.

(Karlsruhe.)

Die socialdemokratische Fraction des badischen Landtags hat dem Finanzgesetz des Grossherzogtums für die Jahre 1900—1901 ihre Zustimmung gegeben. An diese Bewilligung des Etats durch unsere Parteivertreter im badischen Landtag — die übrigens bereits zum dritten Male stattfand — knüpfte sich auf der letzten Landesversammlung der socialdemokratischen Partei Badens sowie in der deutschen Parteipresse eine Discussion, die zunächst keinen Anlass zu Erwiderungen geboten hätte, wäre nicht der um eine Aeusserung in dieser Sache ersuchte Vorwärts, das officiële Centralorgan der Partei, mit einer Ansicht auf dem Platz erschienen, die nicht unwidersprochen gelassen werden kann und die ein Eingehen auf die Frage notwendig macht.

Der Vorwärts behauptet nämlich nichts Geringeres, als dass eine „Frage“ über diesen Gegenstand „in der Partei überhaupt nicht besteht“. Er begründet diese seine Ansicht folgendermassen:

„Der Parteitag in Frankfurt a. M. im Jahre 1894 hat ausführlich über die Stellung der Socialdemokratie zu den Etats der deutschen Einzelstaaten discutiert und die Unmöglichkeit unserer Zustimmung zu diesen Etats als die Meinung der weit überwiegenden Mehrheit der Partei festgestellt. Seit 1894 ist unseres Erachtens nichts geschehen, was eine veränderte Stellung unserer Partei bedingen könnte.“¹⁾

Die Fassung dieser Sätze ist derart, dass jeder mit den Verhandlungen des nun 7 Jahre zurückliegenden Frankfurter Parteitags nicht vertraute Genosse zu der Ansicht kommen muss, die Frage, ob Vertreter der Partei auf Einzellandtagen ihre Zustimmungen zu dem Staatshaushaltsgesetz geben können, sei in Frankfurt wirklich entschieden worden, und zwar in verneinendem Sinne. Zwar vermeidet der Vorwärts mit Aengstlichkeit das Wort Parteitagsbeschluss. Aber damit wird gerade der Hauptsache aus dem Wege gegangen. Der Satz, dass „auf dem Frankfurter Parteitag die Unmöglichkeit unserer Zustimmung zu diesen Etats als die Meinung der weit überwiegenden Mehrheit der Partei festgestellt wurde“, ist zwar sehr vorsichtig gefasst und sein Verfasser umschiff in weitem Bogen die gefährliche Klippe. Er lässt damit die Meinung aufkommen, als ob es sich in Wirklichkeit um einen Parteitagsbeschluss handle, und schon aus diesem Grunde giebt die Fassung den objectiven

¹⁾ Vorwärts vom 26. April 1901.

Thatbestand durchaus nicht wieder. Aber auch in ihrer diplomatisch gehaltenen, reservierten Form ist die Ansicht des Vorwärts nicht haltbar und entspricht den wirklichen Thatsachen keineswegs. Ich behaupte im stricten Gegensatz zum Vorwärts, dass die Frage der Budgetbewilligung auf den Einzellandtagen heute genau noch so besteht und genau noch so offen ist, wie vor dem Frankfurter Parteitag; und dass, wenn man überhaupt von einer „Feststellung“ reden will, die Möglichkeit der Zustimmung zu den Etats der Einzellandtage als die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Partei festgestellt wurde. Ich werde das an der Hand des Protokolls des Frankfurter Parteitags beweisen.

Nach anderthalbtägigen Debatten wurde in Frankfurt in der Vormittagssitzung des vierten Verhandlungstages am 25. October 1894 über zwei Resolutionen und ein Amendement namentlich abgestimmt und damit die Discussion über die „bayrische Angelegenheit“, d. h. über die Zustimmung der bayrischen Landtagsfraction zum Finanzgesetz zum Abschluss gebracht.

Die Resolution 113, welche in der Hauptsache von den süddeutschen Delegierten unterstützt war, lautete:

„Die Unterzeichneten beantragen, der Parteitag wolle erklären:

In Erwägung, dass die grundsätzliche Bekämpfung der herrschenden Gesellschafts- und Staatsordnung aus der Gesamthätigkeit der Partei hervorgeht; in weiterer Erwägung, dass die GesamtAbstimmung über die Finanzgesetze der Einzelstaaten eine reine Zweckmässigkeitsfrage ist, welche nach den örtlichen und zeitlichen Umständen zu beurteilen ist, sowie im Hinblick auf die auf dem bayrischen Parteitag gegebenen Darlegungen:

sind die von Berlin 1, 3, 4, Halle, Weimar, Braunschweig und Hanau gestellten Anträge als erledigt zu betrachten.“

Mit den auf dem bayrischen Parteitag gemachten Darlegungen war in erster Reihe die Erklärung der Genossen der bayrischen Landtagsfraction gemeint, dass sie in der Zustimmung zum Finanzgesetz keinerlei Vertrauensvotum für die Regierung erblickten. Die in obiger Resolution 113 genannten Anträge wünschten entweder eine allgemeine Entscheidung über die von socialdemokratischen Landtagsabgeordneten gegenüber den Finanzgesetzen einzunehmende Haltung, oder sie gaben bestimmte Directiven für die Abstimmung in einzelnen Fällen.

Die Resolution 114, welche von Bebel verfasst war, lautete:

„Der Parteitag wolle erklären:

Es ist Pflicht der parlamentarischen Vertretung der Partei, wie im Reichstag so in den Landtagen Uebelstände und Ungerechtigkeiten, die in dem Classencharakter des Staats wurzeln, der nur die politische Organisationsform für die Wahrung der Interessen der herrschenden Classen ist, mit aller Schärfe zu kritisieren und zu bekämpfen; es ist weiter Pflicht der Vertreter der Partei, alle geeigneten Mittel zu ergreifen, um bestehende Uebel zu beseitigen und andere Zustände im Sinne unseres Programms zu schaffen. Da ferner die Regierungen als Leiter von Classenstaaten die socialdemokratischen Bestrebungen auf das Heftigste bekämpfen und jedes Mittel, das ihnen zweckmässig erscheint, ergreifen, um die Socialdemokratie, wenn möglich, zu vernichten, so ist die notwendige Folge, dass die Vertreter der Partei in den Landtagen den Regierungen ein Zeichen des Vertrauens nicht geben können und, da die Bewilligung des Gesamtbudgets als Vertrauensvotum gilt, in der GesamtAbstimmung gegen das Budget zu stimmen haben.“

Ein zu dieser Resolution Bebel gestelltes Amendement hätte Stadthagen zum Verfasser und beantragte:

„Die Worte: da die Bewilligung des Gesamtbudgets als Vertrauensvotum gilt zu ersetzen durch: so weit die Bewilligung des Gesamtbudgets eine Anerkennung des bestehenden Classenstaates oder ein Vertrauensvotum für die Regierung enthält.“

Sinn und Absicht der zwei Resolutionen waren ganz klar; ebenso die Tendenz des Amendements. Die Resolution der Süddeutschen (113) sah die Frage der Budgetbewilligung als eine taktische an und wollte dieselbe, als nach örtlichen und zeitlichen Umständen zu beantwortend, offen lassen. Die Resolution Bebel erklärte die Frage für eine principielle und wollte die Bewilligung verneint haben. Das Amendement Stadthagen wollte zwischen den Gegnern in dieser Frage vermitteln, indem es der Resolution Bebel den gefährlichsten Zahn auszog.

Zur Beurteilung des Amendements Stadthagens ist es nötig, etwas auf seine Entstehungsgeschichte einzugehen. Stadthagen selbst hat erklärt, bei seinem Antrag u. a. auch den Fall der Budgetbewilligung durch die hessischen Genossen im Auge gehabt zu haben. Dieser Fall war es wohl in der Hauptsache, der den Genossen Stadthagen vor der schematischen Lösung der Frage durch die Bebelsche Resolution stutzig werden liess. Der Delegierte Jöst-Mainz, damals noch hessischer Landtagsabgeordneter, sagte nämlich über die Zustimmung der hessischen Fraction zum Etat folgendes:

„Bei der Abstimmung im hessischen Landtag hätte unsere Ablehnung des Finanzgesetzes eine Erhöhung der Steuerlast für das arbeitende Volk zur Folge gehabt, weil unsere Abstimmung bei der ausschlaggebenden Stellung unserer Fraction eine neue Abstimmung durch beide Kammern und damit die Annahme der conservativen Budgetvorschläge zur Folge gehabt hätte.“

Stadthagen hat nun zwar selbst behauptet, sein Amendement stehe nicht im principiellen Gegensatz zu der Resolution Bebel. Der zunächst zu einem Urteil hierüber Berufene war jedoch wohl der Verfasser der Resolution, Bebel selbst. Wie er aber die Sache aufgefasst hat, geht unzweideutig aus seinen Worten hervor, mit denen er ein früheres, nur der Form nach verschiedenes, dem Sinne nach aber vollständig gleiches Amendement Stadthagen beurteilte:

„Mit diesem Amendement würde mein eigener Antrag für mich unannehmbar; ich stimmte gegen ihn. (Zwischenruf: Sehr richtig!) Vollmar würde sich auf dieses „soweit“ sofort stützen, um in der Stellung zum bayrischen Finanzgesetz genau dieselbe Stellung einzunehmen, wie bisher. Das Hinterthürchen, das dieses Amendement ihrer Sondertaktik eröffnet, soll aber gerade geschlossen werden.“

Das erste Amendement Stadthagen, dem diese Worte galten, beantragte nur, in dem Satze der Bebelschen Resolution: „da die Bewilligung des Budgets als Vertrauensvotum gilt“, statt da das Wort insoweit zu setzen. Dass Bebel das zweite, oben mitgeteilte Amendement Stadthagen, über welches abgestimmt wurde, genau so beurteilte wie das erste, von dem Antragsteller zurückgezogene, geht daraus hervor, dass Bebel in Wirklichkeit gegen seine eigene Resolution mit dem Amendement stimmte. Aber auch die süddeutschen Antragsteller der Resolution 113 betrachteten das Amendement Stadthagen von genau demselben Gesichtspunct aus wie Bebel, was sie dadurch bewiesen, dass sie für dasselbe stimmten. Thatsächlich brach auch das Amendement Stadthagen die principiell geschärfte Spitze ab, in welche die Resolution Bebel in dem die Budgetbewilligung als ein Vertrauensvotum charakterisierenden Satze auslief. Was die Resolution Bebel als a priori feststehend betrachtet wissen wollte und so als Begründung für die principielle Budgetablehnung verwandte, das wurde durch das Amendement wieder zur Prüfung im Einzelfalle den Parteigenossen in den

Landtagen unterbreitet. Das Axiom erhielt so den Charakter einer Hypothese. Von dem scharf abgegrenzten principiellen Boden, auf dem Bebel die Frage der Möglichkeit der Budgetbewilligung durch socialdemokratische Landtagsfractionen mit einem entschiedenen Nein beantworten wollte, wurde sie durch Stadthagen — ob mit oder ohne Absicht, ist ganz gleichgültig — auf den freieren Spielraum der Taktik verschoben, wo sie mit Ja oder Nein beantwortet werden kann. Das Amendement vereitelte also geradezu den Zweck der Resolution und machte die Entscheidung von unserer Haltung zu den Finanzgesetzen abhängig von der Ansicht der socialdemokratischen Landtagsabgeordneten darüber, ob „die Bewilligung des Gesamtbudgets eine Anerkennung der Berechtigung des bestehenden Classenstaates ist oder ein Vertrauensvotum für die Regierung enthält“ — oder nicht.

Und dieses Amendement Stadthagen blieb aus der Abstimmung allein übrig; es wurde mit 131 gegen 103 Stimmen angenommen. Die von den Süddeutschen eingebrachte Resolution 113 wurde mit 142 gegen 93 Stimmen abgelehnt, desgleichen die Resolution Bebel mit dem Amendement Stadthagen mit 164 gegen 64 Stimmen. Da das Amendement vor der Resolution Bebel zur Abstimmung kommen musste und angenommen wurde, war natürlich eine Abstimmung über die ursprüngliche Form der Resolution Bebel nicht mehr zulässig. Mit dem Amendement allein, das als rumpfloser Antrag übrig blieb, war natürlich nichts anzufangen.

Aus diesem Abstimmungsresultat geht hervor, dass nichts irriger wäre als die Annahme, die durch die sonderbare Erklärung des Vorwärts bei einer grossen Zahl von Parteigenossen hervorgerufen wurde, dass nämlich die Frage der Budgetbewilligung auf dem Frankfurter Parteitag entschieden worden sei. In Wirklichkeit wurde nichts entschieden, und die Frage besteht als solche heute noch genau ebenso wie vor 1894.

Aber ganz ebenso unbegründet ist die klare und ohne Cautelen ausgesprochene Behauptung des Centralorgans, dass auf dem Frankfurter Parteitag die Unmöglichkeit unserer Zustimmung zu den Etats der Einzelstaaten „als die Meinung der weit überwiegenden Mehrzahl der Partei festgestellt“ worden sei.

Auf Zahlen kann diese „Feststellung“ nicht gegründet werden. Denn aus diesen geht unzweideutig hervor, dass einzig hinter der in dem Amendement Stadthagen vertretenen Auffassung eine Mehrheit, und zwar von 28 Stimmen, stand. Diese Auffassung gab aber, nach Ansicht des Antragstellers wie der Unterzeichner beider einander gegenüberstehenden Resolutionen, die Möglichkeit — ich sage nur die Möglichkeit — einer Zustimmung unserer Genossen zu den Etats der Einzelstaaten zu. Die Möglichkeit ist aber, so lange bestimmte Worte einen bestimmten Sinn haben, das Gegenteil von der Unmöglichkeit. Diese letztere wollte der Vorwärts aber „festgestellt“ wissen.

Das letzte Mittel, um die „Feststellung der Unmöglichkeit“ der Budgetbewilligung zu beweisen, wäre also, nachdem die Zahlen in dieser Hinsicht vollständig versagen, die Auslegungskunst, und das Erforschen der Abstimmungsmotive. Das ist zwar ein sehr zweifelhaftes Terrain, aber um der Sache willen wollen wir es doch betreten, um zu zeigen, wie sehr die Behauptungen des Vorwärts in dieser hochwichtigen Frage

in der Luft schweben. Ueber Motive wird bekanntlich nicht abgestimmt, aber nach der anderthalbtägigen Debatte, in der man die Ansichten der einzelnen Gruppen kennen lernen konnte, waren die Motive, welche diese merkwürdige Abstimmung veranlassten, ganz klar. Einer grossen Anzahl von den 142 Delegierten, welche gegen den süddeutschen Antrag 113 stimmten, der 93 Stimmen erhielt, war nur der Spielraum zu gross, den die socialdemokratischen Landtagsabgeordneten bei der Budgetabstimmung durch die Bezeichnung der Gesamtabstimmung über die Finanzgesetze der Einzellandtage als „einer reinen Zweckmässigkeitsfrage“ erhielten. Dass dies wirklich das Motiv der Abstimmung für einen Teil der Majorität war, welche den Antrag 113 zu Fall brachte, geht daraus hervor, dass nicht weniger als 40 Delegierte — man kann die Namen leicht aus einer Vergleichung der namentlichen Abstimmungslisten des Frankfurter Protokolls finden — aus der Majorität gegen die Resolution 113 später die Majorität bilden halfen, durch welche das Amendement Stadthagen zur Annahme gelangte. Diese 40 Delegierten waren also keineswegs solche, für welche die Budgetbewilligung unter allen Umständen und aus principiellen Gründen eine „Unmöglichkeit“ war. Die grosse Majorität (164 gegen 64), mit welcher die durch das Amendement geänderte Resolution Bebel abgelehnt wurde, kann nun allerdings ebensowenig als eine Meinungskundgebung einer überwiegenden Mehrheit für die Lösung der Budgetbewilligungsfrage in taktischem Sinne von den Anhängern dieser Richtung für sich in Anspruch genommen werden, als die grosse Mehrheit (142 gegen 93) bei der Ablehnung der süddeutschen Resolution 113 den principiellen Gegnern ein Recht giebt, sich als Sieger zu fühlen. Denn die überwältigende Majorität von 100 Stimmen gegen den Antrag Bebel mit der Resolution Stadthagen kam dadurch zu stande, dass der übergrosse Teil der Delegierten, welche zuerst für die Resolution 113 gestimmt und dann — nach deren Fall — durch Unterstützung des Amendements Stadthagen der Resolution Bebel den schlimmsten Giftzahn ausgezogen hatten, zuletzt im Verein mit den Unterzeichnern des ursprünglichen Antrags Bebel die durch das Amendement schon ungefährlicher gemachte Resolution 114 noch ganz niederstimmten half.

Aus diesen Details über die Abstimmungen kann man nun auch leicht feststellen — wirklich und zahlenmässig feststellen —, wie stark die principiellen Gegner jeder Budgetbewilligung auf Einzellandtagen in Frankfurt vertreten waren. Es sind diejenigen Delegierten, welche nicht nur gegen die süddeutsche Resolution 113, sondern auch gegen das Amendement Stadthagen gestimmt haben. Das sind im ganzen 100 Genossen gewesen. 3 unter den in der Minderheit gegen den Antrag Stadthagen gebliebenen 103 Delegierten hatten zuerst für den Antrag 113 gestimmt, können also nicht zu den principiellen Gegnern jeder Budgetbewilligung gezählt werden. Im ganzen haben abgestimmt bei den drei Voten 235 resp. 234 resp. 228 Delegierte. Zur Majorität wären also mindestens 118 resp. 115 Delegierte erforderlich gewesen. Hinter dieser Mindestzahl bleiben aber diejenigen Delegierten, welche einzig in Betracht kommen können, wenn es sich um das Stärkeverhältnis der principiellen Gegner jeder Budgetbewilligung handelt, um 15 bis 18 Mann zurück. Nur um 7 Mann schwächer traten

diejenigen Delegierten auf, welche die Stellung zu den Finanzgesetzen der Einzelstaaten als eine reine Zweckmässigkeitsfrage ansahen. Die etwa 40 Genossen, welche durch ihre Zustimmung zum Amendement Stadthagen die Möglichkeit der Budgetbewilligung unter gewissen Umständen zugestanden, könnten, wenn es sich um eine Feststellung von Für und Wider handelt, jedenfalls niemals zu den 100 principiellen Gegnern jeder Etatbewilligung, wohl aber zu den 93 Befürwortern des Antrags 113 gezählt werden.

Auf keinen Fall aber ist es angängig, von den 100 Delegierten, auf welche der Vorwärts sich allein berufen könnte, als von der „weit überwiegenden Mehrheit der Partei“ zu sprechen, durch welche die „Unmöglichkeit unserer Zustimmung zu den Etats der Einzelstaaten festgestellt“ wurde. Es war die Minderheit der Delegierten, welche den vom Vorwärts bezeichneten Standpunkt einnahm.

* * *

Nach dieser objectiven Darlegung der Dinge, wie sie sich auf dem Frankfurter Parteitag abgespielt, wird wohl der Versuch aufgegeben werden müssen, die Sache so darzustellen, als ob socialdemokratische Abgeordnete, welche den Etat eines Einzelstaats bewilligten, gegen allgemein feststehende und auf einem Parteitag „festgestellte“ Principien der Partei sich vergangen hätten. Die Frage der Budgetbewilligung ist, wie sogar Kautsky zugiebt,²⁾ grundsätzlich nicht entschieden, und die badischen Genossen haben, wie andere, nur von dem ihnen zustehenden Recht der freien Entscheidung Gebrauch gemacht, wenn sie dem Finanzgesetz zustimmten. —

Ich will nun die sachlichen Gründe darzulegen versuchen, welche in der Hauptsache für die Gegner der principiellen Budgetverweigerung massgebend sind.

Auch die öftere Wiederholung der jedesmal mit grösster Sicherheit aufgestellten Behauptung, dass es sich hier um eine principielle und nicht um eine taktische Frage handle, kann das Bedürfnis, das man nach einem sachlichen Beweis für diese Behauptung empfindet, nicht zum Verschwinden bringen. Unsere Principien sind niedergelegt im Erfurter Programm. Aber weder in dessen erstem noch in dessen zweitem Teil ist etwas zu finden, was darauf schliessen liesse, dass die grundsätzliche Budgetverweigerung zu den Aufgaben der parlamentarischen Vertreter der Socialdemokratie gehöre. Man wird wohl den Gegnern der principiellen Etatverweigerung den Satz entgegenhalten, dass die socialdemokratische Partei Deutschlands „für die Abschaffung der Classenherrschaft und der Classen selbst kämpft“. Dass aber mit der von kleinen Parlamentsminderheiten — und um solche handelt es sich überall in den Einzelstaaten mit Ausnahme von Gotha³⁾ — stereotyp durch Jahre hindurch ausgeführten Etat-

²⁾ Vergl. Die Neue Zeit, 1900—1901, II. Bd, No. 29, pag. 91.

³⁾ Wie mir nachträglich noch mitgeteilt wird, und zwar von Gothaer Genossen selbst, stimmte die socialdemokratische Landtagsfraction in Gotha zwar gegen den gemeinschaftlichen Etat, aber für Verlängerung des Finanzgesetzes auf ein Jahr; also auf alle Fälle bewilligten auch sie das Budget, wenn sie auch zeitliche Bedingungen stellten. Uebrigens hätte es sich gewiss pompös gemacht, wenn die Genossen im Gothaischen Landtag, die verschiedene ihrer Anträge durchgesetzt haben, u. a. ein staatliches Arbeitersecretariat, in der Schlussabstimmung der Regierung unter allen Umständen die Mittel zu einer Ausführung der auf socialdemokratische Initiative erfolgten Beschlüsse verweigert hätten.

verweigerung auch nur ein einziger praktischer Schritt zur Beseitigung der Classenherrschaft gethan werde, wird im Ernste niemand behaupten wollen; auch nicht, dass es ein Mittel wäre, um „in den Besitz der politischen Macht“ zu kommen, wie es im Programm als Notwendigkeit für die Arbeiterclassen bezeichnet wird. Dass die ohne Rücksicht auf reale Verhältnisse und nur nach einem formalistischen Modus vorgenommene Budgetverweigerung unter Umständen direct reactionäre Wirkungen zeitigen kann und also keineswegs unter allen Umständen ein principiell, revolutionäres Mittel ist, zeigt deutlich der oben angeführte Fall in Hessen. Aber an solche „Kleinigkeiten“ kehrt man sich nicht. Sehr charakteristisch war die Art, wie Bebel sich in Frankfurt mit dem hessischen Fall abfand. Er meinte:

„Ich hätte nicht für das (hessische) Budget gestimmt. Ich hätte gesagt: Ich bin unschuldig, wenn Ihr höhere Steuern zahlen müsst. Haltet Euch an die, die die Steuern bewilligt haben. Ich habe nicht nur gegen die höheren, sondern gegen die Steuern überhaupt gestimmt.“

Man kann die Missverständnisse, welche die durchaus nicht socialdemokratische „Verweigerung der Steuern überhaupt“ hervorrufen könnte, übergehen. Aber jeder hessische Arbeiter oder Bauer hätte wohl die richtige Antwort auf den Bebelschen Trugschluss — denn das und nichts anderes ist sein Argument — gefunden. Er hätte nur zu sagen brauchen: Was habe ich davon, wenn ich wegen deiner grossen Steuerverweigerung noch mehr Steuern bezahlen muss als bisher, da du doch mit der Steuerbewilligung mir die Last ein wenig leichter machen konntest? — Das ist der Grundsatz: Entweder alles oder nichts! Das ist der schon so oft ohne jeden Erfolg gemachte Versuch, durch hartnäckiges Stehenbleiben bei Principien, die ohne vollständige Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse aufgestellt sind, die realen Hindernisse der Praxis aus der Welt hinaus zu discutieren. In der Agitation bedeuten diese Grundsätze eine fortwährende Ueberschätzung des intellectuellen Moments; man glaubt sich im stande, durch gewagte logische Schlüsse und fein zurechtgelegte Deductionen, bei denen aber die Prämissen ununtersucht bleiben, allgemeine Gefühlseindrücke und — wenn man es so nennen darf — die intuitive Erkenntnis des nüchternen Menschenverstandes bei den Leuten aus dem Volk überwinden zu können. Hiermit rede ich keineswegs einem sacrificium intellectus das Wort, sondern ich bekämpfe damit bloss die in der Partei immer noch traditionelle Uebung, taktische Fehler durch selbst ausgestellte Zeugnisse auf angebliche principielle Untadelhaftigkeit entschuldigen zu wollen. Erfreulicherweise hat sich jedoch ein Anfang zu einer Wendung in dieser Auffassung der Dinge gezeigt, wie die Zustimmung der Reichstagsfraction zu der Unfallversicherungsnovelle u. a. erwiesen hat.

Auch Auer hat in Frankfurt ein die Unhaltbarkeit des Standpuncts der principiellen Budgetverweigerer hell beleuchtendes Wort gesprochen. Er hat den Bayern zugerufen, sie hätten eben das bayerische Gemeinwesen nicht in seiner heutigen Gestalt fortzuführen, sondern zu „untergraben“. Kann man sich ein groteskeres Missverhältnis zwischen Zweck und Mittel denken, als die „Untergrabung“ des bayerischen Staates dadurch, dass ein halbes Dutzend oder ein Dutzend unter den anderthalbhundert bayerischen Abgeordneten bei der Finanzabstimmung Nein anstatt Ja sagt?

Wenn sich die Landtagsabgeordneten einmal nur auf die Resultate der durch die regelmässige Budgetverweigerung angerichteten Staatsuntergrabung berufen können, dann wird es, fürchte ich, nicht gar gut abgehen bei dem Urteil über ihre parlamentarische Thätigkeit. Und das war in Frankfurt eben das Unbegreifliche, dass man allerseits die kleine bayerische Fraction wegen ihrer wirklichen, durch rücksichtslose Kritik, Einbringung von Anträgen u. s. w. geleisteten Minierungsarbeit lobte, aber dann pedantisch bedauerte, dass sie zum Schluss nicht auch die revolutionäre Ceremonie der Budgetverweigerung ausgeführt hätte. Denn eine Ceremonie, nichts weiter, ist die sogenannte principielle regelmässige Ablehnung des Etats unter der zur Zeit in fast allen deutschen Landtagen bestehenden Constellation der politischen Machtverhältnisse. Von dieser allein aber hängt die wirkliche, praktische Bedeutung der Budgetverweigerung ab. Eine kleine socialdemokratische Fraction eines Landtags, in dem ihre Mitglieder eine in jeder Beziehung gleichberechtigte Stellung mit den übrigen Abgeordneten einnehmen und die während der Session fleissig gearbeitet hat, entwertet ihre kritische und untergrabende Thätigkeit geradezu um den Betrag, welchen der negative Eindruck des Lufthiebes einer stets wiederholten, rein conventionellen und völlig wirkungslosen Budgetverweigerung darstellt. Wenn durch eine solche zweck- und erfolglose regelmässige Verneinung überhaupt etwas untergraben wird, dann jedenfalls vor dem betreffenden Staat das politische Ansehen der betreffenden socialdemokratischen Landtagsfraction. Im politischen Leben ist das Wort von dem steten Tropfen, der den Stein höhlt, kaum anwendbar; im Gegenteile ist es da eher richtig, dass gleiche Mittel, unter den gleichen Umständen oft und gleichmässig angewandt, sehr bald ihre Wirkung einbüßen.

Was nun die praktische Stellungnahme der socialdemokratischen Abgeordneten in den deutschen Einzellandtagen angeht, so haben bisher fast alle unsere Landtagsfractionen in einzelnen Fällen den Finanzgesetzen schon zugestimmt. Nur im Halbmondsaal in Stuttgart haben die Vertreter der Partei das Budget jedesmal verweigert.⁴⁾ Ja, selbst in Sachsen haben die Vertreter unserer Partei im Landtage „ursprünglich eine andere Praxis geübt“, wie Bebel auf dem Frankfurter Parteitage zugestand; woraus in Anbetracht des Rufes, den die sächsischen Genossen von jeher als Feinde jeder „Versumpfung“ geniessen, wohl allein schon hervorgeht,

⁴⁾ Uebrigens ersieht man aus der mir nachträglich noch bekannt gewordenen Erklärung, mit welcher die Genossen im württembergischen Landtag ihre Abstimmung motivierten, dass auch sie keineswegs Befürworter einer grundsätzlichen Budgetverweigerung sind. Die Haltung der Regierung in der Frage der Steuerreform und bei anderen Materien war bestimmend für die Ablehnung des Finanzgesetzes. Anerkannt sind ausdrücklich die „zahlreichen Positionen“, welche die „volle Zustimmung“ gefunden. Ein schwäbischer Mitarbeiter der Leipziger Volkszeitung constatiert in einem Artikel über die Ablehnung des Etats nachdrücklich, dass die Ablehnung nicht aus principiellen Gründen erfolgt sei, sondern dass die motivierte Ablehnung sich nur auf vorliegenden Fall beziehe. Damit stehen also sämtliche süddeutschen Landtagsfractionen auf dem Standpunct, dass die Frage eine taktische sei. — Von den socialdemokratischen Vertretern im weimarischen Landtage erfahre ich auch noch, dass sie in der letzten Session dem Finanzgesetz zugestimmt haben. Damit dürften so ziemlich alle Genossen, welche durch das Vertrauen der Partei in die Landtage der deutschen Einzelstaaten entsandt wurden, auf dem Standpunct stehen, dass die Frage der Budgetbewilligung eine taktische und keine principielle sei.

dass die Frage der Budgetbewilligung principiell nicht so leicht und elegant zu tranchieren ist, wie manche nie irrenden Geister in der Partei es thun möchten.

Der Grund, weshalb die Frage der Budgetbewilligung für die Landtage eine wesentlich andere als für den Reichstag ist, liegt in der Zusammensetzung des Staatshaushalts im Reich und in den Einzelstaaten. Ueber die Stellung, die unsere Vertreter im Reichstag in der Abstimmung über den Etat einzunehmen haben, herrschten noch niemals Meinungsverschiedenheiten in der Partei. Einfach deshalb nicht, weil die Reichstagsfraction vier Fünftel der Gesamtausgaben, nämlich diejenigen für den Militarismus, schon bei den Einzelabstimmungen ablehnt. In den Landtagen nehmen unsere Genossen aber bei den Einzelabstimmungen allermindestens vier Fünftel der Gesamtausgaben an; aus rein rechnerischen Gründen können sie also bei der Schlussabstimmung das Budget nicht ablehnen. Denn selbst principielle Gegner der Budgetbewilligung, wie z. B. Kunert auf dem Frankfurter Parteitag, haben sich auf den Standpunct gestellt, dass die Schlussabstimmung danach einzurichten sei, ob die Summe des Guten oder des Schlechten im Budget überwiege. Wenn man von diesem Gesichtspunct aus die Dinge beurteilt, dann kann gar kein Zweifel darüber herrschen, dass die socialdemokratischen Vertreter in den Landtagen — wenn sie keine ausserordentlichen Actionen gegen die Regierungen ins Werk setzen wollen, wie z. B. die badische Fraction im Jahre 1898 anlässlich des Misstrauensvotums gegen den Minister Eisenlohr — im allgemeinen für den Etat stimmen müssen. Ich will als Beispiel nur den letzten Haushaltsetz des Grossherzogtums Baden für 1900—1901 anführen. Das Verhältniß der von der socialdemokratischen Vertretung in Einzelabstimmungen bewilligten zu den nicht bewilligten Summen in den Ausgaben ist 484 zu 18 Millionen! Wie ich in dem von mir bearbeiteten Handbuch zu den nächsten badischen Landtagswahlen an der Hand einer detaillierten Aufstellung des badischen Etats nachgewiesen habe, waren für die Budgetperiode 1900—1901 angesetzt und wurden bewilligt für Schulen, Eisenbahnen, Landwirtschaft, Verwaltungszwecke, Justiz u. s. w. rund 404 Millionen, wovon allein 332 Millionen für die Eisenbahnen. Für Apanagen, Cultus und Polizei sind zusammen rund 18 Millionen in den Ausgaben enthalten, die von der Socialdemokratie abgelehnt wurden. In den Einnahmen ist das Verhältniß wie 490 zu 39 Millionen (aus indirecten Steuern, Sporteln etc. etc.). Nimmt man nun nur den eigentlichen Etat der allgemeinen Staatsverwaltung zur Grundlage, dann müsste das Budget wegen eines Neuntels der darin enthaltenen Ausgaben aus „principiellen Gründen“ abgelehnt werden. Nimmt man aber die grosse Summe des im Haushaltsetz der allgemeinen Staatsverwaltung nicht enthaltenen Eisenbahnbudgets, das natürlich von den Socialdemokraten bewilligt wurde, dann beträgt der Bruchtheil der nicht bewilligten Gelder ein Sechszwanzigstel der Gesamtsumme! Diejenigen Genossen, die aus calculatorischen Motiven die Budgets der Einzellandtage nicht bewilligt haben wollen, werden angesichts solcher Zahlen den Boden unter ihren Füßen schwinden sehen.

Es ist daher begreiflich, wenn sich die unbedingten Anhänger der

Budgetverweigerung auf den Boden des reinen, unbefleckten Princips zurückziehen und jeden, der einer Regierung eines heutigen Classenstaates die Mittel zum Regieren bewilligt, a priori als Mitschuldigen an der Classenregierung brandmarken. Die Verteidiger der principiellen Budgetverweigerung stossen sich überhaupt nicht so stark daran, dass in den bewilligten Gesamtbudgets Summen mitenthaltend sind, die in den Einzelabstimmungen abgelehnt wurden. Sie halten die Verweigerung aller Mittel, gegenüber jeder der heutigen Regierungen, für principielle Pflichtschuldigkeit. Die Schulen sind ihrem Geiste nach nur zur Pflege der Instincte der begüterten Classe da. Also weg damit! Die Polizei ist zum Schutze des Privateigentums da. Also fort mit dieser Sippe! Die Volksmasse hat keinen Einfluss auf die Anstellung der Beamten. Also schleunigst deren Gehälter gestrichen! Die Gefängnisse dienen zur Ahndung socialdemokratischer Verbrechen. Also nieder mit diesen Zwingburgen! Die Eisenbahnverwaltung beutet ihre Angestellten und Arbeiter aus. Also keinen Pfennig für diese Gesellschaft! — Um nicht in den Verdacht zu kommen, diese Gedanken erdichtet zu haben, um desto leichteres Spiel in der Widerlegung zu gewinnen, verweise ich den Leser auf die No. 27 des laufenden Jahrgangs der Neuen Zeit, wo auf Seite 16 Genossin Luxemburg auf die Verwerflichkeit aller Einrichtungen des Classenstaates mit Nachdruck hinweist. Wenn man nun aber Gründe für diese ultraradicale Stellungnahme zu haben glaubt, dann ist es klar, dass auch bei den Einzelabstimmungen die Thätigkeit des wirklich principiell denkenden und fühlenden Socialdemokraten in einem Landtag nur darin bestehen kann, in allen Fällen mit tödlicher Sicherheit ein volltönendes Nein in den Saal zu rufen. Der Streit darum, ob die Zustimmung zum Etat denn auch wirklich ein Vertrauensvotum ist, kann füglich ad acta gelegt werden. Denn jetzt liegt die Sache sehr einfach. Es wird überhaupt nichts mehr bewilligt; es kommt überhaupt nur darauf an, das Bewusstsein der Arbeiter zu socialisieren und ihre Köpfe zu revolutionieren. Alles andere kommt von selbst.

Da wären wir also glücklich wieder in dem Stadium, in dem es noch für das allerhöchste Ideal galt, in nichts Anteil zu haben an dem, was von der Regierung kommt; in dem Liebknecht noch gegenüber Schweitzer dringend davor warnte, die aus der Hand Bismarcks gekommene Waffe des allgemeinen Wahlrechts zu benutzen. Die langsame, aber sichere Vorwärtsentwicklung in der Partei von der reinen Agitation und Negation zur praktischen Arbeit, mit ihren zahlreichen Marksteinen: der Beteiligung an den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag 1869; der Zurückweisung von Marx' principiellen Bedenken bei Abfassung des nach Ansicht des grossen Theoretikers „durchaus verwerflichen und demoralisierenden“ Gothaer Programms, das trotz dieses Urteils 17 Jahre lang als siegreiche Fahne über der Partei flatterte; der erstmaligen Entsendung von Vertretern der Reichstagsfraction in die parlamentarischen Commissionen; der erstmaligen Kandidatenaufstellung für das Reichstagspräsidium; des Beschlusses der Teilnahme an den preussischen Landtagswahlen, von denen Bebel noch in Cöln die „Versumpfung“ befürchtete; der erstmaligen Zustimmung zu einem socialen Gesetz, weil die Verbesserungen die Ver-

schlechterungen überwogen; u. s. w. u. s. w. — alles dies wäre also umsonst gewesen, und die Socialdemokratie könnte wieder von vorn anfangen.

Das wäre thatsächlich ohne jede Uebertreibung die Consequenz der Anschauungen, wie sie von den sogenannten radicalen Befürwortern der principiellen Budgetverweigerung vertreten werden. Denn durch jede praktische Mitarbeit — so wird gefolgert — zugestehen wir gewissermassen die Existenzberechtigung des gegenwärtigen Classenstaates und beschmutzen uns dadurch unsere principiell so rein gewaschenen Finger. Wer unter den Genossen, die eine Budgetbewilligung für ein Stück Principienverrat erklären, diese hier gezogenen Consequenzen nicht anerkennen will, der giebt eben, da die Schlüsse folgerichtig deduciert sind, formell zu, dass die Prämisse falsch war, von der er ausging. Und dies ist denn auch wirklich der Kernpunct der Frage.

Die falsche Prämisse ist nichts anderes als der alte Zusammenbruchsglaube und die Hoffnung auf eine sprunghafte Entwicklung der Dinge, welche Anschauungen die Politik der reinen Negation natürlich wesentlich erleichtern. Wenn diese Politik der Negation in der deutschen Socialdemokratie auch in der Praxis fast nirgend mehr in ihrer ursprünglichen Reinheit zu finden ist, bei manchen Theoretikern spielt sie noch heute eine nicht geringe Rolle. Sie ist ein Feigenblatt, das noch bisweilen dazu benutzt wird, um vermeintliche Blößen, die man sich durch praktische Mitarbeit gegeben hat, zu bedecken. Die Entwicklung der Praxis ist eben hier der Entwicklung der Theorie vorausgeeilt; die Taktik hat sich über das vermeintliche Princip hinaus entwickelt. Aber — wie gesagt — das Dogma der absoluten Intransigenz spukt immer noch stark in vielen Köpfen, und unter seinem Einfluss liegt es natürlich sehr nahe, in einer Budgetbewilligung, die ja doch das Leben des Classenstaats nur verlängert, eine fast verräterische Handlung, ein „Vertrauensvotum“ für die Regierung zu sehen. Was erst zu beweisen wäre, das wird als Axiom proclamirt. Wenn Stadthagen vorsichtig: insofern sagt, dann sagt Bebel resolut: da. —

Nur aus diesem Gedankengang heraus ist die grosse Erregung begreiflich, welche sich auch auf dem Frankfurter Parteitag bei manchen der Besten unserer Genossen zeigte, als sie dringend vor der Budgetbewilligung warnten. Seit Frankfurt haben sich nun aber doch die Anschauungen über manche Dinge in der Partei derart geändert, dass eine grundsätzliche Entscheidung der Frage der Budgetbewilligung, die einer Festlegung der Abgeordneten der Partei auf eine principielle Budgetverweigerung gleichkäme, nur noch auf dogmatischem, aber nicht mehr auf kritischem Boden möglich wäre. Ein Beweis hierfür wäre gleichbedeutend mit einer Darstellung der Entwicklungsgeschichte des kritischen Socialismus in den letzten zehn Jahren. Dazu ist aber hier weder Anlass noch der Raum vorhanden. Nur soviel kann auch ohne besondere Beweise gesagt werden, dass in der Partei die Anschauung seit einigen Jahren viele Anhänger gewonnen hat, wonach die Stunde, in der man sich intransigent zeigen und alles aus den Händen einer Classenregierung Kommende stolz zurückweisen darf, erst dann gekommen sein wird, wenn der Classenstaat selbst schwach genug geworden ist und wenn wir selbst.

stark genug sind, um die in ihren Grundlagen schon vorbereitete neue Gesellschaft an die Stelle der alten zu setzen. Desgleichen glauben immer weniger Parteigenossen, dass diese Stunde schon sehr nahe ist. Diese Annahmen aber, die mit den socialdemokratischen Principien selbst absolut nichts zu thun haben, werden in der Hauptsache entscheidend sein bei der Stellungnahme zu den Fragen der Budgetbewilligung, der Ministerschaft, der Kammerpräsidiumsfrage u. s. w. Damit ist aber allein schon bewiesen, dass es sich in Wirklichkeit hier um taktische und nicht um principielle Fragen handelt.⁵⁾

Zum Schluss noch eines. Wenn die Budgetverweigerung wirklich ein so integrierender Teil des socialdemokratischen Rüstzeugs ist, wie man es darzustellen sucht, warum in aller Welt steht davon nichts im Programm? Weder im Gothaer noch im Erfurter? Etwa weil man die Budgetverweigerung durch Socialdemokraten für etwas Selbstverständliches hielt? Das dürfte wohl nicht ganz stimmen; denn sonst hätten Bebel selbst und andere Abgeordnete in Sachsen nicht „ursprünglich eine andere Praxis geübt“. Oder etwa, weil man es vergessen hat? Das ist bei der gewissenhaften Art, mit welcher das Programm von seinen Verfassern ausgearbeitet wurde, nicht anzunehmen. Oder sollte man etwa frühzeitig genug den Widerspruch entdeckt haben, der in einer programmatischen Festlegung der parlamentarischen Vertreter der Partei auf principielle Budgetverweigerung einerseits und dem gesamten zweiten sogenannten praktischen Teil des Programms liegen würde? Unmöglich wäre das durchaus nicht. Aber stellen wir uns einmal vor, die Budgetverweigerung gegenüber allen Regierungen von Classenstaaten — und das sind heute noch alle deutschen Regierungen — werde auf Grund des Principes programmatisch den socialdemokratischen Abgeordneten zur Pflicht gemacht: dann wird der ganze zweite Teil des Programms zur Phrase, zur Komödie. Es sei denn höchstens, dass wir uns einbildeten, die Regierungen würden so liebenswürdig sein, von uns im Programm aufgestellte und in den Parlamenten beantragte Forderungen mit gegen unsere Stimmen bewilligten Mitteln so lange durchzuführen, bis die ganze Regierungspolitik durch die Selbstlosigkeit der bürgerlichen Parteien und unsere unentwegte Nichtbewilligung von Mitteln schliesslich einen socialistischen Charakter erhalte, der es uns ermögliche, ohne principielle Bedenken für den Etat zu stimmen. Das ist natürlich ein roh zugehauenes und caricirtes Schema, aber es kennzeichnet in groben Zügen den Gang, welchen die Dinge nach den Illusionen der geschworenen Budgetverweigerer nehmen müssten. Sie werden aber das selbst kaum glauben.

Ich wiederhole noch einmal: Alles dies sage ich nur für die Gegenwart, in welcher unsere Partei unter keinem Ausnahmegesetz mehr steht; in welcher, wenigstens so weit der Süden Deutschlands in Betracht kommt,

⁵⁾ Sehr instructiv in dieser Beziehung ist der Artikel Enrico Ferris in Nr. 63 des *Mouvement Socialiste*, in welchem der auf dem Pariser Congress 1900 noch so intransigente Führer auseinandersetzt, dass die Budgetbewilligung der italienischen Genossen in der Kammer kein Vertrauensvotum für die Regierung bedeutet habe und dass man „in der gegenwärtigen Phase, welche die socialistische Partei durchlebe, den feststehenden Teil, das Programm, von dem vorübergehenden Teil, der Taktik, trennen muss“.

die socialdemokratischen Fractionen der Landtage in jeder Beziehung als gleichberechtigt mit den anderen anerkannt werden, was allerdings etwas Selbstverständliches sein sollte, aber es früher eben nicht war; in welcher z. B. in Baden, Württemberg, Bayern und Hessen von einer ausnahmsweise scharfen Handhabung der Justiz gegen Socialdemokraten kaum noch die Rede ist. Von dieser Gegenwart, der ich durchaus kein hohes Loblied singen will, die aber für uns nicht verkennbare Fortschritte aufweist, rede ich. Sollten Bourgeoisie und Regierungen es gegen uns wieder mit den früheren Mitteln versuchen, dann würden wir eben die Taktik auch wieder ändern. Aber eben nur die Taktik, nicht das Princip.

Wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich?

Von

Wolfgang Heine.

(Berlin.)

Ueber den Vortrag, den Eduard Bernstein am 17. Mai 1901 im Socialwissenschaftlichen Studentenverein zu Berlin gehalten hat und der jetzt gedruckt vorliegt¹⁾, will ich hier nicht eine eigentliche Recension schreiben, sondern nur vom Standpunkte des praktischen Politikers einige Bemerkungen zu Bernsteins Thema und seiner Art, es zu behandeln, geben²⁾. Da jedoch der Vortrag so sehr verschiedene Deutung gefunden hat, will ich zunächst versuchen, den wesentlichen Gedankeninhalt, wie ich ihn verstehe, wiederzugeben:

Bernstein geht davon aus, dass der Marxische Socialismus sich als wissenschaftlichen Socialismus bezeichnet, und wirft die Frage auf, ob dies berechtigt und praktisch sei. Reine Wissenschaft sehe unter dem Zeichen des Erkennens³⁾ und sei nur von dem voraussetzungslosen Streben nach Erkenntnis der Beschaffenheit und Beziehungen der Dinge geleitet⁴⁾. Es könne jederzeit auf jedem Gebiete des Erkennens, wie nur eine Wahrheit, so auch nur eine Wissenschaft geben. Im Socialismus unterscheidet Bernstein zwischen der Bewegung zu dem politischen Ziele einer neuen Gesellschaftsordnung und der Lehre von der zukünftigen Gesellschaft⁵⁾. Das Verhältnis beider zu einander sei nun keineswegs so, dass etwa die socialistische Theorie rein wissenschaftlich feststelle, was eintreten werde⁶⁾, und dass die socialistische Bewegung lediglich diese Postulate der Wissenschaft zu verwirklichen suche⁷⁾, sondern Praxis und Theorie des Socialismus seien von speculativem Idealismus erfüllt und insofern nicht Wissenschaft⁸⁾. Der Socialismus als politische Bewegung hänge ab vom Interesse und bestehe im Wollen eines bestimmten.

1) Berlin, Verlag der Socialistischen Monatshefte.

2) Dieser Aufsatz war für das August-Heft bestimmt und geschrieben und gesetzt vor der Lectüre des in dem Hefte enthaltenen Artikels von Bernstein.

3) a. a. O., pag. 33.

4) a. a. O., pag. 32, — nämlich im Bereiche des Erkennbaren. Bernstein sagt das nicht ausdrücklich, es ist aber so selbstverständlich, dass es nicht gesagt zu werden braucht, und deshalb kann ich Kautskys ironische Bemerkung, Bernstein betrachte wohl die Erforschung des Dings an sich als Aufgabe der Wissenschaft, nicht für berechtigt halten.

5) a. a. O., pag. 19.

6) a. a. O., pag. 21 unten und 22.

7) a. a. O., pag. 30.

8) a. a. O., pag. 19.

idealistischen Ziels. Aber auch der Socialismus als Lehre von der künftigen Gesellschaft gebe zwar wissenschaftlich formulierte Doctrinen⁹⁾, stehe jedoch ebenfalls unter dem Einfluss des erstrebten Ziels¹⁰⁾ und ermangele deshalb der völligen wissenschaftlichen Unbefangenheit¹¹⁾. Dies gelte, wenn schon in geringerem Grade als bei den sogenannten Utopisten, auch noch von dem Marxischen Socialismus¹²⁾.

Trotzdem bestehe zwischen der politischen Bewegung der Socialdemokratie und der Wissenschaft eine „intime Beziehung“¹³⁾. Die Wissenschaft habe der politischen Praxis die Erkenntnis der Thatsachen und Methoden zu geben¹⁴⁾, sie vor Irrwegen zu warnen, ihr sichere Wege zum Ziele zu zeigen¹⁵⁾. Deshalb wäre es besser, statt von „wissenschaftlichem“ Socialismus von „kritischem“ Socialismus zu reden, d. h. von einem durch wissenschaftliche Kritik geleiteten Socialismus¹⁶⁾. In diesem Sinne sei auch die Socialdemokratie wissenschaftlicher als jede andere Partei¹⁷⁾.

Ich habe mich als Kritiker ohne Voreingenommenheit bemüht, das, was Bernstein meines Erachtens zu sagen beabsichtigt hat, möglichst knapp und zugeschnitten zu formulieren, und ich will hoffen, dass ich das Richtige getroffen habe. Denn das muss ich schon sagen: Bernstein macht es einem nicht gerade leicht, den Gedankengang herauszuschälen aus den vielfachen Abschweifungen, Wiederholungen und irreführenden Ausdrücken. Es ist nicht zu leugnen, dass diese Art der Behandlung des Gegenstandes recht viel Anlass zur Kritik, mitunter zu scharfer Kritik bietet. Sieht man aber davon ab und hält man sich an den wesentlichen Gedankengehalt des Vortrags, so rechtfertigt er meines Erachtens nicht im entferntesten den ungeheuren Lärm, der von Gegnern wie von Anhängern der Socialdemokratie darüber geschlagen worden ist.

Die Teilung der Rollen, die dem positiven Idealismus und der kritischen Wissenschaft zufallen, ist in der Natur des menschlichen Erkennens begründet. Das Ideal giebt Antwort auf die Frage: was soll sein?, die kritische Wissenschaft untersucht unter dem Gesichtspuncte der Causalität: was ist?, was war?, was wird, d. h. was (unter gegebenen thatsächlichen Voraussetzungen) kann sein oder muss (nicht: soll) sein? (genetische Betrachtungsweise). Gerade die materialistische Geschichtsauffassung hält aufs schärfste den Unterschied fest, der zwischen der genetischen Ableitung eines gegenwärtigen oder zukünftigen Gesellschaftszustandes aus der materiellen Entwicklung einerseits und der ideologischen Kritik des Alten und Construction des geforderten Neuen (dem „Ueberbau“) andererseits besteht. Dabei hat sie aber das Verdienst, zum Ausdruck zu bringen, dass auch das Entstehen der ideologischen Forderung, wie jeder Erscheinung, den Gesetzen der Causalität nach genetisch abhängt von anderen Erscheinungen, wobei es nicht darauf ankommt, ob man die bei der Ausgestaltung des positiven Ideals mitwirkenden apriorischen Factoren höher oder geringer einschätzen will.

Dass die moralischen Verdammungsurteile, die das unterdrückte und gequälte Volk über die heutige Gesellschaft fällt, oder dass die hoffnungsvollen Idealbilder einer von diesen Leiden freien, schönen und edlen Zukunftsgesellschaft, die wir uns ausmalen, Wissenschaft wären, das wird man mit

9) a. a. O., pag. 32.

10) a. a. O., pag. 21.

11) a. a. O., pag. 30.

12) a. a. O., pag. 22—29.

13) a. a. O., pag. 35.

14) a. a. O., pag. 37.

15) a. a. O., pag. 35.

16) a. a. O., pag. 36.

17) a. a. O., pag. 37.

Bernstein, übrigens auch mit Marx und Engels, ohne weiteres verneinen müssen. Die von Bernstein aufgeworfene Frage: wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich? muss hinauslaufen auf die Untersuchung, zunächst, ob socialistische Theorieen, die den Namen Wissenschaft verdienen, vorhanden oder möglich sind, und ferner, in welchem Verhältnis die politische Praxis des Socialismus, besonders der deutschen Socialdemokratie, dazu steht.

Für die Frage nach der Möglichkeit einer socialistischen Wissenschaft kann eine kritische Betrachtung der vorhandenen wissenschaftlichen Systeme des Socialismus schätzenswertes Material liefern. Aber ausschlaggebend brauchte sie deshalb noch nicht zu sein. Denn wenn auch bewiesen wäre, dass die heutige socialistische Theorie keine Wissenschaft wäre, so wäre es immer noch denkbar, an ihre Stelle eine andere, wahrhaft wissenschaftliche, zu setzen, solange nicht principiell erwiesen wäre, dass dies unmöglich ist.

Bernstein folgert solche grundsätzliche Unmöglichkeit einer socialistischen Wissenschaft aus der Beeinflussung der Forschung durch die idealistischen Wünsche und Forderungen.

Es mag ihm nun zugegeben werden, dass unsere grossen Theoretiker nicht bloss Wunschlos geforscht haben, sondern dass sie von Lust und Liebe für ihren Stoff begeistert, von einem grossen Gedanken geleitet gewesen sind. Das ist aber eine Eigenschaft, die sie mit allen grossen Forschern teilen; Bernstein selbst citiert Buckle über Goethe¹⁸⁾. Auch ein Gelehrter ist keine Rechenmaschine, die man für eine bestimmte Aufgabe einstellt, um dann das nackte Resultat ohne jede individuelle Zuthat zu gewinnen. Diese Beeinflussung durch das ideale Ziel ist deshalb auch kein Argument gegen die Wissenschaftlichkeit der socialistischen Theorie. Richtig ist nur, dass darin eine Fehlerquelle liegen kann und dass es von der geistigen Kraft und der Ehrlichkeit eines Forschers abhängen wird, ob er sich den Ergebnissen wissenschaftlicher Beobachtung und Folgerung unterwirft, auch wo sie seinen idealistischen Wünschen nicht recht geben, oder ob er bewusst oder infolge von Selbsttäuschung den Thatsachen Gewalt anthut. Dass Marx und Engels von den politischen Ideologieen nicht sclavisch abhängig gewesen sind, zeigen ihre rücksichtslosen Kämpfe gegen politische Lieblingsschlagwörter des Tages; dass sie auch den Mut der Selbstkritik besessen haben, ergibt die Entwicklungsgeschichte ihrer Theorieen. Bernstein wird das nicht leugnen. Dann aber fehlt jeder Grund, die Wissenschaftlichkeit der Marxischen socialistischen Theorie wegen der Mitwirkung des „speculativen Idealismus“ und der „schöpferischen Phantasie“¹⁹⁾ in Frage zu ziehen. Unbestreitbar ist freilich, dass es auch socialistische Theoretiker von geringerer Kraft und dass es selbst bei den grössten Theoretikern wissenschaftliche Thesen von verschiedenem Werte giebt, dass auch manches als wissenschaftlich erwiesen ausgerufen worden sein mag, was mehr gut gemeinter Wunsch war. Das muss eine Mahnung zu nüchterner Kritik auch angeblichen Errungenschaften der socialistischen Wissenschaft gegenüber sein, aber darin liegt dann die Forderung nach mehr Wissenschaft im Socialismus, nicht ein Grund, die Möglichkeit eines wissenschaftlichen Socialismus überhaupt zu bezweifeln.

Ebensowenig will es mir einleuchten, wenn Bernstein die vorhandenen Systeme des Socialismus nicht als Wissenschaft gelten lassen will, weil sie teilweise zu einander widersprechenden Ergebnissen gelangen²⁰⁾. Er sagt:

¹⁸⁾ a. a. O., pag. 23.

¹⁹⁾ a. a. O., pag. 23.

²⁰⁾ a. a. O., pag. 32 und in einer Polemik mit einem Kritiker im Vorwärts (No. 139 vom 18. Juni 1901, Beilage). Hier stellt er Marx und Rodbertus einander gegenüber.

„Wissen heisst Erkenntnis der wahren Beschaffenheit und Beziehungen der Dinge, und da es nach dem Stande der Erkenntnis stets nur eine Wahrheit giebt, kann es auf jedem Wissensgebiet stets auch nur eine Wissenschaft geben.“

Es ist Bernstein schon von anderer Seite gesagt worden, dass er durch diese These den Kreis dessen, was als Wissenschaft gelten soll, willkürlich verengt. Damit engt er aber auch die Bedeutung seiner Kritik ein. Die Frage, ob eine socialistische Wissenschaft möglich sei, schrumpft damit zusammen zu der, ob die socialistischen Theorien dem entsprechen oder entsprechen können, was Bernstein Wissenschaft nennen will. So werden aber auch alle weittragenden Consequenzen hinfällig, die man an Bernsteins Untersuchung knüpfen könnte. Er leugnet ja im Grunde nicht, dass der theoretische Socialismus das sei, was man allgemein Wissenschaft nennt, sondern bestreitet nur, dass er seiner Definition entspräche. So sehr ich jedem Autor das Recht einräume, sich seine Terminologie selber zu schaffen, so kann ich doch ein solches Verfahren nicht für praktisch halten, zumal in einem populär-wissenschaftlichen, für weitere Kreise berechneten Vortrage.

Bernstein vermischt bei seiner Behauptung, es könne stets nur eine Wissenschaft geben, offenbar das Streben nach mit dem Gelingen zu der Wahrheit. Zugeben, dass es auf dem unserer Erkenntnis überhaupt eröffneten Gebiete nach Massgabe der verfügbaren Vorkenntnisse und wissenschaftlichen Methoden jeweilig ein Mass von Wahrheit giebt, das wir erkennen können, und dass es Aufgabe der Wissenschaft ist, dies zu erkennen, so hängt es doch noch von sehr vielen Umständen ab, ob die Forschung dies Ziel wirklich erreichen wird. Auf einen Schlag wird es fast nie gewonnen. Jeder Forscher wird beeinflusst durch den Standpunct, von dem aus er an die Frage herantritt, durch subjective Momente der verschiedensten Art, wozu auch die schon erwähnte Einwirkung leitender Gedanken und idealistischer Wünsche gehört. So können verschiedene Forscher dem Ziele der Wahrheit verschieden nahe kommen, dieselbe Wahrheit kann sich auch bei beiden in die Gewänder widersprechender Theorien kleiden, und doch kann man beiden Forschungen nicht den Namen der Wissenschaft absprechen. Wissenschaft muss meines Erachtens jede Forschung genannt werden, die ehrliches Streben nach der Wahrheit verbindet mit dem in den gegebenen Schranken der Individualität und Umwelt möglichen Masse von Vorurteilslosigkeit und mit der gewissenhaften Benutzung des vorhandenen Materials an Thatsachen und wissenschaftlichen Methoden. Es ist die Aufgabe der späteren, auf den Schultern der Vergangenheit stehenden Forschung, die Teilwahrheiten einer Wissenschaft von den mit ihnen verbundenen Irrtümern zu sondern.

Einzeluntersuchungen darüber, was man als sicher nachgewiesenen Bestand der socialistischen Theorie in der Kritik der heutigen und der Begründung einer künftigen Gesellschaftsordnung anzusehen habe, gehörten nicht notwendig in den Rahmen des Vortrags, und Bernstein hätte gut gethan, sich auch der gelegentlichen Andeutungen darüber zu enthalten, da Thema und Umstände eine eingehende Behandlung dieser Probleme ausschlossen. Ob diese oder jene Theorie bestritten ist — was doch nicht widerlegt heisst —, ja selbst, ob sie widerlegt ist, kommt für die allgemeine Frage, ob und wie wissenschaftlicher Socialismus möglich sei, nicht in Betracht. Die Art, wie Bernstein diese Kritik des Marxischen Systems führt, scheint mir stellenweise recht angefechtbar. So knüpft er z. B. an die Aeusserung von Engels an, dass zwei Entdeckungen, die der materialistischen Geschichtsauffassung und die der Mehrwertserzeugung, den Socialismus zu einer Wissenschaft gemacht hätten²¹⁾, er

21) a. a. O., pag. 7.

verbreitet sich dann mehrere Seiten lang über die Bedeutung der Mehrwertstheorie, in der er keinen wissenschaftlichen Beweis gegen die heutige und für die zukünftige Gesellschaft erblickt, dann aber thut er die „andere Grundlage, die materialistische Geschichtsauffassung“, mit dem inhaltsleeren Worte ab, „sie habe auch ihre Schicksale durchgemacht“²²⁾. Da scheint mir Bernstein denn doch der Bedeutung, der materialistischen Geschichtsauffassung für den theoretischen und den praktischen Socialismus bei weitem nicht gerecht zu werden. Gerade sie ist das eigentliche Fundament der Marxischen Gesellschaftskritik, so dass sogar die mit Hilfe der Mehrwertstheorie gezogenen Folgerungen in Grunde nur angewendete materialistische Geschichtsauffassung sind. Deshalb wird auch jede Selbstkritik des Marxismus am fruchtbarsten sein, wenn sie die materialistische Geschichtsauffassung consequent anwendet. Die „Schicksale“, die die materialistische Geschichtsauffassung durchgemacht hat, haben das Princip nicht nur unangetastet gelassen, sondern es sogar immer feiner und consequenter durchgebildet und mittels Ablehnung etlicher epigonenhafter Uebertreibungen das Wesentliche der Lehre nur um so fester begründet. Meines Erachtens enthalten auch die nach Bernsteins Behauptung einander widersprechenden Aeusserungen von Engels über die Mehrwertstheorie²³⁾ in Wahrheit gar keinen Widerspruch, denn — was Bernstein bei seiner Untersuchung am wenigsten hätte unbetont lassen dürfen — Engels behandelt an der einen Stelle die Bedeutung der Mehrwertproduction als eines causalen Factors in der Umgestaltung der Gesellschaft, geht also vom genetischen Standpunct aus und hat hier wohl das Recht, für die Mehrwertstheorie das Prädicat Wissenschaft in Anspruch zu nehmen; an der anderen Stelle betont er, dass der idealistischen Kritik der Mehrwertaneignung als „Ausbeutung“, so wirkungsvoll sie sei, nicht die Bedeutung einer wissenschaftlich entscheidenden Erwägung zukomme.

Doch genug von diesen Einzelheiten! Das unterliegt für mich keinem Zweifel, dass die socialistische Theorie so gut, wie nur irgend eine Lehre, Wissenschaft im strengsten Sinne sein kann, sein soll, dass sie es glücklicherweise auch in einem Grade ist, mit dem wir recht zufrieden sein können. Soweit sie diesen Anforderungen noch nicht entsprechen sollte, ist es unsere Aufgabe, sie immer wissenschaftlicher zu machen, sie immer mehr von Vorurteilen, vulgären Schlagworten und unzureichend begründeten Thesen, wo wir solche finden, zu befreien. Gerade wenn man daran festhält, dass die socialistische Theorie Wissenschaft ist, so ergiebt sich von selbst das Recht und die Pflicht, auch den schon als gesichert angenommenen wissenschaftlichen Bestand immer wieder einer wissenschaftlichen Kritik zu unterziehen. Wenn Bernstein meint, der Name wissenschaftlicher Socialismus erschwere die Kritik, weil „jeder Satz im Lehrgebäude des Socialismus in der Form, die er einmal erhalten, für ein unersetzliches Glied in der Kette der socialistischen Beweisführung gehalten werde“²⁴⁾, so bin ich gerade der entgegengesetzten Ansicht. Wem Wissenschaft mehr als ein schönes Wort ist, der kann nie das Recht zur Kritik oder die Richtigkeit einer bestimmten Kritik wegen ihrer etwaigen Folgen für die Festigkeit des Lehrgebäudes bestreiten. Man hat noch nie behauptet, dass Papsttum und Unfehlbarkeitsdogma irgend etwas mit der Wissenschaft zu thun hätten. Wenn solch doctrinäres Pfaffentum in der socialistischen Theorie vorgekommen sein sollte, so würde es nur aus zu wenig Wissenschaft und zu viel Glauben zurückzuführen sein.

Wie sich nun diese socialistische Wissenschaft zur politischen Praxis des

²²⁾ a. a. O., pag. 17.

²³⁾ a. a. O., pag. 9—10.

²⁴⁾ a. a. O., pag. 36.

Socialismus verhält, das ist die zweite, vielleicht die interessantere Frage, die unter das von Bernstein aufgestellte Thema fällt. Bernstein hat sie schon in den Voraussetzungen des Socialismus gestreift (namentlich in der Note auf Seite 173—174), und ich glaube nicht fehlzugehen mit der Annahme, dass er sich zu seiner ganzen Bezweiflung des wissenschaftlichen Elements im Socialismus dadurch hat antreiben lassen, dass man in der socialistischen Litteratur Aeusserungen findet, die die Rolle der Wissenschaft einseitig betonen und offenbar überschätzen und der Bedeutung des positiven Ideals nicht gerecht werden. Die hohe Achtung vor der Wissenschaft hat in den Kreisen der Socialdemokratie nicht selten eine gewisse Geringachtung alles nicht wissenschaftlich Erwiesenen hervorgerufen; die Schwächlichkeit des mit den schönsten Idealen prunkenden bürgerlichen Liberalismus hat zu einer Unterschätzung der Bedeutung des nicht wissenschaftlich erweisbaren positiven Ideals geführt, und man hat sich darin gefallen, das Verhältnis von socialistischer Theorie und Praxis so darzustellen, als ob alles, was der Socialismus erstrebe, bereits als unabwendbare Notwendigkeit aus den Gesetzen der Geschichte abgeleitet sei und als ob die socialistische Praxis ihre Ziele nur verfolge, weil es wissenschaftlich erwiesen sei, dass sie sein würden, nicht weil unser Ideal uns sage, dass sie sein sollten.

Das sind Uebertreibungen, denen gegenüber es wohl eine zeitgemässe und dankenswerte Aufgabe war, das Verhältnis von wissenschaftlicher Forschung und idealistischer Construction, von Erkanntem und Gewolltem, von Theorie und praktischer Politik im Socialismus einer neuen Untersuchung zu unterziehen und zu erklären: Auch die Wissenschaft steht unter dem leitenden Gesichtspuncte grosser ideologischer Gedanken, die sie aus den Bedürfnissen der Praxis schöpft; die Wissenschaft geht im allgemeinen nicht der Praxis voran, sondern eher umgekehrt; die politische Bewegung setzt sich in der Hauptsache ihre Ziele selber und entnimmt sie nicht bloss den Voraussagen der Wissenschaft; die Massen jedenfalls werden nicht durch wissenschaftliche Beweise, die sie nicht controlieren können, auch nicht durch die Versicherung wissenschaftlicher Erwiesenheit des Socialismus für unsere Ziele gewonnen, sondern durch die Leiden der heutigen Gesellschaft und den Trieb nach Besserem.

Hier aber setzt die Aufgabe der Wissenschaft ein, die keineswegs zur Bedeutungslosigkeit zu degradieren ist. Nach Bernstein soll die Wissenschaft durch Feststellung der Thatsachen die richtigen Wege zum idealen Endziel weisen, vor falschen warnen. Dagegen lässt sich vom Standpuncte des Marxismus nichts sagen. Nur exacte Beobachtung und streng wissenschaftliches Denken können uns zeigen, wie weit die ökonomische Entwicklung fortgeschritten ist, uns helfen, unsere Machtmittel und die der Gegner richtig zu taxieren und uns vor Uebereilungen schützen. Die Wissenschaft giebt uns die Fähigkeit, gesetzgeberische Massnahmen zu treffen und ihre Tragweite richtig zu bemessen. Freilich möchte ich nicht unbetont lassen, dass die praktische Politik sich meist weniger durch theoretische Berechnungen, als durch praktische Erfahrungen, seien es nun Erfolge oder Schwierigkeiten, leiten lässt; die Wirkung der Wissenschaft auf diesem Gebiete ist deshalb nicht sowohl, dass sie im Einzelfalle tatsächlich als Wegweiserin dient, als vielmehr, dass sie im allgemeinen erzieherisch wirkt und kritische Besonnenheit sowie Respect vor den Thatsachen erzeugt, — zwei Eigenschaften, die dem praktischen Politiker geradezu unentbehrlich sind. Immerhin aber formuliert Bernstein diese Aufgabe der Wissenschaft im Verhältnis zur Praxis durchaus richtig. Dennoch hat er, wie mir scheint, die Aufgabe der Wissenschaft zu eng formuliert und einen sehr wesentlichen Punct unbeachtet gelassen. Auch das Zukunftsziel selbst muss Gegenstand der wissenschaftlichen Betrachtung sein.

Die Wissenschaft findet die Grundzüge des Idealbildes einer künftigen besseren Gesellschaft empirisch als Thatsache des Gesellschaftslebens vor. Selbstverständlich kann es nicht ihre Aufgabe sein, zur Apologetik dieses Zukunftsideals zu werden. Sie würde dann ebenso den Charakter der Wissenschaft verlieren, wie die pfäffische Apologetik religiöser Dogmen.

Wohl aber ist es Pflicht der socialistischen Theorie, auf dem Wege wissenschaftlicher Methoden festzustellen, ob dies idealistische Zukunftsbild bloss Ausfluss des menschlichen Speculationstriebes und Phantasiespiel ist, oder ob und wie weit in ihm eine materielle, namentlich wirtschaftliche, Notwendigkeit, eine sich thatsächlich vollziehende geschichtliche Entwicklung ihren Ausdruck sucht und findet. Mit dieser Sichtung des traditionellen Socialismus hat das Lebenswerk von Marx begonnen. Bernstein hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Kritik auch dem heutigen System des Socialismus gegenüber weiterzuführen und es von noch vorhandenen Resten des Utopismus zu befreien; man sieht auch hier, wie sehr er sich selbst im Lichte steht, wenn er nicht mit aller Entschiedenheit die Möglichkeit und die Aufgaben einer socialistischen Wissenschaft betont.

Auch eine Untersuchung und Voraussage, wie die zukünftige Gesellschaft aussehen werde, kann an sich sehr wohl Wissenschaft sein, sofern sie ohne dogmatische Ansprüche auftritt und sich und anderen klar hält, dass sie nur Hypothesen giebt, die mit der Richtigkeit der Voraussetzungen stehen und fallen, dass diese Voraussetzungen zum Teil selbst hypothetisch, zum Teil zweifelhaft sind und dass, wenn sie einmal widerlegt werden sollten, die wissenschaftliche Pflicht gebieten würde, auch die Schlüsse zu berichtigen. Solche Untersuchungen können sogar grossen praktischen Wert haben, denn oft genug wird es nötig sein, dem Fluge der Phantasie ins Grenzenlose Zaum und Zügel anzulegen, gegenüber der Einseitigkeit des moralischen Werturteils die Frage nach dem Möglichen und Praktischen aufzuwerfen.

Mit Recht weisen wir es als ein unverschämtes Verlangen zurück, wenn die Bourgeoispolitiker von uns Auskunft über Einzelheiten der Zukunftsgesellschaft fordern. Die Frage dagegen nach der allgemeinen wirtschaftlichen oder psychologischen Möglichkeit einer socialistischen Gesellschaft wäre wohl zulässig und als Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen interessant genug. Die Frage, ob bei der heutigen Entwicklung der Technik eine Production möglich wäre, die eine erhebliche Erhöhung des Culturniveaus der Massen zuliesse, oder welches Mass von Steigerung der Productivität dazu nötig wäre, kann man nicht, wie der idealistische Glaube es thut, damit abweisen, dass bis zur Einrichtung der socialistischen Gesellschaft, spätestens aber nach ihrer Begründung, kolossale Erfindungen gemacht werden würden, sondern man muss sie der wissenschaftlichen Prüfung überweisen. Eine solche hat Atlanticus versucht²⁵⁾; ob sein Material richtig ist, kann ich als Nichtfachmann nicht controlieren, doch scheint es mir noch in mancher Richtung der Ergänzung zu bedürfen und der wissenschaftlichen Arbeit ein reiches Thätigkeitsfeld offen zu lassen.

Das andere Problem ist, ob eine socialistische Gesellschaft psychologisch möglich sein würde. Karl Kautsky hat in seiner Vorrede zu der genannten Schrift von Atlanticus den Einwand der Gegner, der Socialismus wäre gegen die menschliche Natur, mit dem Hinweis abgefertigt, dass auch die heutige Gesellschaft Unzähliges enthält, das gegen die Grundtriebe der mensch-

²⁵⁾ Atlanticus: Ein Blick in den Zukunftsstaat. Stuttgart. J. H. W. Dietz, 1898. In dem Vorwort von Karl Kautsky vorzügliche, klare Ausführungen über den Zweck und die Grenzen solcher Untersuchungen.

lichen Natur verstösst, und dass eine socialistische Gesellschaft sehr wohl besser sein könnte, als die heutige, auch wenn sie nicht in allem den natürlichen Trieben des Menschen entspräche. Das ist ganz zutreffend, erschöpft aber die Frage nicht, denn es handelt sich auch darum, ob und unter welchen Umständen Menschen von den Charakteranlagen unserer Mitmenschen im stande sein würden, eine socialdemokratische Gesellschaft zu begründen und zu erhalten. Der idealistische Glaube mag sich darüber mit der Versicherung trösten, dass die Menschen in der socialistischen Gesellschaft ungeahnte Tugenden entwickeln würden, — die Wissenschaft, die mit gegebenen Voraussetzungen zu rechnen hat, wird versuchen müssen, eine wirtschaftliche und politische Verfassung der künftigen socialistischen Gesellschaft auszudenken, die auf die heute bekannten Eigenschaften der Menschen basiert ist²⁰). Auch eine solche Construction kann Wissenschaft sein, nur muss sie sich stets dessen bewusst bleiben, dass sie nicht eine Voraussage, sondern nur ein Beispiel giebt, dass sie nicht sagt, wie der Zukunftsstaat sein werde, sondern lediglich, wie er sein könnte. Das freilich ist sicher, dass bei solchen Untersuchungen die Gefahr sehr nahe liegt, vom Gebiet der Wissenschaft auf das der Poesie zu geraten, dass derartige Constructions in besonders hohem Masse unter dem Einflusse des Wunsches zu stehen pflegen und dass ihre „Wissenschaftlichkeit“ recht oft Selbsttäuschung sein mag.

Sicherer und klarer als diese Pfade positiven Forschens über die zukünftige Gesellschaft sind jedenfalls etliche negative Sätze, die uns die Wissenschaft über das Aussehen der zukünftigen Gesellschaft an die Hand giebt.

So zeigt uns beispielsweise Marxens materialistische Geschichtsphilosophie, dass es ein Hirngespinnst ist, zu denken, es könne je eine endgiltige, fehlerfreie Form der Gesellschaft gefunden werden, die von socialen Kämpfen frei sein würde. So lehrt uns dieselbe Theorie, dass wir nicht die Natur nach unseren Gedanken meistern, sondern nur die Kräfte, die sie uns bereit hält, entwickeln können, dass wir deshalb auch die von der Natur gegebenen Verschiedenheiten verschiedener Länder und Rassen oder verschiedener Individuen, z. B. in Geschlecht, Anlage und Alter, nicht aufheben oder praktisch ignorieren können und dass die Gleichheitsforderung des Socialismus nur bedeuten kann, die von der Gesellschaft geschaffenen, nicht in der Natur begründeten Ungleichheiten in der Behandlung des von Natur Gleichen zu beseitigen.

Ich will die Beispiele nicht noch vermehren. So sicher es ist, dass die praktische Politik des Socialismus ihre Anregungen zunächst aus den Bedürfnissen des Lebens und ihren ideologischen Ausdrucksformen empfängt, so bedarf sie doch für den Ausbau ihrer Ziele und für die Wahl der Wege dahin fortwährend der Controle der Wissenschaft.

Das gilt eigentlich für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik überhaupt. Aber der Socialismus ist der charakteristische politische Idealismus der Gegenwart, und die heutige Socialdemokratie ist sich dieses Verhältnisses von Wissenschaft und Praxis klar bewusst. Weshalb sollten wir also den Namen wissenschaftlicher Socialismus verschmähen und in kritischer Socialismus umändern? — Wissenschaft ist von selbst Kritik; eine Kritik aber, die nicht wissenschaftlich wäre, würde uns nichts taugen. Bernstein selbst denkt auch dabei nur an eine wissenschaftliche Kritik. Also ist die Aenderung unnötig, und jede überflüssige Aenderung bedeutet

²⁰) Vergl. ein bei Bernstein (Voraussetzungen des Socialismus, pag. 151—152, Note) gegebenes Citat aus einem Aufsätze von Richardson, der anscheinend einer solchen Untersuchung gewidmet ist: Eine sociale Reform muss „möglich sein, d. h. sie muss mit der menschlichen Natur rechnen, wie sie ist, und nicht, wie sie sein sollte.“

einen zwecklosen Kraftverlust. Für die Bezeichnung einer Richtung im Socialismus, die sich mehr als andere die Kritik der überlieferten socialistischen Theorien zur Aufgabe macht, kann der Name kritischer Socialismus gut gewählt sein, — für den Socialismus als Ganzes, Theorie und politische Bewegung umfassend, würde er mir zu eng erscheinen.

Muss ich also manches ablehnen, was Bernstein gesagt hatte, so glaube ich doch, dass weder die Gegner der Socialdemokratie Anlass zu einem Triumphgeschrei über den Bernsteinschen Vortrag haben, noch die Socialdemokratie Anlass zu Befürchtungen²⁷⁾. Wenn die Welt am Montag wieder einmal die Socialdemokratie für am Ende erklärt, weil Bernstein ihren wissenschaftlichen Charakter widerlegt habe, so ist das echte Schreibtischpolitik, die keine Ahnung davon hat, wie wenig der praktische Kampf der Arbeiterklasse von diesen theoretischen Streitigkeiten berührt wird, namentlich nun gar von Streitereien über die Theorie der Theorie.

Zur Theorie der Handelskrisen und der Ueberproduction.

Von

Conrad Schmidt.

(Berlin.)

Nach der Periode einer gewaltigen industriellen Expansion in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre geht in dem himmeln getürmten Bau des Capitalismus wieder das bleiche Gespenst der Krise um, Reichtümer um Reichtümer zerstörend und mit dem furchtbarsten Fluche, mit Arbeitslosigkeit, diejenigen treffend, für welche auch die Zeiten des profitgesegneten Aufschwungs nur Zeiten einer fieberhaft gesteigerten und schlecht gelohnten Arbeitslast gewesen sind.

Von je hat die socialistische Kritik in der Unvermeidlichkeit, mit welcher das capitalistische System diesen entsetzlichen Widersinn der Krisen und der Arbeitslosigkeit

²⁷⁾ Bei der Correctur sehe ich mich noch veranlasst, folgende Bemerkung anzufügen:

Man hat neuerdings in einer Versammlung in Leipzig (vergl. Leipziger Volkszeitung vom 16. August 1901, Beilage) mit deutlicher Beziehung auf diesen Vortrag Bernsteins erklärt, man werde die Angelegenheit vor den Lübecker Parteitag bringen und den Akademikern „die Meinung sagen, in Zukunft die Zeit nicht mehr mit derartigen unfruchtbaren Discussionen zu verbrauchen, sondern zu anderen und nützlicheren Zwecken.“ Wie Bernstein seine Zeit verbrauchen will, wird man wohl ihm selbst überlassen müssen. Wer aber diese Untersuchungen für so überflüssig hält, ist ja durchaus nicht genötigt, sie zum Gegenstand einer, freilich höchst unfruchtbaren, Versammlungsdiscussion zu machen und gar den Parteitag damit zu behelligen, was allerdings auch ich für den Gipfel der Zeitvergeudung halten würde. Warum überlässt man nicht diese akademischen Streitfragen den „Akademikern“, die sie so „unnützerweise“ eingerührt haben?

Wenn aber die Leipziger Redner die Absicht gehabt haben sollten, die socialistische Wissenschaft gegen Bernstein zu retten, so würden sie zwar, wie man sieht, in gewissem Masse meine Sympathie haben, indessen verstehe ich nicht, wie sich eine solche Hochachtung vor der Wissenschaft mit dieser geringschätzigen Behandlung der Thätigkeit der Akademiker vertragen würde, deren Bedeutung für unsere Bewegung um so höher sein muss, je höher man die der Wissenschaft einschätzt. Jedenfalls sei gesagt, dass ein für alle Mal Hochschätzung der Wissenschaft unvereinbar ist mit irgend welcher Einschränkung der freien Kritik, mag diese nun aus taktischen Gründen oder aus welchen sonst immer gefordert werden.

erzeugt, eines der sichersten Anzeichen für die historisch-vergängliche Rolle gesehen, welche der Capitalismus in der gesellschaftlichen Entwicklung der Völker zu spielen berufen sei. Ein System, das den Güterreichtum zu einer Quelle des Elends macht, das Not und Hunger über die Menschen verhängt, weil sie zu viel Bedarfsmittel und zu viel Produktionsmittel erzeugt haben, erscheint von vornherein, da schliesslich doch Vernunft in der Geschichte herrscht, zum Untergang verdammt. — Wer über die Krisen schreibt und mehr als bunt zusammengeflochtene Thatsachensammlungen geben will, der muss dabei zugleich dem Capitalismus gegenüber Farbe bekennen. Je nach dieser Farbe wird die Deutung der Thatsachen und werden die Schlussfolgerungen aus ihnen verschieden sein.

Tugan-Baranowsky, dessen Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England jetzt auch in deutscher Uebersetzung erschienen sind,¹⁾ lässt seine Leser über diese Cardinal- und Centralfrage keinen Augenblick im unklaren. Er ist in seinen Grundanschauungen durchaus Socialist. Kein Wunder, dass, trotz aller Anerkennung, die seine Leistungen, vor allem auf dem Gebiet der descriptiven Nationalökonomie, gefunden, sich ihm ebenso wie seinem gleichstrebenden, gleichfalls in Deutschland bekannten Freunde Peter Struve, die Thore der russischen Universitäten verschlossen haben. Zur Zeit hat ihn die Weisheit der russischen Regierung sogar aus Petersburg verbannt.

Sein Buch, dessen reichen historischen Inhalt wir hier leider auch nicht einmal andeutungsweise resumieren können, hat darüber hinaus noch ein rein theoretisches Interesse, indem der Autor, in seinen Grundanschauungen selbst Marxist, die marxistischen Ansichten über die Krisen, die Ueberproduction und die Tendenz zur Senkung der Profitrate einer kritischen Revision unterwirft. Wenn wir an diese Seite des Werkes ausführlicher anknüpfen, so nicht darum, weil uns Baranowskys Argumentationen überzeugt hätten, sondern weil eine principielle Auseinandersetzung mit ihm vielleicht über die theoretischen Streitfragen selbst ein helleres Licht wirft.

* * *

Die allgemeinen Anschauungen, die Baranowsky in dem Capitel über den industriellen Cyklus und die Periodicität der Krisen entwickelt, sind klar und einfach und werden am wenigsten von marxistischer Seite bestritten werden. Der Autor erörtert da den Zusammenhang zwischen dem Auf und Ab der industriellen Bewegung und den stossweisen Ausdehnungen, welche das allgemeine Rüstzeug der capitalistischen Production (Fabrikanlagen, Maschinerie, Eisenbahnbauten, Kohlenförderung u. s. w.) erfährt. Jahraus, jahrein werden nicht nur von den industriellen Capitalisten, sondern ebenso auch von den anderen begüterten Schichten der Gesellschaft bedeutende Quoten ihres Einkommens zu verzinslicher Anlage zurückgelegt. Ununterbrochen vollzieht sich diese Accumulation von Leihcapital, das durch Vermittelung der Banken jederzeit für alle möglichen productiven Zwecke disponibel ist. In gedrückten Perioden, wo alle Sphären der Production voll gesättigt erscheinen und nirgends in der Industrie wirklich erhebliche Gewinne winken, staut sich der Strom. Die Menge des disponiblen Leihcapitals, für das sich in der Industrie keine Verwendung findet, drückt auf den Zinssuss. Geld ist billig. Verbessert sich nun die Conjunctur in den entscheidenden Branchen — und das sind heute nach Bagehots treffendem Ausdruck die instrumental trades, die für die Produktionsausrüstung arbeitenden Gewerbe —, so pflanzt sich bei dem engen Zusammenhang, der alle Zweige in der Volkswirtschaft verbindet, die frischere Bewegung, immer grössere Kreise ziehend, weiter und weiter fort. Und das disponible Capital, für das sich nun, bei dem regeren Umsatz in der Industrie, überall reich lohnende Anlagegelegenheiten zu bieten scheinen, strömt massenhaft der

¹⁾ Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1901.

Production zu, die hier vorhandenen Expansionstendenzen nach Kräften ausnutzend und dieselben weit über das in den Verhältnissen begründete Mass hinaustreibend. Die Preise steigen, überall schiessen industrielle Neugründungen auf, die mit Baumaterial, mit Maschinen u. s. w. ausgerüstet sein wollen. Diese stossweise Vermehrung der Productivkraft geschieht planlos, aus augenblicklichen Conjecturen und Speculationszwecken heraus, ohne Rücksicht darauf, ob auch späterhin die Nachfrage dem wachsenden Productionsumfange wird folgen können. Ueber kurz oder lang muss dieses innere Missverhältnis zu Tage treten; das Tempo der Neuausrüstungen lässt nach; „Maschinen, Instrumente, Eisen, Ziegelsteine, Bauholz“ werden, weil die Neugründungen abgenommen haben, weniger als früher verlangt. In den Branchen, die dergleichen liefern, können die Unternehmer, welche ihren Betrieb den Ansprüchen der rasch gesteigerten Nachfrage entsprechend ausgedehnt haben, nun nicht auf einmal wieder zurück. Bei der weichenden Nachfrage sind Ueberproduction und Fall der Preise, Verlust und Bankrott in weitem Umfang unvermeidlich, der Sturz der einen zieht den andern in derselben und in den engverbundenen Branchen nach sich. Die Störung der Proportionalität von Angebot und Nachfrage in einer Sphäre pflanzt sich in ihrer Wirkung wellenförmig auf die benachbarten Sphären weiter. — Den eigentlichen Handelskrisen pflegen zudem, wie Tugan-Baranowsky bemerkt, oft viele Monate, ja sogar einige Jahre die Börsenkrisen voranzugehen. Denn je kräftiger der industrielle Aufschwung, um so stärker die Geldnachfrage in der Industrie, um so höher also der Discontsatz für Leihcapital. Eine Geldklemme kann unter diesen Umständen für eine mit blossem Credit arbeitende, die Curse hoch und höher steigende Börsenspeculation besonders leicht verhängnisvoll werden. Der hochgetürmte Bau kann da in wenigen Tagen zusammenbrechen.

So weit ist, wie gesagt, alles klar, und mit der allgemeinen, heute herrschenden Anschauungsweise, speciell auch der Marxisten, in Uebereinstimmung. Specifisch ist nur die gleich in dem ersten Capitel: Die Grundursachen der Krisen in der capitalistischen Wirtschaft vorgetragene und dann immer wiederholte Doctrin, dass in der Unproportionalität der Capitalverteilung auf die verschiedenen Branchen die gemeinsame und einzige Ursache aller Krisen zu suchen sei. Indem in einer oder einigen Branchen über die richtigen Proportionen hinaus productirt werde, entstünden dann Geschäftsstockungen und Verluste, die bei dem Zusammenhang aller Production auf die benachbarten Branchen zurückwirken und so die partielle Ueberproduction in eine allgemeine verwandeln. Wäre es aber möglich, das der Industrie neu zuströmende Capital auf die verschiedenen Branchen so zu verteilen, wie es dem wirklichen und dauernden Umfange der Warennachfrage entspräche, so wäre nach unserm Autor eben damit zugleich die Möglichkeit gegeben, alle Ueberproduction und alle Krisen an der Wurzel abzuschneiden. Nur weil die Planlosigkeit der Concurrenz in der capitalistischen Wirtschaft eine solche dauernde und sichere Anpassung der Production an die Nachfrage ausschliesse, müsse in dieser Wirtschaftsform die Production sich immer wieder und wieder in eine Ueberproduction verkehren.

Vor allem, sollte man meinen, hätte Tugan-Baranowsky, wenn er jede Ueberproduction auf das Schuldconto einer „nichtproportionellen Einteilung der gesellschaftlichen Production“ setzen will, den Nachweis führen müssen, dass der Ueberfüllung in einzelnen Branchen ein Productionsmanco in anderen gegenüberstehe, dass, wenn in der einen Sphäre zu viel, in den andern Sphären zu wenig im Verhältnis zu der kaufkräftigen Nachfrage erzeugt werde. Aber er selbst weiss am besten, dass ein solcher Nachweis unmöglich, dass vielmehr der Regel nach alle Branchen in der capitalistischen Volkswirtschaft bereits voll besetzt sind. Wie ist unter solchen Umständen für das accumulierte, disponible Capital, welches neue Anlagegelegenheiten in der Industrie sucht, eine pro-

portionelle Verteilung auf die verschiedenen Branchen überhaupt möglich, da es doch, wohin es sich auch wendet, der Regel nach eine schon gesättigte Nachfrage antrifft?

Angenommen, das Capital würde bei einer günstigen Conjunction sich nicht auf einige wenige Branchen werfen, die tonangebend im Vordergrund des Interesses stehen, sondern proportional sich auf eine ganze Reihe von Productionszweigen verteilen, was wäre dadurch viel gewonnen? Wie kommt Baranowsky zu der Versicherung, dass in diesem Falle die vermehrte Production und das vermehrte Angebot dann auf eine entsprechend gesteigerte Nachfrage zu rechnen haben würde? Es kann sein, aber es kann eben so gut auch nicht sein. Mit irgend welcher Bestimmtheit lässt sich nur das eine sagen, dass, je grösser die Fläche — die Zahl der Branchen — ist, auf die sich der Capitalstrom verteilt, der auf jede einzelne Branche entfallende Productionzuwachs — unter sonst gleichen Umständen — selbstverständlich um so geringer sein muss. Aber die Geringfügigkeit und relative Gleichmässigkeit des überall vorhandenen Productionszuwachses würde doch nur bedeuten, dass keine Branche in besonders hohem Masse und erheblich mehr als die andern Branchen einer Ueberproduction ausgesetzt ist. Aus diesem relativen Gleichgestelltsein der verschiedenen Branchen folgt aber keineswegs, dass nicht auch der geringfügige Productionszuwachs in den einzelnen Sphären schon Reibungen und partielle Geschäftsstockungen hervorrufen kann, die in ihrer Summierung und ihren Wirkungen nach einer regelrechten, durch ausserordentlich starken Productionszuwachs in einigen Branchen hervorgerufenen Ueberproduction gleichkommen. Nur die dramatisch concentrirte, augenfällige Form würde dem Uebel abgestreift sein; es selbst könnte ruhig weiter bestehen. Dazu kommt, dass die proportionelle Einteilung der gesellschaftlichen Production, das heisst eine überall der Nachfrage sich anpassende Einteilung durch die Natur der Sache selbst ausgeschlossen ist. Die Production kann sich der Warennachfrage schon darum nicht in so genauer Weise anpassen, weil diese Nachfrage — wenigstens die nach Materialien und Productionsmitteln — nicht nach einem bestimmten Gesetze stetig zunimmt, sondern je nach der allgemeinen Marktconjunction stossweise sich ausdehnt oder zusammenzieht. Die Production, an die dauernden Productionsanlagen, an die vorhandenen und neugebauten Fabriken und Maschinen wesentlich gebunden, kann diesem schnellen Auf und Ab so wenig folgen, wie etwa die Volksvermehrung dem Auf und Ab der capitalistischen Arbeitsnachfrage zu folgen vermag. Die Proportionalität von heute ist die Unproportionalität von morgen.

Das hebt übrigens auch Tugan-Baranowsky selbst hervor. Seine These, dass alle Ueberproduction in der unproportionellen Verteilung des accumulierten, der Industrie neu zuströmenden Capitals und nur in dieser begründet sei, erhält erst einen bestimmten, handgreiflichen Sinn durch die damit verknüpfte negative Folgerung, dass die jeweilige Verteilung des Nationaleinkommens zwischen Capitalisten und Arbeiterclassen für die Entstehung der Ueberproduction unmittelbar ganz gleichgiltig sei. Die Armut der Massen könne noch so gross sein, die Beschränktheit ihrer Consumnachfrage bedeute darum noch nicht im geringsten eine Schranke für die Ausdehnungsfähigkeit der Production. Denn die Production — hier knüpft Baranowsky in seinen Erörterungen an das von Marx im zweiten Bande des Capital entwickelte Schema des capitalistischen Warenumsatzes an — ist Production ebensowohl von Productionsmitteln als von Consummitteln. Eine Einschränkung der Nachfrage nach Consummitteln ist darum keineswegs mit einer Einschränkung der Warennachfrage selbst identisch. Das Minus in der Consumnachfrage kann immer durch das Plus der capitalistischen Nachfrage nach Productionsmitteln ausgeglichen werden. Die schliessliche Wirkung ist nur eine andere Einteilung der Gütererzeugung. Das sind die immer wiederholten Argumente, mit

welchen Tugan-Baranowsky gegen die alte auch von Marx geteilte Ansicht zu Felde zieht, die in der Unterconsumtion der Massen zwar nicht schon die Erklärung der Krisen schlechthin, wohl aber ein ausserordentlich bedeutsames krisenbildendes Moment erblickt. Aber sind denn wirklich beide Arten der Nachfrage — die Consum- und die Produktionsnachfrage — für die Bewegung des capitalistischen Mechanismus von derselben Bedeutung? Ist nicht jede Produktionsnachfrage der Natur der Sache nach eine relative, das heisst eine Nachfrage, bei der der nachfragende Capitalist damit rechnet, dass er die mit Hilfe dieser Produktionsmittel erzeugten Waren weiter veräussern kann, während die Consumnachfrage sich als definitive und absolute Nachfrage darstellt, bei der es, wie der Name sagt, auf den Verzehr, nicht aber auf irgend welche weitere Veräusserung von gekauften Waren abgesehen ist? Und hebt nicht dieser innere, in der Natur der Nachfrage begründete Unterschied alle künstlichen Deductionen unseres Kritikers aus dem Sattel?

Nur auf der Basis und im engen Zusammenhang mit dieser definitiven Nachfrage kann sich die relative Nachfrage nach Produktionsmitteln entfalten. Die Nachfrage nach Produktionsmitteln ist fürs erste doch einmal die Nachfrage nach Rohstoffen, Hilfsstoffen und Maschinen in den Branchen, die die genussfertigen Producte für den Consum herstellen. Die Capitalisten sind da offenbar nur in der Lage, ihre Stufenproducte einander abzukaufen, wofen schliesslich für die genussfertigen Producte eine genügend umfangreiche und kaufkräftige Consumnachfrage sich findet. Der Umsatz an die Consumenten entscheidet über den Umfang, den die Erzeugung von Produktionsmitteln in den betreffenden Branchen annehmen kann. Die Consumnachfrage alimentiert hier ganz unmittelbar die Produktionsnachfrage. Andererseits bedürfen diejenigen Betriebe, die derart unmittelbare Vorarbeit für den Consum leisten, selbst wieder einer genügenden Ausstattung mit Produktionsmitteln: Materialien, Maschinerie u. s. w., die sie von anderen Betrieben beziehen müssen und so in infinitum weiter. Es ist das eine Nachfrage, die dann zugleich eine Nachfrage nach den erforderlichen Verkehrs- und Transportmitteln für die Bewegung der Güter und Menschen in sich schliesst, die aber immer auf der Consumtionsnachfrage als Basis ruht. Die „Produktionszwecke“, für die produziert wird, sind Zwecke, die letzthin in irgend einer Weise aus der Nachfrage nach Consumgütern sich ergeben, Zwecke, die nur im Anschluss und in steter Rückbeziehung auf die Consumtionsnachfrage verständlich sind. Die definitive oder Consumnachfrage ist die belebende Kraft, welche durch alle Stockwerke der Volkswirtschaft hindurch das ungeheure Räderwerk der Production im Gang hält.

Auch die Thatsache, dass in den Produktionsmittel erzeugenden, von der unmittelbaren Consumtion weiter entfernten Branchen die Speculation vielfach stossweise Ausdehnungen des Produktionsumfanges hervorrufft, ohne dass in der grundlegenden Consumtionsnachfrage eine entsprechende Expansion vorhergegangen wäre, beweist nichts gegen diesen allgemeinen Zusammenhang. Umgekehrt: die Erfahrung, dass solche von der Basis der Consumtionsnachfrage sich emancipierenden Produktionsausdehnungen bald in eine Krise und Ueberproduction auslaufen, scheint gerade am bündigsten die Macht und Wirksamkeit eben dieses Zusammenhanges zu bestätigen. Wenn die in solchen Zeiten des Aufschwunges fieberhaft erhitzte Nachfrage nach Rohstoffen, Maschinen, Fabrikinventar eine sozusagen unabhängige wirtschaftliche Potenz neben der definitiven oder Consumnachfrage wäre, wenn es gar nicht darauf ankäme, ob schliesslich die Consumnachfrage die durch solche Produktionsausdehnungen auf sie ausgestellten Wechsel einlöst oder das Accept verweigert, so ist nicht abzusehen, warum dieser Expansionsprocess immer wieder sobald auf Schranken stossen sollte?

Das Grundverhältnis, auf das es hier ankommt, kann man sich in folgender Weise vielleicht am einfachsten klar machen: Die Consumnachfrage der Einzelpersonen ist von

vornherein durch ihr Geldeinkommen begrenzt. Aber während die arme Bevölkerung, vor allem die vom Capital beschäftigte Arbeiterklasse, durch die Verhältnisse gezwungen, mit ihrem ganzen Einkommen Consumnachfrage erhebt, wird von den Gutsituierten, vor allem der eigentlichen Capitalistenklasse, nur ein Teil des Einkommens zur Consumnachfrage verwandt, ein anderer capitalisirt. Dieser capitalisirte Einkommensteil, soweit er in die Industrie einströmt, erhebt gleichfalls Nachfrage nach Waren, aber nicht nach solchen des Consums, sondern nach Productionsmitteln, die zu neuen Producten verarbeitet und mit Profit verkauft werden sollen. Soweit die neuen Producte direct Consummittel sind, ist der Umfang der Nachfrage von vornherein begrenzt, einerseits durch das Gesamteinkommen der Arbeiterklasse (nebst Anhang), andererseits durch den Einkommensteil, den die Capitalistenklasse (nebst Anhang) für ihren eigenen (Luxus-) Consum verwendet. Eine Erhöhung der Consumtionsmittelproduction über dieses Mass (vom Export sehen wir hier wie im folgenden der Einfachheit halber ab) wäre eine in Absatzstockungen und Preisdruck sich äussernde Ueberproduction, eine Production nicht über die Bedürfnisse hinaus (denn die der Arbeiter sind nur höchst kümmerlich befriedigt), wohl aber hinaus über die kaufkräftigen Bedürfnisse — und andere kommen für die capitalistische Wirtschaft überhaupt nicht in Frage. Auf der andern Seite ist aber durch diese Begrenztheit der Consumnachfrage auch dem Umfang, in welchem das neu zuströmende accumulierte Capital in der Sphäre der Productionsmittelerzeugung die Production ausdehnen kann, eine gewisse Grenze bestimmt; eine Ueberschreitung derselben muss, da schliesslich alle Production im Hinblick auf die Consumption (resp. indirect: im Hinblick auf die für den Consum arbeitende Production) geschieht und eine schliessliche Saldierung der Auslagen durch den kaufkräftigen Consum voraussetzt, auch auf diesem Gebiete zur Ueberproduction führen. Die jährlich von der Capitalistenklasse der Industrie neu zugeführte Capitalmenge mag noch so „proportionell“ unter all die verschiedenen Branchen verteilt werden, darum wird doch, wenn die Steigerung der Consumnachfrage hinter dem Tempo der Productionssteigerung beträchtlich und dauernd zurückbleibt, jenes Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, das wir als Ueberproduction bezeichnen, sich notwendig herausstellen müssen.

Es ist daher die Verteilung des nationalen Einkommens unter die verschiedenen Classen für die Ausdehnungsmöglichkeit der Production in der capitalistischen Wirtschaft absolut nicht, wie Tugan-Baranowsky behauptet, gleichgiltig, vielmehr von ausserordentlicher Wichtigkeit. Findet z. B. in der Einkommensverteilung eine Verschiebung zu gunsten der Arbeiter statt, so wird dieser ihr Einkommenszuwachs völlig oder fast völlig die definitiven oder Consumnachfrage, also die Basis, auf welche letzthin die ganze Production zugeschnitten sein muss, erweitern. Die Erzeugung von Consumwaren, wie auch rückwirkend die Erzeugung der hierfür direct und indirect erforderlichen Productionsmittel, wird entsprechend zunehmen können. Umgekehrt würde aber eine Verschiebung der Einkommensverhältnisse zu gunsten der Capitalisten durchaus nicht ihre (Luxus-) Consumnachfrage entsprechend dem Einkommenszuwachs erhöhen. Der vielleicht grösste Teil dieses Zuwachses würde capitalisirt werden und, Anlage suchend, auf allerhand Umwegen der Industrie zuströmen. So werden Einkommensverschiebungen, je nachdem sie mehr der einen oder mehr der anderen Classe zu gute kommen, auf den Umfang der definitiven oder Consumnachfrage in sehr verschiedener Weise einwirken und so mittelbar die Tendenzen zur Ueberproduction je nachdem abmildern oder verschärfen können. Tugan-Baranowskys Einwände dagegen abstrahieren gerade von dem, worauf es bei dieser ganzen Frage entscheidend ankommt, von dem inneren Unterschiede der relativen und definitiven, der Productions- und der Consumnachfrage.

Der Export, von dem wir hier abgesehen haben, lockert natürlich die Schranken,

welche die heimische Consumkraft (vor allem die der Massen) der Ausdehnungsmöglichkeit der Production sonst stellen würde, sehr beträchtlich; aber in dem Grade, wie sich der Capitalismus immer mehr zu einer eng verbundenen Weltwirtschaft entwickelt, muss sich, vom Standpunct dieser Weltwirtschaft aus gesehen, auf internationalem Massstabe jener Zusammenhang zwischen der Ausdehnungsmöglichkeit der Production und dem Umfange kaufkräftiger Consumnachfrage doch immer wieder herstellen. — — —

Die Streitfrage ist übrigens weniger akademisch, als es den Anschein hat. Wäre die von Tugan-Baranowsky vertretene Ansicht, dass alle Ueberproduction ausschliesslich aus der „nichtproportionellen“ Anlage des neu hinzuströmenden Capitals herrühre, richtig, so ist von vornherein nicht abzusehen, warum der Capitalismus durch seine Entwicklung, wie Marx und die Marxisten annehmen, sich selbst die Grube graben müsse. Wenn das Krisenelend nur von dem Proportionalitätsmangel herrührt, so braucht es mit fortschreitendem Capitalismus sich durchaus nicht progressiv zu verschärfen, bis es schliesslich den ganzen Boden des bestehenden Wirtschaftssystems ins Wanken bringt. Anders aber erscheinen die Dinge, wenn die Produktionsausdehnung, über jene partiellen Krisengefahren hinaus und ganz abgesehen davon, eine — wenn auch elastische — Schranke in der Consumnachfrage findet. Es ist dies der Gesichtspunct, von dem aus die Auffassung, dass die capitalistische Entwicklung mit unentrinnbarer Notwendigkeit einer allgemeinen ökonomischen Katastrophe entgegenstehe, sich am anschaulichsten und einfachsten entwickeln lässt. Denn führen nicht die Capitalisten durch ihren Widerstand gegen alle Lohnerhöhungen einen Kampf, dessen Tendenz es ist, das Einkommen — also auch die Consumkraft — der Massen so niedrig wie irgend möglich zu halten, während sie, die Capitalisten, auf der anderen Seite ihr eigenes Einkommen — und damit das Mass der productive Anlage suchenden Capitalaccumulation — in rasch wachsender Progression fortwährend steigern? Wird unter solchen Umständen die Zunahme der Consumkraft — dieser Gedanke liegt nahe — mit dem Tempo der Capitalaccumulation Schritt halten können? Und wenn nicht, muss dann nicht — nur etwa durch den Export, die unproductiven Staatsausgaben u. a. verlangsamt — der Warenumsatz immer schwieriger werden, je mehr die Basis der Production, die Consumnachfrage, hinter der rascher steigenden Capitalaccumulation und Produktionsausdehnung zurückbleibt? So würde denn die capitalistische Entwicklung aus sich heraus eine Tendenz zu stetig wachsender Ueberproduction erzeugen. Der verschärfte Wettbewerb auf dem Warenmarkte bei zunehmender Absatzschwierigkeit müsste, der Tendenz nach, in einem steigenden Preisdruck und damit in einem Sinken der Gewinnsätze oder der durchschnittlichen Profitrate zum Ausdruck kommen, einem Sinken, durch welches die capitalistische Wirtschaftsweise sogar auch für die Mehrzahl der Privatunternehmer immer unrentabler und risicanter wird, während gleichzeitig auch der Arbeitsmarkt sich für die Arbeiter progressiv verschlechtert und die Reihen der industriellen Reservearmee immer furchtbarer anschwellen. Der Entwicklungsweg der capitalistischen Gesellschaft wäre so zugleich der Weg zu ihrem Bankrotte, der Uebergang zu einer socialistischen Neuordnung durch eine Zwangslage der Gesellschaft selbst vorgeschrieben.

Wir halten alle derartigen Zukunftsconstructions nicht für zwingend, da sie mit lauter unbekanntem Grössen rechnen, deren Massverhältnisse — also deren mögliche Compensationen — im voraus völlig unbestimmbar sind. Wollte man einer solchen Skepsis entgegenhalten, dass man nur über den Zeitraum, den derart construierte Tendenzen zu ihrer vollen Entfaltung brauchen, nichts Bestimmtes sagen könne, dass die Tendenzen selbst aber, ob früher oder später, jedenfalls zum Durchbruch kommen müssten, so ver-gesse man dabei, von anderem abgesehen, dass jene unbestimmbaren Zeiträume, mit denen

man rechnet, die Möglichkeit ebenso unbestimmbarer, also auch in ihrer Rückwirkung auf jene vorausgesagte Tendenzentfaltung gar nicht taxierbarer Verschiebungen und Complicationen in sich schliessen. Wie will man z. B., um nur eines der hier in Frage kommenden Momente hervorzuheben, im voraus das Mass bestimmen, bis zu welchem die arbeitenden Massen im politischen und gewerkschaftlichen Kampf gegen die Capitalisten ihr Einkommen (und damit die definitive Consumnachfrage) etwa zu erhöhen vermögen? Wie also voraussagen, dass die Steigerung der Arbeitereinkommen notwendig immer weiter hinter der Einkommenssteigerung und der Accumulation der Capitalistenklasse zurückbleiben müsse, was doch die Basis dieser ganzen Katastrophenprophezeiung war?

Indem wir gegen Tugan-Baranowsky die alte — auch von Marx geteilte — Ansicht vertreten, die an dem Zusammenhang des Productionsumfanges mit der Consumnachfrage festhält und daher folgerecht die Unterconsumtion als krisenbildendes Moment hervorhebt, stimmen wir, wenn auch aus ganz anderen Erwägungen, mit dem Autor in der Ablehnung solcher Prophezeiungen überein.

Freilich — eine zwingende Widerlegung jener pessimistischen Contractionen ist ebenso unmöglich, wie ein zwingender Beweis für dieselben. Die Stellung, die man zu ihnen einnimmt, hängt wesentlich mit dem Interesse, dem Wünschen und Hoffen zusammen. Weil die socialistischen Hoffnungen aus der Vorstellung einer dauernden Verschlechterung und eines schliesslichen Zusammenbruches der capitalistischen Wirtschaft eine Gewähr ihrer Realisierung ziehen zu können glaubten, darum gewannen solche und ähnliche Zusammenbruchstheorien zeitweilig leicht grossen Anhang. Ebenso wie auch umgekehrt die in neuerer Zeit immer schärfer hervortretende Antipathie gegen diesen Pessimismus zum grossen Teil in dem Bewusstsein wurzelt, dass, wenn er recht behielte, die socialistischen Zukunftshoffnungen des Proletariats dadurch viel mehr bedroht als gefördert würden. Um die arbeitenden Massen hinter dem Banner des Socialismus zu scharen, um sie geistig aufzurütteln und zu revolutionieren, dazu bedarf es, wie die Dinge sich bis heute entwickelt haben, wahrlich keiner progressiven Zunahme des Elends. Wohl aber ist, wenn die Arbeiterschaft, in den Besitz politischer Macht gelangt, grosse ökonomische Reformen mit socialistischer Tendenz erfolgreich soll durchführen können, dazu erforderlich, dass der sociale Boden diese Reformen zu tragen vermag. In einer Gesellschaft, in der unter dem Druck immer furchtbarer Krisen alle Lebensquellen mehr und mehr austrocknen und versiegen, würde auch der energischste politische Machtwille durch Reformen nur wenig ausrichten können. Wie sollte er, wenn die Nachfrage, das belebende Princip der ganzen Wirtschaft, relativ immer mehr zusammenschrumpft, in diesem centralen Punkte durch Machtbefehl Wandel schaffen? Was würde auch die staatliche Decretierung bedeutend erhöhter Löhne nützen, wenn Privat- und Staatsunternehmungen infolge des Absatzmangels und des Preisdrucks sie zu zahlen praktisch ausser stande wären? So scheint die pessimistische Auffassung der capitalistischen Entwicklung, die ehemals als Stütze der proletarisch-socialistischen Hoffnungen galt, sich gegen dieselben zu kehren und hat vornehmlich auch aus diesem Grunde an Curswert sehr verloren.

Natürlich hängt auf der andern Seite die Neigung zu dieser oder jener Auffassungsweise ebensowohl auch von dem unmittelbaren Eindruck der augenblicklichen Wirtschaftsverhältnisse ab. Die Gegenwart ist immer mächtiger als die Erinnerung. Die Zeiten, in denen der in Zusammenbruchgedanken gipfelnde Marxismus die grösste Werkkraft entfaltete — die Zeiten des Socialistengesetzes — waren wirtschaftlich im grossen und ganzen Zeiten der Absatzstockung und der Depression, während der polemische Rückschlag gegen diese Richtung, die Bernsteindebatten, in die Periode des letzten grossen geschäftlichen Aufschwungs fällt. Auch ist es sehr bezeichnend, dass die erste grosse Conception der

Zusammenbruchstheorie im communistischen Manifest zu ihrem socialen Hintergrund eine Periode furchtbarster Arbeitslosigkeit in England hatte, die in der revolutionären Chartistenbewegung ihren mächtigen Ausdruck fand. Die Vorstellung, dass der Capitalismus sich in eine Sackgasse verlaufe, schien durch den unmittelbaren Augenschein bestätigt zu werden. So hat, wie Tugan-Baranowsky in seinem Capitel über den Chartismus gelegentlich bemerkt, auch der bekannte Chartistenführer O'Connor die feste Ueberzeugung ausgesprochen, „dass die Fabrikindustrie in England ihren Höhepunct erreicht habe und infolge der Unmöglichkeit einer weiteren Ausdehnung des auswärtigen Marktes einem allmählichen Verfall entgegengehe,“ eine Ansicht, die für ihn freilich nur zum Ausgangspunct einer reactionären, die Rückkehr zur kleinen Bauernwirtschaft predigenden Utopie wurde.

* * *

Ebenso verfehlt wie Tugan-Baranowskys Polemik gegen die Unterconsumtion als krisenbildendes Moment, ebenso verfehlt erscheint mir die Kritik, mit der er dem im Capital entwickelten Gesetz des tendentiellen Falles der Profitrate zu Leibe geht.

Ob wirklich eine solche Tendenz, dass mit steigender capitalistischer Entwicklung die durchschnittlichen Gewinnsätze der angelegten Capitalien progressiv geringer werden, besteht, ist aus den bisherigen Erfahrungen nicht in zweifelsfreier Weise zu entscheiden. So giebt, wie Baranowsky treffend hervorhebt, Adam Smith in seinem Werk von 1776 den damaligen durchschnittlichen Zinsfuss der entwickeltsten europäischen Staaten auf 2, 3 und 4 % an. Soweit man aus der Höhe des Zinssatzes einen Rückschluss auf den (natürlich immer höheren) Gewinnsatz des industriellen Capitals ziehen darf, hätte sich demnach trotz der gewaltigen capitalistischen Fortentwicklung die industrielle Profitrate in dem letzten Jahrhundert wenig oder gar nicht gesenkt. Andere Thatsachen wieder scheinen trotzdem für eine solche sinkende Tendenz zu sprechen. So viel steht indessen wohl fest, dass der Wechsel von industriellem Aufschwung und Krise ungleich grössere Differenzen der Gewinnsätze in schneller Abfolge hervorruft, als die Differenzen, die sich bei Vergleichung grösserer Zeitperioden — etwa von Jahrzehnt zu Jahrzehnt — innerhalb der capitalistischen Entwicklung würden constatieren lassen.

Angenommen, diese Tendenz, auf die bereits Adam Smith und Ricardo hinwiesen, bestehe wirklich, so wird man in erster Reihe doch natürlich zu prüfen haben, ob und wie weit sie etwa auf eine tiefer liegende Tendenz, durch welche die Marktlage zu ungunsten der capitalistischen Warenverkäufer verändert wird, hindeute? Adam Smith z. B. erklärt in seiner einfachen, plausibeln Art und Weise das Phänomen daraus, dass mit steigender capitalistischer Entwicklung die Zahl und Grösse der Unternehmungen und damit natürlich auch die Schärfe des Wettbewerbes wachse; je schärfer aber der Wettbewerb, um so grösser die Avancen, welche die Concurrenten beim Umsatz ihrer Waren den Käufern machen müssen, um so grösser der Druck auf die Preise und den Gewinnsatz. Man hat gegen diese Erklärung eingewandt, dass bei steigender capitalistischer Entwicklung doch nicht nur das Warenangebot, sondern ebensowohl auch die Warennachfrage, also mit dem Wettbewerb der Verkäufer auch der der Käufer entsprechend zunehme. So bliebe also das Kräfteverhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Markte unverändert und könnte daher von sich aus keine Tendenz zur Senkung der Profite erzeugen. Der Einwand übersieht, dass, wie oben erörtert wurde, bei dem überaus raschen Tempo der Capitalaccumulation das Mass der Productionsausdehnung thatsächlich leicht über die durch die Consumkraft der Bevölkerung gezogenen Grenzen hinauswachsen und dass dieses Missverhältnis in progressivem Masse sich steigern kann. Würde die Verwirklichung dieser Möglichkeit nicht durch andere gegenwirkende Momente gekreuzt und in ihren Wirkungen aufgehoben, so wäre in der That eine Vermehrung der Absatzschwierigkeit in allen Branchen

und damit ein vermehrter Druck auf die Preise, also die Tendenz zur Senkung der Gewinnsätze die notwendige Folge. Die Smithsche Ansicht, solchermassen im Hinblick auf die krisenbildende Macht der Unterconsumtion ergänzt, vermag den tendentiellen Fall der Profitrate, wenn und soweit sich ein solcher überhaupt sollte constatieren lassen, ungezwungen und aus dem inneren Mechanismus der capitalistischen Concurrnzwirtschaft heraus zu erklären. Doch schliesst diese Erklärung natürlich in keiner Weise aus, dass nicht ebensowohl auch andere Momente innerhalb der Concurrnzwirtschaft in gleicher Richtung wirken. Würde das von Ricardo aus den Verhältnissen des damaligen England abstrahierte Gesetz, dass die Getreidepreise und die agrarische Grundrente eine Tendenz zu stetem relativem Wachstum zeigen, sich in der Geschichte bestätigt haben, so wäre auch die von ihm gezogene Folgerung, dass das progressive Wachstum der Grundrenteneinnahmen den vom nationalen Gesamteinkommen auf das industrielle Capital entfallenden Gewinnanteil relativ schmälern, also auch eine Tendenz zur Senkung der industriellen Profitrate erzeugen müsse, nicht wohl von der Hand zu weisen. Notabene — das Schicksal dieser Ricardoschen, theoretisch trefflich fundierten Prognose, die uns heute in der Periode der berühmten „landwirtschaftlichen Notlage“ und der niedrigen Getreidepreise ganz merkwürdig antiquiert anmutet, zeigt an einem neutralen Beispiel, wie ausserordentlich misstrauisch man gegenüber allen derartigen Prognosen, welche unausweichlich notwendige Entwicklungstendenzen des capitalistischen Wirtschaftssystems voraussagen wollen, sein muss. Auch der grösste Scharfsinn ist bei der unberechenbaren Mannigfaltigkeit, mit der die einzelnen Tendenzen sich hier kreuzen und compensieren, vor den folgenschwersten Irrthümern nicht sicher.

Marx, der ebenso wie seine grossen Vorgänger in der bürgerlichen Nationalökonomie die Tendenz zur Profitsenkung als eine in der capitalistischen Entwicklung notwendige und unausweichlich begründete Erscheinung betrachtet, und der, als Socialist, in der weiteren Entfaltung dieser Tendenz zugleich eine Entfaltung der dem Capitalismus inhärenten Widersprüche, ein Memento mori des ganzen Systems sieht, hat bei der Untersuchung des Phänomens im dritten Band des Capital den oben angedeuteten, nächstliegenden Erklärungsgrund merkwürdigerweise fast völlig ausser acht gelassen. Er glaubt auf Grundlage seines Arbeitswertgesetzes eine tiefere Notwendigkeit für die Erzeugung jener Tendenz gefunden zu haben, die unabhängig von den Besonderheiten der Marktgestaltung wirke.

Der Wert aller Waren — von dieser These oder besser Hypothese geht er bei seiner Analyse der Capitalwirtschaft bekanntlich aus — bestimmt sich nach der zur Erzeugung der Waren gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Der Wert der in einem capitalistischen Betrieb erzeugten Productmasse setzt sich daher, näher zugesehen, zusammen aus dem Arbeitswert der bei der Production aufgebrauchten Productionsmittel und der von den Arbeitern des Betriebes neu erzeugten Arbeitswertmenge. Und wenn der Capitalist beim Verkauf der Productmasse einen Ueberschuss über den beim Ankauf der Productionsmittel und der Arbeitskräfte (in Geldform) ausgelegten Wert erzielt, so nur darum, weil er aus den Arbeitern im Betrieb mehr Arbeit, also auch mehr Wert herausgeschlagen hat, als er in Lohnform an sie auszahlt. Demnach müsste, wenn wir im Durchschnitt gleiche Löhne und gleiche Länge des Arbeitstages voraussetzen, der Profit, der von den Capitalisten der verschiedenen Branchen gemacht wird, normalerweise allein von der Arbeiterzahl, die sie in ihren Betrieben beschäftigen, abhängen. Die Folgerung ist, wenn man eine absolute Geltung des Marxschen Wertgesetzes annimmt, ebenso unvermeidlich, wie sie andererseits dem Wesen der capitalistischen Concurrnz und der Erfahrung widerstreitet. Denn die Arbeiterzahl, welche gleichgrosse Capitale in den verschiedenen Branchen beschäftigen, ist natürlich

je nach der technischen Entwicklung dieser Branchen ganz verschieden. In Gewerben, in denen die Maschinenarbeit weit vorgeschritten ist, wird ein grösserer, in solchen, in denen die Handarbeit noch vorherrscht, ein kleinerer Teil des angelegten Capitals zum Ankauf von Productionsmitteln verwandt werden müssen. Dort werden Unternehmer, die mit gleich grossem Capital arbeiten, relativ weniger, hier relativ mehr Arbeiter beschäftigen, dort also eine grössere, hier eine geringere Menge Mehrarbeit oder Mehrwert extrahieren. Aber dieser Wertunterschied setzt sich nicht in einen Unterschied der Geldgewinne um. Vielmehr wirkt die Concurrenz dahin, dass der Tendenz nach die Profitchancen sich im grossen und ganzen ausgleichen, dass also gleich grosse Capitale, in welcher Branche immer angelegt, im Durchschnitt gleiche Gewinne abwerfen.

Wenn aber die Profite vom Mehrwert, mithin auch die Preise vom Werte in den einzelnen Branchen abweichen, so folgt daraus freilich noch nicht, dass, was für die einzelnen Branchen, auch für ihre Gesamtheit notwendig gelte. Vielmehr erscheint es vorerst gar nicht als ausgeschlossen, dass trotzdem die Summe aller capitalistischen Profite (in welche hier denn auch die Handelsgewinne und Grundrenten einzubegreifen wären) der Gesamtmenge der aus der ganzen Arbeiterklasse herausgeschlagenen Mehrarbeit entspreche und dass, wenn die Gesamtprofitmasse anwächst, dieses immer nur in dem Masse geschehen werde, als die Gesamtmehrarbeit zugenommen hat.

Wäre nun diese Aequivalenz zwischen Gesamtprofit und Gesamtmehrarbeit nicht nur möglich, sondern liesse es sich durch eine eingehende Analyse nachweisen, dass die capitalistische Concurrenz mit Notwendigkeit den Gesamtprofit der jeweiligen Gesamtmehrarbeit anzupassen strebe, dass sie also in Wirklichkeit das Mass der nationalen Mehrarbeit zum Bestimmungsgrund für das Mass des nationalen Gesamtprofits mache, dann, aber auch nur dann, besässe die eigenartige Erklärung, die Marx auf Basis seiner Werttheorie für den tendentiellen (vielfach durchkreuzten) Fall der Durchschnittsprofitrate giebt, überzeugende Kraft.

Dies, ob nämlich jener Nachweis von Marx geliefert ist, ob er überhaupt geliefert werden kann, ist unseres Erachtens die centrale Frage, mit deren Betrachtung jede principielle, fruchtbare Kritik der Marxschen Profittheorie zu beginnen hätte. Tugan-Baranowsky aber geht hieran, an dem wirklich Interessanten, stillschweigend vorbei und verzettelt die ganze Kraft auf Detailerörterungen, die im Verhältnis hierzu fast bedeutungslos erscheinen.

Jenen Nachweis aber einmal als gegeben vorausgesetzt, sind die weiteren Schlussfolgerungen von Marx zwingend: Mit der Entwicklung der capitalistischen Wirtschaft nimmt die Masse der capitalistisch organisierten Betriebe und zugleich die Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter zu. Aber schneller als die Arbeiterzahl, schneller also auch als der zur Lohnauszahlung bestimmte (variable) Capitalteil wächst die Ausrüstung der Arbeiterschaft mit Productionsmitteln. Die Concurrenz der Capitalisten zwingt zur Einführung von immer mehr Maschinen und arbeitsparenden Methoden; und diese progressive Erhöhung der Productivkraft drückt sich in der steigenden Rohstoff- und Materialmenge aus, die in den Betrieben pro Kopf der angestellten Arbeiter zur Verarbeitung kommt. Der in Productionsmitteln angelegte (constante) Capitalteil hat daher, eben weil die capitalistische zugleich auch technische Entwicklung ist, die Tendenz, um vieles rascher, als der zur Anwerbung von Arbeitskräften bestimmte Capitalteil zu steigen; — oder, was nur eine andere Ausdrucksweise für denselben Gedanken ist: das gesamte in der Industrie angelegte Capital wird schneller als der zur Arbeitslöhnung bestimmte Teil desselben steigen.

Die Menge der jährüber aus den Arbeitern in der Gesamtindustrie herausgeschlagenen Mehrarbeit wird also in der capitalistischen Entwicklung zwar wachsen, weil die Masse

der beschäftigten Arbeiter, von denen ja jeder einzelne Mehrarbeit leistet, in ständiger Zunahme begriffen ist. Aber da, wie wir sehen, das industrielle Gesamtcapital viel rascher als die Zahl der Arbeiter oder als der zur Lohnauszahlung bestimmte Capitalteil anschwillt, so wird die jährüber herausgeschlagene Mehrarbeit trotz ihrer absoluten Zunahme relativ, das heisst im Verhältnis zu dem gesamten in der Industrie angelegten Capital, notwendig sinken müssen. Und wenn nun die Summe der Profite thatsächlich allein von der Summe der Mehrarbeit abhinge, also in keiner schnelleren Progression als diese steigen könnte, dann wäre durch das relative Sinken der jährlichen Gesamtmehrarbeit gegenüber dem überhaupt angelegten industriellen Gesamtcapital auch der Beweis dafür erbracht, dass der jährliche Gesamtprofit in entsprechendem Masse gleichfalls gegenüber dem industriellen Gesamtcapital sinken müsste. Und da die Durchschnittsprofitrate, der gemäss die einzelnen Capitale im Durchschnitt Gewinn erzielen, sich nach dem Verhältnis des jährlichen Gesamtprofits zum angelegten Gesamtcapital bestimmt, ja aus der Vergleichung dieser beiden Grössen direct berechnet werden kann, wäre so auch auf Basis der Arbeitswerttheorie der tendentielle Fall der Profitrate als ein notwendiges Entwicklungsgesetz der capitalistischen Wirtschaft strict erwiesen.

Hier tritt nach Marx der dieser Wirtschaftsweise immanente innere Widerspruch prägnant zu Tage. Denn der Profit ist die bewegende Triebkraft des ganzen Mechanismus. Und wenn die Entwicklung diese Triebkraft immer mehr herabzusetzen und zu lähmen strebt, so arbeitet die Entwicklung auf den Bankrott, die Selbstaufhebung des ganzen Systems hin. Die gegenwirkenden Momente, die Marx anführt, können den Process nur verlangsamten, nicht ihn aufheben. Das wäre denn auch der allgemeinste Gesichtspunct, der tieferliegende verborgene Hintergrund, von welchem aus die Krisen zu betrachten wären. Mit Recht hebt Tugan-Baranowsky die Bedeutung dieser Erörterungen für die Marxsche Gesamtauffassung hervor. Das Capitel im dritten Bande über die Entfaltung der inneren Widersprüche des Gesetzes der fallenden Profitrate enthalte, wenn auch nicht mit genügender Klarheit ausgedrückt, die ganze Theorie der ökonomischen Entwicklung des Socialismus aus der heutigen Gesellschaftsordnung.

Die Construction ist blendend in ihrer scheinbaren Geschlossenheit. Sie erscheint als ein theoretisch vertieftes Pendant jener populäreren Ansicht, die aus dem zunehmenden Missverhältnis zwischen Productionsausdehnung und Consumkraft eine wachsende Unrentabilität und den Verfall der capitalistischen Wirtschaft voraussagen will. Aber in Wahrheit leistet sie, trotz aller theoretischen Vertiefung, weniger als diese Ansicht. Denn dass ein solches Missverhältnis sich in steigendem Masse wenigstens entwickeln könne und dass dann daraus notwendig ein wachsender Druck auf die Preise und Profite resultieren würde — das liess sich aus den realen Zusammenhängen und Tendenzen des capitalistischen Mechanismus deutlich einsehen. Warum aber ein aus der technischen Fortentwicklung, also aus einem Wachstum in der Productivkraft der Arbeit herrührendes relatives Sinken der Gesamtmehrarbeit gegenüber dem Gesamtcapital einen entsprechenden relativen Rückgang des Gesamtprofits, also der Durchschnittsprofitrate, nach sich ziehen soll, das ist aus den realen Wirtschaftszusammenhängen ganz und gar nicht abzusehen, sondern einzig und allein eine aus der Arbeitswerthypothese gezogene Folgerung. Das entscheidende Glied der Beweisführung, nämlich der Nachweis, warum und wie die Concurrenz die Bewegung der Profite der Bewegung der Mehrarbeit relativ anpassen müsse, fehlt und lässt sich auch nicht nachträglich noch einschalten. Denn die Profite gehen doch sicherlich nicht herab, so lange nicht die Machtposition der Capitalisten auf dem Markte sich in irgend einer Weise verschlechtert hat. Sie sind immer so hoch, als sie auf Basis der gegebenen Markt- und Machtverhältnisse von den Capitalisten hoch gehalten werden.

können. Wie sollte also der Uebergang zu productiveren Erzeugungsmethoden, die eine relative Senkung der Mehrarbeit im Verhältnis zum industriellen Gesamtcapital herbeiführen, an sich ein Grund für die Herabsetzung der Gewinnrate werden?

Hier fehlen alle Mittelglieder, durch welche eine solche Causalität aufgelöst werden könnte — es sei denn, dass aus anderen Gründen, die mit der Wert- und Mehrwerttheorie in keinem inneren Zusammenhange stehen, die steigende Productivität mit der Consumkraft in Conflict gerieth und so durch den verschärften Wettbewerb, also durch eine Verschlechterung der Marktverhältnisse, einen Druck auf die Preise und weiterhin auf die Profitrate ausübte. Dann wäre aber eben, wie die populärere Ansicht behauptet, die Verschiebung in den Marktverhältnissen, — nicht, wie Marx meint, die relative Senkung der Mehrarbeit Grund und Anlass für das Sinken der Profite. In Summa: So sehr Marx darin recht hat, dass die Existenz der capitalistischen Profite die Leistung von Mehrarbeit durch die Arbeiter als notwendiges Moment in sich schliesst, so irrtümlich erscheint es uns, eine sozusagen prästabilisierte, automatisch sich herstellende und erhaltende Harmonie zwischen der Grösse der Profite und der Grösse der Mehrarbeit — wenn auch nur für das Ganze der Volkswirtschaft — anzunehmen. Hier spricht vielmehr die Concurrenz mit ihren wechselnden Absatzverhältnissen das entscheidende Wort.

Statt so eine auf die principielle Seite der Sache eingehende Argumentation zu geben, müht sich Tugan-Baranowsky ab, von hinten herum die Theorie anzugreifen. Abgesehen von dem relativ geringen Interesse, das eine solche Taktik bietet, sind die betreffenden Ausführungen auch ausserordentlich schwerfällig und verworren, und überdies verfehlen sie auch das beschränkte Ziel, das sie sich setzen. Er will beweisen, dass, gerade wenn man die Marxsche Prämisse acceptiere und aus dem Wertgesetze weiter folgere, bei fortschreitender Technik die Mehrarbeit relativ zum Gesamtcapital nicht falle, wie Marx meint, sondern im Gegenteil steigen müsse. Denn die erhöhte Productivkraft der Arbeit müsse eben auf Grund des Wertgesetzes dann auch den Preis der Materialien (was übrigens schon Marx hervorhebt), wie den Preis der Arbeitskraft, verbilligen. Wenn also durch maschinelle Verbesserungen die in einer bestimmten Productmenge enthaltene Mehrarbeit sinke, so würde in gleichem und in höherem Masse auch die zur Production derselben erheischte Capitalmasse des Unternehmers fallen, und das Resultat könne dann nur ein im Durchschnitt gleichbleibender oder steigender Gewinnsatz sein. So ist, wenn ich ihn recht verstanden, die Quintessenz seines Gedankenganges. Einen wirklichen Gegenbeweis gegen die von Marx gezogenen Folgerungen vermag ich darin nicht zu erblicken. Denn der Beweis, dass diese Momente der Senkung der Profitrate nicht bloss entgegenwirken und sie verlangsamen (was Marx zugiebt), sondern dass sie die Senkung völlig aufheben, ja sie in eine Steigerung verwandeln, basiert letzthin darauf, dass der Kritiker, der anscheinend nur aus dem Marxschen Wertgesetze folgern will, einen diesem Wertgesetze direct widerstrebenden Begriff des „Mehrproductes“ in seine Argumentation hineinschiebt und nun mit diesem weiter operiert. Ein näheres Eingehen darauf verbietet hier der Raum. Wen die Frage interessiert, der sei auf Seite 212 des Buches verwiesen, allwo sich das Sophisma am leichtesten, im dritten Absatz, greifen lässt. Nur dadurch, dass er den Begriff des Mehrproductes, der bei Marx aus dem der Mehrarbeit abgeleitet ist, aus diesem inneren Zusammenhang gewaltsam herausreisst und so ein Sichgleichbleiben der Mehrproductmenge bei sinkender Mehrarbeitsmenge zurechtconstruiert, kommt er zum Ziele; oder vielmehr, da er ja Marx mit Marx' Waffen schlagen wollte, verfehlt er dasselbe. Die eigene Profitratentheorie, die der Verfasser dann im weiteren Verlauf der Marxschen entgegenstellt, ist uns einfach unverständlich geblieben.

Die Wichtigkeit, die den hier zu erwägenden Fragen theoretisch zukommt, mag uns

entschuldigen, wenn wir bei der Besprechung weitläufiger geworden sind, als es den negativen Resultaten unserer Kritik von Rechts wegen entspräche. In der theoretischen Nationalökonomie herrscht gegenwärtig solche Windstille, dass jedes ernste Werk, mag es Zustimmung oder Polemik finden, mit Freuden zu begrüßen ist.

Zum Kampf gegen die Zollschraube.

Von

Eduard Bernstein.

(Berlin.)

Der Zolltarifentwurf der Reichsregierung ist bekannt, er trägt das Motto: Emporschraubung der Lebensmittelzölle, Verschärfung der Kampfzölle an der Stirn. Damit ist schon angezeigt, dass die Socialdemokratie als Partei der arbeitenden Classe und des socialen Fortschritts ihn mit der äussersten Energie zu bekämpfen hat. In dieser Hinsicht giebt es keine Meinungsverschiedenheit in der Partei, der Entwurf stösst in ihren Reihen auf einmütige Verurteilung.

Dagegen sind über die Art der Bekämpfung Meinungsverschiedenheiten möglich und können sich im Kampf wider den Tarif taktische Fragen erheben, über die es gut ist, sich von vornherein klar zu werden.

In erster Beziehung erhebt sich von neuem die Frage, ob die Partei den Kampf wider den Tarif wesentlich als Abwehr gegen die in ihm vorgeschlagenen Erhöhungen der bisherigen Zölle oder als Kampf gegen die ganze Schutzzöllnerei führen, nicht nur Nichterhöhung, sondern Abschaffung der bestehenden Zölle, voran der Zölle auf Volksnahrungsmittel, auf ihre Fahne schreiben soll.

Dass ein mit dem letzteren Programm geführter Kampf im Augenblick wenig Aussicht hat, die Verwirklichung des mit ihm angezeigten Ziels zu erreichen, kann allein noch kein Grund sein, von ihm Abstand zu nehmen. Wer der Ansicht ist, dass die Schutzzöllnerei überhaupt vom Uebel, dass die Bezollung von Volksnahrungsmitteln volkswirtschaftlich zweckwidrig und eine sociale Ungerechtigkeit ist, für den liegt, wenn die Frage der Zölle von neuem auf die Tagesordnung gesetzt wird, der stärkste Grund vor, die vollständige Beseitigung dieser Ungerechtigkeit zu verlangen. Dies um so mehr, als er durch Nichtstellen dieser Forderung sich bis zu einem gewissen Grade schon den Vertretern der gegenteiligen Ansicht in die Hände liefert. Selbstverständlich ist ein Zoll von 3,50 Mark auf den Doppelcentner Brotkorn weniger drückend als ein solcher von 6 Mark. Aber er bleibt darum doch eine Last von durchschnittlich 7 Mark jährlich auf den Kopf der Bevölkerung und von 35 Mark auf die fünfköpfige Familie. Ihn stillschweigend anerkennen hiesse: zugeben, dass von den beiden Gründen, mit denen er verteidigt wird — Notlage der Landwirtschaft, Notwendigkeit von Pressions- oder Compensationsmitteln gegen Schutzzöllländer — mindestens einer stichhaltig ist. Und damit hat man dann schon den Schutzzöllnern den kleinen Finger gegeben, der bei nur einigermaßen geschickter Operation leicht zur ganzen Hand werden kann. Ueber die erste dieser Motivierungen — Notlage der Landwirtschaft — wurde schon im März-Heft dieser Zeitschrift einiges Kritische ausgeführt.¹⁾ Aber angesichts der

¹⁾ Vergl. den Artikel: Principielles zur Frage der Agrarzölle. Socialistische Monatshefte, 1901, I. Bd., Nr. 3, pag. 185 ff.

jetzt in Fluss gekommenen Agitation scheint es mir am Platze, noch einmal auf den Gegenstand einzugehen.

Nichts ist mehr geeignet, die Geister zu verwirren und die Fragen, um die es sich bei Beurteilung der Agrarzölle handelt, zu verdunkeln, als der Gebrauch der Phrase: Notlage der Landwirtschaft. Diese verschwommene Redensart löscht alle socialen Unterschiede, alle wirtschaftstechnischen Verschiedenheiten aus, stellt den Latifundieneigner dem Zwergbauern, den capitalistischen Pächter dem Landarbeiter, den sinnlos wirtschaftenden dem auf der Höhe der Zeit stehenden Landwirt gleich. Daran mögen diejenigen ein Interesse haben, die von solcher Verdunkelung Vorteil ziehen, die Arbeiterclassen aber sicherlich nicht. In ihrem Interesse liegt es vielmehr, diese Unterschiede klar ans Licht zu ziehen, festzustellen, wer wirklich Not leidet, wem im Interesse des Gemeinwesens geholfen werden muss und welches die zweckmässigste Form der Hilfe wäre. Es empfiehlt sich daher, den Gebrauch der Phrase: Notlage der Landwirtschaft nach Möglichkeit ausser Curs zu bringen. Eine Notlage der Landwirtschaft liegt nur da vor, wo Naturfactoren — Dürre, Fröste, Ueberschwemmungen — in aussergewöhnlichem Grade zerstörerisch auftreten. Wo dies nicht der Fall ist, giebt es wohl notleidende Landwirte und mag die Landwirtschaft infolge ungesunder Eigentums- und Betriebsverhältnisse daniederliegen, aber das sind dann Missstände im Landwirtsgewerbe und nicht eine Notlage der Landwirtschaft.

Die letztere bestreiten heisst nicht: in Abrede stellen, dass ganze Schichten von Landwirten bei den Preisen des Weltmarktes für Bodenproducte heute ihre Rechnung nicht finden und daher Not leiden mögen. Aber zugeben, dass Landwirte bei diesen Preisen nicht bestehen können, heisst wiederum noch nicht: zugeben, dass die Preise der Producte die wirkliche Ursache der Not dieser Landwirte ist und dass bei ihnen der Hebel zur Besserung eingesetzt werden muss. Die Gründe der Concurrenzunfähigkeit von Landwirten des einen Landes gegenüber solchen anderer Länder lassen sich in zwei Gruppen einteilen: solche, die aus günstigeren Naturbedingungen, und solche, die aus günstigeren socialpolitischen Bedingungen der betreffenden Länder erwachsen. Wo die Gunst der Naturbedingungen schon allein eine solche Ueberlegenheit anderer Länder herstellt, dass unter normalen Umständen keine Concurrenz gegen sie aufkommen kann, da ist es unter heutigen Verhältnissen das Vernünftigste, weil Wirtschaftlichste, die Cultur des betreffenden Products ganz aufzugeben und sich anderen, den heimischen Bedingungen besser angepassten Culturen zuzuwenden. Solche Culturen haben sich bisher noch immer gefunden und werden sich voraussichtlich auch immer finden. Staatshilfe, die darauf gerichtet ist, sie zu ermitteln und den Uebergang zu ihnen zu erleichtern, wird kein verständiger Mensch verwerfen. Das Resultat solcher Politik ist eine allgemeine Vermehrung und Verbilligung der Production und damit eine Steigerung des Verbrauchs.

Aber bei den Bodenerzeugnissen, nach deren Bezollung unsere Agrarier rufen, ist es in den wenigsten Fällen der blosser Naturfactor, der die fremde Production in den Stand setzt, die heimische bis zur Concurrenzunfähigkeit zu unterbieten. Es kommen vielmehr zur Gunst der Natur noch socialpolitische Vorteile hinzu, die erst im Verein mit ihr jene Ueberlegenheit herstellen, während der Vorteil günstigerer Naturbedingungen zumeist durch die grössere Enttarnung vom europäischen Markt und die dadurch erwachsenden Transportkosten auf-

gewogen wird. Umsonst bringt die Natur nirgends Getreide u. s. w. hervor und auf die europäischen Märkte. Dagegen hat der Boden nicht überall neben den Kosten für die Bearbeitung die Summe von Zinsen, Pacht- oder Rentlasten und Steuern pro Hektar aufzubringen, wie bei uns. Diese tote Last, die die Bodenbewirtung in allen Ländern capitalistischer Wirtschaft verteuert, wo der Boden besetzt und in Privateigentum übergegangen ist, wird durch die Getreidezölle erfahrungsgemäss nicht ermässigt, sondern erhöht. Je höher die Zölle, um so höher die Bodenpreise, und je höher die Bodenpreise, um so teurer wirtschaftet, bei gleicher Technik, der Landwirt. In der Technik — soweit sie Anwendung von Maschinen heisst — geben nun heute die Länder mit junger Cultur den alten Culturländern nichts nach. Ganz abgesehen von der Verwerflichkeit des Renteneinkommens vom socialistischen Gesichtspunct aus, muss daher in den letzteren eine vernunftgemässe Wirtschaftspolitik heute consequent auf Herabdrückung der Renten und der Bodenpreise gerichtet sein.

Der Preis des landwirtschaftlich benutzten Bodens — vom städtischen Boden ganz zu schweigen — ist im Laufe des XIX. Jahrhunderts ungeheuer gestiegen. Meitzen hat in seinem Werk über den Boden des preussischen Staates berechnet, dass eine 154 preussische Morgen umfassende Bauernhufe in der Saganer Gegend, die in der Zeit von 1806 bis 1819 955 preussische Thaler gekostet hat, bis zur Epoche von 1840 bis 1860 auf den Preis von 3006 Thaler gestiegen war. Das heisst: von noch nicht 75 auf 234 Mark pro Hektar. Dabei ist es aber nicht geblieben. Um die zuletzt genannte Epoche belief sich der Pachtsatz der preussischen Domainen auf 14 bis 18 Mark pro Hektar. 1870 war er auf 29,63, bis 1881 auf 38,42 Mark gestiegen.²⁾ In den folgenden zwei Jahrzehnten fand ein kleiner Rückgang statt, aber 1899 war die Pachthöhe immer noch 36,48 das Hektar, das heisst nahezu das Dreifache der Epoche von 1840 bis 1860. Legt man für den Anfang des Jahrhunderts die Preissteigerung des Saganer Guts zu Grunde, so erhält man für das XIX. Jahrhundert eine Steigerung der Bodenpreise auf das Neunfache. Nach Professor Conrad kostete im Posenschen das Hektar landwirtschaftlichen Bodens:

	Kleinbesitz	Mittelbesitz	Grossbesitz
1821—30	113 Mark	210 Mark	133 Mark
1861—70	412 "	516 "	459 "
1881—90	661 "	703 "	620 "
1891—95	732 "	654 "	537 "

Im Grossherzogtum Baden war, ebenfalls nach Conrad, der Durchschnittspreis für das Hektar Ackerland im Jahre 1884 1941 Mark, im Jahre 1897 aber 2535 Mark. Ueberall sehen wir eine nur wenig unterbrochene Reihe steigender Preise. Davon schweigen die Agrarier, wenn sie die Notlage der „Landwirtschaft“ an der Hand der beständig zunehmenden Verschuldung des Grundbesitzes zu erweisen suchen. Indes ist diese zunehmende Verschuldung in der That ein Beweis; dass etwas faul ist im Staate Dänemark: sie reflectiert die Emportreibung der Preise auf ihre unhaltbar gewordene Höhe.

Es liegt auf der Hand, dass Boden, der Summen wie die aufgeführten kostet und entsprechende Zinsen aufbringen muss, seinem Bewirter nur bei

²⁾ Vergl. Rudolf Meyer: Der Capitalismus fin de siècle (1894); pag. 118.

ganz niedrigen Löhnen die Concurrenz mit Ländern erlaubt, die nur erst eine nominelle Bodenrente kennen. In dem 1884 erschienenen zweiten Band seiner Agrarfrage machte der verstorbene pfälzische Socialpolitiker Eugen Jäger auf Grund einer von ihm veranstalteten Erhebung einige Mittheilungen über die Gesteungskosten des Getreides bei Landwirten in der Pfalz, die (bei ihm unabsichtlich) ein interessantes Streiflicht auf das Verhältnis von Verzinsungskosten und Arbeitskosten werfen.

Auf einem Gut oberhalb Germersheim (sehr guter Lehmboden) kostete das Tagwerk (34 Ar) Boden 1700 Mark. Dies machte bei 5 % eine Zinslast von 85 %, wozu noch 4 Mark Steuern kamen. Demnach stellte sich seine Bewirtung wie folgt:

Zinslast und Steuern	89,—	Mark
Dung	33,—	"
Saatfrucht	15,—	"
Für Pflügen und Säen	12,—	"
Fruchtschneiden, Binden und Heimfahren	14,—	"
Dreschen	14,40	"
	<u>177,40</u>	Mark
Ab Erlös für Stroh, 30 Ctr. à 1,20 Mk.	36,—	"
	<u>Bleiben 141,40</u>	Mark

Der Ertrag war 16 Ctr. Weizen, so dass der Centner sich auf 8,83 Mark Kosten stellte. Das machte 176,60 Mk. für die Tonne. Da aber, wie man annehmen darf, der Boden mittlerweile noch im Preis gestiegen ist und die Arbeitslöhne auch eine Erhöhung erfahren haben dürften, so würde der betreffende Bauer bei unveränderter Betriebsweise jedenfalls mit America, Argentinien u. s. w. nicht concurriren können. Und selbst wenn er die Betriebsweise änderte, wäre es nicht viel anders. Auf der obigen Rechnung stehen 40,40 Mark für Arbeitslöhne einer Ausgabe von 89 Mark für Zinsen und Steuern gegenüber. Berücksichtigt man die Anschaffungskosten und die Abnutzung von etwa eingestellten Maschinen, so würde die durch diese erzielte Ersparnis an Arbeitslöhnen in gar keinem Verhältnis stehen zur toten Last der Ausgaben für Hypothekenzins, Steuern u. s. w.

In einem andern Fall, den Jäger mittheilt, stellte sich, weil der Boden weniger gut war, der Zins für den Bodenpreis (900 Mark das Tagwerk) bloß auf 45 Mark gegen 40 Mark Arbeitslohn. Aber der Ertrag war auch nur 10 $\frac{1}{2}$ Ctr. Weizen bei 105,15 Mk. Nettoauslagen. Das macht einen Kostenwert von 200 Mk. die Tonne. Selbst bei einer Ermässigung der technischen Produktionskosten auf die Hälfte käme die Tonne Weizen immer noch auf 180 Mark zu stehen.

Das sind zwei Beispiele dafür, dass es nicht Naturgunst ist, die Nord-america, Argentinien u. s. w. zu so gefährlichen Concurrenten für die deutschen Landwirte macht. Arbeitskräfte braucht man auch dort, und sie kommen meist erheblich teurer als in Deutschland. Bei Einrechnung der Transportkosten bis zum Meer und über das Meer stellt sich die Ausgabe für menschliche Arbeitskraft, Maschinenabnutzung u. s. w. pro Tonne Weizen für den überseeischen Producenten mindestens ebenso hoch, wenn nicht höher, wie für den deutschen. Aber drüben kostet das Hektar Ackerland den vierzigsten Teil und darunter von dem, was es in Deutschland kostet, und das macht den Unterschied. Solange diese Last nicht erniedrigt, sondern durch Einfuhrzölle, Rüstungs-

ausgaben u. s. w. noch erhöht wird, wird die deutsche Getreideproduction nie dazu kommen, billiger als die überseeische liefern zu können, bedeutet der Getreidezoll einfach die Zollschraube ohne Ende.

Noch einmal daher: Eine vernünftige Wirtschaftspolitik in Deutschland muss auf Herabdrückung der Bodenpreise gerichtet sein. Blosser Massregeln behufs Ermässigung der Hypothekenzinsen halten nicht vor, sie führen nur zur Aufnahme immer neuer Hypotheken und obligatem Hypothekenschwindel. Die Opfer des jüngsten Hypothekenkrachs können davon erzählen. Schon vom Standpunct rein bürgerlicher Finanzgesundheitslehre ist die Abschaffung der Agrarzölle dringend geboten.

In den vier Jahren von 1894 bis 1897 sind in Preussen allein nicht weniger als 1100 Millionen Mark Hypotheken mehr eingetragen als gelöscht worden. Bei einem Durchschnittszins von 4 % macht das eine Zuschlagslast auf den Bodenertrag von 44 Millionen Mark jährlich. Soweit es sich dabei um Hypotheken auf ländlichen Grundbesitz handelt, drückt diese Zuschlagslast, wie der ganze ländliche Hypothekenzins, vor allem auf die Löhne der Landarbeiter.

Und nun sollen, damit der Bodenpreis ja nicht falle, auch die Industriearbeiter durch Verteuerung ihrer Lebensmittel noch stärker als bisher zum Tragen dieser Last herangezogen werden. Dies obendrein in einem Moment, wo Deutschland unter einem starken Geschäftsdruck leidet, wo finanzielle Zusammenbrüche aller Art auch eine grosse Anzahl von Industrieunternehmungen lahm gelegt haben und das Vertrauen der Geschäftswelt aufs schwerste erschüttert ist. Es wäre unglaublich, wenn man nicht die Thatsache vor Augen hätte.

Das amtliche Zählungswerk der Berufsaufnahme vom 14. Juni 1895 berechnete für Deutschland Familienhäupter und Familienmitglieder:

646 242	aus der vermögenden Classe der Selbständigen
15 874 600	„ „ Mittelclassen
6 492 384	„ „ unbemittelten
28 757 058	„ „ Classe der Abhängigen
<hr/>	
51 770 284	Gesamtbevölkerung.

Die unbemittelte Classe der Selbständigen und die Classe der Abhängigen zählten demnach zusammen $35\frac{1}{4}$ Millionen Köpfe. Bei Annahme des gleichen Verhältnisses der Classen und unter Zugrundelegung der Zahlen der Volkszählung vom 1. December 1900 haben wir heute etwa 39 Millionen Angehörige dieser beiden Bevölkerungsschichten. Rechnen wir auf den Kopf einen Brotverbrauch von 200 Kilo im Jahr, so bedeutet für sie

ein Kornzoll von 3,50 Mark	273 Millionen Mark
„ „ „ 5,—	390 „ „
„ „ „ 6,—	468 „ „

Mehrausgabe für Brot. Der letztere Satz ist der des neuen Tarifs für Roggen. Hierzu käme dann noch, da der Entwurf den Weizen mit $6\frac{1}{2}$ Mark zu bezollen vorschlägt, ein Zuschlag von mehreren Millionen für alle Fälle (Kleingebäck u. s. w.), in denen Weizen und nicht Roggen verwendet wird.

Aber der neue Zollentwurf bleibt beim Getreide nicht stehen. Fleisch, Hülsenfrüchte, Obst, fast alle Volksnahrungsmittel werden mit erhöhten Zöllen bedroht. Würde der Entwurf Gesetz, so bedeutete er für die unbemittelten Volksclassen eine Mehrausgabe von 200—300 Millionen Mark für Nahrungsmittel. Wohlgermerkt, eine Mehrausgabe gegen die bisherigen Kosten. Diese

selbst bedeuteten aber schon für sie einen Aufschlag von gut 300 Millionen Mark über den Weltmarktpreis, so dass sie im ganzen gegen 600 Millionen Mark bloss für Nahrungsmittel mehr auszugeben hätten als bei freier Einfuhr. Um so viel hätten sie weniger Kaufkraft für Industrieproducte, die obendrein ja auch noch durch Zölle verteuert werden sollen. Das nennt man Bekämpfung von Geschäftsdruck!

Aber es sind nicht nur die unbemittelten Classen, deren Kaufkraft für Industrieproducte durch die Nahrungsmittelzölle bedroht wird. Bei einem erheblichen Teil der Mittelclassen trifft dasselbe zu. Nun stehen dem allerdings die etwaigen Mehreinnahmen der Korn u. s. w. verkaufenden Landwirte gegenüber. Aber diese Mehreinnahmen werden bei den Classen, die von den Zöllen den grössten Vorteil ziehen — Gross- und Mittelgrundbesitzer — zum Ankauf anderer Artikel verwandt als die, welche in den Consum der Masse eingehen. Alle Producenten, welche Artikel des Verbrauchs der kleinen Leute herstellen, werden in ihren Absatzmöglichkeiten geschädigt, und die socialpolitisch so wichtige Hebung des Verbrauchs der Massen wird, sowohl was die Quantität als auch was die Qualität dieses Verbrauchs anbetrifft, in ihrer Entwicklung aufgehalten.

Kurz, die Zölle bedeuten:

eine Verschiebung der Einkommensverteilung zu gunsten einer begüterten Minderheit auf Kosten der ärmeren Volksmasse;

eine Verschiebung der Geschäftslage in der Industrie zu gunsten weniger, speciell für die Begüterten producierenden auf Kosten der für die Massen producierenden Gewerbe;

eine Verschiebung des Massenverbrauchs, wo nicht im Sinne einer Verminderung, da im Sinne einer Verschlechterung der in den Volksconsum eingehenden Artikel.

Diese Wirkung wird gelegentlich dadurch verhüllt, dass heute selbst die widersinnigste Zollpolitik den technischen Fortschritt nur verlangsamen, aber nicht ganz verhindern kann, so dass bei alledem in Bezug auf gewisse Massenartikel kein absoluter Rückgang stattzufinden braucht. Aber es heisst schon positive Verschlechterung der Lage der Arbeiter, wenn diese an der allgemeinen, durch die Entwicklung der Technik ermöglichten Vermehrung des Comforts nicht mindestens in dem Verhältnis Anteil haben, wie es sich bei normaler Entwicklung der Industrie herausstellen würde.

Man spricht heute viel von dem Missverhältnis in der Wirtschaftsentwicklung, welches darin bestehe, dass Deutschland für den Absatz eines Teils seiner Production und für den Bezug eines Teils seines Bedarfs immer mehr auf das Ausland angewiesen werde. Aber obwohl diese doppelte Incongruenz in manchen Punkten ohne Schaden für das Allgemeinwohl vermindert werden könnte, ist sie doch im Angesicht der grossartigen Entwicklung der Verkehrsmittel in der Gegenwart keineswegs stets ein Uebel.³⁾

Viel verhängnisvoller als diese äussere ist die innere Incongruenz der Wirtschaftsentwicklung, gemäss der eine steigende Quote der Gesellschaft.

³⁾ Auf die Redensart, England dürfe nur ausnahmsweise für seinen Getreidebedarf von anderen Ländern abhängen, antwortete Macaulay 1842 sehr gut, er ziehe der gelegentlichen die regelmässige Abhängigkeit vor, denn letztere bedeute gegenseitige Abhängigkeit der Länder von einander.

lichen Arbeit für die Classe der Besitzenden und ihren Anhang aufgewendet wird. Diese Incongruenz, die zur Folge hat, dass die grosse Masse der Besitzlosen in viel geringerem Masse als es nach den vorhandenen Möglichkeiten der Fall sein sollte, an den Wohlthaten der technischen Verbesserungen in der Production Anteil hat, wird durch die Schutzzöllnerei noch verschärft.⁴⁾

Es ist auch eine Täuschung, anzunehmen, dass Schutzzölle dazu erfordert oder geeignet sind, die äussere Incongruenz der Productionsverhältnisse auf ihr normales, durch die natürlichen Productionsbedingungen angezeigtes Mass zu beschränken. Für die Incongruenzen, die sie beseitigen, rufen sie erfahrungsgemäss andere und grössere ins Leben. Das angebliche Ideal der Schutzzöllnerei, das eigene Land in Bezug auf seinen Bedarf, soweit dies nicht klimatische Umstände verbieten, selbstproducierend zu gestalten, ist eine Utopie, und keineswegs eine schöne Utopie.

Anwälté der Schutzzöllnerei weisen gern auf den Aufschwung hin, den Deutschlands Wirtschaftsleben genommen habe, nachdem 1879 der Uebergang zum Schutzzoll erfolgt war. Aber nachdem heisst nicht weil. In Deutschlands Freihandelsepoche wurden noch relativ grössere Hebungen der Volkswirtschaft erzielt. Deutschlands Aussenhandel belief sich im Jahre 1881 auf 6020 Millionen Mark, stieg bis zum Jahre 1890 auf 7683 Millionen, fiel dann wieder bis 1894 auf 7337 Millionen, um von da ab bis 1900, in der Aera der von Caprivi eingeleiteten Rückkehr zu freihändlerischer Vertragspolitik, auf 10388 Millionen Mark aufzusteigen. Noch frapperanter sind die Zahlen der Ausfuhr, auf welche die Schutzzöllner ja den grössten Wert legen, für die bezeichneten Jahre. Sie lauten: 1881 3030 Millionen, 1890 3409 Millionen, 1894 3051 Millionen, 1900 4533 Millionen.

Es ist ferner nicht ganz und gar nicht erwiesen, was nur zu viele Leute für selbstverständlich halten, dass jedes Land im Anfang seiner industriellen Entwicklung der Schutzzölle bedürfe. Auch hier wird viel zu schnell gefolgert: nachdem, also weil. Thatsächlich sollte es oft heissen: nachdem, aber trotz — der Schutzzölle nämlich. So hat der deutsche Zollverein der industriellen Entwicklung Deutschlands ohne Zweifel vor allem dadurch genützt, dass er mehr Zollschränken beseitigte, als er aufrichtete. Da der Freihandel in England zuerst durchdrang, ward schon früh von Schutzzöllnern die Redensart ausgegeben und findet noch heute ihre Gläubigen, die englischen Freihändler hätten mit der Propaganda des Freihandels die Absicht verbunden, vermittelt seiner England dauernd eine Art Sonderstellung als Industriewerkstatt der Welt zu sichern, der die anderen Länder als blosse Ackerbaustaaten tributpflichtig zu

⁴⁾ Diese innere Incongruenz der Wirtschaft wird zum Teil dadurch dem Auge entzogen, dass die Production für die Besitzenden selbst wieder durch Unternehmer aller Grade mit ihren Arbeitern erfolgt, wodurch neue Vermögen gebildet werden und so die Complicirtheit des gesellschaftlichen Organismus eine immer grössere wird. Es wächst die Classe der Besitzenden, und es lässt sich immer schwerer feststellen, wie viele davon im Grunde nur Trabanten ihrer Classe sind. Aber „es möchte weniger Mehrarbeit kosten, einige tausend Privilegirter in Ueppigkeit zu erhalten, wie eine halbe Million und mehr in unbilligem Wohlstand... Das Capital würde diese (Mittel-)Classen in der einen Form expropriieren und sie in der andern immer wieder neu ins Leben setzen. Nicht das Capital, die Arbeiterclassen selbst hat die Mission, die parasitischen Elemente der Wirtschaft aufzusaugen.“ (Die Voraussetzungen des Socialismus, pag. 51—52. Vergl. auch ebendasselbst pag. 59 und 81.) Welchen Zusammenhang der zuletzt citierte Satz mit der Zollfrage hat, ergibt sich aus dem Text.

sein hätten. Hätte den Engländern derartiges vorgeschwebt, so würden die Thatsachen sie grausam enttäuscht haben. Aber man wird in den Schriften der Freihandelsleute vergeblich nach solchem Zeugs suchen. Im Gegenteil, schon 1835 ist Richard Cobden z. B. in einem Pamphlet: England, Irland und America aufs schärfste der Vorstellung entgegengetreten, als seien die Vereinigten Staaten dazu bestimmt, noch auf Jahrhunderte hinaus überwiegend Ackerbau land zu bleiben. Dank ihren demokratischen Einrichtungen, ihrem entwickelten Schulwesen, ihrem Erfindergeist, das das der Engländer übertreffe, ihren natürlichen Hilfsquellen und ihrer Fernhaltung von den militairischen Händeln des alten Europa würden die Americaner, führt er aus, in verhältnismässig kurzer Zeit ihr Land in Ackerbau und Industrie zum mächtigsten Land der Welt entwickeln. Damit England die Concurrenz mit ihnen bestehen könne, empfiehlt er den Freihandel und die ihm entsprechende Politik, aber nicht, um sie oder irgend ein anderes Volk irgendwie in ihrer industriellen Entwicklung aufzuhalten oder zurückzuwerfen.

Es ist auch gar nicht abzusehen, warum ein Land, das überhaupt entwickelungsfähig ist, sich unter dem Freihandel nicht soll industriell entwickeln können. Es erhält alle Rohstoffe und Vorproducte, deren die zu entwickelnde Industrie bedarf, zu den billigsten Preisen und ist dadurch gegen die mit Zollmauern umgebenen Länder zwar nicht auf deren eigenen Markt, aber dafür auf allen anderen Märkten um soviel im Vorteil. Interessant ist in dieser Hinsicht ein Vergleich zwischen den zwei australischen Colonieen Englands: Neusüd-wales und Victoria. Das erstere ist freihändlerisch, das letztere huldigt dem Schutzzoll. 1881 hatte Neusüd-wales 751 648, Victoria 862 346 Einwohner. Die Zahlen für 1897 — die spätesten, die mir vorliegen — aber sind:

	Neusüd-wales	Victoria
Einwohner . . .	1 323 460	1 140 405
Staatseinkommen .	9 287 000 Pfund Sterling	6 568 932 Pfund Sterling
Wert der Einfuhr .	21 744 350 „ „	15 454 482 „ „
Wert der Ausfuhr	23 751 072 „ „	16 739 670 „ „

Das Eisenbahnnetz von Victoria ist grösser, als das von Neusüd-wales: das erstere umfasste 1895 3122, das letztere nur 2531 englische Meilen. Aber die Bahnen von Neusüd-wales erzielten 1897 eine Bruttoeinnahme von 2 320 000 und eine Nettoeinnahme von 1 269 000 Pfd. Sterl., die von Victoria dagegen nur 2 401 000 Brutto- und 854 000 Nettoeinnahme. Kurz, die freihändlerische Colonie hat in Bezug auf Einwohnerzahl und Handelsverkehr die schutzzöllnerische bedeutend überflügelt.

Nun wird man vielleicht gegenüber diesem Beispiel darauf hinweisen, dass das freihändlerische England doch seit längerer Zeit in seiner commerciellen Entwicklung fast stehen geblieben ist, während schutzzöllnerische Länder in der gleichen Zeit einen grossen Aufschwung genommen haben. Aber erstens ist der Freihandel kein Universalheilmittel, das schlechtweg alle gewerbepolitischen Rückständigkeiten, die sich ein Land etwa leistet — und England hat deren noch viele — von selbst neutralisiert. Dem Geist des Freihandels entspricht das Motto: Stets auf Posten. Wenn aber ein Volk glaubt, sich auf seinen Lorbeeren ausruhen zu dürfen, so kann die schönste Handelsgesetzgebung nicht verhindern, dass es commerciell ins Hintertreffen gerät. Dann aber, worauf stützt sich die Lesart von Englands industriellem Stillstand? Fast regelmässig wird sie mit der Vorführung von Englands Ausfuhrzahlen bewiesen, die allerdings in neuerer

Zeit wenig Zunahme aufweisen. Aber wie wenig sagen die Bruttoausfuhrzahlen eines so entwickelten Landes über seine industrielle und sociale Verfassung! Und wie täuschen hier selbst Specialzahlen der Ausfuhr. In der vielgenannten Schrift *Made in Germany* führte deren Verfasser Ernest Williams u. a. auch Zahlen auf, die einen fortgesetzten Rückgang von Englands Ausfuhr in Wollenfabricaten zeigten. Aber ging darum Englands Wollenindustrie zurück? Keineswegs. Im Jahrfünft von 1870 bis 1874 führte England jährlich durchschnittlich 342 Millionen Pfund Rohwolle ein, im Jahrfünft von 1890 bis 1894 aber jährlich 475 Millionen Pfund Rohwolle. Entsprechend diesen Zahlen waren in seinen Wollen- und Kammgarnfabriken beschäftigt:

	Männer	Frauen	Kinder
1870	94 000	116 000	24 000
1890	118 000	156 000	23 000

Nur die Zahl der beschäftigten Kinder ging — erfreulicherweise — zurück; die der Männer und Frauen zusammen stieg, trotz technischer Verbesserungen, von 212 000 auf 274 000. Mit anderen Worten: es wurde um ein Drittel mehr Rohwolle eingeführt und verarbeitet. Wenn nun in derselben Zeit die Ausfuhr von Wollartikeln zurückging — was beweist das? Einfach, dass ein immer grösserer Procentsatz der Wollproducte daheim consumiert wurde. Wohl dem Lande, in dem dies stattfindet, denn es deutet auf steigenden Wohlstand seiner Bevölkerung. Bemerkenswert ist ferner, dass der Güterverkehr auf den englischen Eisenbahnen eine fast ununterbrochene Steigerung aufweist und ebenso der Ladeverkehr in den britischen Häfen. Ganz abgesehen vom Verkehr in Mineralien, der einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, stieg der Güterverkehr auf den britischen Eisenbahnen von 69 Millionen Tonnen im Jahre 1889 auf 117 Millionen Tonnen im Jahre 1899 (die letzte mir vorliegende Zahl) — eine Zunahme um fast 70%. Auch das erzählt nicht von gewerblichem Stillstand. Und während wir heute im geschützten Deutschland überall von Arbeiterentlassungen lesen, lassen die Berichte des britischen Arbeitsamts über die Arbeitslosenlisten der englischen Gewerkschaften noch wenig von Arbeitslosigkeit verspüren.⁵⁾ Indes soll nicht geleugnet werden, dass England infolge seiner mangelhaften Patentgesetze, seiner Vernachlässigung der Handelsschulen u. s. w. vielerlei Positionen auf dem Weltmarkt eingebüsst hat. Das Vorstehende hat nur den Zweck, zu zeigen, dass die Sache nicht so schlimm ist, wie sie nach den blossen Ausfuhrziffern erscheint. Englands Industrie steht noch lange nicht auf dem Aussterbeetat.

Aber seine Landwirtschaft? Wenn die Zollschwärmer einen Haupttrumpf ausspielen wollen, dann verweisen sie auf die Entvölkerung des platten Landes in England als Folge des mangelnden (Zoll-) Schutzes für die englische Landwirtschaft. Nun ist unzweifelhaft die Landbevölkerung in England sehr dünn gesät, aber der Grund dafür liegt sehr viel tiefer, als in der überseeischen Getreideconcurrentz der letzten zwanzig Jahre. Die Bodenbesitz- und Bodenrechtsverhältnisse, wie sie seit nahezu zweihundert Jahren in England bestehen, die Bodenpolitik, wie sie die englischen Grundherren während der

⁵⁾ Der letzte Monatsbericht des britischen Maschinenbauvereins (Juli 1901) verzeichnet nur aus einer geringen Anzahl von Städten flauen Geschäftsgang, dagegen aus dem wichtigen Nordostdistrict (Newcastle etc.) und aus Schottland (Glasgow) sehr guten, aus London und Umgegend befriedigenden Stand des Arbeitsmarkts.

mehr als zwei Jahrhunderte befolgt haben, wo sie die politischen Herrscher Englands waren, und die auf Beseitigung der bäuerlichen Eigentümer abzielte, die haben den Grund gelegt zur Entvölkerung des platten Landes und hatten sie in der Hauptsache schon durchgeführt, als die überseeische Concurrenz anfang, die Preise zu drücken und die Pächter zu ruinieren. Nun haben allerdings die englischen Grundherren seitdem mit der Zeit auch PachtNachlässe eintreten lassen. Aber die Renten sind in den vorhergegangenen Generationen — und gerade in den Jahrzehnten, die der Abschaffung der Kornzölle unmittelbar folgten — so hoch getrieben worden, dass selbst Nachlässe von $33\frac{1}{3}\%$ und darüber die Masse der englischen Pächter noch immer nicht in den Stand setzen, ihren Arbeitern Löhne zu zahlen, bei denen die Verführung, in die Städte zu ziehen bezw. zur Industrie überzugehen, für sie an Kraft verlieren konnte bezw. kann. Wie stark die hohen Pachtsätze — und, wie vorher gezeigt, wirkt der Bodenpreis in gleicher Richtung wie die Bodenpacht — auf die Löhne drücken, zeigen folgende Zahlen, die einer neuerdings veröffentlichten Erhebung des englischen Parlaments über das Verhältnis der Löhne zu den Productionskosten entnommen sind. Auf zwölf Gütern, von denen der Bericht spricht, betragen, in Mark berechne: 6)

	die Löhne	die Pacht (Rente)
Gut 1	3 540	5 200
„ 2	33 860	21 960 (hier sind die Localsteuern mit eingerechnet)
„ 3	9 060	10 100
„ 4	4 860	9 500
„ 5	11 520	21 700 (hierbei sind die auf dem Gut lastenden Kirchenzehnten einberechnet)
„ 6	9 600	11 100
„ 7	16 440	18 840 (incl. Localsteuern)
„ 8	1 600	2 720 (incl. Kirchenzehnten)
„ 9	400	3 940 (incl. Localsteuern)
„ 10	14 360	17 600
„ 11	6 960	8 860
„ 12	7 200	24 060 (incl. Kirchenzehnten)

Mit einer einzigen Ausnahme überstieg in den angeführten Beispielen der Pachtschilling — die Kirchenzehnten stehen mit ihm auf gleichem Register, die Localsteuern berechnen sich im Durchschnitt auf ein Zehntel der Pachthöhe — den ganzen Betrag der gezahlten Löhne. Es ist, wie auf dem auf Seite 685 mitgetheilten Beispiel aus Jägers Agrarfrage. Wo der Uebergang zu anderen Betriebsweisen nicht möglich ist, kann der Pächter höhere Löhne nur nach Massgabe der Ermässigung der Pachten bezw. Renten zahlen.

Um wie viel sind aber die Pachten bisher zurückgegangen? Das Eigentum an landwirtschaftlichem Boden wurde nach den Tabellen der englischen Einkommensteuer, Rubrik a., auf folgenden Einkommenswert veranlagt (der Veranlagung liegen bei Pachtgut — und über 80% des landwirtschaftlichen Bodens. von England ist Pachtgut — die wirklich gezahlten Pachtsätze zu Grunde):

1865	62 177 000	Pfund Sterling
1870	64 133 000	„ „
1875	66 911 000	„ „
1880	69 549 000	„ „
1885	65 039 000	„ „
1890	58 154 000	„ „
1895	55 769 000	„ „
1899	53 011 000	„ „

6) Vergl. den Financial Reform Almanack für 1896; pag. 22.

Bis 1880 steigen die Pachten noch, dann aber macht sich die überseeische Lebensmittelconcurrentz mit Wucht geltend, es tritt ein Rückgang ein. Er beträgt aber, selbst wenn wir das Jahr der höchsten Pachtsätze und Bodenpreise — 1880 — als Ausgangspunkt nehmen, bis 1899 erst $16\frac{1}{3}$ auf $69\frac{1}{2}$ Millionen, d. h. 23,75 %₀. Das hat sicher gereicht, manchen Grundbesitzer, der sich auf die hohen Renten der siebziger Jahre eingerichtet hatte, zu Grunde zu richten; aber es reicht nicht aus, den Bodenbetrieb bei heutigen Weltmarktpreisen so erträglich zu gestalten, um der Abwanderung und Auswanderung der tüchtigsten Elemente der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein Ende zu machen und eine Zurückwanderung zu bewirken.

Da kein Engländer so wahnsinnig ist, an einen Zoll auf landwirtschaftliche Erzeugnisse zu denken, giebt es, wie schon bemerkt, nur ein Mittel gegen weiteren Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung: die Renten und Bodenpreise müssen noch weiter herunter!

Das zu erwirken, ist heute die einzig vernünftige Bodenpolitik, selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus. Und es ist jedenfalls die einzig zulässige Bodenpolitik für die Arbeiterdemokratie. Den gewerblichen Profit abzuschaffen, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich, aber die Rente kann ohne Schaden für die Volkswirtschaft fortschreitend reduciert werden. Alle Massregeln der Gesetzgebung, die darauf abzielen, den Fall der Rente aufzuhalten, sind vom Arbeiterstandpunkt aus verwerflich.⁷⁾

Wer dies anerkennt, der muss zu dem Schluss kommen, dass für die Socialdemokratie heute in der Zollfrage nur noch ein Standpunkt möglich ist: der ausgesprochen freihändlerische. Dass der Freihandel einst von politischen Reactionären verfochten wurde und heute noch vielfach von socialpolitischen Dunkelmännern verfochten wird, hindert nicht, dass er das einzig würdige Verkehrsprogramm einer Partei ist, die den socialen Fortschritt auf ihre Fahne geschrieben hat. Und wenn man dies zugiebt, dann kann man sich auch der Folgerung nicht verschliessen, dass für die Socialdemokratie nur eine radicale, keine Abschwächung zulassende Taktik in der Handelsverkehrsfrage am Platze ist.

Dies meint nicht, dass man nun selbst nicht einmal Handelsverträgen zustimmen dürfe, weil sie noch nicht den vollen Freihandel bedeuten. Es meint aber, dass man erklärt,⁸⁾ nur Handelsverträgen von ausgesprochen und nach-

7) Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der Steuererlass für Landwirte zu beurteilen den die jetzige conservative Regierung Englands 1896 im Parlament für fünf Jahre durchgesetzt und soeben auf weitere vier Jahre verlängert hat. In Hinblick auf die „Notlage der Landwirtschaft“ wird für diese Zeit vom landwirtschaftlichen Boden nur die Hälfte der Localsteuerrate erhoben. Der eine Einwand der Liberalen, dass dieser Steuererlass ein Geschenk aus der Tasche der städtischen Steuerzahler an die Landwirte sei, hätte sehr wenig auf sich, wenn die Massregel sonst als zweckmässig zu bezeichnen wäre. Aber sie ist das Gegenteil von zweckmässig. Indem sie keinerlei Unterschied zwischen Landwirt und Landwirt macht, wirkt sie, wenn nicht direct auf ein Steigen, so doch auf Unterbrechung des heilsamen Falls der Renten hin und verschleppt so die wirkliche Besserung der Verhältnisse.

Bezeichnend für die englischen Verhältnisse ist jedoch, dass die im gegenwärtigen Parlament so starke conservative Regierung es doch nur wagt, diese Hilfe den Agrariern bloss für ganz genau bestimmte Fristen zu gewähren, und dass sie eine Form wählen musste, bei der jedermann nach den Steuerlasten genau die Höhe der „Liebesgabe“ berechnen kann, die den einzelnen Grundherren aus dem Volkssäckel zufällt.

8) Wie dies auf dem Mainzer Parteitag beschlossen wurde.

weisbar freihändlerischer Tendenz und Wirkung zustimmen zu wollen. Es meint, dass man sich entschieden weigert, der Politik der Kampf- oder Vergeltungszölle irgend welches Zugeständnis zu machen. Es meint, dass man der Anschauung, verkehrsfeindliche Massregeln einer anderen Nation benötigten oder rechtfertigten eine verkehrsfeindliche Antwort, bei jeder Gelegenheit entschieden entgegentritt.

Nur auf Grund einer festen und kräftigen Ueberzeugung von der Richtigkeit einer grundsätzlich freihändlerischen Verkehrspolitik kann man die jetzige Schutzzöllerei wirksam bekämpfen. Wer zugiebt, dass Einfuhrzölle als Kampfmittel gegen Zollgesetze anderer Länder angebracht sein können, giebt ihr, wie eingangs bemerkt, den kleinen Finger, der alsbald zur ganzen Hand wird. Würden Zölle als Kampfmittel gegen Russland oder die Vereinigten Staaten gebraucht, so könnten es nach Lage der Dinge nur Agrarzölle sein, die Deutschland diesen Staaten entgegenzusetzen hätte. Aber es ist ein Aberglaube, dass eine Verteuerung der notwendigen Lebensmittel des deutschen Volks das rechte Mittel sei, der Schutzzöllerei der Russen und Americaner zu beugen.

Die Russen können sich schon deshalb nicht auf die Dauer mit einer chinesischen Mauer gegen deutsche Industrieproducte abschliessen, weil sie dadurch ihre Getreideausfuhr nach Deutschland ernsthaft gefährden würden. Ohne Rückfracht irgend welcher Art würde der Transport des Kornes für sie schliesslich zu teuer werden. Auch die Verschiffung americanischen Kornes nach Europa würde auf die Dauer zu teuer kommen, wenn die Schiffe den Weg zurück ohne genügende Ladung zu machen hätten.

Viele Socialisten lassen sich dadurch vom Bekenntnis zum entschiedenen Freihandel abschrecken, dass sie hinter dem freien Warenverkehr die freie Einfuhr von Kulis und dergleichen tiefstehenden Arbeitern und in weiterer Folge das Schreckbild der chinesischen Concurrrenz sehen. Aber Kulis sind Menschen und keine Waren. Es ist kein Verstoss gegen die Verkehrsfreiheit in Gütern, der Einfuhr von Menschen, die als Halbsclaven verwendet werden sollen, nötigenfalls durch Gesetze entgegenzuwirken, — so wenig es ein Verstoss gegen das Princip der Vertragsfreiheit ist, gewisse Verträge, die unseren höheren Culturanschauungen widersprechen, wie etwa der Selbstverkauf in die Slavery, gewisse Arbeitsverträge etc., gesetzlich zu verbieten und gegebenenfalls zu bestrafen. Und gegen die Zukunftsconcurrrenz der Chinesen ist die wirksamste Vorbereitung die Hebung der heimischen Arbeiter und der heimischen Industrie auf das denkbar höchste Mass von technischer Leistungsfähigkeit. Geschieht darin das Nötige, so kann man die Sache, die ja noch etliche Zeit zu ihrer Verwirklichung bedarf, ruhig an sich herankommen lassen. Die Gefahr verliert viel von ihrer Schreckhaftigkeit, wenn man sich von der Vorstellung frei macht, als sei die heutige internationale Arbeitsteilung die einzig mögliche. Wie die Arbeitsteilung ehemals eine andere war als heute, so wird sie auch in der Zukunft vielfach eine andere sein. Je höher aber der Culturstand eines Volkes, je vollkommener seine wirtschaftliche Organisation, je weiter sein geistiger Horizont, um so leichter wird es sich den veränderten Bedingungen anzupassen wissen. Diese Fähigkeit aber erwirbt es um so mehr, je energischer es die Schranken niederreisst, hinter denen sich Privilegium und Zopfthum seine Nester zu bauen pflegt, und diese Schranke heisst auf handelspolitischem Gebiet: Schutzzöllerei.

*

*

*

An diese generelle Betrachtung wäre noch eine specielle über die taktischen Fragen des Kampfes gegen die Zollschraube zu knüpfen. Es ist schon andererseits die Frage aufgeworfen worden, ob sich die Socialdemokratie darauf beschränken soll, die geplanten Zollerhöhungen in der Presse, in Versammlungen und alsdann im Parlament zu bekämpfen, was bei aller Energie, mit der es geschieht, doch ihre Durchführung nicht verhindern würde, oder ob es Mittel giebt, einen Schritt weiter zu gehen und den Versuch zu machen, dem Zustandekommen erhöhter Lebensmittelzölle wirksame Hindernisse in den Weg zu legen. Indes bedarf die Erörterung dieser Frage, an die sich notwendig noch eine Reihe anderer knüpfen würde, eines besonderen Artikels, und so mag es hier mit dem Hinweis auf sie vorerst sein Bewenden haben.

Die Agrarbewegung und das Centrum.

Von

Max Schippel.

(Berlin.)

Das Centrum hatte es leichter wie der Nationalliberalismus, sich neuen agrarzöllnerischen Strömungen anzuschliessen und hinzugeben. Es wurzelte von Anbeginn an viel mehr in ländlichen Schichten und auch in rückständigeren Gebieten, in denen etwaige Gegenströmungen aus den Kreisen der Industrie und des Handels naturgemäss nur schwächer auftreten. Häufig waren zudem diese mehr freihändlerischen Kreise auch die Kerntruppe der politischen Gegenpartei, so dass man sich um so weniger an ihre Klagen und Forderungen zu kehren brauchte.

Richtig ist freilich, dass auch das Centrum sich „agrarisches entwickelt“ hat und dass einzelne Führer zuweilen vor Getreidezollerhöhungen und überhaupt vor Getreidezöllen gewarnt haben. Indes, diese agrarische Entwicklung hat sich mit ziemlicher Folgerichtigkeit vollzogen, und die abmahnden Parteigenossen haben, wenn sie auch noch so angesehen waren, gerade in Zollfragen am allerwenigsten eine wirkliche Führung ausüben können.

Allerdings hat das Centrum in Zollfragen oft Conflict mit seinen Wählern gehabt. Aber Conflict welcher Art? Bis zur Stunde haben dem Centrum die weiter nach links, zum Freihandel drängenden Wähler wahrlich noch nicht die geringsten Kopfschmerzen bereitet. Jedoch die weiter nach rechts, nach höheren Agrarzöllen verlangenden ländlichen Massen, diese waren es, denen die Parteileitung schon manche schwere Stunde schuldet. Erst ein wirkliches Scheitern neuer Handelsverträge würde wohl auch die industriellen Elemente, vor allem die Arbeiterwähler, des Centrum zu einer lebhafteren Gegenbewegung mitfortreissen. Bis jetzt lag für das Centrum die Gefahr nur darin, dass es als regierungsfähige, parlamentarisch entscheidende Partei vermitteln musste, während sein rechter und stärkster Wählerflügel von Vermittelung zwischen Industriefortschritt und Landwirtschaftserhaltung nichts wissen wollte und von den Volksrednern der Bauernversammlungen und Bauernvereine in agrarischem Radicalismus geschult und gegen die parlamentelnde Partei scharf und immer schärfer gemacht wurde. Man vermeide es nur, die allgemeine Agrarbewegung und die besondere, eigenartige Organisation des Bundes der Landwirte für identisch zu halten, und man wird hinter allem scheinbaren Stillstand des Bundes in manchen katholischen Gebieten, hinter allen gelegentlichen Schein-niederlagen des „preussischen“, und womöglich auch noch „protestantisch

preussischen“ Bundes gegenüber den particularistischen und katholischen „Bünden“ immer die gleichen Erfolge der Agrarbewegung selber sehen. Ich für meine Person möchte sogar der Meinung zuneigen, dass gerade das allerbeschränkste, intransigenteste Agrariertum seine Organisation noch immer ausserhalb des „preussischen“ und „aristokratischen“ Bundes der Landwirte hat. . . .

Doch in dieses Gewirr von persönlichen Eifersüchtaleien, von altüberkommenen Abneigungen und heute noch fortbestehenden provinciellen und confessionellen Besonderheiten, von vorhandenen — wenn auch mehr nebensächlichen — wirtschaftlichen Gegensätzen hinabzusteigen, in diese wenig erbauliche Geschichte der bauernbündlerischen Localorganisationen sich zu verlieren, dazu möchte ich hier die Geduld des Lesers nicht in Anspruch nehmen. Wir heben aus den Parteierfahrungen des Centrums nur einige der markantesten Zwischenfälle hervor.

Beim ersten, dem österreichischen, Handelsvertrag führte das Centrum noch einmal glänzend den Beweis, dass es der Regierung eine zuverlässige, feste parlamentarische Stütze sein könne: für die erste, grundlegende Getreidezollermässigung stimmte das Centrum geschlossen mit den Polen und Welfen.

Doch schon bei den Wahlen von 1893, bevor noch die weiteren und kritischeren Handelsverträge erledigt waren, erhob im Westen Freiherr von Schorlemer-Alst seine noch immer gewichtige Stimme gegen die Zollabtrünnigen. Der von ihm und 150 westfälischen Landwirten erlassene Wahlaufruf war zwar durch die Militäirstreitfragen hervorgerufen, er wendete sich jedoch, der Stellung Schorlemers entsprechend, sofort in ausführlichster Weise der Agrarpolitik zu: Auf dem Bauernstande laste ein schwerer Druck. Die Handelsverträge mit ihrer Ermässigung der Schutzzölle hätten die Landwirtschaft geschädigt, ohne der Industrie zu nützen. Der Preisrückgang müsse vernichtend werden, wenn noch ein Handelsvertrag mit Russland und Zollermässigung an dessen Grenzen hinzukäme. Der aufgelöste Reichstag habe den berechtigten Wünschen und Interessen der Landwirtschaft nicht genügend Rechnung getragen, auch die Centrapartei nicht. Man habe von ihr in Westfalen die Einräumung von ein paar Wahlkreisen für Landwirte erbeten, auch das habe die Vertrauensmännerversammlung abgelehnt:

„Damit ist die Nichtanerkennung unserer berechtigten Wünsche, die Zurückstellung der Lebensinteressen der westfälischen Landwirtschaft hinter einen einseitigen Parteistandpunkt ausgesprochen. Wir standen und stehen als Katholiken unentwegt fest zu dem Programm der Centrapartei in den religiös-politischen und christlich-socialen Fragen und folgen auch ferner der Fahne, die die Mallinkrodt, Reichensperger, Windthorst, Frankenstein, Ballestrem aufgepflanzt und hochgehalten haben. Wir wollen als freie deutsche Staatsbürger frei unseren katholischen Glauben ausüben können und verlangen Abschaffung aller dies noch behindernder Gesetze. Wir wollen aber auch als westfälische Bauern, wie unsere Vorfahren, im Besitze unserer ererbten Höfe bleiben und unser bedrohtes Eigentum nicht ohne den erbittertsten Kampf uns nehmen lassen. Deshalb verlangen wir, dass die Abgeordneten, denen wir unsere Stimmen geben,

1. festhalten in allen religiös-politischen und socialen Fragen an dem altbewährten Programm des Centrums.

2. eintreten für den Schutz der productiven Stände — des Bauernstandes, Handwerkerstandes und der kleinen Gewerbe — durch Ablehnung jeder Zollermässigung unserer Produkte, eintreten für Sperrung unserer Grenzen gegen Einfuhr von Vieh aus verseuchten Ländern, für Beschränkung des Börsenspiels mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, für internationale Regelung der Währungsfrage. . . .“

Dieser kleine agrarische Sturm im Westen konnte damals nur symptomatische Bedeutung erlangen. Dagegen hatten im Süden, in Bayern, die wild gewordenen stockklericalen Bauern gegen die Centrums-„Nationalmiserablen“ ein sehr ernst zu nehmendes lärmendes Haberfeldtreiben eröffnet. Man sagt, dass die Unzufriedenheit gegen das Centrum in Bayern 1893 entscheidend gewesen sei für die Ablehnung der Caprivischen Militairvorlage durch die Centrumsmehrheit. Aber einer Reihe von bayerischen Wahlkreisen genügte diese Mannesprobe ganz und gar nicht. Die Bündler — allerdings spezifisch bayerisch-politische Bündler — nahmen 1893 von den sechs niederbayerischen Reichstagsmandaten gleich im ersten Ansturm ihrer drei; zwei andere, unter ihnen das Passauische des Herrn Dr. Pichler, hielten sich mit äusserster Mühe. In Straubing, das Graf von Preysing bisher vertreten hatte, zog Josef Bruckmaier ein, ausübender Landwirt und Bierbrauer und zudem, wie es im Parlamentsalmanach heisst, Bund der Landwirte Niederbayerns. Pfarrkirchen nahm statt des Kirchenvergolders Haberland der Landwirt Benedikt Bachmeier: Bauernbund. In Kelheim siegte Dr. Sigl: Bayerisches Vaterland und Niederbayerischer Bauernbund. In ganz Bayern war ferner auch beim Centrum die Agitationsweise eine ganz andere geworden. Die Not der Landwirtschaft, die Schäden weiterer Handelsverträge hatte man überall in den Vordergrund gerückt. Als dann der rumänische und der russische Vertrag wirklich kamen, war Bayern und der bayerische Centrumsflügel nicht umsonst von den bayerisch-bäuerlichen Wählern ins Gebet genommen worden. Sie tanzten alle, wie die Hinterwäldler piffen.¹⁾

Doch für den rumänischen Handelsvertrag stimmten noch immer 40 Centrumsabgeordnete, dagegen 50 — für den russischen Handelsvertrag 45, dagegen 47, Abgeordnete. Mit der Centrumsstütze sah es also nunmehr für die Regierung ziemlich übel aus, wenigstens, was handelspolitische Entscheidungen anlangte; und für eine ehrgeizige Parteiführung musste das sicherlich eine der bittersten Erfahrungen sein, die sie mit ihren Wählern machen konnte. Indes, einflussreichen Wählerkreisen war selbst diese handelsvertragsfreundlich gebliebene Minorität noch zu viel. An allen Ecken setzten die Bestrebungen ein, diese Pflaumenweichen ihren Wählern zu verekeln und Männer von agrarischem Rückgrat zu empfehlen.

In Schlesien forderte bereits 1895 Graf Strachwitz in einer öffentlichen Rede auf, bei den nächsten Wahlen mehr auf Männer zu sehen, die sich für die traurige Lage der Landwirtschaft interessieren. Auf die Angriffe in der Centrumspresse verteidigte sich Graf Strachwitz in einer Erklärung, die gegen die Centrumpolitik neue Angriffe auf die alten häufte. In der Schlesischen Volkszeitung schrieb der streitlustige Graf:

„^{90/100} der Bevölkerung sind durch die Handelsverträge in eine ähnliche Notlage versetzt worden wie die Katholiken durch den Culturkampf, und es ist Sache des katholischen Adels, ebenso wie in den siebziger Jahren an der Spitze des Volkes für seine Existenz zu kämpfen!... So kurz die Dauer der Handelsverträge auch erst ist, sie hat genügt, um die Tagesgeschichte das endgültige Urteil über dieselben bereits sprechen zu lassen. Dasselbe lautet dahin, dass die Handelsverträge für Deutschland einem verlorenen Kriege gleich kommen...“

Ein Wechsel in der Person der Abgeordneten erscheint durchaus nicht geboten; denn ich habe das Zutrauen zu der Einsicht der Herren, dass sie den begangenen Fehler erkennen werden. Sollte es zu Neuwahlen kommen, so wird es die Sache der Wähler sein, sich davon zu überzeugen und sich bindende Versprechungen für die Zukunft geben zu lassen. Das katholische Volk ist in seinem ganz überwiegenden Teile agrarisch gesonnen.

¹⁾ Vergl. Socialistische Monatshefte, 1901, I. Bd., pag. 492—493.

um der Kürze halber diesen Ausdruck zu gebrauchen; die Einigkeit kann im Centrum nur auf diesem Boden erreicht werden. Lässt dagegen das Centrum die Zeit ungenützt vorübergehen, laufen die Handelsverträge in ihrer jetzigen Form ab, so wird sich in der Zwischenzeit eine solche Erbitterung unter den Wählern ausbreiten, dass dann allerdings die Befürchtung nahe liegt, die Wahlen könnten in einer Weise ausfallen, dass von dem Centrum in seinem bisherigen Wirken nichts übrig bliebe.

Das Centrum wird agrarisch sein, oder es wird nicht sein! Caveant consules....

Bertelsdorf, 5. August 1895.

Alfred Graf Strachwitz."

Bezeichnend war auch, dass in der ausgebrochenen Pressfehde der frühere Abgeordnete Majunke — denn niemand anders steckte hinter der Chiffre P. M. in den Historisch-Politischen Blättern — dem Grafen Strachwitz besprang: vielen Landwirten sei ein Neuling, der dazu verhilft, drei Mark für den Centner Getreide mehr zu erhalten, „lieber, als dasjenige Centrumsmitglied, das durch seine Abstimmung dazu beiträgt, dass wir nicht einmal mehr die Produktionskosten aus unserer Arbeit herausbekommen.“

Sofort zeigte sich auch, wieviel Zündstoff sich am Rhein ebenfalls angesammelt hatte. Die Cölnische Volkszeitung besonders hatte manches Scharmützel mit den Vollblutagrariern ausfechten müssen. In der Rheinischen Volksstimme jedoch hatte sich der Rheinische Bauerabund — unter dem Freiherrn von Loë-Terporten und dem Grafen zu Hoensbroech — ein Organ geschaffen, das von jeher nicht auf einen versöhnlichen Ton gestimmt war. Jetzt verkündete es offen, dass die „ländlichen Centrumswähler eventuell diejenigen Abgeordneten nicht wiederwählen werden, die, in ausschliesslich landwirtschaftlichen Bezirken gewählt, für den russischen Handelsvertrag gestimmt haben.“ Es richtete diese Bemerkungen in erster Linie persönlich gegen den Reichstagspräsidenten von Buol und den Abgeordneten Hitze. Freiherr von Buol sei über sein Schicksal auch gar nicht im unklaren, denn seine Beförderung zum Landgerichtsdirector sei nur unterblieben, weil er bei der daraufhin notwendigen Neuwahl unzweifelhaft durchgefallen wäre. Dem Abgeordneten Hitze hatte man in einer Versammlung in seinem Wahlkreise bereits ein Misstrauensvotum erteilt. Gegen den Abgeordneten de Witt war — nach der Cölnischen Volkszeitung — ein förmliches Kesseltreiben veranstaltet worden. Das rheinische ultramontane Centralorgan veröffentlichte darauf seinen, allgemeinen Aufsehen erregenden Artikel: Wohin die Reise geht, in dem sie darlegte, dass die hervorragendsten Führer des Centrums einer solchen Parole zum Opfer fallen müssten, dass das Centrum als politische Partei dann überhaupt der Vergangenheit angehört haben würde. Die Rheinische Volksstimme liess sich dadurch jedoch nicht irre machen:

„Wenn in einem Kreise zwei treue katholische Männer candidieren, von denen der eine sich für die Handelsverträge ausspricht, der andere dagegen so werden die ländlichen Wähler selbstverständlich den letzten wählen. Die Cölnische Volkszeitung meint, das würde die Einigkeit des Centrums aufs schwerste gefährden und die Gesamtstellung der Fraction aufs empfindlichste schädigen. Warum denn?“

Diese Gegensätze waren bis zu den Wahlen von 1898 durchaus nicht erloschen. Im Gegenteil, in Bayern hatten sie 1897 wieder einmal einen Höhepunkt erreicht, als die Bauernbündler selbst in Tuntenhausen die Cirkel des Herrn Dr. Daller störten und als in Niederbayern die Herren Wieland und Gäch neben dem wirtschaftlichen auch noch ein scheinradikal-politisches Programm zurechtmachten. Doch gerade Bayern zeigte, wie schwer es ist, gegen eine alte, gefestigte Parteiorganisation aufzukommen. Die abgesprengten, frondierenden Elemente sind meist an sich nicht die angenehmsten. Bayern

war auch für so viele Krakehlhuber und Gernegrosse zu klein, und so fielen sie sich zuguterletzt nicht selten gegenseitig mit denselben Kraftausdrücken an, mit denen sie zunächst am Centrum ihr Mütchen gekühlt hatten. Besonders die Landtagswahlen von 1899 besiegelten ihren Misserfolg.

Aehnlich bei den Reichstagswahlen 1898 am Rhein, in Schlesien. Es kam wohl häufiger zu Protesten gegen die alten Parteivertreter, gelegentlich sogar zur Aufstellung eines agrarischen katholischen Gegencandidaten. Aber die eigene Organisationslosigkeit und geringe Vorbereitung, das Gefühl, durch Stimmenzersplitterung vielleicht nur einem gegnerischen lachenden Dritten die Wege zum Siege zu bereiten, das alles wirkte lähmend auf die agrarische Fronde.

Indes, verloren war die Mühe darum durchaus nicht. Eine Reihe der angegriffenen Centrumsabgeordneten hatte die Flinte ins Korn geworfen, so dass auch beim Centrum — wie bei den Nationalliberalen — 1898 eine starke Erneuerung des Personals stattfand, wobei wohl meist die agrarische Strömung eine Vertiefung erfuhr. Andere Abgeordnete hatten sich neue Wahlkreise gesucht, weil sie in ihren alten Kreisen wegen der agrarischen Opposition nicht mehr auf Erfolg rechnen konnten. So ging Herr Hitze von Geilenkirchen—Heinsberg—Erkelenz nach dem industriellen Gladbach, während an seine alte Stelle Herr Dr. Opfergelt trat. Was jedoch das Wesentlichste war: das Centrum hatte sich in seinem Wahlauftruf, wenn auch in etwas unbestimmten Worten, für eine Erhöhung der Agrarzölle festgelegt: „In den verflossenen Jahren hat die Landwirtschaft unter einer drückenden Notlage gelitten. . . . Wo immer ein gangbarer Weg sich zeigte, der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen, haben wir es niemals an uns fehlen lassen. . . . Bei der Beschlussfassung über neue Handelsverträge wird eine verstärkte Fürsorge für die Landwirtschaft unser Bemühen sein.“

Vom Centrum aus wurden dann bekanntlich auch beim zweiten Flottengesetz 1899—1900 bestimmte Regierungserklärungen zu gunsten künftiger höherer Agrarzölle angeregt. Der Katholikentag in Bonn nahm Anfang September 1900, wie es heisst einstimmig, folgende Resolution an:

„I. Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands tritt wiederholt für eine berufsmässige Organisation der Landwirte ein und fordert alle Angehörigen dieses Standes, sowie die gesetzgebenden Körperschaften auf, nachdrücklich hierfür zu wirken.

2. In Erwägung, dass einerseits ein leistungsfähiger und kräftiger Grundbesitzerstand eine der wichtigsten Stützen unserer gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bildet, dass andererseits die deutsche Landwirtschaft unter einer Notlage leidet, hauptsächlich infolge der niedrigen Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, welche vorzugsweise durch die Concurrenz billiger producirender Importländer hervorgerufen sind, und dass diese niedrigen Preise insbesondere eine zur Erhaltung der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft notwendige, mit Industrie und Gewerbe gleichen Schritt haltende Erhöhung der Löhne nicht gestatten, erachtet die 47. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands es als eine wichtige Aufgabe der Gesetzgebung und Verwaltung, der bedrängten Landwirtschaft weitgehenden Schutz angedeihen zu lassen, insbesondere auch durch Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der Landwirte bezüglich einer notwendigen Erhöhung der bestehenden Zölle landwirtschaftlicher Producte bei der bevorstehenden Neufestsetzung des Zolltarifs.“

Trotzdem ist neuerdings mit jeder Verzögerung der zollpolitischen Entscheidungen der Groll der Nägelbeschlagenen gegen die Centrumsdiplomaten immer wieder von neuem hervorgebrochen. Herr Dr. Gäch vom Bayerischen Bauernbund verlangte im Februar 1901 zu Straubing einen Zoll von „8 Mark für alle vier Hauptgetreidearten“, und die Mehrheit des Bayerischen Bundes

ist so gütig, einen „Mindestzoll“ von 6—7 Mark für annehmbar zu erklären. Einer Partei mit politischer Verantwortlichkeit und einem starken Kern von Arbeiterwählern ist es natürlich schwer, den Mund ebenso voll zu nehmen, auch wenn man den Arbeitern den Zollmehrertrag als Patrimonium ihrer Wittwen und Waisen verspricht. Die fünfständige Bundesversammlung in Cöln am 5. Juni, bei der man die schönsten Centrumsverteidigungsreden einfach niederschrie und niedertrampelte, liegt der Partei wohl auch schwerer im Magen, als sie selber es merken lassen will.

Bis zur Entscheidung über den Zolltarif wird somit das Centrum noch manches Fegefeuer bäuerlich-agrarischer Kritik überstehen müssen.

Die socialdemokratische Presse.

Von

Richard Calwer.

(Berlin.)

Die provisorische Tagesordnung, die die socialdemokratische Parteileitung am 11. August bekannt gegeben hat, enthält die Ankündigung einer geschlossenen Sitzung. In ihr sollen über die Presse, die Litteratur und das Colportagewesen eingehende Erörterungen gepflogen werden. Schon daraus, dass die Oeffentlichkeit bei diesen Puncten ausgeschlossen ist, kann entnommen werden, dass die Verhältnisse der socialdemokratischen Parteipresse nicht befriedigend genug sind, um den Ansprüchen des Parteivorstandes zu genügen. Denn zweifellos wäre eine geschlossene Sitzung überflüssig, wenn alles so klappte, dass Erörterungen gar nicht stattzufinden hätten. Aus dem Ausschluss der Oeffentlichkeit kann weiter gefolgert werden, dass die in Aussicht genommenen Erörterungen einigermassen delicateser Natur sind, denn anders würde es überhaupt zwecklos sein, die Oeffentlichkeit auszuschliessen. Ohne mich hier in Vermutungen zu ergehen, welche Eröffnungen die Parteileitung über diesen Punct dem Parteitage wohl machen dürfte, möchte ich hier einige Ansichten über die socialdemokratische Presse und ihre Entwicklung während der letzten 12 Jahre aussprechen.

Zweifellos hat sich die socialdemokratische Presse während des letzten Jahrzehnts in die Breite entwickelt. Nach dem Falle des Socialistengesetzes im Jahre 1890 zählte man in Deutschland 19 socialdemokratische Tageszeitungen, im Juli dieses Jahres waren es dagegen 50. Die Zahl der Tageszeitungen ist danach ganz beträchtlich gewachsen. Eine andere Frage ist es, ob mit der extensiven Ausbreitung die qualitative Entwicklung Schritt gehalten hat.

Man kann drei Massstäbe aufstellen, um diese Frage einigermaßen zu prüfen. Jeder Massstab für sich allein dürfte ungenügend sein; aber in Verbindung und im Vergleich mit den andern dürfte ein ziemlich zutreffendes Bild über die Leistungsfähigkeit der socialdemokratischen Presse sich ergeben. Aus der Höhe des Abonnentenstandes ergibt sich ein ungefährer Anhalt für die Zugkraft der socialdemokratischen Presse. Doch muss bedacht werden, dass die gelesenen Blätter qualitativ oft am aller-niedrigsten stehen; es muss daher in Betracht gezogen werden, ob die

Leistungen der socialdemokratischen Presse den Ansprüchen genügen, die die mächtige Entwicklung unserer Partei an sie zu stellen berechtigt ist. Nicht unberücksichtigt darf endlich die finanzielle Grundlage bleiben, auf der die socialdemokratischen Zeitungen basieren. Eine Tageszeitung kann von Anfang an schon den Todeskeim in sich tragen, ist sie finanziell mit unzureichenden Mitteln ausgerüstet.

Wenn wir nach diesen Gesichtspunkten die socialdemokratische Presse Revue passieren lassen, so ergibt sich mit Bezug auf den ersten das eine unzweifelhaft: Die Zahl der Abonnenten ist im Verhältnis zur Zahl unserer Wähler nicht nur im ganzen, sondern besonders auch in den Grossstädten viel zu klein. Nimmt man z. B. Berlin, so ist eine Abonnentenzahl von ca. 55000 für den Vorwärts im Vergleich zu der ungeheuren Zahl der socialdemokratischen Wählerstimmen recht wenig. Wie in Berlin, ist es aber in den meisten andern Grossstädten; vielfach dürfte dort die Verbreitung des socialdemokratischen Organs noch ungünstiger sein, als in der Reichshauptstadt. Man kann ohne Uebertreibung sagen, dass der grössere Teil der socialdemokratischen Wählerschaft nicht das Organ ihrer Partei zu lesen gewohnt ist. Es haben sich vielmehr in den Grossstädten die partei- und farblosen Pressorgane festgesetzt, die für billiges Geld den Lesern viel Papier und auf diesem Papier einen Inhalt liefern, der das Gegenteil von politischer und wirtschaftlicher Bildung verbreitet. Die Macht dieser verwerflichen Pressé ist eine so bedenkliche Erscheinung, dass man immer wieder auf das Missverhältnis zwischen den socialdemokratischen Wählern und dem Abonnentenstand unserer Tagespresse aufmerksam machen und auf Mittel der Abhilfe sinnen muss. Wenn man die letzten zehn Jahre zurückverfolgt, so ergibt sich, dass dieses Missverhältnis sich nicht gebessert hat, sondern in der Hauptsache gleichgeblieben ist.

Was nun die Leistungen der socialdemokratischen Tagespresse betrifft, so muss anerkannt werden, dass einzelne Organe ihr möglichstes thun, um den Ansprüchen an eine moderne Tageszeitung zu genügen. Die grössere Zahl der Tageszeitungen aber lässt inhaltlich ungemein viel zu wünschen übrig. Der politische Teil ist oft nichts weiter als ein nicht einmal geschickt zusammengestelltes Sammelsurium von Artikeln und Notizen aus den wenigen Tageszeitungen, die selbständige Artikel bringen. Selbst die Leitartikel sind vielfach anderen Zeitungen entnommen. In keiner Parteipresse ist der Nachdruck ohne Quellenangabe so verbreitet, wie in der socialdemokratischen Presse. Man müsste eigentlich den Redacturen Dank wissen, die gegen den Nachdruck energisch vorzugehen gewillt sind. Freilich ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Feldzug gegen den Nachdruck fast noch aussichtslos; ich entsinne mich eines Falles, bei dem ein Chefredacteur nach kurzem Kampfe gegen einige besonders stark dem Nachdrucken ergebene Zeitungen seine löbliche Absicht auf sich beruhen lassen musste. Fast noch schlimmer, als mit dem politischen Teil, ist es mit den Spalten, der Tagespresse bestellt, die locale Angelegenheiten behandeln. Gerade weil es einige Blätter giebt, die diesen Teil mit Erfolg und Geschick bearbeiten, fällt die Mangelhaftigkeit bei den anderen Parteiorganen um so stärker auf. Vielfach sind hier unsere Blätter darauf an-

gewiesen, ihre Nachrichten sogar der bürgerlichen Presse zu entnehmen; nicht einmal über Arbeiterangelegenheiten sind sie so unterrichtet, wie es nach dem Stand der Arbeiterorganisationen sein könnte und müsste. Namentlich fehlt es noch durchweg an einer ständigen und dauernden Berichterstattung über die örtlichen wirtschaftlichen Fragen, die Lage des Arbeitsmarktes etc. Wesentlich gebessert hat sich allerdings in den letzten zehn Jahren der litterarische Teil unserer Zeitungen, der Anfang der neunziger Jahre noch arg stiefmütterlich behandelt wurde. Ich entsinne mich noch aus meiner eigenen Redactionsthätigkeit lebhaft der entschiedenen Opposition, die in Presscommissionen und anderen parteigenössischen Kreisen gegen die Ausdehnung und Erweiterung des feuilletonistischen Theiles sich geltend machte. Man erblickte darin zum mindesten eine Concession an den Geschmack des indifferenten Publicums. In dieser Beziehung haben sich die Anschauungen glücklicherweise gänzlich geändert, so dass es wohl heute keine socialdemokratische Tageszeitung mehr giebt, die nicht das Feuilleton besonders pflegte. Freilich auch hier spielt, mit Ausnahme des laufenden Romans, der Nachdruck noch eine grosse Rolle. Ganz speciell muss hervorgehoben werden, dass es ein nicht genug anzuerkennendes Verdienst der socialdemokratischen Presse ist, ihren Abonnenten die Lectüre guter Romane vermittelt zu haben. In dieser Beziehung kann die bürgerliche Presse nicht entfernt an die Leistungen selbst der kleinen socialdemokratischen Zeitungen heranreichen. Es waren nicht nur einige, sondern viele socialdemokratische Zeitungen, die z. B. Zolas *Germinal* ihren Lesern geboten haben.

Mit wenigen Worten sei auch noch die finanzielle Seite unserer Tageszeitungen, soweit ein allgemeiner Einblick möglich ist, berührt. Die alljährlichen Cassenberichte der Parteileitung sprechen hier ja eine sehr deutliche Sprache. Im allgemeinen ist man froh, wenn das finanzielle Gleichgewicht herzustellen ist. Wie dies im einzelnen geschieht, darüber wollen wir besondere Angaben nicht machen; aber gesparrt wird, wo gesparrt werden kann, leider sehr oft am unrechten Ort. Die Einnahmen sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht so gross, um mehr als die Druck- und Papierkosten zu decken, ohne deren Aufbringung eben das Bestehen eines Blattes gar nicht möglich ist. Dass die socialdemokratischen Zeitungen Ueberschüsse abwerfen, kommt nur in wenigen Fällen vor. Selbst aber in solchen Fällen wäre noch die Frage zu erwägen, ob die Ueberschüsse nicht viel mehr zur Verbesserung und Ausgestaltung der Presse selbst, als zu anderen Zwecken Verwendung finden sollten.

Im Jahre 1894 habe ich mich über die socialdemokratische Presse in ähnlicher Weise geäußert, wie heute. Ihr Stand erscheint mir heute fast noch ebenso unbefriedigend, wie damals. Weder die damaligen Angriffe gegen meine Ausstellungen noch die Entwicklung der letzten sieben Jahre haben mich eines Besseren belehrt. Ich bin weit davon entfernt, einzelnen Personen oder gar den augenblicklichen Leitern unserer Parteipresse persönlich nahe treten zu wollen. Die Ursachen der unerfreulichen Entwicklung unserer Presse sind vielmehr überwiegend in der ganzen Organisation unseres Presswesens zu suchen. Der Process, die einzelnen Zeitungen in Parteieigenthum überzuführen, ist ja nunmehr so gut wie abgeschlossen, und es hat keinen praktischen Wert mehr, den Standpunct

zu vertreten, dass diese Umwandlung im Interesse der Entwicklung unserer Presse schädlich war. Das eine wird man inzwischen freilich eingesehen haben, dass die Eigentumsveränderung, die an und für sich mit dem socialistischen Gedanken blutwenig zu thun hat — wenn dies auch vielfach vorgegeben wurde —, auf die Entwicklung der Parteipresse den erhofften günstigen Einfluss nicht gehabt hat. Man hat sich von dieser Veränderung Wunder was für Erfolge vorgeredet: Die Abonnentenzahl würde ganz bedeutend anwachsen, die Finanzen sollten wesentlich gebessert werden, da ja der Unternehmervergewinn an den Verleger wegfiel; inhaltlich sollte die Presse gewinnen, indem die Redaction unabhängiger gestellt würde. Alle diese vorausgesagten Erfolge sind nicht eingetreten.

Doch an dem Geschehenen ist nichts zu ändern. Wir haben damit zu rechnen, dass die Parteizeitungen nominelles Eigentum der Partei sind, allerdings nicht immer, wie seiner Zeit gewünscht wurde, wirkliches Eigentum der Genossen am Orte, sondern bis zu einem gewissen Grade Eigentum der Geld- und Creditgewährer, auf die man heute oft mehr Rücksicht zu nehmen hat, als seiner Zeit auf den privaten Verleger. Nun hat es sich im Laufe der Jahre herausgebildet, dass ein Geschäftsführer und eine jährlich gewählte Presscommission die Leitung des Blattes in Händen haben. Die Presscommissionen bestanden schon zu der Zeit, als die Blätter in privatem Verlag waren; sie haben sich aber mit ihrem vollen Einfluss erst eingebürgert, seit die Zeitungen Parteieigentum sind. Dass diese Institute in der jetzigen Art ihrer Zusammensetzung ein grosses Hindernis für die Entwicklung unserer Presse sind, das ist mir nicht zweifelhaft. Jedes Jahr werden die Mitglieder dieser Commissionen neu gewählt; es findet so ein häufiger Wechsel in dem Personalbestande statt. Daraus allein schon resultiert die Thatsache, dass die Mitglieder der Presscommission gar nicht im stande sind, sich in die nicht so ganz leichten geschäftlichen und redactionellen Verhältnisse einer Zeitung einzuarbeiten. Sicherlich kann ein intelligenter Arbeiter nach einigen Jahren praktischer Erfahrung vom Presswesen etwas verstehen. Aber es muss doch zugegeben werden, dass die Meinung, ein guter Parteigenosse verstehe eo ipso auch schon das Presswesen, grundfalsch ist. Die nötige Kenntnis besitzen diejenigen Genossen, die in die Presscommission neu hineingewählt werden, in der Regel noch nicht. Wohl aber sind sie von ihrem eigenen Können und von ihren Kenntnissen sehr überzeugt. Nun steht der Geschäftsführer, namentlich der Redacteur dieser Commission gegenüber heute in einem viel ungünstigeren Verhältnis, als es in den Zeiten der Fall war, wo die Zeitungen sich in privatem Verlage befanden. Der Geschäftsführer ist noch besser daran, weil er in den Cassenverhältnissen der Zeitung einen sehr wirkungsvollen Bundesgenossen gegen Beschlüsse und Anregungen der Presscommission hat. Ganz precär ist aber die Stellung der Redaction. Bei socialdemokratischen Zeitungen wird nirgends so sehr gespart, als an den Redaktionskosten. Dieser Zug hat sich mit dem Erstarken des Einflusses der Presscommissionen noch wesentlich verstärkt. Wenn eine Zeitung gegründet werden soll, so müssen die Kosten für Druck und Papier in vollen Ansatz gebracht werden. Für die Redaction dagegen wird immer ein Minimum ausgeworfen, das zwar hinreichend ist, um vier

Seiten bedrucktes Papier zu liefern, aber nicht, um eine lesenswerte Zeitung herzustellen. So kommt es ganz von selbst, dass sowohl die Bezahlung, wie die Stellung der Redacteurs, der Mitarbeiter durchaus unbefriedigend ist. Gewiss mag man sich darauf berufen, dass es vielfach in der bürgerlichen Presse auch nicht besser sei. Aber diesen Vergleich wird derjenige ganz von der Hand weisen, der von der socialdemokratischen Presse eine Reform des gesamten deutschen Presswesens erwartete. Dem deutschen Volk wird vielfach nachgesagt, dass es nach dem Recept: Bilig und schlecht! arbeite. Nirgends kann dieser Satz mehr zutreffen, als bei der socialdemokratischen Presse. Die Parole ist: billig! Der Abonnementspreis soll so billig wie möglich sein, die Redaction darf nichts kosten. Die Folge ist, dass das litterarische Product entsprechend minderwertig ausfällt.

Wenn nun eine Presscommission nach einer jahrelangen Thätigkeit endlich anfängt, die Pressverhältnisse zu verstehen, so ereignet es sich in der Regel, dass ihr Personalbestand durch die Neuwahlen wiederum verändert wird, dass die Majoritäten innerhalb der Presscommission sich verschieben, dass Genossen hereinkommen, die erst Erfahrungen sammeln müssen, aber doch schon, ehe sie solche haben, sehr viel Initiative entwickeln. Statt einer Besserung der Verhältnisse tritt nun wieder die nämliche Unsicherheit und Gegensätzlichkeit zwischen Redaction und Presscommission, das nämliche Festhalten an dem unglückseligen Princip der Sparsamkeit ein.

Nach zwei Richtungen hin müsste meines Erachtens eine starke Aenderung vorgenommen werden. Zunächst muss dafür gesorgt werden, dass das Organ, das die Pressgeschäfte kontrolliert, eine gewisse Ständigkeit und Stetigkeit erhält. Das schliesst aber eine jährliche Erneuerung der Mitglieder der Presscommissionen aus. Es würde sich empfehlen, die Presscommission höchstens alle drei Jahre zu erneuern und so eine gewisse Stabilität herbeizuführen und dadurch Parteigenossen heranzubilden, die im Presswesen, auf Grund langjähriger Erfahrungen thätig sein könnten. Noch passender erschiene mir der Ausweg, dass man einen engeren und weiteren Ausschuss wählt und dass dem engeren Ausschuss nur solche Parteigenossen angehören, die schon zwei oder drei Jahre Mitglieder des weiteren Pressausschusses waren. Die Competenzen zwischen dem engeren und weiteren Ausschuss wären so abzugrenzen, wie etwa zwischen dem Vorstand und dem Aufsichtsrat einer Actiengesellschaft. Der engere Ausschuss hätte zusammen mit Redaction und Geschäftsführung die geschäftlichen Entscheidungen zu treffen, während der weitere Ausschuss mehr darüber zu wachen hätte, dass nichts geschieht, was dem Parteiinteresse zuwiderläuft. Dadurch würde gleichzeitig die engere Presscommission einer sachgemässen Controle unterstellt und eine grössere Anzahl von Parteigenossen zum Verständnis für Pressverhältnisse und zu sachgemässer Thätigkeit in dem engeren Ausschuss herangebildet.

Zweitens müsste unter allen Umständen die Stellung und Competenz der Redaction gegenüber der Geschäftsführung sowohl, als auch gegenüber der Presscommission scharf abgegrenzt werden. Wenn sich eine Redaction bis zu einem gewissen Grade nicht frei bewegen kann, wenn sie sich der Geschäftsführung gegenüber in Fragen der Mitarbeiterschaft, des

Redactionsetats u. s. w. beengt fühlen muss, so ist sie nicht im stande, fruchtbringend zu wirken. Es ist heutzutage vielfach so, dass an einem Blatte nicht der Redacteur, sondern der Geschäftsführer die erste Violine spielt. Das ist auch eine Folge der Sparsamkeitswirtschaft und wird nicht eher anders werden, als bis man sich entschliesst, in der Redaction die höchst wertvolle öffentliche Vertreterin der Interessen der Arbeiterschaft nicht nur zu erblicken, sondern sie danach auch finanziell zu bedenken. Solange man freilich die geistige Arbeit nicht höher einzuschätzen gewillt ist, als körperliche Arbeit, solange man den geistigen Inhalt einer Zeitung sich nicht mehr kosten lässt, als es jetzt geschieht, so lange wird es allerdings auch in dieser Beziehung nicht besser werden.

Wie ich freilich die gegenwärtigen Anschauungen innerhalb der Partei taxiere, glaube ich, dass gegen diesen Vorschlag sich das gewichtige Bedenken erheben wird, dass derartige Experimente finanziell nicht möglich seien. Diesem Einwand gegenüber ist eben nur eins entgegenzusetzen: Ohne solche Opfer wird's mit der Entwicklung der socialdemokratischen Presse eben nicht besser werden! Ganz besonders aber müsste Berlin sein grosses socialdemokratisches Volksblatt erhalten. Die partei- und farblose Presse der Reichshauptstadt ist infolge ihrer günstigen finanziellen Resultate immer mehr in der Lage, auf die Redactionsführung grosse Mittel zu verwenden, sie nützt dies derartig aus, dass, was die reine Berichterstattung betrifft, sie an der Spitze der gesamten Presse marschirt. Die Frage ist die: Wollen wir dieser Presse den grössten Teil der Arbeiterbevölkerung nach wie vor überlassen oder wollen wir den energischen Versuch wagen, diese Massen, die nach ihren innersten Interessen zu unserer Partei gehören, zu gewinnen? Es ist nicht leicht, den Kampf aufzunehmen, aber der Erfolg ist nicht ausgeschlossen, geht man systematisch vor. Von Berlin aus muss die Reform ausgehen. Hier muss der Versuch eines grossen billigen Volksblattes gemacht werden. Dazu gehören allerdings reiche Mittel. Aber diese sind zu beschaffen. Dann aber sind auch die indifferenten Massen zu gewinnen; unser moralischer Einfluss ist bedeutend gestiegen, die Lectüre socialdemokratischer Zeitungen wird in einer grossen Stadt nirgends mehr gehindert oder verfehmt. Man wage daher endlich einmal, das Gebiet zu erobern, das nach seiner ganzen Beschaffenheit uns zugehört. Wenn irgendwo, so gilt hier das Wort: Wer nicht wagt, gewinnt nicht!

Zum Wohnungsprogramm der deutschen Socialdemokratie.

Von

Paul Kampffmeyer.

(Frankfurt a. M.)

Im Verlaufe des letzten Winters hat sich die deutsche socialdemokratische Fraction für ein Reichswohnungsgesetz entschieden, und sie beschritt mit dieser Entscheidung ein neues Gebiet für eine umfassende socialpolitische Wirksamkeit. Die socialdemokratische Fraction brachte im Reichstage einen Antrag ein, der im wesentlichen die Durchführung der Wohnungsinspection durch die Reichsgesetzgebung ins Auge fasste. Die Wohnungsinspection berührt aber

nur einen, wenn auch sehr wichtigen, Punct der Wohnungsreform. Diese Inspection stellt zunächst die Wohnungsschäden fest, sie erlässt allgemeine Bestimmungen über die gesundheitlichen Erfordernisse bewohnter Räume und veranlasst die Schliessung der Wohnungen, die diesen hygienischen Erfordernissen nicht entsprechen. Wenn sich nun die Wohnungsgesetzgebung nur auf die Räumung ungesunder Wohnungen beschränkt, so bleibt sie ein Messer ohne Schneide. Der hölzerne Messerstiel gleitet spurlos über die Oberfläche des Wohnungswesens hin und dringt nimmer in den inneren, harten Kern dieses Wesens ein. Das Wohnungsinspectorat wirft die Aermsten der Armen aus überfüllten Wohnungen heraus und drängt sie wieder in anderen Räumen Leib an Leib zusammen, so dass sie sich gegenseitig Licht und Luft nehmen. Greift nicht wirklich eine beachtenswerte Production kleiner Wohnungen in die Wohnungsmisère ein, so tritt nicht eine Verbesserung, sondern gar eine Verschlimmerung der Hausungsverhältnisse ein. Die Wohnungsgesetzgebung hat ihren Schwerpunkt auf die Herstellung gesunder und billiger Wohnungen zu legen, wenn sie wirkliche und keine Scheinerfolge erzielen will. Die Production billiger und gesunder Wohnungen setzt aber eine nachhaltige Kräftigung und Erweiterung der Machtbefugnisse der Gesellschaft voraus. Die Gesellschaft will sich energisch an die wichtige Arbeit der Wohnungsproduction machen, sie findet aber schon die Welt, den Raum für gesunde Wohnungen an die Bauspeculanten verteilt. Die Gesellschaft bedarf dringend einer Erweiterung ihrer Expropriationsrechte und richtiger, billiger Massstäbe für die Entschädigung der Expropriirten. Die Expropriationsarbeit verfehlt vollkommen ihr Ziel, sobald sie sich als ein riesiges Bereicherungsgeschäft der Grundeigentümer, der Bauspeculanten darstellt. Keine billigen Wohnungen ohne billiges Baugrund! Die billigen Wohnungen können nur dann gesund und luftig sein, wenn sich die Gesellschaft im Interesse ihres eigenen Wohls die Festlegung der Grundsätze vorbehält, nach denen die Wohnungen gebaut werden dürfen. Die Gesellschaft hat einen bestimmenden Einfluss auf die Bebauungspläne und die Bauordnungen zu gewinnen. Die Bauordnungen erzeugen mitunter wahre Preisrevolutionen in den Bodenverhältnissen der grossen Städte und ihrer Umgebungen. Im Jahre 1887 dehnte die königliche Regierung in Potsdam die Berliner Bauordnung auf fast sämtliche Vororte aus, und eine fabelhafte Wertsteigerung des Grund und Bodens war das Resultat dieser verkehrten Massnahme. In einigen Hauptstrassen Charlottenburgs stieg nach den Berechnungen des verstorbenen Dr. Paul Voigt der Preis des Quadratmeters Bauland in den 15 Jahren von 1883 bis 1898 von 17 auf 127 Mark, also um 747 %. Der Bodenwert Charlottenburgs vermehrte sich während des einen Jahrzehnts von 1887 bis 1897 um mehr als $\frac{1}{4}$ Milliarde Mark. „Da gleichzeitig die Bevölkerung“, so fährt Dr. Voigt nach Mitteilung dieser Zahlen fort, „um etwa 100 000 Köpfe gewachsen ist, so hat jede neu hinzugekommene Person in den Charlottenburger Grundbesitzern einen durchschnittlichen Wertzuwachs von 2500 Mark gebracht; jede sechsköpfige Familie hat die Charlottenburger Grundbesitzer in 10 Jahren um durchschnittlich 15 000 Mark bereichert¹⁾.“ Eine verkehrte Bauordnung liess die Bauspeculation üppig ins Kraut schiessen, verteuerte riesenhaft den Grund und Boden und entwickelte treibhausmässig den Bau der vierstöckigen Mietscasernen. Bis zum Jahre 1887 bildete noch das kleine Mietshaus und das Einfamilienhaus „die typische Bauart der Berliner Umgegend, Bodenpreise und Mietspreise waren noch durchaus niedrig und die Möglichkeit einer wirtschaftlich und sanitär günstigen Weiterbildung der Wohnungsverhältnisse durch verständige, auf Erhaltung des Kleinbaues ab-

¹⁾ Dr. Paul Voigt: Grundrente und Wohnungsfrage in Berlin und seinen Vororten. Jena. G. Fischer. 1901.

zielende baupolizeiliche Massnahmen war noch im vollsten Umfange vorhanden. Und selbst wenn man die Dinge beim alten gelassen hätte, so hätte das Schergewicht der geschilderten, dem Kleinbau günstigen Factoren den Siegeslauf der Mietscaserne zwar nicht verhindert, aber doch erheblich verlangsamt. Eine einzige unglückliche Verwaltungsmassregel lenkte aber die ganze Entwicklung mit einem Schlage in andere Bahnen.“ (Voigt.) In der Wohnungsfrage handelt es sich daher in erster Linie um eine planmässige Einschränkung der Rechte der Privateigentümer über das für Hausungszwecke bestimmte Terrain. Die Gesellschaft schafft durch Bebauungspläne und Bauordnungen günstige äussere Bedingungen für die Errichtung gesunder und billiger Wohnungen. Systematisch müssen die Machtbefugnisse der Gesellschaft über den Wohnungszwecken dienenden Grund und Boden erweitert werden. Eine Wohnungsreform grossen Stils stellt sich als eine klare und zielbewusste Uebertragung des Socialisierungsgedankens auf das Gebiet des Wohnungswesens dar. Die Gesellschaft sagt sich: zu meiner Hausung benötige ich so viel Licht und Luft, und dieser sanitären Forderung hat sich das Privateigentum in der Ausnutzung des Grund und Bodens anzupassen. Sobald sich die Wohnungsgesetzgebung in einem grossen nationalen Rahmen bethätigt, sobald sie zielbewusst die Machtbefugnisse der Gesellschaft über den Wohnungszwecken dienenden Boden ausdehnt, wirkt sie direct als ein Socialisierungsmittel der privatcapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Socialdemokratie hat daher ein Lebensinteresse an einer radicalen Reichswohnungspolitik.

Sind die äusseren Bedingungen für die Herstellung gesunder und billiger Wohnungen durch die Gesetzgebung günstiger als heute gestaltet worden, so hat die Gesellschaft noch einen zweiten wichtigen Schritt zu thun. Nach Kräften muss sie gesunde und billige Wohnungen für die Volkselemente herstellen, deren bittere Armut jede Selbsthilfe auf dem Gebiet des Wohnungswesens erstickt. Wenigstens kann sie sich nicht von der Pflicht befreien, die Herstellung billiger Wohnungen nach Kräften zu fördern.

Aus unserer Darstellung tritt immer stark der Ausdruck Gesellschaft hervor. Dieses Wort nimmt in unseren Ausführungen keine verschwommene, nebelhafte Gestalt an. Wir sprechen deutlich genug von der staatlich organisierten Gesellschaft. Dem Staat behalten wir eine einschneidende Wohnungsgesetzgebung vor. Politisch zerfällt die Gesellschaft in staatliche, provinciale und communale Körperschaften. Die Wirkungskreise dieser Körperschaften sind genau abgesteckt, und diese Abgrenzung ist im Interesse der menschlichen Freiheit dringend geboten. Eine Allmacht der staatlichen Institutionen erdrückt im Keime jede kraftvolle Initiative der Gemeinden und der wirtschaftlichen Organisationen. Da nun die Wohnungsfrage je nach der Entwicklung der einzelnen Gemeinden in allen grösseren Communen einen besonderen Charakter hat, so wird gerade die Gemeinde auf den Kampfplatz der Wohnungspolitik gerufen. In den Gemeinden selbst sind die Volksbestandteile, deren Gesundheit unter dem mörderischen Einfluss schlechter Wohnungen zu leiden haben, für die praktische Lösung der Wohnungsfrage zu interessieren. Die Bildung von Mieterverbänden, der Zusammenschluss der Mieter zu Baugenossenschaften und Mietergenossenschaften wird sich als eine Notwendigkeit für eine tiefgreifende und umsichtige Beseitigung der Wohnungsmisère erweisen. Es muss daher die viel verbreitete Vorstellung entwurzelt werden, dass die Wohnungsfrage nur von oben mit Hilfe rein staatlicher Actionen gelöst werden kann. Gerade der Hausbau und die Hausverwaltung soll die fähigsten Köpfe der ganzen Gemeinde beschäftigen. Leicht kann in die Bauthätigkeit einer Stadt, die sich thatkräftig auf die Wohnungsproduction legt, ein schablonenhafter Zug hineinkommen. Gerade das Bedürfnis der Volksklassen, die an der Herstellung

städtischer Wohnungen den lebhaftesten Anteil nehmen, sollte bei dem Wohnungsbau eine gebührende Würdigung und Berücksichtigung finden. Diese Classen können ferner durch genossenschaftliche Verbände die Hausverwaltungsarbeit übernehmen. Schon heute wird die fröhliche Blüthe der deutschen Bau- und Sparvereine zum Teil der unentgeltlichen Verwaltungsarbeit der Genossenschaften geschuldet. Städtische und genossenschaftliche Verwaltungsorgane haben Hand in Hand zu arbeiten, um das Wohnungselend mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Wir wenden uns mit unseren praktischen Lösungsversuchen der Wohnungsfrage vorwiegend an die grossen politischen Gewalten: an der Staat und die Gemeinde. Der Staat hat die Grundlinien für eine tief einschneidende Wohnungsgesetzgebung festzulegen. Er hat den Gemeinden ein erweitertes Expropriationsrecht in die Hände zu geben. Der Staat muss die Gemeinden zu einer weitsichtigen Bodenpolitik anhalten. Namentlich ist der Verschleuderung städtischen Grundbesitzes energisch vorzubeugen.

Tiefgreifende Bauordnungen sind zu erlassen, die den Wohnungsbau auf gesunden Fundamenten gründen. Die Gemeinden nehmen ferner den Kampf mit den gesundheitswidrigen Wohnungen auf. Sie lassen die Wohnungen durch sachverständige Hygieniker inspiciert. Die Hygieniker walten ihres Amtes als Beauftragte städtischer Sanitätscommissionen, die von der Bürgerschaft auf Grund eines demokratischen Wahlrechts gewählt sind. Unzertrennlich ist mit der städtischen Wohnungsinspection die städtische Wohnungsproduction zu verknüpfen. Wird die Wohnungsinspection thatkräftig gehandhabt, entleeren sich wirklich die luft- und lichtlosen Massenquartiere, so kann sich die Gemeinde nicht von der Verpflichtung befreien, in umfassender und einschneidender Weise für die Unterbringung der aus ihren Wohnstätten vertriebenen armen Volkselemente zu sorgen.

Wir rufen den Staat und die Gemeinde in erster Linie zu einer radicalen Wohnungsreformthätigkeit auf. Weshalb? Der Staat und die Gemeinde sind ökonomisch-politische Machtorganisationen von grosser Leistungsfähigkeit. Beide besitzen meist einen beträchtlichen Grund und Boden. Sie gelieten vielfach über so wichtige Verkehrsmittel wie Eisenbahnen und Trambahnen. Sie haben sich sachverständige Organe in der Gestalt von Bauämtern u. s. w. geschaffen. Kurz, sie verfügen über bedeutende Mittel, um eine Wohnungspolitik im grossen Massstabe zu inscenieren. Sie öffnen ihren Grund und Boden einer regen und planmässigen Bauthätigkeit, sie erschliessen durch ihre Verkehrsmittel weite Ländereien für die Wohnungsproduction und stellen ihre sachverständigen Organe in den Dienst dieser Production.

Unsere Vorschläge, so tief sie auch in das heutige System der Bodenutzung und Wohnungsproduction einschneiden, sind dennoch nicht auf Wolken gebaut. Sie ruhen auf festen realpolitischen Grundlagen. Vielfach klingen sie an bestehende Einrichtungen an, die in anderen, vorgeschrittenen Ländern bereits seit längerer Zeit ins Leben gerufen sind. Wenn wir auch mit der Lungenkraft deutscher Agrarier nach einer Wohnungsgesetzgebung schreien, so können wir doch beweisen, dass dieses Geschrei nicht eine künstliche und unnatürliche Häufung von Misslauten ist, sondern nur das volltönende Echo wirklich vorhandener Melodien. Und es ist merkwürdig, diese Melodien schallen aus dem manchesterlichen England hinüber.

England beschritt schon im Jahre 1851 in dem Lord Shaftesburyschen Gesetz den Weg einer wohldurchdachten Wohnungsgesetzgebung. In dem Shaftesburyschen Gesetz unterstellte sie die privaten allgemeinen Logierhäuser der behördlichen Controle. Das Gesetz für Arbeiterlogierhäuser betraute dann die Kirchspiele von über 10 000 Einwohnern mit dem Recht, Logierhäuser für

die arbeitende Classe zu bauen. Aus der englischen Wohnungsgesetzgebung ragen vor allen die Gesetze der englischen Staatsmänner Torrens und Cross hervor. Das Torrenssche Gesetz ermöglichte ein thatkräftiges Einschreiten gegen die Häuser, die für menschliche Wohnzwecke ungeeignet waren, namentlich die Niederreissung der Häuser, die durch keine Reparatur mehr in einen wohnlichen Zustand gesetzt werden konnten. Das Wohnungsgesetz des Lord Cross vom Jahre 1875 „stellt eine fernere Ausdehnung der gemeinwirtschaftlichen Machtsphäre dar, da es die Möglichkeit gab, ganze Flächen, die von ungesunden Gassen, Häusern und Winkeln bedeckt waren, zu säubern. Der Zweck dieser Gesetzgebung war, dies in grösserem Massstabe zu ermöglichen, was auf Grund der Torrens' Acts, die auf ein Einschreiten lediglich gegen einzelne Häuser oder Häusercomplexe abzielten, nur in engerem Rahmen möglich war. Zu diesem Behufe wurden der zuständigen Behörde Expropriationsrechte verliehen. Die Bestimmungen über die weitere Verwendung des von der zuständigen Behörde erworbenen Eigentums begründeten eine neue Form der Bindung der Privatwirtschaft. Die Behörde sollte das von ihr erworbene Eigentum nur unter der Bedingung veräussern, dass die Käufer oder Pächter auf der gesäuberten Fläche gesunde Wohnungen für eben so viele Personen aus den unteren Classen errichten, wie durch die Säuberung der Fläche ihrer Wohnungen beraubt würden, und unter der weiteren Bedingung, dass die privaten Erbauer der neuen Wohnungen sich an den von der Behörde festgestellten Bauplan hielten.“²⁾ Der lebensfähige Inhalt der Torrensschen und Crossschen Gesetze ging in das Gesetz über die Hausung der arbeitenden Classen vom Jahre 1890 über. Nach diesem Gesetz hatten die zuständigen Gesundheitsbeamten an ihre competenten Behörden zu berichten, ob innerhalb des Gebietes dieser Behörden „irgend welche Häuser, Höfe oder Durchgänge für menschliche Bewohnung ungeeignet waren oder die Enge, die dichte Bebauung, die schlechte Anlage oder der schlechte Zustand von Strassen, Häusern oder Häusergruppen, der Mangel an Licht, Luft, Ventilation und gehörigen Abfuhrinrichtungen oder sonstige sanitäre Missstände die Gesundheit der betreffenden Hausbewohner oder jener der Nachbarschaft gefährdeten oder ihr schädlich waren.“ Auf Grund der Berichte der Gesundheitsbeamten entwirft die locale Behörde einen Wohnungsverbesserungsplan, der mitunter eine wirkliche Neuherstellung ganzer Strassen ins Auge fasst. Die Grund- und Hausbesitzer, die sich der aus sanitären Gründen notwendig gewordenen Enteignung widersetzen, bringen in öffentlichen Verhandlungen ihre Einwendungen gegen das Expropriationsverfahren vor. Ein lebhafter Rechtsstreit entbrennt — es wird namentlich heftig um die Höhe der Entschädigungsansprüche gestritten —, und schliesslich werden in der Enteignungssache bindende Beschlüsse gefasst. Für die Ablösung der Grund- und Hauseigentümer — und das ist von entscheidender Bedeutung — sollen folgende Grundsätze nach dem Gesetz für die Hausung der arbeitenden Classen massgebend sein: Für Grund und Boden und die damit verbundenen Rechte ist der billige Marktwert anzusetzen, der sich unter Berücksichtigung der Natur und der derzeitigen Beschaffenheit des Besitzes, der Natur der Gebäude und der wahrscheinlichen Dauer derselben in ihrem gegenwärtigen Zustand ergibt. Für Veränderungen und Verbesserungen des Grundeigentums, welche nach dem Tage der Bekanntmachung des Entwurfes vorgenommen wurden, wird nichts vergütet, es sei denn, dass dieselben zur Erhaltung des Besitzes in gehörigem Zustand nötig waren; ebensowenig findet für die nach jenem Tage erworbenen weiteren Rechte irgend welche Ent-

²⁾ Dr. Ludwig Sinzheimer: Der Londoner Grafenschaftsrat. Erster Band. Die Schlussperiode der Mittelclassen in der Londoner Stadtverwaltung. Stuttgart. 1900. Cotta.

schädigung statt. Für die Entschädigung für Gebäude sind folgende Gesichtspunkte massgebend: 1. Wenn der Mietertrag infolge von Ausnutzung zu ungesetzlichen Zwecken oder infolge gesundheitsgefährlicher Ueberfüllung ein besonders hoher ist, soll bei der Schätzung nur derjenige Betrag in Betracht kommen, welcher bei Vermietung des Hauses an eine zulässige Menge Menschen oder zu gesetzlich zulässigen Zwecken zu erzielen wäre. 2. Wenn das Haus nach den gesetzlichen Bestimmungen als öffentlicher Uebelstand erscheint, der gehörigen sanitären Vorkerhrungen entbehrt oder baulich schlecht erhalten ist, sollen bei der Schätzung diejenigen Kosten in Abzug gebracht werden, welche aus Beseitigung des öffentlichen Uebelstandes oder aus der Herstellung des Hauses in baulich guten Zustand erwachsen würden. 3. Wenn das Haus für menschliche Bewohnung ungeeignet ist und auch augenscheinlich hierfür nicht geeignet gemacht werden kann, so soll nur der Wert von Grund und Boden und der Wert des Baumaterials ausbezahlt werden. Praktisch ergibt sich die Entschädigungssumme, indem der mit dem Miets- oder Pachtzins des fraglichen Objectes gegebene Jahresertrag zu Grunde gelegt und je nach dem Niveau der Mieter und nach der Dauerhaftigkeit der Gebäude mit einem Factor von mindestens 6 und von höchstens 20 vervielfacht wird.³⁾

Die ersten beiden Teile des Gesetzes über die Hausung der arbeitenden Classe räumt entschieden mit den ungesunden Stadtteilen und Wohnungen auf. Zu dieser negativen, die Wohnungsschäden ausmerzenden Thätigkeit tritt nun in dem Hausungsgesetz ein kräftiges positives, die Wohnungsproduction beförderndes Wirken. Die localen Behörden sind berechtigt, Land zu erwerben und mit neuen Arbeiterwohnungen zu bebauen oder bereits vorhandene Unterkünfte zum Zwecke der Ueberlassung an die Arbeiterschaft ihres Districtes zu erstehen. Nach der neuesten Novelle zu dem Hausungsgesetz für die arbeitenden Classen können die localen Behörden auch ausserhalb der Grenzen ihrer Jurisdiction Grundeigentum und Gebäude zur Errichtung von Arbeiterwohnungen erwerben. Das erworbene Land dürfen die localen Behörden an dritte Personen unter der Bedingung pachtweise überlassen, dass diese die vom Gesetz geforderten Arbeiterwohnungen bauen. „Abgesehen von der Erwerbung schon bestehender Wohnhäuser und dem Kauf und der Pachtung neuer Ländereien steht es den Localbehörden auch frei, mit Zustimmung der competenten Oberbehörde eigene Besitzungen zu verkaufen oder gegen besser gelegene einzutauschen, um dann mit dem Erlös bezw. mit den im Umtausch erhaltenen Gebieten dem Zweck des Gesetzes besser entsprechen zu können.“ (von Oppenheimer.)

Für die Wohnungspolitik der deutschen Socialdemokratie kann in gewisser Hinsicht die englische Wohnungsgesetzgebung vorbildlich sein. Diese Gesetzgebung zeigt uns, wie die in staatlichen und communalen Körperschaften organisierte Gesellschaft schrittweise die Machtsphäre der Grund- und Hauseigentümer einengen und ihre eigenen Herrschafts- und Verfügungsrechte über den für Hausungszwecke bestimmten Boden erweitern kann. Natürlich werden die Grundlagen für eine derartige radicale Wohnungsgesetzgebung nur durch eine durchgreifende Veränderung der heutigen politisch-ökonomischen Machtverhältnisse gewonnen. Die Wohnungsgesetzgebungsfrage stellt sich als ein Teil der socialen Frage dar. Die Lösung der Wohnungsfrage liegt für die Arbeiter in der gleichen Richtung, wie die Lösung der socialen Frage überhaupt: sie müssen ihre ökonomischen und politischen Machtverhältnisse ständig

³⁾ Für die Ausgestaltung des Expropriationsrechts scheinen uns diese Grundsätze für die Ablösung von entscheidender Bedeutung zu sein. Wir entnahmen sie wörtlich dem instructiven Werke von Dr. Felix von Oppenheimer: Die Wohnungsnot und Wohnungsreform in England. (Leipzig, 1900.)

erweitern, damit sie einen bestimmenden Einfluss auf alle wirtschaftlichen und politischen Institutionen der Nation erhalten. Sie haben den ganzen Organismus der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren ökonomischen und politischen Verbänden zu durchsetzen. In allen Zellen dieses Organismus muss der eigenartige neue sociale Geist der Arbeiterschaft leben.

Mit der zunehmenden ökonomischen und politischen Geltung der englischen Arbeiterschaft prägte sich in der englischen Wohnungsgesetzgebung immer deutlicher und plastischer der Gedanke aus: die staatlich organisierte Gesellschaft bestimmt in wachsendem Masse selbst ihre Hausungsverhältnisse und stellt sie nach und nach aus der Sphäre der Privatinteressen heraus. Die Macht der englischen Arbeitermassen fand ihre zunehmende Anerkennung in der Demokratisierung von Staat und Gemeinde. Erst unter der Herrschaft demokratischer Institutionen konnte die englische Arbeiterschaft ihre Massenkraft in den Verwaltungsorganisationen entfalten. In den staatlichen und communalen Körperschaften müssen sich die Arbeiter eine starke Machtstellung erkämpft haben, wenn sie grosse sociale Gesichtspuncte in der Wohnungsreformpolitik zum Ausdruck bringen wollen. Die Mittelclassen müssen in den Verwaltungskörperschaften an die Wand gedrückt werden, damit die unteren Classen die nötige Ellbogenfreiheit zur Inszenierung einer radicalen Wohnungspolitik erhalten. Die vorher erwähnte Sinzheimersche Arbeit über die Herrschaft der Mittelclassen über die Londoner Stadtverwaltung stellt sich als eine vernichtende Anklageschrift dieser Classen dar. Die Kirchspiel- und Districtsbehörden, hebt einmal Dr. Sinzheimer hervor, waren „fast völlig indifferent gegenüber der Wohnungsnot der unteren Classen.“ Die localen Behörden waren eben Grundbesitzern, Hausvermietern, Schankwirten u. s. w. ausgeliefert. „In der That ist es bemerkenswert“, sagt von Nostiz, „dass eine regere Thätigkeit der Ortsbehörden im letzten Jahrzehnt, insbesondere in den letzten Jahren wahrzunehmen gewesen ist, das ist nach Eintritt der grossen Verwaltungsreformen von 1888 und 1894, welche auch in der Selbstverwaltung nahezu das allgemeine Stimmrecht einführten. Die Abneigung der Ortsbehörden gegen Einschreiten in Wohnungssachen verschuldete, wie der Bericht von 1885 hervorhebt, vielfach die Anstellung von nach Zahl und Vorbildung ungenügenden Gesundheitsbeamten und die Lähmung ihres Pflichteifers...“ Gab es doch in London sanitäre Organe von so unergründlicher socialpolitischer Bildung, dass sie die Bekämpfung der Ueberfüllung von Arbeiterwohnungen mit der Motivierung ablehnten: die Häuser der Reichen im Westend wären ja auch während der Ballsaison überfüllt! Vielfach waren die Sanitätsbeamten der Verabschiedung sicher, „sobald sie den Wünschen der in den Gemeinderäten herrschenden Hauseigentümer und ihres Anhangs zuwider zu handeln wagten.“ (Sinzheimer.) Mit dem siegreichen Vordringen der Arbeiterclassen in die staatlichen und communalen Körperschaften werden erst die wirklich ausreichenden Mittel für die Lösung der Wohnungsfrage freigesetzt werden. Es handelt sich für die Arbeiterclassen um die Eroberung einer Machtstellung nach der anderen. Die wirtschaftlichen Organisationen, die Gewerkschaften, sind planmässig auszubauen, damit die ökonomische Machtposition der Arbeiterclassen verstärkt und ihr Einfluss auf die Gestaltung der Löhne wächst. Es liegt ein fester Kern von Wahrheit in dem Ausspruch: die Wohnfrage ist eine Lohnfrage. Mit dem Steigen der Löhne wächst z. B. der Procentsatz von Arbeitern, die in der Form von Baugenossenschaften ihre Wohnungsverhältnisse wesentlich verbessern können. Die Arbeiter erweitern ferner durch die Gründung von grossen Genossenschaften die Fundamente ihrer wirtschaftlichen Macht. Selbst Consumgenossenschaften können ein gewichtiges Wort in die Wohnungsfrage hineinreden. 224 englische Consumvereine hatten ca. 24 000 Häuser für ihre

Mitglieder errichtet. Sie verausgabten für diesen Zweck 5 147 526 Pfund Sterling oder 104 Millionen Mark. Am wirkungsvollsten greift auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens die Baugenossenschaft in die praktische Lösung der Wohnungsfrage ein. In die Baugenossenschaften mit gemeinschaftlichem Eigentum können, wie wir aus einer Enquête feststellten, selbst Arbeiter mit mittelmässigen Löhnen eintreten. Diese Baugenossenschaften ketten den Arbeiter nicht durch Hauserwerb an die Scholle, und sie entsprechen in hohem Masse seiner durch die industrielle Entwicklung gebotenen Bewegungsfreiheit. „In zahlreichen Bauvereinen“, so führte ich in meiner kleinen Arbeit über die Baugenossenschaften im Rahmen eines nationalen Wohnungsreformplanes⁴⁾ aus, „werden schon grössere Gruppen zur Verwaltung genossenschaftlichen Grundeigentums erzogen. In der Privatwirtschaftsordnung bilden sich immer wachsende Ansätze einer wohlgeordneten genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft aus. Es bröckeln vom capitalistischen Privateigentum einzelne Bestandteile los, und sie werden einem genossenschaftlich-collectivistischen Systeme eingegliedert. Die Baugenossenschaften mit Gemeineigentum kräftigen sehr nachhaltig das Solidaritätsgefühl der Arbeiter.“ Die Baugenossenschaften werden nun heute staatlicherseits von der Landesversicherungsanstalt auf Grund des Invaliden- und Altersversicherungsgesetzes mit Geldmitteln unterstützt. Ja, die Motive dieses Gesetzes sprechen sogar von dem Bau oder der Erwerbung von Arbeiterwohnungen für Rechnung der Versicherungsanstalten. Die Arbeiterschaft hat daher ihren Einfluss auf die Demokratisierung der Versicherungsanstalten zu richten. Ich führte deshalb in meiner Broschüre über die Baugenossenschaften aus: „Eine Ausgestaltung der Versicherungsanstalten in dem Sinne, dass die sachkundigen Vertreter der Arbeiterschaft dort mitraten und mitthäten können, wird entscheidend für das Glücken oder Scheitern einer Wohnungsreform durch die Landesversicherungsanstalten sein⁵⁾.“ Wir sehen in den mit staatlichen Geldern unterstützten Arbeiterbaugenossenschaften mit Gemeineigentum ein wirksames Mittel zur Ausdehnung und Vertiefung der ökonomischen Macht der Arbeiterklasse. In diesem Sinne schrieb ich in meiner vorerwähnten Broschüre: „Unter dessen warten aber die aufstrebenden Arbeiter nicht, bis mit unsicheren, schwankenden und schwerfälligen Händen der Staat und die Gemeinde die Bauthätigkeit selbst aufnehmen. . . . Sie sagen sich, das Geld, das sie zur Erbauung von Arbeitergenossenschaftshäusern ablehnen, nehmen vielleicht die Fabricanten und bauen damit Wohnungen zur Erziehung einer willfähigen Arbeiterschaft.“

Wir fassen zum Schluss unsere Ausführungen über die Wohnungspolitik der deutschen Socialdemokratie in folgende kurze Leitsätze zusammen:

Die Wohnungsfrage ist eine ökonomisch-politische Machtfrage. Sie kann nur durch die Verstärkung der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse der Massen, die an der Wohnungsmisère kranken, gelöst werden. Alle die Massnahmen sind daher zu unterstützen, welche die ökonomischen Machtmittel der Massen vermehren und kräftigen und die Lohnverhältnisse derselben in günstiger Weise beeinflussen; denn die Wohnungsfrage ist zum Teil eine Lohnfrage. Die wirtschaftliche Organisation der Arbeitermassen in Gewerkschaften, Consumvereinen und Baugenossenschaften mit gemeinschaftlichem Eigentum ist dringend zu empfehlen. Zur Stärkung der wirtschaftlichen Machtposition der Arbeiter sind die Landesversicherungsanstalten

⁴⁾ Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht.

⁵⁾ Der Herr Landesrat Dr. Liebrecht meint, dass jetzt nach dem § 164 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes das gesamte Vermögen der Versicherungsanstalten in Darlehen für Arbeiterwohnungen angelegt werden könne. Das wäre. über 500 Millionen Mark.

zu demokratisieren, um den Arbeiterbaugenossenschaften billige Darlehne zuzuführen. Die Gelder der Landesversicherungsanstalten dürfen nur den Arbeiterbaugenossenschaften und nicht den Unternehmern für die Wohnungsproduction eingeräumt werden. Die Baugenossenschaften bedeuten, wenn sie von Arbeitern geleitet, von sachverständigen Männern beraten und mit ausreichenden billigen staatlichen Creditmitteln versehen sind, einen socialpolitischen Fortschritt für grosse Kategorien der Arbeiterclassen.

Mit der Zunahme ihrer ökonomischen Machtmittel wächst zugleich der politische und sociale Einfluss der Arbeiterclassen. Die Arbeiterclassen demokratisiert in steigendem Masse die Staatsverfassung und die locale Verwaltung. Sie erweitert die Machtbefugnisse der Gesellschaft über den zur Hausung dienenden Grund und Boden und unterstellt ihn einer Wohnungsgesetzgebung.

Erstens setzt diese Wohnungsgesetzgebung eine communale Wohnungsinspection ein. Die Sorge für die Wohnungsinspection wird communalen Selbstverwaltungskörperschaften, die auf Grund eines demokratischen Wahlrechts gewählt sind, übertragen. Die Selbstverwaltungskörperschaften betrauen mit der Durchsicht der Wohnungen sachverständige, dauernd angestellte und gut besoldete Hygieniker. Unter Zuziehung dieser Hygieniker bestimmen diese Selbstverwaltungskörperschaften die sanitären Minimalanforderungen, die an die bewohnten Räume zu stellen sind (Minimalauftrag für jede Person, Höhe der Schlaf- und Wohnzimmer, Ventilation der Wohnräume, Verbot der Dach- und Kellerwohnungen, Zahl und Einrichtung der Aborte). Die sanitären Selbstverwaltungskörperschaften ordnen die Schliessung der ungesunden Wohnräume gegen Androhung gesetzlich fixierter Strafen an.

Zweitens: Die Wohnungsgesetzgebung schreibt den Gemeinden die Führung einer Wohnungstatistik und die Errichtung von communalen Wohnungsnachweiseämtern vor.

Drittens: Die Wohnungsgesetzgebung stattet die Gemeinden mit einem erweiterten Expropriationsrecht aus, um ihnen freie Hand zu schaffen für die Durchführung ihrer Bebauungspläne und für die Beseitigung ungesunder Stadtviertel und Wohnhäuser. Die Gesetzgebung ordnet ein schnelles Expropriationsverfahren an und fixiert die Grundsätze für die Ablösung der Rechte der Grundeigentümer und Hausbesitzer. Für die aus den ungesunden Wohnungen vertriebenen Arbeiter und Mittellosen haben die Gemeinden neue gesunde Wohnstätten zu errichten.

Viertens: Die Wohnungsgesetzgebung betraut die Gemeinden mit der Abfassung der Bebauungspläne und Bauordnungen.

Fünftens: Die Wohnungsgesetzgebung hält die Gemeinden zu einer gemeinnützigen Bodenpolitik an. Der Verschleuderung der Gemeindeländereien wird gesetzlich vorgebeugt. Der Verkauf dieser Ländereien ist an die Zustimmung der staatlichen Behörden geknüpft. Städtisches Bauterrain kann unter gewissen Bedingungen zur Beförderung der Production billiger Wohnungen an Arbeiterbaugenossenschaften auf Erbbaurecht ausgethan werden.

Sechstens: In der Wohnungsgesetzgebung wird zur Erleichterung der communalen Wohnungsproduction die Gewährung staatlicher Mittel an die Gemeinden vorgesehen.

Die hier aufgestellten Leitsätze für ein Wohnungsreformprogramm verfolgen das Ziel: das ganze Wohnungswesen allmählich der privaten Ausnutzung zu entreissen und ihm einen gemeinwirtschaftlichen Charakter aufzuprägen. Das Ziel, dünkt uns, ist ein socialistisches, und daher stellen wir der Socialdemokratie das hier entwickelte Wohnungsreformprogramm für ihre Discussionen der Wohnungsfrage zur Verfügung.

Durch Gährung zur Klärung!

Von

Adolph von Elm.

(Hamburg.)

[Schluss.]

II. Christliche Gewerkvereine.

Der Versuch, die wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter in eine christliche und eine nichtchristliche zu zersplittern, ist schon vor dem Erlass des Socialisten-gesetzes von ultramontaner Seite aus gemacht worden.

Die beste Charakteristik solchen arbeiterfeindlichen Treibens liefert uns Otto Hué in seiner Schrift: *Neutrale oder parteiische Gewerkschaften?*⁹⁾ Er betont, dass er sich hierbei gerade ultramontaner Quellen bedient habe.

In mehreren grossen Bergarbeiterversammlungen war im Ruhrgebiet schon im Jahre 1877 die Basis für eine völlig neutrale Gewerkschaft der Bergarbeiter geschaffen worden. Sowohl der Socialdemokrat Hasselmann als der katholisch-social Bergmann Rosenkranz plaidierten energisch für den völlig confessionslosen Verband. Den katholischen Caplänen ging das wider den Strich. Herr Caplan Laaf erklärte sich nicht nur aus religiösen, sondern „als Parteimann auch aus politischen Gründen“ gegen eine neutrale Organisation. Ihm secundierten der ultramontane Reichstagsabgeordnete Stötzel sowie der Redacteur der ultramontanen Dortmunder Tremonia. Als diese Herren mit ihren Plänen nicht durchdrangen und man dennoch zur Constituierung des Verbandes rheinisch-westfälischer Bergleute „unter Ausschluss aller politischen, religiösen und öffentlichen Angelegenheiten“ schritt, unternahmen die Centrumspolitiker sofort die Gründung eines Gegenverbandes und drohten den in den neutralen Verband Eintretenden mit allen Schrecken der Hölle. Die confessionelle Hetze that ihre Wirkung: der neutrale Verband konnte keinen festen Fuss unter den Bergleuten fassen.

Wessen Geschäfte die sonderbaren ultramontanen „Arbeiterfreunde“ besorgten, geht klar und deutlich aus einer damaligen Auslassung der christlich-socialen Blätter hervor, in welcher den Zechenbesitzern begreiflich gemacht wird, dass es, wenn die Christlich-Socialen nicht auf der Wacht gewesen wären, schwer gehalten hätte, „der socialdemokratischen Flut seitens der Zechen einen Damm entgegenzusetzen“! Diese niedrige Speichelleckerei war jedoch nutzlos. Die Grubenbesitzer sahen in jeglicher Organisation der Bergleute eine Gefahr für ihre Classeninteressen und erliessen am 18. Februar 1878 einfach einen Ukas, in welchem sie allen Bergleuten, welche irgend einem der beiden Verbände beitreten würden, mit Entlassung drohten. Die Christlich-Socialen fassten darauf den heroischen Beschluss, „einstweilen den geplanten Verein nicht ins Leben treten zu lassen.“ Das, was infolge der masslosen Verleumdung und Verhetzung von dem freien Verband noch übrig blieb, verfiel dem Socialistengesetz — derselbe wurde aufgelöst.

Bis zum Jahre 1894 hören wir von christlichen Gewerkvereinen dann kaum etwas. Wohl bestand eine grössere Zahl confessioneller Arbeiter-, Gesellen- und Volksvereine, welche sich jedoch mit Wahrung der Berufsinteressen der Arbeiter nur wenig oder gar nicht beschäftigten. Erst 1894 unternahm es der katholische Socialpolitiker und Centrumsabgeordnete Professor

⁹⁾ Erschienen 1900 bei H. Möller, Bochum.

Hitze, eine Reihe von Leitsätzen zur Organisation christlicher Gewerkvereine auszuarbeiten, welche sowohl in der Generalversammlung katholischer Gesellenvereine in Würzburg am 24. September 1894, als auch in der Ausschusssitzung des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine in Cöln am 11. Oktober 1894 Annahme fanden.

Als der beste und sicherste Weg zu einer erfolgreichen Organisation der Arbeiter wird in diesen Leitsätzen die Gründung von Fachabteilungen empfohlen. Die Ziele derselben sollen sein:

1. Förderung der Fachbildung durch Unterricht, Vorträge, Ausstellungen etc.
2. Gründliche Unterweisung bezüglich der bestehenden socialen Gesetze und Veranstaltungen.
3. Besprechungen und Erhebungen über die bestehenden Arbeitsverhältnisse, Klarlegung der Missstände und der Wege zur Abhilfe.

Aus diesen Fachverbänden haben sich dann die Gewerkvereine entwickelt. Weshalb diese christlichen Gewerkvereine gegründet wurden, auch das sagt uns Professor Hitze: weil — „die bestehenden Berufsvereine fast ausnahmslos unter socialdemokratischem und liberalem Einfluss stehen und deshalb eine bedrohliche Gefahr für die christlichen Arbeiter bilden.“

Getreu nach dem Muster der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sollen auch die christlichen nach der Directive ihres Begründers „nicht der Verhetzung, sondern dem socialen Frieden dienen.“

Die christlichen Gewerkvereine sollten christlich schlechthin, nicht confessionell sein, doch haben dieselben bisher eigentlich nur unter den katholischen Arbeitern Fuss gefasst.

In den Satzungen einzelner Verbände wird sogar betont, dass der Verein auf monarchischem Boden stehe und im Sinne der Centrumspartei wirken wolle.¹⁰⁾ In der Regel wird jedoch durch das Statut die Besprechung rein politischer und confessioneller Fragen ausgeschlossen.

Eine Art Revers, wie ihn die Hirsch-Dunckerschen besitzen, finden wir auch bei den christlichen Gewerkvereinen. In dem Statut des christlichen Textilarbeiterverbandes von Düren und Umgegend, welches den meisten christlichen Gewerkvereinen zum Muster gedient hat, heisst es mit Bezug hierauf:

„Jedes Mitglied verpflichtet sich unter Ehrenwort bei seiner Aufnahme auf die Satzungen des Verbandes und bekennt sich damit öffentlich und feierlich als Gegner der Umsturzparteien aller Art.“

Auch im Statut des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter heisst es: „Durch den Eintritt bekennt sich jeder als Gegner der socialdemokratischen Grundsätze.“

Im übrigen wird noch im Statut betont, dass der Verein treu zu Kaiser und Reich stehe.

Die gleichen Bestimmungen finden wir bei den christlichen Eisenbahnerverbänden und bei dem Gewerkverein der Ziegler in Lippe, dem einzigen christlichen Gewerkverein, welcher evangelisch-socialen Ursprungs ist. Der Vorstand dieses Gewerkvereins besteht aus sechs Meistern und sechs Zieglern.

Im christlichen Textilarbeiterverband von Düren und Umgegend können Arbeitgeber oder Arbeiterfreunde, welche sich um den Verband besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernannt werden.

¹⁰⁾ Siehe z. B. die Satzungen des christlichen Textilarbeiterverbandes von Aachen-Burtscheid und Umgegend, von Eupen und Umgegend.

Man sieht: dasselbe Harmoniestreben wie bei den Hirsch-Dunckerschen, und wiederum die fromme Absicht, „ein Bollwerk gegen die Socialdemokratie“ zu errichten.

Doch es gab auch eine rühmliche Ausnahme unter den Herren Caplanen, evangelischen Licentiaten und Pfarrern, die in der ersten Zeit die eigentlichen Macher der ganzen Bewegung waren. Der Caplan Dr. Oberdörfer-Cöln warnte vor dem allzu wüsten Schimpfen auf die Socialdemokratie, weil Zeiten eintreten könnten, wo man genötigt sein würde, mit den Socialdemokraten gemeinschaftlich zu handeln. Dies geschah in der constituierenden Versammlung des christlichen Bergarbeiterverbandes in der Rothenburg in Essen am 28. October 1894.

Herr Lic. Weber jedoch hielt es demgegenüber für notwendig, ausdrücklich zu betonen, dass wir Evangelischen nun und nimmermehr und in keiner Weise mit den Socialdemokraten zusammengehen können, und zum Schluss erklärte derselbe nochmals: „Unser Verein ist kein Kampfverein!“

Doch die Verhältnisse sind stärker, als die Menschen. Auch evangelische Geistliche müssen nolens volens sich der Macht der Thatsachen beugen.

Am 12. April 1898 war aus dem Nichtkampfverein schon ein Kampfverein geworden: Die dem christlichen Gewerkverein angehörenden Bergleute am Piesberg bei Osnabrück stellten die Arbeit ein, um sich gegen die Verkümmerung ihrer katholischen Feiertage zu wehren.

Der Herr Licentiat stellte sich auf die Seite der Unternehmer und hat dadurch jeglichen Einfluss auf die christliche Bergarbeiterbewegung eingebüsst. Der Piesberger Strike ging verloren.

Ein grossen Erfolg hat derselbe aber zweifellos gehabt: er hat den christlichen Bergarbeitern klar gemacht, dass die Capitalisten zwischen christlichen und socialdemokratischen Arbeitern einen Unterschied nicht machen, dass die Unternehmer gegen jene genau so wie gegen diese in der brutalsten Weise vorgehen, falls sie es wagen, wider den Stachel zu locken.

Seit dem Piesberger Strike begann denn auch allmählich die Wandlung der Geister.

Schon in der ersten allgemeinen Versammlung christlicher Gewerkvereine Deutschlands, abgehalten Pfingsten 1899 zu Mainz, wurde keine officielle Stellung zur Socialdemokratie mehr genommen.

Auf dem zweiten Congress der christlichen Gewerkvereine, der Pfingsten 1900 in Frankfurt stattfand, wurden schon Ausfuhungen gemacht, die uns zeigen, welche Früchte die eherne Logik der Thatsachen in so kurzer Zeit zu zeitigen vermochte. Giesberts-M.-Gladbach erklärte:

„Wir organisieren uns, um der festen, geschlossenen Macht des Capitals, der gegenüber der einzelne Arbeiter wehrlos ist, eine gleich starke Macht entgegen zu setzen. Es ist nichts natürlicher, als der Gedanke: Thun sich die Unternehmer ohne Rücksicht auf Partei und Glauben zusammen, dann muss es der Arbeiter ebenso machen. Jede Zersplitterung ist für den Arbeiter ein Unglück.“

In demselben Sinne erklärte Brust, der Führer der christlichen Bergarbeiter:

„In die Organisation gehört weder die socialistische noch die christliche Weltanschauung; wenn das offen anerkannt und ausgeübt wird auf beiden Seiten, dann fällt jeder Grund weg für fernere Trennung, dann muss die paritätische Gewerkschaft in ihr Recht treten.“

Auf dem Pfingsten dieses Jahres in Crefeld abgehaltenen dritten Congress spielte bei den Erortherungen die Neutralitatsfrage wiederum eine wichtige Rolle.

Die diesbezüglich angenommene Resolution ist aber nicht von grosser Klarheit und steht zum Teil in directem Gegensatz zu den in Frankfurt im vorigen Jahr gemachten Aeusserungen.

In der einstimmig beschlossenen Resolution heisst es:

„Die Versammlung erklärt die gewerkschaftliche Vereinigung der Arbeiter zu ihrem Schutze im gewerblichen Leben, zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen für unbedingt notwendig.“

Diese Gewerkschaften müssen sich von Parteipolitik frei halten, desgleichen haben sie keine religiösen Aufgaben zu lösen.“

So weit, so gut. Dann aber folgt ein Nachsatz, der mit dem bisherigen Wortlaut gar nicht in Einklang zu bringen ist:

„Andererseits aber haben diese Gewerkschaften in der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Ziele die christliche Gesellschaftsordnung zu respectieren.“

Und hieraus wird dann weiter die Berechtigung zur Organisation christlicher (!!) Gewerkvereine hergeleitet.

Obgleich auf diesem letzten Congress nur zwei Geistliche — und diese auch nur als Zuhörer — anwesend waren, scheinen der Erlass des Erzbischofs von Freiburg, in welchem davon die Rede war, dass das Wort christlich bei den Gewerkvereinen nur ein Aushängeschild sei, sowie das Rundschreiben der preussischen Bischöfe, welches sich gegen die Neutralität der Gewerkschaften richtete, doch nicht ganz wirkungslos gewesen zu sein.

Gegen diese Einmischung in ihre Angelegenheiten hatte der Ausschuss des Gesamtverbandes Stellung genommen. Der von demselben hierzu veröffentlichten Erklärung hatte sich der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Wieber-Duisburg, nicht angeschlossen und in der Fachpresse scharf gegen Brust und die anderen Mitglieder des Ausschusses polemisiert. Infolgedessen war Wieber aus dem Ausschusse des Gesamtverbandes ausgeschlossen worden.

Die Verhandlungen über diese Angelegenheit wurden in der Generalversammlung des Verbandes unter Ausschluss der Oeffentlichkeit geführt und endeten damit, dass Vorstand, Ausschuss und Ehrenrat des christlichen Metallarbeiterverbandes den in ihrer Resolution enthaltenen Satz zurücknahmen: „Der Ausschuss des Gesamtverbandes hätte in seiner Colner Erklärung paritätische Zukunftsgewerkschaften unter Nichtanerkennung der christlichen Grundsätze beschlossen.“

Auf dem Congress selbst wich man einer bestimmten Stellungnahme zur Neutralitatsfrage aus, indem man in einer Resolution erklärte, „dass die Frage der einheitlichen Organisation der deutschen Arbeiter vorderhand keine praktische Bedeutung habe und die Verwirklichung derselben in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei.“

Trotz dieses Hin- und Herpendelns um die Frage der Organisierung der Arbeiter zu „einer geschlossenen Macht gegenüber dem Capital“¹¹⁾ lässt sich doch ein ganz erheblicher Fortschritt in der Entwicklung der christlichen Gewerkvereine in der Richtung zur „Kampforganisation“ constatieren. In Frankfurt waren es grosse Worte, zu denen die Thaten in keinem Verhältnis standen; in Crefeld nahm man den Mund nicht so voll, man ist jedoch seitens der Arbeiterführer bestrebt, zielbewusst die Gewerkvereine — im Gegensatz zu den ihnen von den Herren Caplanen ursprünglich gesteckten Zielen — zu „Kampfvereinen“ auszubauen.

¹¹⁾ Vergl. oben die Ausfuhungen Giesberts in Frankfurt.

Man hat erkannt, dass zum Kämpfen Munition gehört und dass auf die Dauer lediglich mit der „christlichen Weltanschauung“ die Arbeiter nicht zusammenzuhalten sind, dass auch die christlichen Arbeiter mit dem Wechsel auf die Zukunft, dem Hinweis auf ein besseres Jenseits als Lohn für ihr Dulden und Entsagen auf Erden, nicht mehr zu vertrösten sind, dass auch sie hienieden schon ein menschenwürdiges Dasein führen wollen. Und so beschloss man denn nach einem Referat von Wiedeberg-Berlin über das Unterstützungswesen:

„Der dritte Congress der christlichen Gewerkschaften erklärt als Hauptaufgabe der letzteren die Erringung guter Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dazu bedarf es aber grosser stabiler Mitgliedschaften und genügender Cassenmittel. Diese zu erlangen, empfiehlt der Congress den Gewerkschaften, entsprechend hohe Beiträge anzusetzen, um den Mitgliedern Kranken- und Sterbegeld, sowie Arbeitslosen- und Reiseunterstützung gewähren zu können.“

Charakteristisch ist die zu dieser Resolution gemachte Aeusserung eines Redners:

„Wir wollen nicht in die Bahnen der Hirsch-Dunckerschen Vereine einlenken; mit der Unterstützungsfrage ist die Aufgabe der Gewerkschaft nicht erledigt.“

In diesem Sinne lautet denn auch der Schluss der angenommenen Resolution:

„Da die Zahlung jeglicher Unterstützung nur als Mittel zum Hauptzweck der Gewerkschaften dienen soll, sind besondere Casseneinrichtungen thunlichst fernzuhalten, damit alle Gelder der Gewerkschaft zu jeweiliger Aufgabe zur Verfügung stehen. Besondere Casseneinrichtungen sind nur da zu schaffen, wo es die Verhältnisse absolut bedingen.“

In ähnlichem Sinne hat der letzte Congress der freien Gewerkschaften beschlossen.

Wir sehen also, dass die christlichen Gewerkvereine bereits so weit gekommen sind, den unausweichlichen Bahnen der sogenannten socialdemokratischen Gewerkschaften zu folgen.

Auch gegen die angenommenen Resolutionen über die Verleihung der Corporationsrechte an die Berufsvereine, über eine einheitliche Regelung des Vereinsrechtes durch Reichsgesetz, über die Beschlüsse des Reichstages, betr. die Gewerbegerichte, über die in Aussicht genommene Revision des Krankenversicherungsgesetzes lässt sich im grossen und ganzen auch vom Standpunct der freien Gewerkschaften nichts einwenden.

Mit besonderer Genugthuung ist es ferner zu begrüssen, dass sich der Congress für den freien Zusammenschluss aller über 14 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts in gemeinsamen Berufsvereinen aussprach — ein Zeichen dafür, dass auch die christlichen Gewerkvereine die dringende Notwendigkeit der Heranziehung der weiblichen Arbeiter zur gewerkschaftlichen Organisation erkannt haben.¹²⁾

Wie schon vorher betont, erstreckt sich die christliche Gewerkvereinsbewegung fast ausnahmslos auf die katholische Arbeiterbevölkerung. Süd-Deutschland, Rheinland und Westfalen stellen das Hauptcontingent der Mitgliederzahl dieser Vereine. Entsprechend dem Volkscharakter dieser Districte ist die Bewegung ziemlich demokratisch und radical. Der Einfluss der Geist-

¹²⁾ Wenn auch bei diesen socialpolitischen Erörterungen der Führer der christlichen Bergleute, Herr August Brust, sich noch zu dem Ausspruch verstieg, dass nach seiner Meinung die Frau auf dem politischen Gebiete nichts zu suchen habe, — er halte es mit dem Worte: lange Haare — kurzer Verstand! — so ist das eben ein Beweis geringen socialpolitischen Verständnisses. Aber — Hand aufs Herz! — wie gar manchen giebt's doch auch noch innerhalb der freien Gewerkschaften, der genau so denkt und unter Umständen auch dementsprechend handelt, wie Herr Brust!

lichkeit ist mehr und mehr im Schwinden begriffen, zumal dieselbe doch nie wahrhaft arbeiterfreundlich war. Das von der officiellen Kirche gepredigte Christenthum war und ist das der Unterthänigkeit und Entsagung und deckt sich nicht mit den Grundanschauungen, wie sie im Herzen des Volkes von der christlichen Religion vorhanden sind — dem Christenthum der Solidarität, der Bruderliebe. Es ist deshalb sehr erklärlich, dass die hohe Geistlichkeit mit der Entwicklung der christlichen Gewerkvereinsbewegung durchaus nicht zufrieden ist.

„Die ich rief, die Geister,
Werd' ich nun nicht los.“

Wo immer katholische Dogmatiker noch einen Einfluss auf die Arbeiterschaft haben, da ist von einer eigentlichen Gewerkschaftsbewegung, deren Ziel in erster Linie die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter sein muss, keine Rede. Wir finden dies bestätigt durch den gleichzeitig abgehaltenen Verbandstag der katholischen Arbeitervereine für Nord- und Ostdeutschland in Berlin, die unter Leitung eines ultramontanen Fanatikers, des Herrn von Savigny, stehen. Herr von Savigny hält die Geistlichen für befähigt und eventuell für verpflichtet, die in Gewerkschaftsangelegenheiten häufig auftauchenden Fragen der christlichen Moral, z. B. über die Zulässigkeit einer Arbeitseinstellung, zu beantworten. (!!) Natürlich sprach sich dieser Verbandstag scharf gegen die „neutrale interconfessionelle Richtung der Giesberts-Brustschen Gewerkvereine“ aus.

Es kann den Arbeitern nicht dringend genug angeraten werden, sich von jedem Einfluss von Nichtarbeitern auf ihre Organisationen frei zu machen. In der Regel versteckt sich hinter deren Arbeiterfreundlichkeit irgend ein Hintergedanke. Entweder wollen dieselben die Gewerkvereinsbewegung zu religiösen oder zu Parteizwecken missbrauchen. Es fällt mir nicht ein, alle diejenigen Männer aus bürgerlichen Kreisen, welche in neuerer Zeit sich die Förderung der Gewerkschaftsbewegung angelegen sein lassen, über einen Kamm zu scheren. Zweifellos sind unter ihnen einige, die es ehrlich und aufrichtig mit der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung meinen, — aber das Gros derselben protegirt eingestandenermassen die Gewerkschaftsbewegung doch nur deshalb, weil sie glauben, dass bei deren Erstarkung die Arbeiter von der Socialdemokratie abfallen werden. Wer so denkt, kann es nicht ehrlich mit der Gewerkschaftsbewegung meinen. Ich sage das nicht etwa deshalb, weil ich Socialdemokrat bin, sondern als Gewerkschafter, und habe von jeher so über diejenigen meiner eigenen Parteigenossen geurteilt, welche Gewerkschaften nur als Drillanstalten für die socialdemokratische Partei werten. Ich halte nur denjenigen für einen ehrlichen Gewerkschaftsfreund, der die Gewerkschaften um ihrer selbst willen als notwendig und berechtigt anerkennt und der, wenn die Arbeiter gezwungen sind, ihre Interessen durch einen Kampf gegen Capitalisten zu wahren, nicht danach fragt, ob nicht auch seine Partei oder seine Parteifreunde eventuell dadurch benachtheiligt oder gefördert werden können.

Es wird noch einige Zeit dauern, bis die grosse Mehrheit der Arbeiter sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen hat, aber kommen wird diese Einsicht, und die Herren Politiker und Geistlichen, die die Gewerkschaftsbewegung ihren Partei- und religiösen Sonderzwecken dienstbar machen zu können glauben, werden eines Tages erkennen, dass sie mit einer solchen Taktik sich die Gunst der Arbeiter für alle Zeit verscherzt haben.

Die meisten Geistlichen und bürgerlichen Socialpolitiker haben der beruf-

lichen Organisierung der Arbeiter erst dann einiges Interesse gewidmet, als die freien Gewerkschaften in ihrem District, der bisher ausschliesslich unter anti-socialdemokratischem Einfluss stand, energische Propaganda für ihre Vereine machten. Da die befahigtesten Organisatoren zumeist der Socialdemokratie angehörten, fürchtete man, diese könne dort festen Fuss fassen. Um ihrem Einfluss entgegenzuwirken, entdeckten dann plötzlich die Herren ihr arbeitsfreundliches Herz. Gelingt es dann den freien Gewerkschaften nicht, Anhänger zu werben, ist wieder „Ruhe“ eingetreten, dann schläft so allmählich auch die Arbeiterfreundlichkeit jener Herren wieder ein. Wie wäre es sonst nur denkbar, dass in weiten Districten in Deutschland, Belgien, Italien, Spanien, in welchen die Arbeiterbevölkerung im tiefsten Elend dahinvegetiert, die officielle christliche Kirche, die dort ihre festesten Stützen besitzt, auch noch nicht einen Finger gerührt hat, um die Arbeiter gegen ihre Ausbeuter zu organisieren?

Nicht die Sorge um das Wohl der Arbeiter, sondern rein selbstuchtige Motive, Sorge um den schwindenden Einfluss — das ist die Ursache der plötzlich für so notwendig erkannten gewerkvereinlichen Organisation. Und damit den Herren ja kein Schäfchen ihrer Herde abtrünnig gemacht werde, werden durch feierliche „ehrenwörtliche Erklärungen“ die Mitglieder der von ihnen gegründeten Gewerkvereine verpflichtet, der Socialdemokratie fernzubleiben.

Ein trauriges Zeugnis für den Glauben jener Herren an ihre eigene Sache!

Die annoch gänzlich unter dem Einfluss der offiziellen evangelischen Kirche stehenden Arbeiter sind thatsächlich noch weit rückständiger als die katholischen. Die manchmal direct arbeiterfeindliche Haltung evangelischer Geistlicher hat es jedoch längst zuwege gebracht, dass das Gros der im evangelischen Glauben erzogenen Arbeiter den Pastor schon ohne weiteres für einen im Dienste der Grossen und Reichen wirkenden Prediger halten. Ich rede hier aus eigener Erfahrung. Ich bin wiederholt Zeuge davon gewesen, wie evangelische Pfarrer und Lehrer von Kleinbauern und Landarbeitern (in den aufgeklarten industriellen Arbeiterkreisen spielen diese Herren überhaupt keine Rolle mehr) geradezu ausgelacht wurden, sobald sie in öffentlichen Versammlungen wagten, vom Standpunct der Religion aus gegen die wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Classen zu sprechen. Grundverkehrt wäre es aber, hieraus auf eine antireligiose Stimmung der Gemeindeangehörigen schliessen zu wollen.

O nein — diese einfachen Landleute sind in ihrem Innern tief religiös, — nur sind ihre religiösen Anschauungen himmelweit verschieden von den Lehren ihres Pfarrers. Christus ist für sie der Märtyrer, der von den Gewalthabern der damaligen Zeit gekreuzigt wurde, weil er den Mut hatte, ihnen die Wahrheit ins Gesicht zu sagen, weil er Nächstenliebe predigte.

Muckerei und übertriebene Frömmelei sind bei diesen urwuchsigem Menschen nicht anzutreffen. Im Gegenteil — diese Geistesrichtung ist weit mehr vertreten in gewissen Kreisen städtischer Bevölkerung, und es sind gerade nicht immer ganz einwandfreie Charaktere, die hier das Hauptcontingent stellen. Es befindet sich unter ihnen eine grosse Zahl, die auf die Brosamen rechnen, die von der Reichen Tische fallen. Diese bilden denn auch den Hauptstamm der Mitglieder für die christlichen Jünglings- und die evangelischen Arbeitervereine.

In einem Artikel über den letzten Verbandstag der evangelischen Arbeitervereine in Speyer sagte der Pfarrer a. D. Naumann in Bezug auf die Mitglieder dieser Vereine:

„Aber noch tagt der Morgen gewerkschaftlicher Einsicht nicht. Es sind keineswegs etwa bloss die ‚Pastoren und Rectoren‘, die nicht wollen, der evangelische Arbeiter selbst ist der grössten Frage seines Berufes gegenüber gleichgiltig: ‚Unsere Leute wollen nichts davon hören‘. Dort wird noch viel gearbeitet werden müssen.“

Ich fürchte, trotz aller Mühen eines Teils der sich für die Gewerkschaftssache interessierenden evangelischen Männer wird der Erfolg nur ein geringer sein. Zum Gewerkschafter gehört auch etwas Selbstvertrauen. Männer, die solches besitzen, scheinen mir in den evangelischen Arbeitervereinen äusserst rar zu sein; einzelne rühmliche Ausnahmen bestätigen auch hier nur die Regel.

Immerhin halte ich es durchaus nicht für bedeutungslos, dass der letzte Verbandstag der evangelischen Arbeitervereine sich eingehend mit der Frage der gewerkschaftlichen Organisation befasst hat. Die gefassten Beschlüsse halte ich allerdings für wirkungsvoller nach aussen als nach innen hin. Es giebt noch viele evangelische Arbeiter, die sich in Gesellschaft von Mitgliedern evangelischer Arbeitervereine nicht wohl fühlen; sie dürften durch die lebhaften Erortherungen über die Gewerkschaftsfrage zum Nachdenken angeregt werden und sich infolgedessen bald ihrer Berufsorganisation anschliessen.

Auf dem Verbandstag zu Speyer wurden folgende Thesen angenommen:

„1. Die Delegiertenversammlung erkennt die Notwendigkeit der beruflichen Organisation der Arbeiter an.

2. Es ist nicht Aufgabe der evangelischen Arbeitervereine, berufliche Organisationen (Gewerkschaften) ins Leben zu rufen oder gar den gewerkschaftlichen Kampf selbst zu führen.

3. Den Mitgliedern der evangelischen Arbeitervereine wird dringend empfohlen, sich, soweit es für sie erforderlich ist, Gewerkschaften anzuschliessen unter Ausschluss statutarisch oder principiell parteipolitischer Gewerkschaften; in jedem Fall aber haben sie stets für die Neutralisierung der Gewerkschaft zu wirken.

4. Es bleibt den einzelnen Verbänden von Ortsvereinen ublassen, ihren Mitgliedern die Organisationspflicht einzuschärfen und die Entscheidung über den Anschluss an eine bestimmte Organisationsform zu treffen.“

Das ist noch keine consequente Stellungnahme, bedeutet aber eine bündige Absage an die gewerkschaftsfeindliche Richtung der Quandel, Franken und Genossen unter den Evangelischen, die namentlich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vertreten ist und ca. 29 000 Mitglieder umfasst. Die Annahme der vorstehenden Thesen führte zur Spaltung der evangelischen Vereine: die Gewerkschaftsgegner verliessen den Verbandstag.

In seinem Bericht über den Verbandstag ussert Herr Naumann sein Bedauern über die Rückständigkeit der evangelischen Arbeiter jenes Districts:

„Gerade dort, wo Gewerkschaftseifer am allernotwendigsten wäre, fehlt er. Einer der dortigen Vertreter sagt: wir haben wenig Bedürfnis! Ein Bochumer Arbeiter sprach gegen Berufsorganisation überhaupt: wir wollen Frieden mit unseren Arbeitgebern! Den Frieden in Ehren, aber es giebt eine Art Frieden, der einer freiwilligen Entmannung der Arbeiter ähnlich sieht. Sie haben über sich gewaltige Syndikate und verzichten von vornherein auf Zusammenschluss.“

Es bedarf noch gewaltiger Agitations- und Organisationsarbeit, bis einmal die Mehrheit der deutschen Arbeiter für die Gewerkschaften dauernd gewonnen ist. Wir haben alle Veranlassung, der Entwicklung der Organisationsverhältnisse auf Hirsch-Dunckerscher und christlicher Seite volle Aufmerksamkeit zu widmen. Wenn auch gegenüber der Gesamtzahl der in den freien Gewerkschaften Organisierten die Hirsch-Dunckerschen und die Christlichen nur eine verschwindende Minderheit bilden, so stellt sich die Sache jedoch sofort anders, sofern wir die verschiedenen Organisationsverhältnisse einzelner Branchen verfolgen, wie uns nachstehende Tabelle zeigt:

Organisationsverhältnisse der freien Gewerkschaften, der Hirsch-Dunckerschen und der christlichen Gewerkvereine.

Durch Gährung zur Klärung!

Name des Berufs.	Zahl der im Beruf Beschäftigten im Alter von 18—60 Jahren. a)		Mitglieder der freien Gewerkschaften		Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine		Mitglieder der christlichen Gewerkvereine		Gesamtzahl der Organisierten		Procentverhältnis der Gesamtzahl der Organisierten zu der Zahl der Berufsangehörigen.		Bemerkungen.
	1899	1900	1899	1900	1899	1900	1899	1900	1899	1900	1899	1900	
Bauhandwerker	787 524	138 387	1 621	1 698	1 753	4 000	117 995	144 085	14,98	18,30	a) Nach der Berufszählung vom 14. Juni 1895.		
Bergarbeiter	479 096	36 420	257	666	26 000 e)	41 550 e)	59 257	78 636	12,37	16,41	b) Die hier angegebenen Zahlen sind nach den Abschlüssen für das erste Quartal 1901 zusammengestellt.		
Büchhauer u. verw. Ber.	6 000	4 543	365	441	—	—	4 463	4 984	74,38	83,07	c) Die Mitgliederzahlen für 1899 sind nach der von dem Münchener Gladbacher Generalsecretair Dr. Pieper für Ende 1899 zusammengestellten Statistik angegeben.		
Cigar- u. Tabakarb.	98 926	19 258	1 589	1 656	500	1 200	21 347	22 390	21,58	22,63	d) Für 1900 sind die Mitgliederzahlen nach dem Bericht des Vorsitzenden des Congresses, Schiffer - Crefeld, angegeben.		
Conditor u. verw. Ber.	94 739	4 257	237	224	—	—	105	4 494	4,74	6,02	e) Der Siegerländer Berg- und Metallarbeiterverein umfaßt Da die Mitgliederzahlen für jeden einzelnen Beruf nicht angegeben sind, habe ich für jeden Teil die Hälfte angesetzt. Von den Bergarbeitern gehören		
Eisenbahnarbeiter	—	—	—	—	47 377	47 377 f)	47 377	47 377	—	—			
Fabrikarbeiter	172 856	22 592	17 000	18 154	—	—	39 592	49 001	22,90	28,35			
Graph, Berufe u. Maler	139 287	41 848	1 922	1 945	—	—	43 770	48 952	31,42	36,14			
Holzarbeiter	335 827	62 570	6 457	6 798	1 000	3 250	70 027	84 020	20,85	25,02			
Kaufleute	180 651	884	1 036	5 532	—	—	5 512	6 568	3,05	3,64			
Kellner	200 040	1 387	1 470	100	—	—	1 537	1 570	0,77	0,78			
Klempn. u. verw. Ber.	169 709	16 831	19 658	3 861	—	—	20 484	23 519	12,07	13,86			
Metallarbeiter	511 413	85 013	100 762	33 927	8 000 e)	6 600 e)	126 940	144 108	24,82	28,18			
Schiffsz. u. verw. Ber.	17 066	4 336	190	160	—	—	4 526	5 712	26,52	33,47			
Schneider u. verw. Ber.	221 277	12 173	15 464	3 620	—	600	15 813	19 684	7,15	8,90			
Schuhm. u. Lederarb.	147 750	22 291	34 068	6 183	983	1 400	29 457	41 911	19,94	28,37			
Textilarbeiter	540 275	37 617	34 322	3 759	20 350	15 235	61 726	53 412	11,42	9,89			
Töpfl., Ziegler u. v. Ber.	29 096	5 765	6 831	1 396	3 180	3 700	10 341	12 006	35,54	41,26			
Vergolder	—	1 145	1 352	14	—	—	1 159	1 364	8,90	10,47			
Sonstige Berufe	—	90 837	103 774	38	2 684	2 461	93 559	106 293	—	—			
Zusammen	580 473	680 870	87 076	93 444	111 827	127 478 g)	779 376 h)	901 292 i)					

ten am 1. Mai 1901 34.000 dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, Sitz Altenessen, an.
 f) Die Gewerkvereine der christlichen Eisenbahnarbeiter sind am Gesamtverband nicht beigetreten. Für 1900 ist für dieselben die gleiche Mitgliederzahl wie im Vorjahre angenommen.
 g) Nach dem Bericht von Schiffer Crefeld bestehen jetzt 29 christliche Gewerkschaften und Arbeiterchutzverbände mit zusammen 146.872 Mitgliedern gegen 152.000 im vorigen Jahre. Dem Gesamtverbande gehören 23 Gewerkschaften mit 82.261 Mitgliedern an; 16 Gewerkschaften mit 82.611 Mitgliedern sind noch nicht angeschlossen.
 h) 1899 betrug die Gesamtzahl der Organisierten 779 376; davon gehörten den freien Gewerkschaften 74,48 %, den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen 11,19 %, den christlichen Gewerkvereinen 14,30 % an.
 i) 1900 betrug die Gesamtzahl der Organisierten 901 292 (die christlichen Arbeiterschutzverbände habe ich, weil dieselbe keine Berufsorganisationen sind, nicht mitgerechnet); auf die freien Gewerkschaften entfallen davon 75,49 %, auf die Hirsch-Dunckerschen 10,37 %, auf die christlichen Gewerkvereine 14,14 %.

Wie ersichtlich, haben die freien Gewerkschaften der Metallarbeiter und Fabrikarbeiter wesentlich mit der Gegenorganisation der Hirsch-Dunckerschen zu rechnen; Bergarbeiter und Textilarbeiter haben christliche Gewerkvereine derselben Berufe als Concurrenzorganisationen, deren Mitgliederzahl ihnen gegenuber wohl in Betracht zu ziehen ist. Alle Gewerkschaften fast ohne Ausnahme haben aber noch nicht im entferntesten eine so grosse Zahl von Berufsangehorigen organisiert, dass sie mit dem Stand der Dinge zufrieden sein konnten.

Jedenfalls sollte es deshalb vermieden werden, die den freien Gewerkschaften noch fernstehenden Arbeiter in ihrem religiösen Empfinden zu verletzen. Es muss hier betont werden, dass seitens der meisten socialdemokratischen Parteiblätter der Standpunct: Religion ist Privatsache! weit mehr gewahrt wird, als seitens einiger Gewerkschaftsblätter, die doch in allererster Linie verpflichtet wären, jegliche Verquickung religiöser und gewerkschaftlicher Fragen zu vermeiden. Einige Redacteure halten sich für berechtigt, ihre religiösen Privatanschauungen gelegentlich in den von ihnen geleiteten Gewerkschaftsblättern zum Ausdruck zu bringen. Die Gewerkschaftsorgane sind aber doch nicht zum Privatvergnügen der Herren Redacteure geschaffen. Sie sollen in erster Linie der gewerkschaftlichen Propaganda dienen, und von diesem Gesichtspunct aus kann es doch gar nichts Verfehlteres geben, als diejenigen Arbeiter, die auf christlichem Standpunct stehen, durch derartige Artikel vom Eintritt in die Organisation abzuschrecken.

Es ist richtig: unsere Gewerkschaften unterscheiden sich gerade dadurch vorteilhaft von den übrigen, dass wir weder ein politisches noch religiöses Glaubensbekenntnis von den Beitretenden fordern. Die Neutralität sollte aber deshalb auch in erster Linie in der Gewerkschaftspresse gewahrt werden.

III. Absplitterungen und Sonderorganisationen.

In Hamburg sind die Zimmerer, Metallarbeiter und Schuhmacher aus dem nach Aufhebung des Socialistengesetzes gegründeten Gewerkschaftscartell ausgetreten. Von diesen Gewerkschaften haben gerade die Metallarbeiter für die Gründung des Arbeitersecretariats mitgewirkt. Die Beiträge mussten infolgedessen erhöht werden, wogegen auch von den Metallarbeitern kein Widerspruch erhoben wurde. Und nun sind es gerade die erhöhten Beiträge für das Cartell, zu denen der Nutzen, den die Metallarbeiter eventuell einmal durch dasselbe haben könnten, in keinem Verhältnis stehen soll. Einzelne Führer sind der sonderbaren Meinung, mit der Summe, welche man an das Cartell zu zahlen verpflichtet sei, in der eigenen Organisation mehr leisten zu können. Selbst wenn dies der Fall wäre, bliebe doch immer der Austritt aus dem Cartell eine schwere Verletzung des Solidaritätsprinzips. Wenn man den Grundsatz predigt, dass eine Organisation berechtigt ist, sich von der Allgemeinheit zu trennen, sobald sie durch den Zusammenschluss ihre finanziellen Interessen nicht genügend gewahrt glaubt, so kann man dem einzelnen Arbeiter, der aus persönlichem Egoismus seiner Gewerkschaft fern bleibt, ebenfalls keinen Vorwurf machen. Diejenigen Führer der Metallarbeiter, Zimmerer und Schuhmacher, die den Organisationsegoismus — „sich auf die eigene Kraft stützen“ nennen sie es — ihren Collegen predigen, sind Socialisten, die bei sonstigen Gelegenheiten den Mund von allgemeiner Solidarität nicht voll genug nehmen können; sie nennen sich auch Demokraten, anerkennen aber nur diejenigen Beschlüsse der Mehrheit,

die ihnen genehm sind. Bei den Metallarbeitern wurde sogar von diesen Demokraten ein Antrag auf Urabstimmung über diese Angelegenheit lebhaft bekämpft und infolgedessen auch abgelehnt. Dies ist um so mehr zu verurteilen, als, wie dies in Grossstädten der beträchtlichen Entfernungen und der mannigfachen Veranstaltungen wegen manchmal passieren kann, von über 5000 Mitgliedern in den Versammlungen kaum 3 $\frac{0}{0}$ — 140 bis 150 — anwesend waren und nahezu die Hälfte der Anwesenden sowohl gegen den Austritt aus dem Cartell, als auch für eine Urabstimmung über diese Frage war. Um nicht der Ungenauigkeit geziehen zu werden, will ich noch bemerken, dass die Schuhmacher und Metallarbeiter angeblich deshalb ausschieden, weil eine Veränderung des Cartellregulativs vorgenommen wurde, nach welcher für die Folge das Cartell bei Angriffsstrikes erst nach sechs Wochen Dauer, bei Abwehrstrikes nach vier Wochen Unterstützung zahlen wird. Ich selbst war von Anfang an ein Gegner dieser Neuerung, meine aber, dass Regulative doch nicht für die Ewigkeit beschlossen sind und bei einer geeigneten Gelegenheit auch wieder abgeändert werden können. Soviel steht fest: wer dies herbeiführen will, hat alle Ursache — nach meinem Dafürhalten sogar die Pflicht —, im Cartell zu bleiben, um sich sein Mitbestimmungsrecht zu wahren.

Die Regulativanderung war also nur der Vorwand, um den eigentlichen Grund zu verdecken, den minimalen Cartellbeitrag von 20 Pfg. pro Quartal und Mitglied für die eigene Organisation zu sparen. Dieser Fall beweist, dass wir im eigenen Lager ebenfalls noch mit dem Grundübel, dem Mangel an Solidarität, zu rechnen haben.

Ein anderer Fall, der eventuell noch für das gesamte Partei- und Gewerkschaftsleben unheilvoll werden kann — ähnlich der schon sattsam besprochenen, zum Schaden der gesamten Arbeiterbewegung noch schwebenden Leipziger Buchdruckeraffaire — ist der der Contreorganisation der Accordmaurer in Hamburg.

Bei dem Erstarken einer Gewerkschaft ist es selbstverständlich, dass dieselbe sich mit ihren Forderungen nicht nur auf das Gebiet der Erhöhung der Löhne und der Verkürzung der Arbeitszeit beschränken kann. Die Frage des Anlernens von Lehrlingen, der Hausarbeit, der Accordarbeit sind, im Grunde genommen, auch nichts weiter als Lohnfragen. Der Arbeitslohn wird in erster Linie beeinflusst durch Angebot und Nachfrage. Wenn durch das System der Accordarbeit, von welcher hier nur allein die Rede sein soll, die Arbeit eine immer intensivere wird, wenn sie infolgedessen mit weniger Händen ausgeführt werden kann, so ist eine Herabdrückung der Löhne schliesslich die naturgemässe Folge.

So liegen die Dinge im Maurergewerbe in Hamburg. In unheimlich kurzer Zeit werden dort Bauten vollendet, es wird in wahnsinniger Hatz gearbeitet, die Unfälle mehren sich in erschreckender Weise.

Leider ist es traurige Thatsache, dass in den allermeisten Gewerben das von dem schlaun Unternehmertum eingeführt aufreibende Accordsystem dermassen eingewurzelt ist, dass es bis heute auch den stärksten Gewerkschaftsorganisationen noch nicht gelungen ist, diesen Krebschaden zu beseitigen. Demgemäss wäre es Unsinn, die Accordarbeit eo ipso als schandend für aufgeklärte Arbeiter hinzustellen. Wenn aber sämtliche Vorbedingungen in einem Gewerbe für die Beseitigung der Accordarbeit gegeben sind, so ist es für jeden socialdemokratischen Arbeiter von vornherein Pflicht, mit aller Energie für dieselbe zu wirken.

Seit Jahren sehen wir, wie sich die Ortsverwaltung Hamburg des Centralverbandes der Maurer unablässig muhlt, unter dieser so tief im Sumpf der allerverwerflichsten capitalistischen Ausbeutungsform steckenden Arbeiterkategorie die Erkenntnis dieser Berufsschaden zu fördern, und wer die Verhältnisse kennt, der musste staunen, wie es ihr gelungen ist, die nach Tausenden zählende Masse der Collegen derartig zu disciplinieren, dass sie in die Beseitigung des alle egoistischen Triebe bis zur Selbstvernichtung anstachelnden Accordsystems willigten. Nachdem ein diesbezüglicher Beschluss in mehreren stark besuchten Versammlungen nahezu einstimmig gefasst war, standen die Unternehmer, Innungsmeister, vor der Alternative, die Abschaffung der Accordarbeit in die Tarifabmachungen aufzunehmen oder einem erbitterten Kampfe im Baugewerbe entgegenzugehen.

Um diesen Kampfe zu vermeiden, fügten sich die Unternehmer.

Wer bedenkt, von welcher ungeheurer socialkonomischer Bedeutung für die Entwicklung auf diesem riesigen Arbeitsgebiete es aber ist, derartige Massen mit einem Schlage auf ein so erhohes Niveau zu heben, Arbeiter, die schwer im Kampfe ums kargliche Brot ringen müssen, in Erkenntnis der mit der Accordarbeit für die Gesamtheit verbundenen Schäden zu freiwilligem Verzicht auf einen zeitweiligen Mehrverdienst zu bewegen, der musste mit hoher Befriedigung auf diesen Sieg der Organisation blicken.

Mit um so schmerzlicherer Erbitterung musste es jeden Einsichtigen, der mit dem Blick auf die Interessen der Gesamtentwicklung die Erscheinungen verfolgt, erfüllen, dass es einigen Querkopfen gelungen ist, eine kleine Anzahl noch nicht von der Ueberzeugung von dem hohen Werte der Solidarität durchdrungener Collegen bei ihren schmutzigen Instincten zu packen und dieselben zu bewegen, entgegen dem Beschluss der Organisation Arbeiten in Accord anzunehmen.

Der Centralverband verhängte infolgedessen über die Bauten, auf denen die Betreffenden arbeiteten, die Sperre und schloss die Accordmaurer aus dem Verband aus.

Wie wesentlich bei der Fassung derartig principieller Beschlüsse und mehr noch bei deren consequenter Durchführung, wie es der Verzicht auf die von den Maurern zeitlebens geübte Accordarbeit war, die jahrelange socialpolitische Schulung ins Gewicht fällt, wird jeder Kenner der Verhältnisse ohne lange Erklärung verstehen. Speciell in Hamburg, wo unter den Drangsalen des Socialistengesetzes die politischen Ideen die Massen mit geradezu religiösem Empfinden zur solidarischen Unterordnung unter das demokratische Majoritatsprincip erzogen haben, ist es nur zu natürlich, dass die Verbandsmaurer, die sich schwer genug zu diesem gewaltigen wirtschaftlichen Fortschritt durchgerungen haben, es nun auch um so mehr als einen Schandfleck auf der Ehre eines Genossen betrachten, wenn er aus elendem Egoismus diesen Majoritatsbeschluss durchbricht und zum Verräter an der mit schweren Opfern aufgebauten Organisation wird.

Da ein Teil der Accordmaurer auch der socialdemokratischen Partei angehört, beantragten die Verbandsmaurer deren Ausschluss aus der Parteiorganisation, und in einer gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung der drei Hamburger Wahlkreise wurde dieser Antrag mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Laut Organisationsstatut der socialdemokratischen Partei ist in solchen Fällen ein Schiedsgericht zu bilden. Dasselbe tagte am 15. Juli d. J. in Hamburg unter dem Vorsitz des Genossen Auer.

Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist in mehr als einer Beziehung überraschend. Zunächst anerkennt dasselbe einstimmig, dass Strikebruch eine ehrlose Handlung im Sinne des § 2 des Organisationsstatuts der Partei ist. Das Schiedsgericht anerkennt ferner, dass der Centralverband nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet war, gegen die Accordarbeit Front zu machen. Der Centralverband hatte auch das Recht, die Sperre zu verhängen.

Trotz alledem beschliesst das Schiedsgericht, und zwar wiederum einstimmig, dass in dem Verhalten der Accordmaurer ein Strike- oder Sperrbruch nicht vorliegt. Weshalb?

„Weil nach keiner Richtung ein Beweis dafür erbracht ist, dass die aus dem Verband Ausgeschlossenen sich bei ihrem Verhalten irgendwie durch ehrlose Motive haben leiten lassen.“ (!)

Die logische Consequenz dieses Beschlusses ist: Nicht derjenige ist ein Strikebrecher, der entgegen dem Beschluss seiner Organisation bei einer verhängten Sperre weiter arbeitet. Strikebrecher wird er erst dann, wenn ihm nachgewiesen wird, dass er sich von ehrlosen Motiven hat leiten lassen.

Wenn die Gewerkschaften nach dieser Entscheidung ihr Verhalten während eines Strikes und nach demselben einrichten wollten, so dürfte Strikebruch nur noch in den seltensten Fällen vorkommen. Was sind ehrlose Motive?

Wenn jemand der Meinung ist, ein Strike habe wenig Aussicht auf Erfolg und sich sagt: Du bist zunächst verpflichtet, an Weib und Kind zu denken — handelt dieser Mann dann ehrlos?

In diesem Fall wurde gesagt: In der Differenz über die Beurteilung der Accordarbeit liegt der Grund für den ganzen Streitfall. Angenommen, dies sei der Fall — wird nicht fast bei jedem Beschluss einer Gewerkschaft ein Teil von Mitgliedern vorhanden sein, deren Anschauung über die Durchführbarkeit und Nützlichkeit desselben von derjenigen der Mehrheit ihrer Collegen abweichend ist? Sie würden, wenn sie, ihren Anschauungen entsprechend, trotz Strikebeschlusses weiter arbeiten, keine Strikebrecher sein, wenn sich die Gewerkschaften die Logik des Hamburger Schiedsgerichts zu eigen machen würden..

Ich glaube kaum, dass die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Hamburgs und des übrigen Deutschland geneigt sein werden, sich das Urteil des Schiedsgerichts auch als Richtschnur für eine spätere Be- und Verurteilung von Strikebrechern dienen zu lassen.

Das treibende Motiv jener Entscheidung scheinen mir leider wieder einmal parteipolitische Erwägungen zu sein, und deshalb könnte dieses Urteil eventuell das bisherige Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften wesentlich zu modificieren im stande sein.

Ebensowenig wie die Partei, kann auch eine Gewerkschaft darauf verzichten, von ihren Mitgliedern Anerkennung und Ausführung der ordnungsgemäss gefassten Beschlüsse zu verlangen. Ohne Disciplin ist es unmöglich, wirtschaftliche Kämpfe zu führen. Wenn jedem das Recht zustehen soll, auf Grund seiner abweichenden Meinung entgegen den Beschlüssen seiner Organisation zu handeln, dann hört jegliche Bedeutung der Organisation überhaupt auf.

Ob die Motive einer Handlung als ehrlose oder nicht ehrlose zu gelten haben, hängt ganz von der subjectiven Auffassung des Beurteilenden ab. Für eine Gewerkschaft aber giebt es nur ein Kriterium, welches massgebend sein kann: Wer entgegen den Beschlüssen der Organisation handelt, stärkt die Macht des Gegners — übt Verrat an seinen eigenen Genossen. Verräter werden im Kriege erschossen; die Gewerkschaften werden dieselben nach wie vor aus ihrer Gemeinschaft ausschliessen, unbekümmert um die Entscheidung des Hamburger Schiedsgerichts.

Ich habe bisher die Auffassung vertreten, diejenigen Arbeiter, die Mitglieder der socialdemokratischen Partei sind, sollen Elitetruppen sein. Wenn man von ihnen nicht verlangen soll und kann, dass sie die fundamentalsten Grundsätze gewerkschaftlicher Organisation, wie es die Anerkennung und Durchführung gefasster Beschlüsse sind, begriffen haben, von wem soll man es denn verlangen dürfen? Der Arbeiter, der Mitglied der socialdemokratischen Partei ist und seiner Gewerkschaft nicht angehört, hat nach meinem Dafürhalten das A B C des Socialismus noch nicht begriffen. Arbeiter aber, die darauf hinarbeiten, die allseitig für berechtigt anerkannten Beschlüsse ihrer Gewerkschaft illusorisch zu machen, können nicht den Ehrentitel eines Socialdemokraten beanspruchen. Aus diesem Grunde habe auch ich den Ausschluss der Accordmaurer aus der Partei beantragt.

Mit der Neutralitätsfrage der Gewerkschaften hat diese ganze Angelegenheit nicht das geringste zu schaffen. Lediglich von meinem Standpunkt als Socialdemokrat kann ich es unter keinen Umständen billigen, dass die socialdemokratische Partei Strike- und Organisationsbrecher in ihrer Mitte duldet. Wir müssen den blanken Ehrenschild der Partei reinhalten von allen Flecken, und als einen gar argen Schmutzleck würde ich es allerdings betrachten, wenn wir — die Partei des Classenkampfes — gestatten wollten, dass ein Teil der Unrigen sich im Classenkampf auf die Seite der Capitalisten stellt und den Arbeitsbrüdern im Kampf in den Rücken fällt.

Der Beitritt zur Gewerkschaft ist der erste Schritt des indifferenten Arbeiters zu seiner geistigen Befreiung. Deshalb dürfen wir von ihm nicht verlangen, dass er auch schon unsere weiteren Ziele verstanden haben soll. Wenn wir die Arbeiter anderer religiöser und politischer Richtungen als Kampfgenossen auf wirtschaftlichem Gebiet haben wollen, dürfen wir sie nicht zwingen, einer politischen Fahne zu folgen, deren Bedeutung und idealen Wert sie noch nicht begriffen haben. Deshalb in den Gewerkschaften Neutralität! Wer aber durch seinen Beitritt zur socialdemokratischen Partei bekundet, dass er mit uns gemeinsam die Verwirklichung unserer Endziele erkämpfen will, dem können und dürfen wir nie und nirgend und unter keinen Umständen gestatten, dass er die Capitalisten gegen seine eigenen Collegen unterstützt.

Im Interesse des notwendigen Ansehens der Partei bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern wird hoffentlich der Parteitag in Lübeck den Fehlspruch des Hamburger Schiedsgerichts aufheben¹³⁾ und dem an anderer Stelle mit Recht erhobenen Ruf der Parteileitung: Fort mit aller Sonderbündelei! praktische Geltung verschaffen.

* * *

¹³⁾ Infolge der fast einstimmigen Annahme der nachstehenden Resolutionen seitens einer gemeinschaftlichen Versammlung der socialdemokratischen Vereine der drei Hamburger Wahlkreise wird diese Angelegenheit wohl den Lübecker Parteitag beschäftigen:

Gährung noch überall, — aber welch intensives Vorwärtsdrängen auch auf der ganzen Linie zur Klärung!

Überall sprengen die erwachenden Arbeiter die Fesseln, in welche Autoritätsdünkel und Herrschsucht der alten Führer sie bisher zu Nutz und Frommen der Capitalistenklasse gehalten. Die Macht der Thatsachen drängt eben unwiderstehlich zum Zusammenschluss!

Von dem Mass politischer und wirtschaftlicher Einsicht wird es ganz wesentlich abhängen, während der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression die Massen durch erhöhte Leistungsfähigkeit der Organisationen an dieselben zu fesseln und deren Machtmittel zu concentrieren.

Ein gleichfalls in seiner Bedeutung für den allgemeinen Fortschritt stetig wachsender Helfer ist die immer weitere Kreise ergreifende Erkenntnis, dank welcher sich die unaufhaltsam fortschreitende Demokratisierung aller öffentlichen Institutionen naturgemäss vollzieht.

Seien wir auf vorgeschobenem Posten uns der vollen Verantwortung bewusst, — und der nächste wirtschaftliche Aufschwung wird unser Bundesgenosse sein!

Das Ammenmärchen für grosse Kinder von der Harmonie zwischen Capital und Arbeit verklingt vor unserem Schlachtruf: Proletarier aller Länder — vereinigt Euch!, in dem zugleich die Ahnung dermaleinstiger wirklicher Harmonie der Menschheitsinteressen uns zur höchsten Anspannung unserer Kräfte begeistert.

I. Die Versammlung der Mitglieder der drei socialdemokratischen Vereine Hamburgs erhebt gegen den Entscheid des Schiedsgerichts, bezüglich Ausschluss von Strikebrechern aus der socialdemokratischen Partei, entschiedenen Einspruch. Nachdem von dem Schiedsgericht selbst festgestellt worden ist, dass diejenigen, deren Ausschluss beantragt war, Strikebruch begangen haben, hätte der Ausschluss vollzogen werden müssen.

Die Versammlung beauftragt das heutige Bureau, bei den weiteren Instanzen der Partei, den Controleuren und dem Parteitag, zu beantragen, dass diese einen Entscheid im Sinne der Antragsteller fällen.

Des ferneren erklärt die Versammlung, dass sie die Begründung, welche das Schiedsgericht seinem Entscheid gegeben hat, unter keinen Umständen als richtig anerkennen kann. Diese Begründung widerspricht den Grundsätzen, welche bisher in der deutschen und speciell in der Hamburger Arbeiterbewegung Geltung hatten. Ein Begriff wie „Strikebruch in einer Notlage, durch den der Strikebrecher weder an Ansehen bei den Arbeitern, noch das Recht verliert, fernerhin den Organisationen anzugehören, die den Classenkampf führen“, war den im Kampf mit dem Unternehmertum stehenden Arbeitern bisher unbekannt.

Die Versammlung protestiert ganz entschieden dagegen, dass eine solche Ansicht Geltung für die socialdemokratische Partei Deutschlands haben soll und spricht die Hoffnung aus, dass diese Ansicht unter den deutschen Arbeitern nie zur Geltung kommen wird.

II. Die am 7. August in Tütges Etablissement tagende gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der drei socialdemokratischen Vereine Hamburgs beschliesst: Die grosse Mehrheit der Mitglieder der in den socialdemokratischen Vereinen organisierten Parteigenossen Hamburgs vertritt entschieden die Ansicht, dass die vom Centralverband der Maurer Deutschlands (Zweigverein Hamburg) gekennzeichneten Maurer nach dem § 2 des Organisationsstatuts „ehelos“ gehandelt und somit aus der Partei ausgeschlossen werden müssen. Da nun eine Vollstreckbarkeit des Ausschlusses vorläufig nicht möglich, sondern genau nach den im Organisationsstatut vorgeschriebenen Bestimmungen zu verfahren ist, wird der definitive Ausschluss erst nach Wochen erfolgen können. Es ist deswegen für die Partei von grossem Interesse, um dem fortwährenden Streit unter den activ thätigen Parteigenossen vorzubeugen, dass die vom Ausschluss Betroffenen so lange ihre öffentliche Thätigkeit in der Partei aufzugeben haben, bis die Sache endgiltig erledigt ist.

Auch im socialdemokratischen Verein in Wandsbek wurde ein Protest gegen den Schiedspruch beschlossen.

Die Hamburger Accordmaurer vor dem Parteigericht.

Von
Eduard David,
(Mainz.)

Die Haltung der oberen Parteinstanzen in Sachen der Hamburger Accordmaurer hat in Gewerkschaftskreisen grosse Erregung und heftigen Widerspruch hervorgerufen. Die Angelegenheit soll vor den Lübecker Parteitag gebracht werden und dürfte dort zu weiteren leidenschaftlichen Auseinandersetzungen Anlass geben. Der Fall ist von grosser allgemeiner Bedeutung für das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften und umgekehrt. Eine eingehendere Betrachtung des selben scheint daher auch in dieser Zeitschrift am Platze.

Der Sachverhalt ist folgender. Der Centralverband der Maurer in Hamburg hatte im vorigen Jahre bei einem Tarifvertrag mit der dortigen Innung die Forderung auf Abschaffung der Accordarbeit erhoben und durchgesetzt. Die Durchführung dieser Vertragsbestimmung stiess aber in Maurerkreisen selbst auf Widerspruch. Eine Anzahl Arbeiter weigerte sich, die Accordarbeit aufzugeben, da sie bei diesem System besser führen, als bei Tagelohnarbeit. Sie arbeiteten demgemäss dem Verbandsverbot zum Trotz weiter im Accord und beantworteten den daraufhin erfolgten Ausschluss aus dem Verband mit der Gründung einer Sonderorganisation, der Freien Vereinigung der Hamburger Accordarbeiter, der sich etwa 200 Maurer anschlossen. Der Centralverband untersagte nun seinen Mitgliedern das Zusammenarbeiten mit den Sonderbündlern und verhängte über alle Bauten, an denen im Accord gearbeitet wurde, die Sperre. Die Accordmaurer anerkannten dieses Arbeitsverbot natürlich nicht. In diesem Verhalten erblickte der Verband einen Sperre- oder Strikebruch.

Soweit spielte sich die Sache innerhalb der Gewerkschaftssphäre ab. Nunmehr wurde sie auch in die Partei hineingetragen dadurch, dass Gewerkschafter in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Hamburger und Wandsbecker socialdemokratischen Vereine den Ausschluss der Accordmaurer aus der Partei verlangten. Nach § 2 des Organisationsstatuts der socialdemokratischen Partei — so deducierten sie — ist jeder aus der Partei auszuschliessen, der sich eine ehrlose Handlung zu schulden kommen lässt. Strikebruch ist in jedem Fall eine ehrlose Handlung. Ergo: hinaus mit den des Strikebruchs schuldigen Accordmaurern!

Der Antrag auf Ausschluss fand die Zustimmung der Hamburger Parteivereine. Um ihn durchzuführen, bedurfte es der Mitwirkung des Parteivorstandes resp. eines von diesem zu berufenden Schiedsgerichts. Dasselbe trat am 15. Juli unter dem Vorsitz des Genossen Auer in Hamburg zusammen. Die Anklage wurde dort wie folgt formuliert:

1. Der Ausschluss einer Anzahl Accordmaurer aus dem Verbandsverbande sei erfolgt, weil von denselben, trotzdem zwischen den Vertretern der Hamburger Maurer und Zimmerer einer- und der Innung andererseits neben Festsetzungen bezüglich der Arbeitszeit und des Stundenlohnes nur Arbeit im Tagelohn abgemacht war, trotz wiederholter Verwarnung, und gute Zuredens Arbeiten im Accord ausgeführt wurden.

2. Es haben weiter die Accordarbeiter auf gesperrten Bauten nicht nur Maurerarbeiten, sondern sogar Zimmererarbeiten verrichtet. Sie haben nach unwidersprochen gebliebenen Berichten bürgerlicher Blätter damit geprahlt, dass sie stark genug seien, jede Sperre illusorisch zu machen, und sie haben beschlossen, sich den Unternehmern in allen Fällen zur Verfügung zu stellen.

Diesen Anschuldigungen gegenüber wurde von den Accordarbeitern geltend gemacht:

1. Es ist richtig, dass die in der Freien Vereinigung vereinigten Accordarbeiter die Bestimmung des § 1 der Tarifvereinbarung für das Baugewerbe, wonach nur Arbeit im Tagelohn zugelassen werden soll, nicht anerkennen.

2. Gegenüber den weiteren Anschuldigungen und der Berufung auf Berichte bürgerlicher Blätter wurden Auszüge aus dem Protokollbuche (welches dem Schiedsgerichte vorlag) der Sitzungen der Freien Vereinigung vorgelegt, die den wahren Sachverhalt wiedergeben sollen und mit denen sich auch die mündlichen Ausführungen der Redner deckten.

Nach den erwähnten Auszügen haben sich die Accordmaurer den Unternehmern keineswegs in allen Fällen zur Verfügung gestellt, sondern ausdrücklich beschlossen, wo

es sich um Sperren wegen Lohnreducierung oder Arbeitsverlängerung oder schlechter Behandlung handle, unter keinen Umständen die Arbeit aufzunehmen. Nur da würden sie die Baustelle besetzen, wo es sich um Einführung resp. Aufrechterhaltung des Accordsystems, sowie um Weigerung anderer Maurer, mit Mitgliedern der Freien Vereinigung zusammenzuarbeiten, handle. Die von Accordarbeitern vorgenommenen Zimmererarbeiten sollen lediglich Gerüstarbeiten gewesen sein, die für die Fortführung der Maurerarbeit notwendig waren und die an den meisten Orten die Maurer selbst verrichteten.

Nachdem ein Vergleichsvorschlag an dem Widerspruch beider Teile gescheitert war, gab das Schiedsgericht seine Entscheidung auf folgende vier Fragen ab:

1. Ist Strikebruch eine ehrlose Handlung im Sinne des § 2 des Organisationsstatuts der Partei? — Antwort: Ja.

2. Liegt in dem Verhalten der Accordmaurer ein Strike- oder Sperrebruch vor, und haben sich die fünfzig namhaft gemachten Mitglieder der vier Parteivereine in Hamburg und Wandsbeck desselben mit schuldig gemacht? — Antwort: Nein.

3. Haben einzelne Maurer Zimmererarbeit auf gesperrten Bauten verrichtet? — Antwort: Ja.

4. Ist in der Freien Vereinigung der Accordarbeiter ein Beschluss gefasst worden, dahin gehend: sich den Unternehmern in allen Fällen zur Verfügung zu stellen? — Antwort: Nein.

Sämtliche vier Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Die Begründung der drei letzten Fragen ergab sich aus dem dargelegten Sachverhalt von selbst. Das Schiedsgericht war der Meinung, „dass das Verhalten der Accordmaurer ihrer Organisation gegenüber, im Interesse der für die Kämpfe der Arbeiter so absolut notwendigen Solidarität auf das Tiefste zu bedauern sei“; es beschloss ferner ausdrücklich, „seine Sympathie für das Bestreben des Verbandes, die Accordarbeit für das Baugewerbe abzuschaffen, auszusprechen und sein Bedauern darüber zu äussern, dass es über diese Frage im Verbands zu Differenzen mit Berufsgenossen gekommen ist, die als Gewerkscollegen und Parteigenossen seit einer Reihe von Jahren sich bewährt und grosse persönliche und materielle Opfer für die Arbeiterbewegung gebracht haben“ — aber so wenig es in der Accordarbeit an sich eine ausschliesswürdige ehrlose Handlung erblicken konnte, konnte es eine solche in der Nichtachtung eines Sperrverbots sehen, „das nur erlassen war, um die Accordarbeit unmöglich zu machen oder die Accordarbeiter ausser Brod zu bringen.“

Wer erwartet hatte, mit dieser Entscheidung werde die Sache beigelegt sein, wurde bitter enttäuscht. In einer gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung der drei Hamburger socialdemokratischen Vereine unterzog der Genosse von Elm den Schiedsspruch und seine Begründung einer sehr scharfen Kritik, und man fasste den Beschluss, bei den weiteren Instanzen der Partei, den Controleuren und dem Parteitag, zu beantragen, dass diese den Entscheid auf Ausschluss fällen sollten. „Nachdem von dem Schiedsgericht selbst festgestellt worden ist, dass diejenigen, deren Ausschluss beantragt war, Strikebruch begangen haben, hätte der Ausschluss vollzogen werden müssen“ — so hiess es in der betreffenden Resolution. In Wahrheit hatte das Schiedsgericht klipp und klar erklärt, dass kein Strikebruch im üblichen Sinne des Wortes vorliege. Ein Beweis, wie hochgradig die Erregung in der Hamburger Versammlung gewesen sein muss.

Die Controlcommission, die sich am 9. August mit der Angelegenheit beschäftigte, konnte nach objectivster Prüfung des Thatachenbestandes zu keinem andern Urteil kommen, als das Schiedsgericht. Sie hat das disciplinwidrige Verhalten der Accordmaurer und die Gründung einer gegen den Verband arbeitenden Sonderorganisation in noch schärferen Ausdrücken verurteilt, als das Schiedsgericht. Aber auch sie musste es ablehnen, die Unbotmässigkeit der Ausgeschlossenen gegenüber einem Sperrbefehl, der lediglich gegeben war, um sie durch Hunger zur Botmässigkeit zu zwingen, als ehrlose Handlung zu bezeichnen.

Die Controlcommission hat aber noch etwas Weiteres gethan. Sie hat ihr lebhaftes Bedauern darüber ausgesprochen, dass die in ihrem Ursprung rein gewerkschaftliche Sache überhaupt vor das Forum der Partei gebracht worden ist. „Dieses Vorgehen“ — so heisst es in der Einleitung ihres Entscheids — „würde in unvermeidlicher Consequenz dazu

führen, dass tadelnswerte, die Interessen der socialdemokratischen Partei verletzende Handlungen seitens einzelner Gewerkschaftsmitglieder auch vor das Forum der Gewerkschaftsorganisation gezogen und eventuell auch durch Ausschluss aus der letzteren geahndet werden müssten. Es liegt auf der Hand, dass aus dem dadurch geschaffenen Zustand der politischen wie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung die grössten Schwierigkeiten und Schädigungen erwachsen würden.“

Die Richtigkeit dieser Schlussfolgerung wird niemand bestreiten können. Sehen wir einmal ganz von der Streitfrage ab, ob in dem vorliegenden Falle eine Ehrlosigkeit begangen worden sei oder nicht. Angenommen, es läge ein wirklicher Strikebruch, eine offenbare Ehrlosigkeit vor; selbst dann müsste es als sehr bedenklich bezeichnet werden, die Partei zu einem officiellen Vorgehen gegen die Strikebrecher zu veranlassen. Was wäre die Consequenz, wenn dieses Verfahren allgemein würde, wenn in allen Fällen, in denen Parteimitglieder sich bei Ausständen oder Sperren des Strikebruchs schuldig machen, die Partei sich mit der Nachuntersuchung und dem Nachrichtertum befassen müsste? Nicht nur, dass dadurch eine reichfliessende Quelle von Streitereien und Gehässigkeiten für die Partei entstände, es würde auch ein Verhältnis zwischen der socialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften etabliert, das die Behauptung, beides seien zwei getrennte, von einander unabhängige Organisationen, vor aller Welt Lügen strafen würde. Die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften wäre dieser Praxis gegenüber leeres Gerede.

Setzt man sich aber über diese Bedenken hinweg, verlangt man seitens der Gewerkschaften, dass die Partei über verräterische Handlungen im gewerkschaftlichen Kampf auch ihrerseits nochmals zu Gericht sitzt, dann müssen die Gewerkschaften auch der politischen Bewegung den gleichen Dienst zu leisten bereit sein. Sie müssen sich verpflichten, jeden, der sich in ehrloser Weise gegen die Sache der socialdemokratischen Partei vergeht, auch aus der Gewerkschaft hinauszuerwerfen. Was dem einen Verband recht ist, ist dem anderen billig. Sollen derartige Verpflichtungen zwischen ihnen bestehen, so müssen sie auf ehrlicher Gegenseitigkeit beruhen.

Es mag Parteigenossen und Gewerkschafter genug geben, die ein solches Gegenseitigkeitsverhältnis für richtig halten. Aber alle diejenigen, die auf dem Standpunct der Neutralität der Gewerkschaften stehen, müssen, wenn sie sich nicht mit sich selbst in Widerspruch bringen wollen, ein solches Verhältniss ablehnen.

Die einzige Verbindung, die zwischen politischer und gewerkschaftlicher Organisation bestehen soll und thatsächlich auch besteht, liegt in den Persönlichkeiten. Es sind dieselben Leute, mit denselben Gefühlen, Zielen und Idealen, die auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiet kämpfen. Diese Personalunion sorgt schon hinreichend dafür, dass Leute, die sich im Gewerkschaftskampf einer Ehrlosigkeit schuldig gemacht haben, auch in der politischen Organisation ihre Rolle ausgespielt haben. Und umgekehrt darf auch die Partei darauf rechnen, dass jemand, den sie wegen ehrlosen Handelns hat hinauswerfen müssen, in dem Kreise seiner Gewerkschaftscollegen ein gezeichneter Mann ist. Der Betroffene wird es in den meisten Fällen für ratsam finden, sich der weiteren Berührung mit den Classengenossen in beiden Organisationen freiwillig zu entziehen. Es ist gar nicht nötig, die moralische Achtung noch durch ein officiell Nachurteil im andern Verband zu bekräftigen. Und es ist nicht angängig, dies zu thun, ohne beide Verbände in mancherlei Missheiligkeiten und Schwierigkeiten zu verwickeln. Ueberlassen wir also in solchen Fällen das Nachrichtertum ruhig der öffentlichen Meinung innerhalb des andern Verbandes.

Der Lübecker Parteitag hat das letzte Wort in der Sache zu sprechen. Die einseitige, leidenschaftliche Art, wie die Angelegenheit in Gewerkschafts- und Parteikreisen behandelt worden ist, lässt es nicht unwahrscheinlich erscheinen, dass der Schiedsspruch aufgehoben wird. Wie dem auch sei, die mit dem Schiedsrichteramt betraut gewesenen Genossen werden sich die Ueberzeugung nicht nehmen lassen, ein objectives, den Interessen beider Verbände dienliches Urteil gefällt zu haben.

Maxim Gorkij.

Von

Eugenie Mart.

(Petersburg.)

Der Beifall, den Maxim Gorkij mit seinen Werken gefunden, hat sich jetzt in Liebe und, der russischen Eigenart entsprechend, in Verehrung umgesetzt. In allen Gesellschaftsschichten wird Gorkij gelesen, seine Bücher finden reissenden Absatz, viele schauen zu dem jungen Schriftsteller wie zu einem Lehrer auf und harren auf eine flammende Predigt, welche die Missverständnisse der verflorenen zwei Jahrzehnte aufhellen und der ewig suchenden und ringenden russischen Intelligenz den rechten Weg zur Wahrheit weisen soll.

Für sehr viele kam Gorkijs Erfolg ganz unerwartet. Dieser Erfolg war plötzlich da, so in den Jahren 1898 und 1899, und nahm sofort die grössten Dimensionen an. Und doch hat dieser Erfolg nichts Zufälliges und Oberflächliches an sich. Gorkij berührt in der Seele des Lesers gewisse Saiten und entlockt ihnen so starke Töne, wie das seit langem kein anderer russischer Schriftsteller vermocht hat. Es sind die echt russischen Saiten des Barfüsslerums, der „Tollkühnheit“, der unbezähmbaren Verwegenheit und der ausgesprochenen Verachtung aller irdischen Güter. Darum eben ist die Bekanntschaft mit den Werken Gorkijs ganz besonders interessant. Die Bedeutung derselben beschränkt sich nicht bloss auf ihre künstlerische Seite, die an und für sich eine so hochgradige Aufmerksamkeit nicht hervorgerufen hätte — diese Bedeutung wurzelt tiefer. Gorkij hat, wie mich dünkt, einen tiefen Blick ins verborgenste Innere unseres uncultivierten, halb europäischen, halb asiatischen Geistes geworfen, er hat gesehen, dass trotz der zwei Jahrhunderte hindurch währenden harten Dressur des Czarismus, trotz der europäischen Bildung, trotz der capitalistischen Wirtschaft die wanderlustigen Neigungen des alten Russentums und der allgemein slavische Hang zur Melancholie, Beschaulichkeit, zur wilden Ausschweifung mit darauf folgender Ermattung und Reue aus unserer russischen Seele noch nicht verschwunden sind und in uns, obwohl geschwächt und unterdrückt, weiterleben.

Das persönliche Leben Gorkijs, welches selbst in seinen Umrissen hochinteressant, man möchte sagen romantisch ist, trug dazu bei, in seiner Seele jene Motive erstarken zu lassen, die er jetzt so künstlerisch und mit solchem Erfolg behandelt. Es ist das Leben eines Barfüsslers, eines Vagabunden, eines russischen Proletariers, der ganz unverhofft den Gipfel des Ruhms erreicht hat. Einige Auszüge aus seiner kurzen Autobiographie werden mir die Aufgabe, den Dichter und sein Schaffen zu charakterisieren, bedeutend erleichtern.

„Ich bin,“ schreibt Gorkij, „am 14. März 1868 in Nishnij-Nowgorod geboren worden, als ein Sohn des Kleinbürgers Pjeschkow, seines Zeichens Tapezierer, und seiner Gattin Barbara, der Tochter des Färbers Kaschirin. Seitdem gehöre ich in allen Ehren der Malerzunft an. Mein Vater starb in Astrachan, als ich fünf Jahre alt war, meine Mutter starb zu derselben Zeit in Ranawin. In meinem neunten Jahre brachte mich mein Grossvater in einem Schuhwaarengeschäft unter, nachdem er mir nach dem Psalmen- und Gebetbuch das Lesen beigebracht hatte. Aber bald lief ich davon und ging zu einem Zeichner in die Lehre, lief abermals davon und wurde Lehrling bei einem Maler

von Heiligenbildern. Alsdann kam ich als Küchenjunge auf ein Schiff und wurde später Gehilfe eines Gärtners. Das alles hatte ich bis zum 15. Lebensjahre durchgemacht. In dieser Zeit las ich eifrig einige billige Ausgaben unbekannter Autoren, wie z. B. Guak oder unwandelbare Treue, Andreas der Verwegene u. a. m. Als ich Küchenjunge auf dem Schiff war, besass der Koch Smurij, der mich zum Lesen von Heiligenlegenden anhielt, den grössten Einfluss auf meine Entwicklung. Ausserdem las ich damals Eckartshausen, Gogol, Uspenskij, Dumas-père und viele Bücher der Freimaurer. Bevor ich unter den Einfluss des Koches geriet, hasste ich die Bücher und überhaupt jedes bedruckte Papier, meinen Pass nicht ausgenommen. . . . Nachdem ich mein 15. Lebensjahr vollendet, bemächtigte sich meiner der unbezähmbare Wunsch, mich auszubilden. Ich ging daher nach Kasan, im guten Glauben, dass die Lernbegierigen dort unentgeltlichen Unterricht geniessen. Es erwies sich aber, dass dergleichen nicht üblich ist. Ich trat daher für drei Rubel monatlich in eine Kringelbäckerei ein. Von allen Arbeiten, die ich versucht, ist diese die allerschwerste.“

In Kasan lebte Gorkij lange Zeit in der Gesellschaft von Barfüsslern, „gewesenen Menschen“, wie er sie späterhin nannte, aber er schien sich ihre Lebensauffassung nicht zu eigen gemacht zu haben, da er um diese Zeit (1888) einen Selbstmordversuch machte. Im Jahre 1889 nach Nishnij-Nowgorod zurückgekehrt, wurde er Schreiber bei einem Advocaten. Von da an nahm sein Leben, dank der herzlichen Teilnahme seines Patrons, einen ruhigeren Verlauf. Aber lange konnte es seine unruhige Natur in solchen geregelten Verhältnissen nicht aushalten. Es bemächtigte sich seiner von neuem ein leidenschaftliches, unbezähmbares Verlangen zu vagabundieren; er liess alles im Stich und ging wohin die Füsse ihn trugen — nach dem Kaukasus, nach Bessarabien, nach der Krim, nach Rumänien. Er wanderte ohne einen Heller in der Tasche, seinen Unterhalt durch gelegentliche physische Arbeiten erwerbend, er wanderte ohne irgend welchen Bildungszweck, nur weil er seine Sehnsucht betäuben wollte, wie unzählige russische „Freiheitsdränger“, die aus den engen und drückenden Schranken des Lebens in die „Wüste“ sich flüchteten. „. . . Mutter Wüste, nimm auf deinen Sohn, heil' ihn von der Sehnsucht, von Beklommenheit. . . .“

Gorkijs litterarische Thätigkeit begann sehr früh und trug anfangs einen mehr zufälligen Charakter. Erst seit dem Jahre 1896 begann sein Name in den besten Zeitschriften aufzutauchen, und jetzt ist er in ganz Russland bekannt.

Die Gorkijschen Helden sind im Grunde dieselben Pechvögel, dieselben überflüssigen Menschen und dieselben begabten, aber keinen entsprechenden Wirkungskreis im Leben findenden Naturen, die uns die russische Litteratur bisher zu zeigen pflegte und die eigentlich ihre Lieblinge sind. Bei Gorkij aber bekommen sie ein neues Aussehen.

Gorkijs Originalität besteht hauptsächlich darin, dass er, unähnlich seinen litterarischen Vorgängern, eigentlich seinen Barfüsslern gegenüber gar kein Mitleid empfindet, seine Teilnahme nicht kundgibt und keinerlei culturelle Interessen unter seinen Schutz nimmt, vielmehr sehr häufig seine Barfüssler als einheitliche, aufrichtige, „dürstende Naturen“ bewundert, wengleich er nicht leugnet, dass sie „sehr böse“ sind und weder sociale noch altruistische Gefühle kennen.

In unserer schönen Litteratur ist das etwas ganz Neues. Das ist, wenn man will, ein ungezügelter, aber merkwürdig anziehender Cultus der Freiheit, das ist ein Fehdehandschuh, der Kulturmenschen ins Gesicht geschleudert, die sowohl in ihren Tugenden wie in ihren Lasten verlogen ist, das ist die kühne Frage: warum seid ihr so selbstzufrieden und fürchtet euch doch stets, als hättet ihr irgend ein Verbrechen begangen?

Gorkij ist von den Fortschritten der Cultur und Civilisation nichts weniger als entzückt. Die Intelligenz behandelt er mit offenkundiger Verachtung und zeigt mit besonderem Vergnügen ihre geistige Welkheit, ihre banale und stumpfe Selbstgefälligkeit, ihre unheilbare Feigheit. Noch grössere Verachtung hat er für das Ideal der spießbürgerlichen Sittlichkeit, der abgemessenen, ruhigen Existenz, die nur den Erwerbsinstincten Raum giebt und den Menschen wie in einen Morast versinken lässt. Und diese spießbürgerlichen Intelligenten oder einfachen Spiessbürger sind für Gorkij vor allen Dingen die Vertreter jenes grossen Hemmschuhs, den er die Furcht vor dem Leben nennt und der dem menschlichen Dasein das Schönste und Kostbarste raubt — den Heroismus. Im Barfüssler sieht Gorkij zunächst einen Menschen, der diese niederdrückende, quälende, schmachvolle Furcht vor dem Leben überwunden hat. Darum nimmt Gorkij für ihn Partei. Die Vagabunden und das Vagabudentum verdeckten zu Beginn seiner litterarischen Laufbahn gleichsam das ganze russische Leben vor ihm, und er kehrt hartnäckig zu seinen barfüssigen Helden zurück, von ihrer bald sonderbaren, bald tiefen Psychologie mächtig angezogen. Die „Ansässigen“ berührt seine Feder nur flüchtig, — und wenn er sie einmal zeigt, dann in sehr wenig vorteilhaftem Lichte.

Man höre einmal den rohen, ungebildeten Sereschka in der Erzählung Malwa. „Ach, ihr . . . ihr dummen Erdfresser! Keinen Teufel könnt ihr im Leben begreifen . . . Für euch mögen beim Weibe nur die Brüste fett sein . . . und ihren Charakter, den habt ihr nicht nötig. Und in dem Charakter liegt doch der ganze Wert des Menschen . . . Ein Weib ohne Charakter — ist wie Brot ohne Salz. Kannst du ein Vergnügen haben mit so einer Balalaika, die keine Saiten hat? . . . Hund! . . .“

Jedem seiner Barfüssler giebt Gorkij die Möglichkeit, seine besten Seiten zu zeigen und — wenn auch nur auf einen Moment — zu wahrer Grösse emporzuwachsen. Im Dasein der Barfüssler findet er nicht nur etwas Wertvolles, sondern auch eine eigenartige Schönheit. Für Malwa besteht diese Schönheit darin, dass sie „ihre eigene Herrin“ ist, desgleichen für den gutmütigen Soldaten in der Steppe. „Ich liebe dieses Wanderleben, Freund. Man friert, leidet auch Hunger, aber sehr frei ist man . . . Du hast keinen Vorgesetzten . . . Du bist selbst Herr deines Lebens . . . Wenn du dir auch den Kopf abbeisst — niemand kann dir ein Wort sagen . . . Einfach erledigt . . . Ich habe diese Tage gehungert, gewütet . . . jetzt liege ich da und schaue den Himmel an . . . Die Sterne blinzeln mir zu . . . als ob sie sagen wollten: Thut nichts, Lakutin, marschiere nur los auf der Erde und gib niemandem nach . . . N-ja . . . Und wohl ist's mir ums Herz . . .“

Wie gut es auch dem Barfüssler auf einer Stelle gehen mag, so kommt es doch früher oder später zu einer „Explosion“ — er verlässt sein warmes Nest, seinen Posten, seine Geliebte und beginnt von neuem — schmutzig und hungrig — sein zweckloses Umherirren. Alles Feststehende, Beständige weckt

in ihm Trauer, Verachtung und schwere Beklommenheit, die er entweder durch Schnaps zu betäuben oder durch Herumstreichen in der Steppe zu zerstreuen sucht. Wie ein Wurm nagt an ihm die Wanderlust, die Sucht nach Abwechslung, und obgleich er im tiefsten Innern fest überzeugt ist, dass er nie und nirgends etwas Neues und Interessantes finden werde, so zieht's ihn doch immer fort, in die unbekannte Ferne hinaus, hinter diese den Horizont verdeckenden Berge, dorthin, wo die Sonne aufsteigt oder wo sie verschwindet. Schliesslich wird das Vagabundieren natürlich Gewohnheitssache, aber ursprünglich ist das Vagabunden- und Barfüßlertum von Gorkijs Standpunct aus eine Elementarerscheinung. Er zeigt uns, wie verbreitet und unbezwinglich sie ist, und wird sogar von ihrer eigenartigen Schönheit hingerissen, macht aber nur schwache Versuche, uns die Ursachen dieser Erscheinung aufzudecken.

Weder ein Leben in der Stadt, noch ein solches im Dorfe, noch ein Dasein bei vorgeschrittener oder sich erst entwickelnder Cultur kann einen „echten Menschen“ befriedigen, weil er sich überall in Fesseln fühlt. Das ist ein Durst nach Freiheit, der mit Elementargewalt hervorbricht, nach einem Losreissen von allen Verbindlichkeiten, allen gesellschaftlichen Beziehungen, der Hang nach Freiheit um ihrer selbst willen, nach einer Freiheit, die nicht formuliert wird und nicht formuliert zu werden braucht . . .

Der Barfüßler ist ein Mensch, der fliehen möchte, fliehen vor allem Festen, Bestimmten, Gewöhnlichen. Was treibt ihn denn von Ort zu Ort? Als Antwort auf diese Frage entrollt sich vor uns die interessante Psychologie des elementaren russischen Lebens, eines Lebens, welches noch immer im Dunkeln verläuft, wo das Bewusstsein nur schwach functioniert und häufig nicht weiss, wie es sich bethätigen soll.

Diese dumpfe Unzufriedenheit, diese elementare Friedlosigkeit, über die der mit ihr Behaftete sich keine Rechenschaft ablegen kann, diese Sehnsucht, die augenscheinlich keinen realen Grund hat, tritt vielleicht am deutlichsten bei Foma Gordjew zu Tage, dem Helden der gleichnamigen Novelle von Gorkij.

Man sollte meinen, der junge, schöne Millionär Foma könnte, wenn nicht glücklich, so doch wenigstens zufrieden sein. Aber selbst die blosse Zufriedenheit wird ihm nicht zu teil. Nachdem er sein Geschäft, den Handel, aufgegeben und sich von seiner Classe losgesagt hat, nachdem er sich in seinen Herzensneigungen mehrmals gröblich betrogen gesehen hat, wird ihm schliesslich alles gleichgiltig, er beginnt zu trinken und verwandelt sich in einen Narren und Idioten. In Foma Gordjew lässt Gorkij ganz besonders deutlich die mystischen Elemente der Barfüßlernatur hervortreten. Das ist der unklare Durst nach absoluter Wahrheit, absoluter Gerechtigkeit und absoluter Wahrhaftigkeit in den Beziehungen der Menschen zu einander.

Seiner ganzen Anlage nach, die ihn zu Compromissen unfähig macht, ist Foma ein Barfüßler und Proletarier, ungeachtet seiner Millionen, ein Barfüßler, dem russischen Boden entsprossen, d. h. ein Mensch, der nicht nur dem Kampfe nicht gewachsen ist, sondern sogar mit einer Art Wollust seinen eigenen Untergang beschleunigt. Dieser Untergang lockt ihn wie ein Abgrund, in den er jeden Augenblick hinabschaut. Und er fühlt dabei, wie ihm der Kopf schwindelt, wie unruhig sein Herz pocht, wie die Brust sich ihm zusammenschnürt. Die Versuchung, sich kopfüber hinunterzustürzen, um dort unten etwas Unbekanntes; im Leben Unerreichbares zu finden, bemächtigt sich seiner mit elementarer

Gewalt. Ist er doch schrecklich einsam. Diese Einsamkeit foltert ihn, wühlt in seinem Herzen, reißt ihn in Stücke. Er wendet sich vergebens an die Menschen mit Stöhnen und Flehen um Liebe, um Rat und Aufklärung . . . Die Menschen bleiben taub und stumm.

Es ist überaus schwer, die realen Ursachen zu bestimmen, die einen Menschen zum Barfüßler machen. Der Westeuropäer darf sich nicht wundern, wenn von einem einigermaßen vernünftigen Standpunct aus alle realen Ursachen schliesslich durch nichts begründet und unzulänglich erscheinen und als Basis des Barfüßlertums nur der Satz gelten wird: „So . . . die Sehnsucht hat mir's Leben vergällt“. Die Sache ist die, dass es sich hier um eine elementare Erscheinung handelt, deren Wurzeln im Nationalcharakter und in der Geschichte des russischen Volkes zu suchen sind. Es muss bei ihrer Beurteilung natürlich auch der Druck der Staatsgewalt, die traurige Eintönigkeit des kleinbürgerlichen Lebens in Betracht gezogen werden, ferner der Umstand, dass die russische Obrigkeit alles thut, um jegliches Band zwischen den Menschen zu zerstören und diese Menschen hoffnungslos und einsam zu machen. Aber das ist noch nicht alles. Es finden sich noch Ueberbleibsel von Rassen- und historischen Elementen, die zum Barfüßlertum drängen. Im Anwachsen des Proletariats, in der Complicirtheit des Lebens im allgemeinen, findet dieser Drang einen günstigen Nährboden; und darum hat Gorkij recht, wenn er behauptet, das Barfüßlertum sei eine sociale Erscheinung geworden und die Barfüßler bilden eine Classe für sich.

„So . . . die Sehnsucht hat mich dahin gebracht“ — dieses Motiv wiederholt sich in den meisten Erzeugnissen Gorkijs. Das ist das Leitmotiv seiner Barfüßlerpsychologie, ohne sie indessen ganz zu erschöpfen, da für die mannigfaltigsten Variationen ein weiter Spielraum bleibt. Diese Variationen wären noch mannigfaltiger, wenn das Bewusstsein der Barfüßler nicht so dumpf und ihre Gedanken nicht so schwer zu formulieren wären. Bei Konowalow findet sich dieses Leitmotiv beinah in seiner reinsten Form, bei den anderen Barfüßlern kommen noch mystische Elemente oder die Entrüstung über die realen Verhältnisse und den Druck des Lebens hinzu.

Die Gorkijschen Barfüßler sind eher ein Product des Nichtsattessens, als der Uebersättigung, und darum treten sie allen Dürstenden und Schmachttenden noch näher. In ihnen glüht Zorn gegen das Leben, Verachtung gegen das Conventionele der gewöhnlichen sogenannten gesicherten Existenz, ihr Hass gegen das Leben beschränkt sich aber bloss auf seine spiessbürgerlichen Elemente, denn sonst sind die Barfüßler von einem grossen, ja, gierigen Lebensdurst erfüllt. Oft nimmt dieser Lebensdurst unter der wunderbaren sympathisierenden Feder des jungen Dichters eine sehr schöne, selbst zarte Form an. In der Erzählung Bolesj schreibt die arme Prostituierte Briefe an einen eingebildeten Liebhaber, obwohl sie sehr gut weiss, dass er gar nicht existiert. Aber sie hat nichts weiter im Leben. Die Wirklichkeit hat ihr alles geraubt, was das menschliche Dasein verschönt, und diese Briefe geben ihr die Illusion, schaffen ihr eine besondere phantastische Welt, in der sie sich geliebt und Frau und Mutter fühlt. Das zeigt, dass Gorkij in seinen Helden nicht nur Unglückliche und Elende sieht, sondern auch Menschen mit Forderungen, die die Wirklichkeit nicht zu befriedigen vermocht hat. Sie klammern sich an jeden Traum, jedes Trugbild, jede Illusion, die ihr Leben ausfüllen und ihren keuschen, religiösen

Forderungen entsprechen könnte. Dieses Thema hat Gorkij in einer seiner schönsten Erzählungen: Sechszwanzig und eine — die im vorigen Jahrgang der Socialistischen Monatshefte deutsch erschienen ist — behandelt. Eingesperrt in einem dunklen feuchten Kellerloch, im Banne einer verhassten Arbeit, zerfressen von Syphilis, Ausschlag und anderen hässlichen Krankheiten, vergessen diese Menschen dennoch nicht, dass sie Menschen waren, und schmachten nach einem Sonnenstrahl, der ihr düsteres Leben erhellen soll. Und als sie diesen Sonnenstrahl in Gestalt eines armen Stubenmädchens gefunden, umgeben sie ihn mit einer geradezu religiösen Verehrung, behüten ihn voller Keuschheit selbst in ihren Gedanken vor Schmutz. Das ist ein echter Mariencultus. Was diese Menschen Gorkij und uns vor allem anziehend macht, das ist ihr Lebensmut, der zu einer Zeit besonders ins Auge fällt, da jedem gleichsam auf der Stirn geschrieben steht: Wenn du das Leben geniessen willst, sei vorsichtig! — wo die Furcht, die qualvolle, erniedrigende Furcht, früher oder später alles zu verlieren, jeden von uns verfolgt. Diese Parias kennen keine Furcht, kennen nicht die erniedrigende Sorge um die Zukunft, sie haben die grosse Kunst erlernt, alles Schöne des Augenblicks zu geniessen. Sie sind unbesiegbar. Von keiner Versuchung werden sie sich bestechen lassen, keine Macht wird sie beugen, nie und nimmermehr wird ihnen ein Wort der Lüge, der Unwahrheit und Heuchelei entrongen werden, denn sie kennen keine Furcht. Sie haben nichts zu verlieren: denn sie tragen alles in sich, diesen einheitlichen Geist, der die Nichtigkeit des Lebens, das Nichtige und Qualvolle aller menschlichen Neigungen begriffen. Sie sehen vor sich einen bald feigen, bald erbitterten Kampf um die Freuden des Daseins, sie sehen Menschen mit von Gier, Hass und Neid entstellten Zügen vorüberhasten und stehen abseits von diesem Treiben, voll Stolz und hochmütiger Verachtung auf dasselbe herabschauend.

* * *

Gorkijs Barfüßler ist das Symbol^{*} des unbefriedigten rebellischen Geistes, welcher den Menschen vor dem Schmutz und der Gemeinheit des Lebens zurückbeben und ihn im Kampfe mit dieser Gemeinheit all seine uncultivierten, undisciplinierten, wilden, aber kolossalen Kräfte anspannen lässt. Gorkij ruft uns nicht mit sich, giebt uns nichts Positives, keine Philosophie und keinen Lebenscodex, aber belehrt durch das Leben und die Vergangenheit der russischen Litteratur, durch die Predigten des Grafen Tolstoj, der im Grunde genommen auch eine Barfüßlernatur ist, haben wir dieses Aufstöhnen eines kühnen, heroischen Geistes verstanden, der in den engen Fesseln des grauen Alltagslebens schmachtet, und ihm all unsere Sympathie geschenkt. Der Umstand, dass in jedem Russen, sei er auch noch so gebildet, ein Stück Barfüßler, ein Stück Michail Bakunin — obwohl nur eines theoretisierenden Bakunin — steckt, hat es uns ermöglicht, Gorkij so schnell zu enträtseln und uns so tief von seiner Stimmung durchdringen zu lassen. Und seine junge, schöne Romantik, die in unserer Litteratur eine so glückliche Ausnahme bildet, hat uns diese Aufgabe erleichtert. Gorkij hat uns von der Freiheit erzählt, von der Möglichkeit eines Freiseins selbst unter dem Drucke unserer spießbürgerlich werdenden Zeit, er hat uns unsere Friedlosigkeit veranschaulicht, unsern ohnmächtigen Protest, unsere Feigheit, die sich ihrer selber schämt — was Wunder, dass er unsere Liebe gewonnen?

Rundschau.

Oeffentliches Leben.

Politik.

Die Absicht des Reichskanzlers, den Entwurf des neuen Zolltarifs möglichst spät in die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen, hat sich glücklicherweise nicht durchführen lassen. Durch Vertrauensbruch eines Beamten kam der Tarifentwurf in den Besitz einer ausländischen Wochenschrift und wäre zweifellos von dieser publicistisch verwertet worden. In den officiellen Kreisen Berlins erfuhr man die Verhökörung des Entwurfes und beeilte sich, einer unrechtmässigen Veröffentlichung zuvorzukommen. Am Abend des 26. Juli brachte der Reichsanzeiger den Wortlaut des Entwurfes in besonderer Beilage. Schlimmgenug ist es, wenn das deutsche Volk die Kenntnis über die wichtigsten und eingehende Kritik fordernden Gesetzesvorlagen unlautern Manövern zu danken hat. Der Entwurf enthält wesentliche Erhöhungen der bestehenden Zölle, ganz besonders eine Steigerung der Getreidezölle, die nach unten hin in Form eines Minimaltarifes gesetzlich gebunden werden sollen. Auch die Sätze des Minimaltarifes sind noch so hoch, dass sie im Durchschnitt aller Getreidearten die höchsten überhaupt existierenden Getreidezölle repräsentieren. Der Entwurf wird in der politischen Tagespresse, in Versammlungen von wirtschaftlichen Körperschaften und der Fachpresse lebhaft erörtert und kritisiert. Während die liberale und socialdemokratische Presse den Entwurf grundsätzlich bekämpfen, finden sich innerhalb der agrarisch gesinnten Presse Stimmen, denen die schutzzöllnerische Ausgestaltung des Tarifs noch lange nicht weit genug geht. Das ausschlaggebende Centrum scheint, den Zeitungsstimmen nach zu urteilen, den Entwurf in der Hauptsache zu billigen. Auch ein erheblicher Teil der nationalliberalen Partei will für höhere Getreidezölle und ihre Bindung nach unten eintreten. In den breiten Schichten der Bevölkerung zeigen sich Anfänge einer lebhaften Bewegung gegen den Tarif, die auch in den von der socialdemokratischen Partei in Umlauf gesetzten Petitionen ihren Ausdruck findet. Auf die Behandlung der Vorlage im Bundesrat ist keine Hoffnung zu setzen. Von dort wird vielmehr der Entwurf so an den Reichstag gelangen, wie er jetzt aussieht. So wird also der Reichstag die einzige Instanz sein, wo noch wesentliche Aenderungen an der Vorlage vorgenommen werden können. Was

ist nun dem Entwurf gegenüber, so wie er von der Reichsregierung vorgelegt wird, in erster Linie zu thun? Der Entwurf ist durch und durch auf Vorarbeiten und Erhebungen aufgebaut, die einseitig schutzzöllnerischen Charakter tragen. Seit Anfang 1897 werden die Vorarbeiten zu dem Tarife betrieben. Der Beirat der Regierung war in einseitigster Weise zusammengesetzt. Wichtige Factoren des deutschen wirtschaftlichen Lebens sind nicht gefragt, nicht gehört und erst recht nicht berücksichtigt worden. Nach vierjähriger Vorarbeit kam der Entwurf zu stande, auf dessen Grund die handelspolitische Zukunft des Deutschen Reiches aufgebaut werden soll. Angesichts dieser Entstehungsgeschichte des neuen Tarifs hat der Reichstag, der in diesem Reichstag eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands erblickt, die Pflicht, darauf zu dringen, dass die einseitigen Vorarbeiten und Erhebungen so ergänzt werden, dass auch die bisher nicht berücksichtigten Kreise des deutschen Erwerbslebens gehört werden. Die vom Reichsamt des Innern vorgenommenen Productionserhebungen können für den Reichstag gleichfalls nicht massgebend sein; auch sie bedürfen zum mindesten einer sachlichen Controle und Ueberarbeitung durch das Kaiserliche Statistische Amt. Kurz gesagt: nachdem die Reichsregierung vier Jahre lang den Tarif in tendenziöser und agrarisch zugespitzter Weise vorbereitet hat, wird der Reichstag die Regierung ersuchen müssen, den Fehler der letzten vier Jahre dadurch wieder gut zu machen, dass noch ergänzende Vorarbeiten und Erhebungen in Angriff genommen werden um für die Entscheidung des Reichstages einwandfreie und objectiv gehaltene Unterlagen zu gewinnen. Das Material, das die Regierung gegenwärtig dem Reichstage unterbreiten kann, ist dermassen unfechtbar und ungenügend, dass sich die Opposition gegen den neuen Tarif einer Pflichtverletzung schuldig machen würde, wollte sie nicht alles daran setzen, für die Begründung eines neuen Zolltarifes auf die Vorlegung von wissenschaftlich unanfechtbarem und tenzfrei Material zu drängen.

*

Ein recht unerfreuliches Zeichen für den Kampf gegen den neuen Zolltarif bildet die Reichstagswahl in Memel - Heydekrug. Das Schlimmste ist lange nicht, die Thatsache, dass der agrarische Candidat in der

Stichwahl gewählt worden ist; viel böserartiger war das Verhalten des Freisinns vor der Stichwahl. Das freisinnige Wahlcomité gab die Wahl frei und bekundete damit, wie wenig Verlass auf den Ernst der freisinnigen Opposition gegen die Agrarier ist. Denn wenn man schon das Verhalten des freisinnigen Wahlcomités im Wahlkreise Memel-Heydekrug übersehen könnte, so musste man doch bedenklich werden, als das Organ des Abgeordneten Richter, die Freisinnige Zeitung, die Taktik des parteigenössischen Wahlcomités ausdrücklich billigte. Die Freisinnige Zeitung findet in den socialdemokratischen Angriffen auf den freisinnigen Kandidaten vor dem ersten Wahlgang ein das Verhalten des liberalen Wahlcomités rechtfertigendes Motiv. Nach solchen Angriffen sei Wahlfreiheit geboten gewesen. Wir sind erstaunt, in dem Organe eines alten und erfahrenen Politikers eine derartige Ausrade zu lesen. Dass eine sachliche Erwägung dazu führen musste, im jetzigen Kampfe gegen eine agrarische Zollpolitik in der Stichwahl den socialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen, das ist so einwandfrei, dass es einer weiteren Erläuterung gar nicht bedarf. Wenn trotzdem von freisinniger Seite anders gehandelt und das abweichende Verfahren von dem ersten Parteiorgan gutgeheissen wird, so muss man sich eben allen Ernstes fragen, ob man auf die sachliche Opposition der freisinnigen Volkspartei gegen die zollpolitischen Pläne der Regierung viel geben kann.

*

Nach dem Finalabschlusse der Reichshauptcasse für das Rechnungsjahr 1900 erscheint die Finanzlage des Reiches weit unbefriedigender, als man nach den Auslassungen des Reichsschatzsecretairs im vorigen Winter bisher noch angenommen hatte. Gerade im Hinblick auf die Versicherungen des Freiherrn von Thielmann über die finanziellen Ergebnisse des Etats für 1900 hat der Reichstag seiner Zeit sich bestimmen lassen, das Flottengesetz anzunehmen. Die damals in feierlichster Weise abgegebene Erklärung des Reichsschatzsecretairs in der Sitzung vom 11. December 1899 lautete: „Wenn wir demgegenüber die Entwicklung der Einnahmen des Reiches durch die letzten Jahre verfolgen, so ist die Erwartung berechtigt, dass diese Steigerung sich aus den natürlichen Mehrerträgen der laufenden Einnahmen wird decken lassen, und der heute zum ersten Male besprochene, Ihnen seit einigen Tagen vorliegende Etatsentwurf für 1900 bestätigt diese Auffassung.

Wir haben die Einnahmequellen nach den bisherigen soliden Grundsätzen, den Ihnen bekannten Durchschnittssätzen aus 24 Monaten, für die Getreidezölle aus 3 Jahren veranschlagt, und diese solide Veranschlagung hat bei den Zoll- und Steuereinnahmen einen Zugang von rund 51 Millionen für 1900 gegen 1899 gebracht. Ob diese Mehreinnahmen in so glänzender Weise wiederkehren werden, vermag heute niemand zu sagen. Ich bin weit entfernt, Ihnen zu versichern, dass wir jedes Jahr den Etat um 50 Millionen Mark werden erhöhen können. Nehmen Sie aber von den 50 Millionen nur die Hälfte, nehmen Sie noch einen kleineren Teil, so wird dieser kleinere Teil schon reichlich genügen, den alljährlich, wie eben skizziert, erwachsenden Mehrbedarf der ordentlichen Ausgaben für die Flotte in Höhe von $9\frac{1}{2}$ Millionen oder nicht ganz 10 Millionen zu decken. In dieser Hinsicht, meine Herren, ist kein Grund zu einer Besorgnis.“ — So sprach Herr von Thielmann, als er den Etat für 1900 vorlegte und die finanziellen Bedenken gegen das Flottengesetz verscheuchen musste. Nun, der Reichsschatzsecretair, der damals überall nur Ueberschüsse erblickte, rechnet heute mit Deficitsummen, die jährlich über 60 und 70 Millionen Mark hinausgehen. Schon die kühne Etatisierung für 1900, deren Solidität besonders hervorgehoben wurde, ergab so wenig ein annäherndes Bild der Gestaltung der Reichsfinanzen, dass wir heute, anstatt eines Ueberschusses, thatsächlich schon einen erheblichen Rückgang der Einnahmen gegenüber dem Etatsoll haben. Zölle und Tabaksteuer allein haben 7,5 Millionen Mark weniger eingebracht. Der eigene Haushalt des Reiches schliesst mit einem Fehlbetrag von beinahe 2 Millionen Mark, die Ueberweisungseinnahmen ergeben ein Minus von $6\frac{1}{2}$ Millionen Mark, und zur Anleihetilgung ist gar nichts übrig geblieben. Jetzt giebt die Presse aller Parteien die Parole Sparsamkeit aus und namentlich das Centrum sieht in diesem Finalabschluss eine Mahnung zur Sparsamkeit. Auch in der Berliner Ministerconferenz zur Vorberaterung des Zolltarifes hat man nach einer Aeusserung des württembergischen Finanzministers in der Kammer der Standesherrn den Gesichtspunct in den Vordergrund gerückt, in allen Reichsressorts auf möglichste Sparsamkeit zu drängen — eine Massnahme, die auch die Vertreter der Reichsressorts geschlossen in Aussicht genommen hätten. Diesen guten Vorschätzen ist so wenig zu trauen, wie den Prophezeiungen des Reichsschatzsecretairs im Jahre 1899, als er über die Entwicklung der Finanzen üppige Betrachtungen anstellte.

Richard Calwer.

Wirtschaft.

Die grosse Abrechnung über die Auswüchse der letzten Jahre setzt sich fort, wenn auch die Katastrophen im Augenblick etwas zurückgetreten sind.

Der Zusammenbruch der Casseler Trebertrocknungsgesellschaft zeigte die Gründungsthätigkeit der elektrischen Industrie in eigenartigem Lichte. Die Nürnberger Elektrizitätsactiengesellschaft, vormals Schuckert & Co., hat sich in dem abgelegenen Jaice in Bosnien mit nicht weniger wie 11 Millionen Mark engagiert. Die Casseler Gesellschaft hatte Bosnien mit ihrem berühmten oder auch berüchtigten Holzdestillationsverfahren beglücken wollen, und die Schuckert-Gesellschaft stürzte sich in Verbindung damit sofort auf die Erschliessung der dortigen natürlichen Wasserkräfte, auf die Ausstattung des hoffnungsvollen Erdwinkels mit den modernsten Licht- und Kraftquellen. Die Behandlung der Actionäre war gleichfalls eine eigenartige: man erwartete optimistische Bilder der Geschäftslage und setzte Dividenden und Tantiemen von stattlicher Höhe fest. Dann nahm man die Dividendenfestsetzung zurück, machte aber vor dem sauer verdienten Lohn der Aufsichtsräte Halt. Als die Actionäre ihrem empörten Gleichheits- und Gerechtigkeitsgefühl Luft machten, „stundete“ der Vorstand seine Tantiemeansprüche; schliesslich musste er sich doch dazu entschliessen, ganz und gar zu „verzichten“. Das Bedenklliche ist nun, dass das einmal geweckte Misstrauen gegen die Offenheit der Leitung nicht mehr zur Ruhe zu bringen ist, dass immer neue Gerüchte über zweifelhafte Engagements auftauchen und Glauben finden, so dass die Opposition gegen die Verwaltung längst schon einen scharfen Vorstoss unternommen haben würde, wenn der Besitz der Schuckert-Actien nicht zumeist in kleinen Posten zerstreut, ein gemeinsames Vorgehen der Geschädigten oder sich geschädigt Fühlenden darum sehr schwierig wäre.

Kein grosses, aber ein sehr charakteristisches Ereignis war ferner gegen Ende Juli der Zusammenbruch der Actiengesellschaft Terlinden in Oberhausen. Die 3½ Millionen Mark Actien waren an der Börse noch nicht eingeführt. Dagegen wurde eine Obligationenschuld von 700 000 Mark und weiteren 2 Millionen Mark an der Berliner Börse gehandelt; aber auch das war wohl nur nominell, in Wahrheit sassen ein paar Banken, an der Spitze die Darmstädter Bank, auf dem wertlosen Unterpfande fest. Alleinherr war der Vorbesitzer geblieben,

der durch Vorlegung gefälschter Bücher und Bilanzen, durch unrechtmässige Ausgabe von Actien über den genannten Betrag hinaus und durch Wechselreiterei bei einer ganzen Anzahl von Banken und Banquiers Credite — wie man sagt: bis zu 10 Millionen Mark — erlangt hatte. Ein Bruder Terlindens stand in regem Geschäftsverkehr mit der Gesellschaft, bei dem er kaum schlecht fuhr. Ein Schwager lenkte den dreiköpfigen Aufsichtsrat, der es mit der Control: wohl nicht besonders schwer nahm. Am 22. Juli verduftete Herr Gerhard Terlinden. Doch seine Schulden folgten ihm nicht, blieben vielmehr an den gefälligen Banken hängen. „Das Bankhaus von Beckerath-Heilmann in Crefeld ist um etwa 1 300 000 Mark durch ihn geschädigt worden, so dass es gestützt werden musste; die Hannoversche Bank, der Barmer Bankverein sind mit verhältnismässig grossen, die Magdeburger Privatbank und der Dortmunder Bankverein mit geringen Summen beteiligt. Auch die Discontogesellschaft und die Norddeutsche Bank haben gegen Unterpand von Actien Acceptcredit gewährt, die Firma Robert Warschauer & Co. soll sogar in Höhe von über 1½ Millionen Mark bei nur teilweiser Deckung engagiert sein. Keine aller dieser Banken hatte von der wahren Lage der Terlinden-Gesellschaft eine Ahnung, keine hatte Vorsicht genug, die Verhältnisse dieses Unternehmens einer vorherigen sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Nachträglich verlautet nun, dass Grundstücke und Gebäude in der Bilanz weit überwertet waren, dass der ganze Jahresumsatz nur ca. 1 Million Mark betragen habe, dass die Dividenden nur dadurch herausgerechnet werden konnten, dass die Buchwerte um grosse Summen einfach erhöht wurden. In wenigen Tagen kommt man jetzt zu der Klarheit, die man vorher in Monaten und Jahren nicht erlangen konnte.“

Alle diese Banken wurden schwer geschädigt, das Crefelder Bankhaus von Beckerath-Heilmann liquidiert. Vorher schon hatte man durch eine „Hilfsaction“ die Rheinische Bank in Mülheim stützen müssen. Die Rheinische Bank war aus der Bankfirma Gustav Hanau hervorgegangen. Ein Sprössling dieses Hauses, Leo Hanau, war Vorsitzender des Aufsichtsrates und zugleich wüster Speculant in Kuxen, Teilnehmer an allerhand zweifelhaften Unternehmungen, wie Differdingen-Dannenbaum. Als ihn das Schicksal ereilte, waren Banken und Banquiers zu sehr beteiligt, um ruhig zusehen oder gar unerbitlich vorgehen zu können. Sie übernahmen gegen ihre Forde-

rungen den Hanauschen Gesamtbesitz an Effecten und Beteiligungen; es sollen insgesamt 9 Millionen Mark gewesen sein. Die Rheinische Bank war erklärlicherweise am stärksten in Mitleidenschaft gezogen. Der Curs ihrer Actien sank unter die Hälfte des Nennwertes. Endlich brachten beteiligte und andere Banken am 20. Juli einen Garantiefonds von 3 Millionen Mark für die schwebenden Wechselverbindlichkeiten auf.

Kaum war dieser Wetterwinkel vorläufig beruhigt, so kamen Unglücksnachrichten über das Breslauer Bankhaus Jac. Landau, dem man schliesslich ein Moratorium gewährte. Breslauer Disconto- und Nationalbank erfuhren starke Rückgänge an der Börse.

Dazu sind noch einige kleinere Unglücksfälle zu verzeichnen: so Mitte Juli die Schwierigkeiten einer grossen Hamburger Kaffeeschäl- und Sortieranstalt, welche durch gewagte Kaffeespeculationen entstanden waren und abermals durch Intervention von grossen und mittleren Banken beseitigt werden mussten.

Die Aufräumung des alten Unrates hat meist mit trostlosen Ergebnissen geendet. Der Gläubigerversammlung für die Leipziger Bank lag am 22. Juli folgende Aufstellung der Concursverwaltung vor:

Die Activen.

Wechsel	7 000 000	Mark.
Effecten	1 500 000	„
Cassa	8 200 000	„
Grundstücke . . .	2 400 000	„
Debitoren	26 700 000	„
	<u>45 800 000</u>	Mark.

Die Passiven.

Accepte	20 000 000	Mark.
Checkconto . . .	2 500 000	„
Bardeposite . . .	21 600 000	„
Creditoren . . .	40 000 000	„
Pensionsfonds . .	850 000	„
	<u>84 950 000</u>	Mark.

Danach stellt sich der Fehlbetrag auf ca. 40 Millionen Mark, so dass die Actionäre — das Actiencapital beträgt 48 Millionen Mark — wahrscheinlich so gut wie nichts erhalten werden. Eine sehr sachkundige Darstellung im Vorwärts bemerkt hierzu — es sei gestattet, diesen lehrreichen Beitrag zur Praxis der Gründungsbanken hier zu wiederholen: „Interessant ist ein Vergleich des von der Concursverwaltung aufgestellten Status mit dem am 26. Juni von der Direction vorgelegten. Nach letzterem betrogen die Activen an:

Wechseln	26 500 000	Mark.
Effecten	5 500 000	„
Cassabestand . . .	2 000 000	„
Grundstücken . . .	2 500 000	„
Debitoren	111 500 000	„
Pfändern	4 500 000	„
Consortialbeständen	7 000 000	„
	<u>159 500 000</u>	Mark.

Es nimmt also die Concursverwaltung den Wert des Wechselportefeuilles um $19\frac{1}{2}$ Millionen Mark, den Effectenbestand um 4 Millionen Mark und die Forderungen an Debitoren um beinahe 85 Millionen Mark niedriger an, als wie der nominelle Betrag lautet; während andererseits die Posten Pfänder und Consortialbestände ganz unberücksichtigt geblieben sind. Das beweist, da der Cassenbestand nur um 6,2 Millionen Mark gewachsen ist, also nur ganz geringfügige Realisationen stattgefunden haben können, dass die Leipziger Bank sich nicht nur mit einer Capitalsumme, die zu ihrem Actiencapital absolut in gar keinem Verhältnis steht, an der Casseler Trebertrocknungsgesellschaft beteiligt hat — nach Bericht des Concursverwalters beträgt die Summe 87 Millionen Mark —, sondern dass sie auch anderen Unternehmungen gegenüber in der Uebernahme von Wechseln und Effecten ausserordentlich wenig wählerisch vorgegangen sein muss, ebenso leichtfertig, wie bei der Vermehrung ihrer Accepte, die laut dem Status der Direction am 26. Juni dieses Jahres die recht ansehnliche Höhe von 29 Millionen Mark erreicht hatten.“

Noch toller war am 3. August der Bericht des Concursverwalters Justizrat Friess an die Gläubigerversammlung der Casseler Trebertrocknungsgesellschaft: Die Summen für das Bergmannsche Holzdestillationspatent und die daraufhin errichteten Fabriken seien so gut wie weggefallen; die Masse weise bis jetzt nur einen flüssigen Bestand von 723 906 Mark auf; „die Buchungen sind derartig verwirrt und von einem Conto auf das andere durch-einandergeworfen, dass es ausserordentlich schwer fallen wird, die Zahlen auf das richtige Verhältnis zurückzuführen. Es macht fast den Anschein, als sei es beabsichtigt, das wirkliche Bild zu verwischen. Von dem ganzen Betrage der Aussenstände, besonders soweit es die Tochtergesellschaften und sonstigen Gründungen anlangt, dürfte wohl nur wenig flüssig zu machen sein. Das Geheimhauptbuch zeigt einen geradezu unheimlichen Hexentanz von Zahlen, welche sich in vielen Fällen in Millionen bewegen“ etc.

Nun kündigt aber soeben (9. August) die Neue Bayerische Landeszeitung einen neuen Finanzscandal an. Das Blatt lässt durchblicken, dass die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in die verfahrenere Lage der Schuckert-Gesellschaft verwickelt sei. In den Rechenschaftsberichten dieser Bank befindet sich seit etwa 15 Jahren unter Effectenconto folgender Passus: „Unter den Beständen dieses Contos übersteigen nachfolgende Effectengattungen die Summe von 300 000 Mark.“ Dann sind circa sechserlei erstclassige Anlagewerte aufgeführt, z. B. 4procentige Bayerische Staatsobligationen, 4procentige Bayerische Prämienanleihe, 4procentige Reichsanleihe, 4procentige Preussische Consols, 4 $\frac{1}{2}$ procentige Deutsche Reichsbankanleihe, 4procentige Notenbankanleihe, 4procentige Pfandbriefe eigener Emission. Auffallenderweise enthält der letzte Rechenschaftsbericht pro 1900 weder diesen Passus, noch eine Specialisierung des Effectenbestandes. „Sollte da nicht ein erklecklicher Posten Schuckert-Actien enthalten sein?“ fragt die genannte Zeitung. Und dann fügt sie hinzu: Wenn das bayerische Ministerium hierüber nicht Aufschluss erteilen lassen wolle, dann werde sie mit weiteren Artikeln herausrücken. Wir sind also noch lange nicht an einem Ruhepunkt in den „Börsenergebnissen“ angelangt.

Der Deutsche Oekonomist veröffentlicht seine Zusammenstellung der Neugründungen von Actiengesellschaften im ersten Halbjahr 1901. Es ergibt sich daraus ein starker Rückgang gegen das Vorjahr:

Gewerbebezeichnung	Zahl der Neugründungen		Capital in Millionen Mark	
	1900	1901	1900	1901
Bergbau, Hütten u. Salinen . .	6	4	10,07	9,70
Steine u. Erden	21	11	16,19	11,32
Metallverarbeit., Maschinen . .	35	12	65,75	13,78
Elektricitätsind. .	10	5	17,77	3,94
Chem. Industrie	6	8	7,85	3,09
Textilindustrie .	12	5	20,77	8,70
Papier, Leder, Holz etc. . . .	9	4	10,41	3,80
Nahrungs- und Genussmittel .	23	14	15,83	10,78
Baugewerbe . . .	18	4	27,00	3,78
Polygr. Gewerbe	3	1	3,15	0,10
Transportanstalt.	9	5	13,77	16,43
Beherbergung u. Erquickung . .	2	2	3,14	0,47
Diverse	6	10	2,18	3,60
Zusammen	160	85	213,88	89,49

Kurze Chronik. Der deutsche Aussenhandel zeigt nach der Reichsstatistik im ersten Halbjahr eine starke Einbusse in Einfuhr wie Ausfuhr. Die Ausfuhr war der Menge nach um 8 Mill. Doppelcentner und dem Werte nach um 17,4 Mill. Mark geringer, als in der ersten Hälfte des Vorjahres. *Max Schippel.*

Socialistische Bewegung.

Ein interessantes Symptom für die steigende Achtung, deren sich die österreichische Socialdemokratie auch bei einsichtigen bürgerlichen Politikern erfreut, wird aus Kärnten berichtet. Bisher waren dort, wie in den übrigen Kronländern Oesterreichs, die Arbeiter vom Landtagswahlrecht ausgeschlossen. Nunmehr hat der Landtag einen Antrag des Abg. Ghon (Deutsche Volkspartei) zum Beschluss erhoben, wonach den bestehenden drei Wählerclassen eine vierte hinzufügt werden soll, in welcher alle grossjährigen Staatsbürger wahlberechtigt sind, sofern sie nicht in einer anderen Classe das Wahlrecht besitzen (Letztere Bestimmung contrastiert wohlthuend mit dem Reichsratswahlrecht.) Zur Begründung seines Antrages sagte nun Abg. Ghon: „Ich sehe nicht ein, wenn man schon das Curien-system aufrechterhalten will, warum man den Arbeitern und jenen Steuerträgern, die weniger als acht Kronen zahlen, nicht auch eine eigene Curie schaffen will. Sie sind ja doch die Majorität der Wähler, und sie zahlen die grössten Beträge an indirecten Steuern. Es ist vollkommen ungerecht, wenn man sie in der vierten Curie von der privilegierten Curie niederstimmen lassen soll. Ich sehe auch gar nicht ein, warum nicht drei oder vier von ihnen unter uns sitzen sollen, um zu beraten. Das Volk soll mit uns beraten, um zu sehen, wie schwer die Mittel aufzubringen sind für die Erfordernisse des Landes. Socialdemokraten sollen hier sitzen, sie sollen mitberaten...“ Die praktische Bedeutung dieser Wahlreform, die übrigens noch der Bestätigung durch das Ministerium bedarf, ist allerdings recht gering. Es handelt sich im ganzen um drei Mandate, und da Stadt und Land gemeinsam wählen, so dürfte höchstens eines davon einem Socialisten zufallen. —

Ein anderer erfreulicher und relativ neuer Zug ist das Wachstum der Abstinenzbewegung innerhalb der österreichischen Socialdemokratie. Speciell in Wien, wo schon seit ein paar Jahren eine namhafte Abstinenzbewegung unter den socialdemokratischen Arbeitern bestand, wurde dieselbe durch den Antialkoholcongress,

sowie durch das freimütige Bekenntnis Victor Adlers zur Abstinenz nicht wenig gekräftigt. Auch in Graz wird ein Verein abstinenten Arbeiter gegründet. *Ladislau Gumpłowicz.*

*

Als das bedeutsamste Ereignis der Jahresconferenz der Social Democratic Federation, die in der Hälfte des August stattfand, kann Hyndmans Rücktritt angesehen werden. Der Mitbegründer und bisherige geistige Führer der Federation hat seinen Sitz im Vollziehungsausschuss dieser Körperschaft niedergelegt. Er begründet diesen Schritt in einer Zuschrift an die Jahresconferenz der Federation mit einem Hinweis auf die geringen Erfolge der zwanzig Jahre Agitation, die nun hinter ihm liegen. Er, als „Angehöriger der hochgebildeten wohlhabenden Classen“, sei von dem „Stumpsinn und mangelnden Classenbewusstsein der englischen Arbeiter“ schwer enttäuscht. Die Mitglieder der Federation ihrerseits hätten es wiederholt an der nötigen Steigkeit in der Arbeit fehlen lassen, so dass die Früchte ihrer Propaganda anderen zugefallen seien. Unter diesen Umständen wünsche er, vorerst der Bewegung eine Zeit lang von aussen zuzuschauen. Sobald sich aber die Möglichkeit einer erspriesslichen revolutionären Thätigkeit biete, sei er bereit, wieder mit den alten Kampfgenossen den Kampf für den Sturz der jetzigen corrupten Regierungen und die Errichtung eines socialistischen genossenschaftlichen Gemeinwesens aufzunehmen.

Man kann es niemand übel nehmen, wenn er nach zwanzigjähriger, mit wenig Genugthuung verbundener Arbeit an der Front das Bedürfnis nach einer Ruhepause empfindet. Davon abgesehen, klingen jedoch die Gründe Hyndmans für seinen Rücktritt nicht gerade überzeugend. Die englischen Arbeiter erangeln durchaus nicht des Classenbewusstseins, sie sind auch von der socialistischen Propaganda keineswegs unberührt geblieben. Was ihnen aber meist noch fehlt, ist das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Socialdemokratie und das taktische Geschick ihrer Führer. Die Ueberwindung dieses Misstrauens ist eine langwierige Arbeit, aber sie ist nicht hoffnungslos. Beweis u. a. John Burns, der seinen Parlaments- und Grafschaftsratssitz in drei Wahlkämpfen siegreich behauptet hat, Keir Hardie, der jetzt zum zweiten Mal ins Parlament eingezogen ist, Sidney Webb, den der Arbeiterbezirk Deptford mit steigenden Mehrheiten in den Grafschaftsrat entsendet. Hyndman hat die Taktik dieser Männer stets heftig bekämpft und sogar als verrätherisch hingestellt. Man wird aber annehmen müssen, dass seinem Urteil eine ebenso starke Ueberhebung des Classengeistes der englischen

Arbeiter zu Grunde lag, wie sein Rücktritt schreiben die Unempfänglichkeit der englischen Arbeiter für die socialistische Propaganda übertreibt. Vielleicht lässt ihn die Musse, die er sich jetzt auferlegt hat, ein objectiveres Urteil über die Fragen der socialistischen Taktik gewinnen. *Eduard Bernstein.*

*

Mit der Agranfrage in Frankreich sind die französischen Socialisten jetzt wieder stärker beschäftigt. Genosse Jaurès, unzweifelhaft eine Autorität auf diesem Gebiet, giebt uns einen schätzenswerten Aufschluss über den gegenwärtigen Stand der ländlichen Bewegung. Die ökonomische Entwicklung tritt auf dem Lande nicht in derselben Form auf, wie in der Stadt. Erstens geht die ländliche Bevölkerungszahl zurück, während die industrielle und städtische Bevölkerung stetig anschwillt. Was aber der Sache erst ihre volle Bedeutung verleiht, ist der Umstand, dass vorwiegend das ländliche Proletariat von der Abnahme betroffen wird. Die Besitzlosen, die Tagelöhner, die Pächtersöhne wandern in Massen der Stadt zu, die Kleinbauern aber sind inniger mit ihrer Scholle Erde verwachsen. Und da bei letzteren sich immer mehr das Ein-Kindersystem einbürgert, so macht sich kein Versinken dieser Elemente in das Proletariat mehr bemerkbar. — Die Maschine erzielt auf dem Lande gerade die gegenteilige Wirkung wie in der Stadt. In der Industrie setzt die Maschine vorübergehend Arbeitshände „frei“, um bald hinterdrein neue Betriebsformen ins Leben zu rufen: in dem Masse als sich der Maschinismus entwickelt, vermehrt sich auch die Arbeiterbevölkerung. Die Kleinhandwerker verwandeln sich allmählich in Proletarier, die Wirkung der Maschine läuft daher auf ein Anwachsen des Industrieproletariats hinaus. Auf dem Lande dagegen wird die Einführung des Maschinenwesens (Säe-, Mäh- und Dreschmaschine) von einer Eliminierung von Proletariern begleitet. Die Kleinbauern sind nicht, wie die Handwerker, dem Proletarisierungsprocess unterworfen. In der Landwirtschaft passt sich die Maschine immer mehr den kleinbäuerlichen Verhältnissen an, und weit davon entfernt, den Kleinbesitz zu ruinieren, enthebt sie ihn vielmehr der Spesen für die Handarbeit, deren Anwendung während der Erntezeit unerlässlich ist. In der Decimierung des ländlichen Proletariats findet infolgedessen die Ausdehnung des Grossgrundbesitzes ihre natürliche Grenze. Dies erklärt zur Evidenz den Stagnationszustand des ländlichen Besitzes in Frankreich. Gabriel Deville kommt in einem vortrefflichen Aufsatz über den Grundbesitz zu dem Schlusse, dass sich das

Concentrationsgesetz auf dem Lande nur sehr langsam Geltung verschafft. Viele Umstände scheinen im Sinne des Grossgrundbesitzes wirken zu müssen. So ist es z. B. nicht wegzuleugnen, dass die ländlichen Capitalisten einen, wenn auch kleinen, Teil ihres wachsenden Vermögens in Ländereien anzulegen sich befehligen. Ferner werden verschiedene landwirtschaftliche Productionszweige zusehends industrialisiert, so die Runkelrübenkultur. Aber in sehr vielen Gegenden neutralisieren die Ausmerzungen der Handarbeit und das Zurückgehen der Zahl der ländlichen Lohnarbeiter alle diese Entwicklungskräfte des Grossgrundbesitzes. Letzterem müssen notwendigerweise stets Arbeitshände zur Verfügung stehen. Nun giebt es aber ganze Gegenden, in welchen die Tagelöhner vollkommen verschwunden sind, in welchen die Pächterfamilien gerade stark genug sind, um der Ausbeutung der capitalistisch betriebenen Domänen zu genügen und wo die Kleinbauern, die nur ein Kind besitzen, niemals ihre Arbeitskraft vermieten, sondern ihre Thätigkeit auf ihr Fleckchen Land beschränken. Dies verhält sich buchstäblich so auf dem Plateau von Albi (Südfrankreich).

Die socialen Consequenzen, welche Jaurès aus diesem wirtschaftlichen Stand der Dinge zieht, lassen sich kurz in folgendem resumieren: Es ist verfehlt, eine mächtige proletarische Bewegung in den Gegenden ins Leben zu rufen, wo die Substanz selbst, das ländliche Proletariat, in der Auflösung begriffen ist. Mögen auch die ziemlich zahlreichen Pächter schon von einem gewissen Classenbewusstsein inspiriert sein, mögen sie auch allmählich verstehen, dass eine sociale Organisation möglich ist, welche sie nicht mehr um die Hälfte der Bodenerzeugnisse bringt, so ist dieser Classeninstinct noch zu rudimentär, zu ungewiss, noch zu sehr mit ihm negierenden Gefühlen verbrämt. Diese Pächter gehören nicht in die Kategorie reine Proletariat, sie besitzen einen Teil des landwirtschaftlichen Capitals: Vieh, Maschinen, Dünger, Futtermaterial. Daneben erfreuen sie sich oft einer ziemlich grossen Freiheit in der Leitung des Betriebes. Hierzu tritt ein weiteres Moment. Den Ueberschuss an Producten bringen sie auf den Markt, und in diesem Punkte fällt ihr Interesse mit dem der Grossgrundbesitzer zusammen, nämlich die Preise für Vieh, Getreide und Wein genügend hochzuhalten. Ihre Augenblicksinteressen collidieren somit nicht mit den Interessen des Grundbesitzes; hierin liegt auch die Ursache, dass viele Pächter sich um das schutz-zöllnerische Banner scharen. Wenn nun auch die starken proletarischen Bewegungen

dort schwerer Wurzel fassen, als anderswo, so würden sie sich dafür, erst einmal einen soliden Stützpunkt gesichert, von ganz aussergewöhnlicher Wirksamkeit erweisen. Unter der Herrschaft chronischer Leutenot würden die vorhandenen Tagelöhner leicht die Oberhand bekommen; denn das Bleigewicht der Reservearmee, des Rettungsankers der capitalistischen Bourgeoisie, hängt nicht an ihren Füssen. Und wenn einige bekannte, geachtete Pächterfamilien, die en bloc zu ersetzen unmöglich ist, sich in den verschiedenen Gegenden verständigen würden, so würde die Bourgeoisie nicht umhin können, den Pächtern gewisse Concessionen zu machen. Sicherlich würden viele Grundbesitzer lieber auf jeglichen Landbau verzichten und ihre Domänen während eines Jahres brach liegen lassen, als ihre Zusammung zur Schmälerung ihrer Grundrenten zu geben. Dies aber würde wieder eine scharf zugespitzte ökonomische und sociale Krisis mit unabsehbaren Folgen heraufbeschwören. Die Verminderung des ländlichen Proletariats schliesst eine Gefahr für den capitalistischen Grundbesitz ein, genau so wie das Steigen und die Concentration des Industrieproletariats die Existenz des Industrieigentums bedroht. Auf beiden Seiten ist der Ausweg abgeschnitten, Rettung kann nur der Uebergang zu einer neuen Eigentums- und Gesellschaftsform bringen.

*

Kurze Chronik. Unseren französischen Genossen fielen bei den Generalratswahlen 43 Mandate zu (33 Hauptwahl, 10 Stichwahl). — Meinungsverschiedenheiten über die Taktik haben unter unserer italienischen Genossen in Mailand eine locale Spaltung herbeigeführt. Die „Ministerielle“: Turati, Masno, Anna Kulichoff u. a. m. beabsichtigen eine besondere Section der socialistischen Föderation zu gründen. — Der Socialdemokratie Norwegens gehören jetzt insgesamt 150 Organisationen an, 49 in Christiania mit 5760 Mitgliedern und 101 im Lande mit 5161 Mitgliedern, so dass die Partei insgesamt 10 921 zahlende Mitglieder hat. 49% der Organisierten sind Abonten des Parteiorgans Socialdemokraten. Dort, wo die Socialdemokratie mit selbständigen Wahlmännerlisten auftrat, gewann sie bei den Stortingwahlen 7013 Stimmen gegen 947 im Jahre 1897.

Oskar Petersson.

Gewerkschaftsbewegung.

Von den Vorgängen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung stehen zur Zeit die Kämpfe um das Coalitionsrecht zweier Organisationen im Vordergrund des all-

gemeinen Interesses: nämlich die Bewegung der Glasarbeiter und der Tabakarbeiter.

Die Glasarbeiter (Flaschenmacher) befinden sich seit Anfang August im Generalausstand, dessen Ausgangspunkte bekanntlich die Strikes in Schauenstein und Nienburg a. d. Weser sind. Der Urheber des Kampfes ist der „Glaskönig“ Heye, der sich offenbar bestrebt, die Eibschafft Stumms anzutreten. Er verlangt von den auf seinen Hütten beschäftigten Arbeitern den Austritt aus der Gewerkschaft. Nachdem erwiesen war, dass die sonst in Schauenstein und Nienburg ausgeführten Aufträge von den anderen Hütten effectuirt wurden, beschloss der Glasarbeiterverband den Generalausstand der Flaschenarbeiter aller deutschen Hütten.

Es kommen 20 Orte in Frage, die in folgendem aufgeführt werden. Die hinter jedem Ort angeführte Ziffer zeigt die Zahl der Strikenden an: Gerresheim 637, Bruns- hausen 160, Döhlen 110, Porta Westf. 341, Rinteln 197, Hainholz 115, Minden 106, Oberkirchen 30, Dresden 325, Stralau 312, Rauscha 72, Bergedorf 105, Hörstel 16, Kreuznach 148, Nienburg 483, Schauen- stein 118, Brackwede 114, Stadthagen 222, Flensburg 105 und Oldenburg. Die Olden- burger können infolge ihrer langen Kündi- gungsfrist erst später mit in den Ausstand eintreten. Es stehen somit für den Anfang 3716 Mann im Kampfe.

Diesen stehen 665 Arbeitswillige gegen- über, welche sich besonders stark auf Gerresheim, Döhlen, Dresden und Hörstel verteilen. Das sind die Anfangszahlen. Die Bewegung wird aber noch weitere Aus- dehnung annehmen, und fortgesetzt werden die Kündigungen der Arbeiter eingereicht. Zur Zeit der Niederschrift (Mitte August) sind 2224 Familienväter mit zusammen 4802 Kindern unter den Ausständigen.

Die Glasarbeiter haben im allgemeinen einen schwierigen Stand, da das moderne Hörigkeitssystem auf den Glashütten stark ausgeprägt ist. Die Hüttenbarone wagen es sogar, ihren Arbeitern den Besuch von Ver- sammlungen zu verbieten. Schwarze Listen, Reverse und sonstige Unterdrückungsmittel werden gewohnheitsmässig angewandt. Fol- gender Revers wurde beispielsweise seiner Zeit den Arbeitern der Hütte Kreuznach zur Unterschrift vorgelegt:

„Kreuznach, 12. December 1893.

An die Direction der Kreuznacher Glashütte zu Kreuznach.

Der ergebent unterzeichnete Glas- macher, bisher wegen Zugehörigkeit zum Verband der Glasarbeiter Deutschlands von der Direction der Glashütte von der

Arbeit ausgesperrt, zeigt Ihnen hierdurch er- gebenst an, dass er seine Handlungsweise sehr bereit und jetzt einsieht, dass er von den socialdemokratischen Hetzern und Wählern Horn, Gebel, Schumann und Ge- nossen verführt und ins Unglück gebracht worden ist.

Ich trete aus dem genannten Verbands gerne aus, worüber ich Ihnen auch einen Nachweis auf Wunsch gern erbringen werde. Ich bitte sehr ergebenst um Verzeihung und verspreche, in Zukunft keinerlei Verbänden noch sonstigen Vereinen socialistischer oder anderer Richtung angehören zu wollen.

Ich bitte verehrliche Direction um Wiedereinstellung in Arbeit, falls eine Werk- stätte bei Ihnen frei wird, worüber Herr Director Brückmann nach Gutdünken befinden belieben.

Hochachtungsvoll

(Unterschrift des Arbeiters.)“

Diejenigen, welche ihren Namen durch die geforderte Unterschrift nicht schänden wollten, wurden einfach auf die schwarze Liste gesetzt und damit auf lange Zeit verfermt.

Eine weitere wesentliche Schwierigkeit besteht vor allen Dingen in der Einrichtung der Hüttenwohnungen. Die Hüttenbarone nennen das Freiwohnung. Das sieht auf den ersten Blick ganz arbeiterfreundlich aus, aber in Wirklichkeit ist es eine schwere Fessel für die Arbeiter. Sobald der Arbeiter seine Arbeit bei einer Hütte aufgibt, muss er auch die Wohnung räumen. Was das in unserer Zeit des Wohnungselends heisst, braucht nicht weiter auseinandergesetzt zu werden, und wenn trotz aller Schwierigkeiten Tausende von Familienvätern den Kampf aufnehmen, so ist damit erwiesen, dass sie wissen, wofür sie eintreten. Dass die un- terschiedlichen Polizeibehörden und Gemein- deverwaltungen zum Ueberfluss sich in diesem Kampfe fast überall auf die Seite der wirt- schaftlich Starken stellen, ist, obzwar nicht recht und gerecht, doch ganz im Rahmen deutscher Socialreform und Arbeiterfürsorge gehalten. Natürlich werden, abgesehen von anderen Chicanen (Strikepostenverbote und sonstige gesetzwidrige Uebergriffe), strikende Ausländer schleunigst ausgewiesen und ausländische Strikebrecher in schützende Obhut der Polizei genommen. Seitens der ihrer Aufgabe gewachsenen und verständigen Leitungen der Gewerkschaftcartelle ist ver- sucht worden, auf die Brauereien, Wirte und Grossdestillationen einzuwirken, damit diese ihren Einfluss als Abnehmer den Glasprotzen gegenüber zu gunsten der Arbeiter geltend machen.

Von dort aus müsste der Hebel noch viel energischer angesetzt werden. Leider fehlt aber eine Hütte, die im Interessenkreis der Arbeiterbewegung steht. Eine directe Folge der 1889-90er Glasarbeiterbewegung war bekanntlich die seit 1897 eingegangene Glasarbeitergenossenschaft in Bergedorf.

Eine grössere Hütte würde in dem gegenwärtigen Kampfe eine starke Festung bedeutet haben. Die Idee genossenschaftlicher Arbeit ist aber unter den Glasarbeitern noch zu wenig ausgereift gewesen — daher der so rasche Verfall jenes Unternehmens —, und im übrigen fehlte es damals in der deutschen Arbeiterbewegung an dem Verständnis für ein gewisses Etwas, was man in der americanischen Gewerkschaftswelt in den Worten *We don't patronize* zu Ausdruck bringt und worauf weiter unten eingegangen werden soll.

Der Vorstand der englischen Glasflaschenmacherunion beschloss, den deutschen Collegen sofort 20000 Mk. zu überweisen und stellte weitere 20000 Mk. in Aussicht. Das ist hochehrföhllich. Es ist eine sociale Pflicht aller Arbeiter, vor allen Dingen derer des Inlandes, den kostspieligen und schwierigen Kampf der Glasarbeiter mit allen Kräften zu unterstützen.

Die Sache der Tabakarbeiter Nordhausens ist wohl genügend bekannt. Die Gesetzesverächter in Nordhausen lassen jetzt, um den ausgesperrten Arbeitern das Coalitionsrecht nicht zuzugestehen, im Gefängnis arbeiten, und die Gefängnisverwaltung leihet ihre Unterstützung. *We don't patronize* — würde der americanische Unionman mit aller Entschiedenheit in diesem Falle sagen, und damit wäre für Hunderttausende von Consumen die Parole gegeben, diese Erzeugnisse nicht zu kaufen. Der Boycott ist über die Nordhäuser Tabakfabricate allerdings verhängt, aber er muss viel schärfer wirken. Tausende von Arbeitern kaufen und consumieren gedankenlos boycottierte Erzeugnisse. Die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands müsste sich die Einrichtung der *Fair List* und des *We don't patronize* der American Federation of Labor zum Vorbilde nehmen und die Boycottpropaganda systematisch und ständig in die deutschen Lande tragen.

*

In Hamburg wird zur Zeit ein allgemeines Aufsehen erregender Streitfall zum Austrag gebracht. Es handelt sich um den bekannten Schiedsspruch in Sachen der *Accordmaurer*. Seit circa Jahresfrist durchbricht eine Anzahl Maurer den zwischen Verband und Innung vereinbarten

Tarif, indem sie *Accordarbeit*, welche durch den Tarif gerade beseitigt werden sollte, auch weiterhin ausführen. Die Hamburger Verbandsstelle verhing über Bauten, auf welchen im *Accord* gearbeitet wurde, die Sperre und behandelte die trotz der Sperre Weiterarbeitenden natürlich als *Strikebrecher*. Das führte zu unerquicklichen Streitigkeiten und Ausschlüssen aus dem Verbands. Die *Accordmaurer* spielten im übrigen ganz dieselbe Rolle wie die frondierenden Buchdrucker in Leipzig: *Strikebruch*, *Sonderbüncelei* und zur *Decorierung* des *Ganzen* *socialdemokratische Ueberzeugungstreue* und auffällig zur Schau getragene *Parteizugehörigkeit*. Aehnliches spielte sich ja auch beim *Spitzenweberstrike* in Calais und häufig in *Nordamerica* ab. — Eine gründliche Aussprache innerhalb der *socialdemokratischen Partei* hatte den Antrag auf *Ausschluss* der *Accordmaurer* aus der Partei zur Folge, da der *Strikebruch* nicht mit den *Partei*grundsätzen vereinbar ist. Das vom *Partei*vorstand eingesetzte *Schiedsgericht* stellte sich auf einen entgegengesetzten Standpunkt. Es stellte zwar auch *Strikebruch* und vorsätzliche *Organisationszerstörung* fest, war auch der Meinung, dass solche Handlung ehrlos sei, aber da es sich hier um Leute handle, die sich auf eine angebliche *socialdemokratische Ueberzeugung* und *Parteizugehörigkeit* beriefen, so erblickte man in diesem Verhalten einen Act der *Notwehr* und befand die Leute für würdig genug, auch fernerhin in der Partei zu verbleiben. Dieser *Schiedsspruch* hat die grosse Masse der *Hamburger Parteigenossen* in Bewegung gebracht. Am 6. August wurde in einer überaus zahlreich besuchten *Partei*versammlung eine *Protestresolution* gegen den *Schiedsspruch* angenommen, so dass nun in letzter Linie der *Parteitag* sich mit der *Ausschlussfrage* zu beschäftigen haben wird. Ferner wurde beschlossen, bis dahin die *Accordmaurer* ihrer Aemter in der Partei zu entheben.

*

Von der deutschen *Strikebewegung* dürften ausser den bereits erwähnten folgende Daten interessieren:

Gewonnen wurde der *Strike* der *Cunewalder Weber*. Der Gewinn liegt nicht nur allein in der *Abwehr* der 10—15 % *Loihreduction*, wofür allerdings ein *Abzug* von 5 % angenommen wurde, sondern vielmehr in der *Aufrüttelung* der *Lausitzer Weber* zur *Organisation*. Die *Steinsetzer* in *Königsberg* erzielten 60 Pf. *Stundenlohn* und *Verkürzung* der *Arbeitszeit* auf 10 *Stunden*. Ferner gewannen die *Bautischer Hamburgs*, *Cigarrenarbeiter Kaldenkirchens*, *Angestellte*

der Breslauer Packetfahrt, Bäcker Bayreuths und die Maurer in Lissa. Deren Kampf dauerte 13 Wochen.

Verloren gingen die Strikes der Maurer Bant-Wilhelmshaven und der Kohlenarbeiter Lübeck.

Es dauern zur Zeit der Niederschrift noch folgende Kämpfe fort: Feilenhauer Hamburg, Kupferschmiede Hamburg, Steinsetzer Wandsbek, Zimmerer Cöln, Sammet-scherer Crefeld, Steinarbeiter Striegau und Haslicht (ca. 10 Wochen) und Bäcker Mannheim.

Nach den zusammengestellten Berichten ihrer Verbandsblätter hatten von Mitte Juli bis Mitte August Strikes oder Aussperrungen zu verzeichnen: der Holzarbeiterverband 32, der Metallarbeiterverband 18 und der Maurerverband 18, letzterer ausserdem noch 43 Sperrn, auf 23 Plätze verteilt.

*

Kurze Chronik. Am 1. August bestand der deutsche Metallarbeiterverband 10 Jahre. Die Mitgliederzahl stieg in diesem Zeitraum von ca. 18000 auf 100762. Ein Festartikel in der Metallarbeiterzeitung begeh in schlichter und würdiger Weise das Jubiläum. — Aus der deutschen Gärtnerbewegung ist nachträglich zu berichten, dass am 9. Juni in Wittenberge eine gemeinsame Conferenz der Hauptvorstände des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins (Berlin) und der Deutschen Gärtnervereinigung (Hamburg) stattfand, um die Vereinigung beider Organisationen zu besprechen. Die Sache ist deshalb von Bedeutung, weil der Berliner Verein immer mehr von seinem Harmoniestandpunkt abgekommen ist und sich den freien Gewerkschaften nähert. Einstweilen hat man sich für den status quo entschieden, da die Vertreter des alten Berliner Vereins, der nebenbei bemerkt auch der grössere ist, den Zeitpunkt der Einigung noch nicht für gekommen erachten. Es soll aber in beiden Verbänden die Verschmelzung propagiert werden. — Der Gewerkverein der Tabakarbeiter (H.-D.) strich auf seinem kürzlich in Heidelberg abgehaltenen Verbandstage den Revers aus seinem Statut. — Von Leipzig ergeht die Anregung an die Kürschner und Zurichter Deutschlands, eine gemeinsame Centralorganisation ins Leben zu rufen. Das thut aber auch bitter not. — Von grosser Bedeutung für die Arbeiter aller Culturländer ist der Kampf der americanischen Stahlarbeiter. Gewerkschaft und Trust kämpfen miteinander um das Princip der Anerkennung. Nach Abschluss der Bewegung erfolgt ausführlicher Bericht. In San Francisco stehen die Hafendarbeiter im Strike. Hier kann auch

sehr leicht ein Riesenkampf entbrennen, an dem 25000 Arbeiter beteiligt wären. Der Strike der Heizer von Wilkesbarre (Pennsylvanien), welcher ebenfalls grosse Dimensionen anzunehmen drohte, ist beigelegt. — Aus der europäischen Strikebewegung traten hervor die Kämpfe der Hafendarbeiter in Genua, Kohlenarbeiter von Brüx (Böhmen) und des Fahrpersonals der Kleinbahnen in der italienischen Provinz Cagliari. — In Russland werden nach bewährtem Muster strikierende Arbeiter kurzer Hand nach Sibirien verschickt. — Die Gewerkschaften Schwedens, Norwegens und Dänemarks entfalten eine rege Organisations- und Reorganisationsarbeit. Besonders bemerkenswert ist der skandinavische Arbeitercongress, welcher am 22.—24. August in Kopenhagen stattfindet. *Heinrich Bürger.*

Genossenschaftsbewegung.

Wir berichteten bereits im August-Heft des vorigen Jahrganges von den **Einigungsbestrebungen der Berliner Consumvereine**, die aber an den in der dortigen Bewegung herrschenden Meinungsverschiedenheiten scheiterten. Die eingetragenen Genossenschaften weigerten sich damals, mit den nicht eingetragenen zusammenzugehen. Die Mehrheit der letzteren, meistens kleinere Vereine, vollzogen darauf in Gemeinschaft mit der zwar eingetragenen, ihnen aber in social-politischer Hinsicht näherstehenden Genossenschaft Befreiung ihren Zusammenschluss als nicht eingetragene Genossenschaft in den Berliner Consumvereine. Der anfangs ca. 1000 Mitglieder zählende Verein hat sich kräftig entwickelt. Er zählt heute ca. 3000 Mitglieder und verfügt über 9 Verkaufsstellen. Auf der Gegenseite hat sich der Zusammenschluss nicht so rasch vollzogen. Doch sind die Bemühungen der Commission für Centralisation der Consumvereine Berlins insofern von Erfolg gekrönt gewesen, als nunmehr von den Verwaltungen der Vereine Nord, Süd, Rixdorf, Friedrichshagen, Adlershof und Schöneberg wenigstens der Beschluss einer Vereinigung gefasst worden ist. Sobald diese vollzogen, werden also in Berlin zwei grosse Attractionscentren bestehen, die voraussichtlich die noch ausstehenden, mit einer Ausnahme (Biene) nur unbedeutenden Vereine bald an sich ziehen werden. Damit dürfte aber auch das vorläufig Erreichbare erreicht sein. Eine Verschmelzung in eine grosse Genossenschaft ist bei den tiefgehenden Meinungsdivergenzen und der Hartnäckigkeit, mit der jede Seite an ihrer Ansicht festhält, in absehbarer Zeit nicht zu erwarten — und vielleicht nicht einmal zu wünschen.

Eine Stadt wie Berlin hat Raum für zwei Consumvereine. Und es scheint uns in der That durchaus noch nicht ausgemacht zu sein, welche Organisationsform hier den Vorzug verdient. Mag man sonst noch so überzeugt sein von den Vorteilen der eingetragenen Genossenschaft, mag man der Ansicht sein, dass die grössere Bewegungsfreiheit des freien Vereins mehr als aufgewogen wird durch die grösseren Rechtsgarantien der eingetragenen Genossenschaft, — man wird es doch nicht leugnen können, dass die eigenartigen Berliner Verhältnisse eine besondere Beurteilung erfordern und dass hier etwas unter Umständen empfehlenswerth sein kann, was es anderswo nicht ist. Jedenfalls sind die Gründe, die Rechtsanwalt M. Steinschneider in seiner Broschüre: Die Grundlagen unserer Organisation (Berlin, Verlag des Genossenschafts-Pioniers) für die Bevorzugung der nicht eingetragenen Genossenschaft anführt, nicht vollständig von der Hand zu weisen. Es sind dies vor allem der leichter, ohne grosse pecuniäre Opfer zu vollziehende und daher für die fluctuierende, jedem Zwange abholde Berliner Bevölkerung einen grossen Wert besitzende Ein- und Austritt aus den freien Vereinen. Ferner die Fähigkeit des Vereins, sich ein Repräsentativsystem zu verschaffen, durch das allein bei einer in die Zehn- und die Hunderttausende gehenden Mitgliedschaft eine Mitarbeit derselben an der Verwaltung möglich ist. Für die Generalversammlung der eingetragenen Genossenschaft ist eine Vertretung nicht gestattet. Im übrigen weist Steinschneider mit Recht auf die Praxis hin, die ja durch die Existenz des Breslauer Consumvereins mit 80000, der neuen Gesellschaft in Hamburg zur Verteilung von Lebensbedürfnissen mit 15000, des Bremer Vereins mit 11000 und der Berliner Biene mit 4800 Mitgliedern (sämtlich nicht eingetragene Vereine) beweist, dass es auch auf diese Weise geht. Möge daher auch in Berlin die Praxis entscheiden. Mögen beide Genossenschaftsformen zeigen, was sie können. Vielleicht wird gerade durch den Bestand eines Concurrenzunternehmens der Eifer in der Gewinnung der Mitglieder und in der Hervorbringung möglichst tüchtiger Leistungen angespornt. Das würde durchaus nichts schaden, wenn dabei nur vermieden wird, dass der friedliche Wettbewerb in enie erbiterte und gehässige gegenseitige Bekämpfung ausschlage, wie dies bis jetzt verschiedentlich schon der Fall gewesen. Auch einem gemeinsamen Wareneinkaufe würde unter diesen Umständen durchaus nichts entgegenstehen.

*

Die Hamburger Production, deren weitgeworfenes Programm ihr von so vielen Seiten anfangs den Vorwurf der Utopisterei, ja den der Leichtfertigkeit in Bezug auf unerfüllbare Versprechungen eintrug, ist soeben im Begriff, den ersten Schritt zur Verwirklichung eines ihrer bedeutungsvollsten Programmpunkte zu thun. Sie hat — wie der Wochenbericht mitteilt — zwischen dem Mittelcanal und der Wendenstrasse ein 4000 qm grosses Grundstück erworben, auf dem in nächster Zeit mit dem Bau eines grossen Wohnhauses mit einem Laden und einer Restauration im Parterre und 16 Zwei- und Dreizimmerwohnungen begonnen werden soll. An dieses werden sich Stallung und Remise für das Fuhrwerk der Genossenschaft anschliessen und dahinter, nach dem Canal zu, das 5stöckige Lagerhaus mit dem Comptoir der Production. Und dies nach kaum zweijährigem Bestehen! Fürwahr ein glänzender Erfolg!

Auch im übrigen ist die Entwicklung der Genossenschaft eine ungemein günstige gewesen. Das zweite Geschäftsjahr hat eine Steigerung der Mitgliederzahl von 2850 auf 7157 und eine Erhöhung des Umsatzes von 163 748 Mk. (in 5 1/2 Monaten) auf 940 584 Mk. gebracht. Die Genossenschaft beschäftigte am Schlusse des zweiten Geschäftsjahres 72 Personen, darunter 2 Vorstandsmitglieder, 4 Comptoiristen, 14 Lagerhalter, 13 Verkäufer und 32 Verkäuferinnen. Sie hat soeben ihre 17. und 18. Verkaufsstelle eröffnet.

*

Eine eigenartige Organisation, die sich in ihrer weiteren Entwicklung wohl zu einer französischen Grosseinkaufsgesellschaft bilden wird, ist die im Jahre 1895 gegründete Genossenschaftsbörse der Pariser Arbeiterconsumvereine. Die Börse umfasste, wie schon ihr Name andeutet, zunächst nur Pariser Consumvereine, doch wurde bereits auf der Generalversammlung von 1897 der Beschluss gefasst, in Zukunft auch den Consumvereinen der Provinz den Zutritt zu gestatten. Die Satzungen der Börse bezeichnen als deren Aufgabe: 1. die genossenschaftliche Propaganda durch Herausgabe von Büchern, Zeitungen, Broschüren, Abhalten von Versammlungen etc.; 2. die Auskunfts- und Raterteilung an die Mitglieder in allen juristischen Fragen; 3. die Förderung von Consumvereinsgründungen und die Unterstützung von in Schwierigkeiten befindlichen Genossenschaften und endlich 4. die Schaffung einer Centralstelle, die alles, was für die geschäftlichen Angelegenheiten der Consumvereine, insbesondere für ihren Verkehr mit den Lieferanten und Pro-

ducenten von Wichtigkeit ist, sammeln und den Vereinen zugänglich machen, sowie denselben bei ihren Einkäufen mit praktischen Ratschlägen und Winken zur Hand gehen soll. Gerade auf diesem Gebiete ist die Thätigkeit der Börse eine sehr erfolgreiche gewesen. Wie der erste 1897 erschienene Bericht betont, ist es ihr gelungen, die Preise fast aller Nahrungs- und Genussmittel im Preis herabzudrücken und ihren Mitgliedern vielfach vorteilhafte Abschlüsse zu sichern. Hier hätten wir also die Keimzelle einer gemeinsamen Einkaufsorganisation. Thatsächlich hat die Börse auch bereits in dieser Richtung Schritte gethan und ist jetzt wieder daran, in der Gegend von Arpajon ein Centrum für den Einkauf von Kartoffeln direct von den Producenten zu schaffen, die sie dann an ihre Mitglieder abzusetzen gedenkt. Ja, sogar der Uebergang zur Eigenproduction steht in nicht allzu ferner Zeit zu erwarten: Die Genossenschaftsbörse hat beschlossen, eine Kaffeerösterei zu errichten, die aber vorläufig der Leitung eines Geschäftsführers anvertraut wird, bis sie nach Eintragung der Börse als Gesellschaft in deren Eigentum übergehen wird.

Mit alledem ist aber das Aufgabengebiet der interessanten Organisation noch keineswegs erschöpft. So hat sie im verflossenen Jahre eine Feuer- und Unfallversicherung für Genossenschafts- und Gewerkschaftsmitglieder geschaffen. Und endlich unterstützt sie auch die socialistische Propaganda, indem sie die angeschlossenen Vereine verpflichtet, pro Mitglied und Jahr 5 Cts. an die socialistische Agitationscasse abzuführen. Diese Seite ihrer Thätigkeit dürfte freilich bei den deutschen Genossen am wenigsten Beifall finden; abgesehen von der bedenklichen Verquickung von Partei- und Genossenschaftsbewegung, wird dadurch die Börse vereinseitigt zu einer Organisation einer ganz bestimmten Richtung der französischen Genossenschaften und verhindert so eine Zusammenfassung sämtlicher französischen Consumvereine in eine machtvolle Organisation.

Die Verwaltung der Börse ist eine durchaus demokratische. Die Leitung liegt in den Händen eines Comités, dem 2 Mitglieder jedes verbündeten Vereins angehören und das wiederum in Commissionen zerfällt, deren Mitglieder periodenweise ausscheiden. Eine aus der Mitte der Aufsichtsratsmitglieder der angeschlossenen Vereine durch das Los gewählte Controlcommission überwacht die Thätigkeit des Comités. — Die Börse umfasste am 1. April 1900 67 Vereine mit 37880 Mitgliedern. Sie hatte im Jahre 1900

eine Einnahme von 2514 Frs., die für das erste Semester 1901 bereits auf 6596 Frs. angewachsen ist. Derselben stand in letzterem Falle eine Ausgabe von 6211 Frs. gegenüber.

*

Kurze Chronik. Der Stuttgarter Consumverein, der vor einiger Zeit bereits vom württembergischen Minister des Innern Pischeck und sodann vom König von Württemberg besichtigt wurde, hat nunmehr auch den Besuch einer grösseren Anzahl von Mitgliedern der Abgeordnetenversammlung unter Führung des Präsidenten Payer erhalten. Die Herren, die überall herumgeführt und sodann in den grossartigen Kellereien des Vereins vorzüglich bewirtet wurden, konnten sich dem imposanten Eindruck, den das vielverzweigte Unternehmen macht, nicht entziehen. — Der Umsatz der deutschen Grosseinkaufsgesellschaft hat sich im ersten Halbjahre 1901 auf ca. 5364700 Mk. gestellt, das ist ein Mehr gegen das Vorjahr von 2270130 Mark. oder 73%. Die Gesellschaft hat kürzlich ausser ihrem bisherigen Reisenden, Herrn Hoppe, noch zwei weitere Vertreter angestellt und zwar Herrn Dejung, Frankfurt a. M., für Süddeutschland und Herrn E. Würfel, Hamburg, für Norddeutschland, während Herr Hoppe künftig nur noch die mitteldeutschen Vereine aufsuchen wird. — Der Wiesbadener Volksbildungsverein hat von einer Reihe guter Werke älterer und neuerer Schriftsteller billige Volksausgaben hergestellt, deren Vertrieb an die Genossenschaften die Grosseinkaufsgesellschaft übernommen hat. Ein ganzes Lager derartiger Bücher kostet 20—30 Mk., der einzelne Band stellt sich auf 10—25 Pfg. — Die Errichtung von Consumvereinen ist geplant in Ingolstadt, Remscheid und Glatz. Constituiert wurden Vereine in Weissensee, Itzehoe, Lägerdorf und Umgebung. — Im Monat Juli sind in das Genossenschaftsregister eingetragen worden 6 Handwerker-genossenschaften und 7 Baugenossenschaften. — Am 14. Juli hat sich ein Verband der Arbeitererwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften Oesterreichs constituirt. — Eine Productivgenossenschaft für das Baugewerbe hat sich in Paris unter dem Namen Grosse Baugenossenschaft gebildet. Die Genossenschaft, für die bereits 200 000 Frs. Capital gezeichnet sind, beabsichtigt den Kauf und Bau, den Verkauf und das Vermieten von Häusern, sowie die Uebernahme von Bauausführungen für Behörden und Private. — Dem officiellen Organ der spanischen Genossenschaften zufolge gab es 1899

in Spanien 264 Genossenschaften und zwar 228 Consumvereine, 24 Productivgenossenschaften und 12 Creditvereine. Die Hälfte aller Genossenschaften entfällt auf die Provinz Catalonien. — Dänemark zählt heute 837 Consumvereine mit 130 331 Mitgliedern, 1032 Genossenschaftsmeiereien mit 162 000 Mitgliedern und 26 Genossenschaftsschlächtereien mit 62 000 Mitgliedern. Die Genossenschaft Dänischer Eierexport zählt 25 000 Mitglieder.

Gertrud David.

Sociale Communalpolitik.

Die für den gesamten Feuerschutz wichtige Frage, in wie weit die Feuerversicherungsgesellschaften zu einer Beitragsleistung an die städtischen Feuerwehren herangezogen werden sollen, steht auch in England schon seit längerer Zeit zur Discussion, ist aber in neuester Zeit wiederum durch die Beschlüsse eines Specialausschusses des Unterhauses in den Vordergrund gerückt worden. Die Initiative in der Angelegenheit hatte der Londoner Grafschaftsrat ergriffen, der 1898 eine Commission damit beauftragte, die Deckung der Kosten des hauptstädtischen Feuerlöschwesens zu untersuchen. In einem Rundschreiben ersuchte er ferner die Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern um Stellungnahme zu dieser Frage. Er wies darauf hin, dass nur in London die Feuerversicherungsgesellschaften zu den Kosten des Feuerlöschwesens Beiträge zahlen, während sie in einigen anderen Städten für die bei den einzelnen Feuer geleisteten Dienste der Feuerwehr Zahlung leisten. Auch der Verband der städtischen Corporationen (Association of Municipal Corporations) hat sich bereits mit der Frage der Beitragsleistung der Gesellschaften beschäftigt; er überwies seinem Rechtsausschusse einen Antrag, der die Regierung um die Einbringung eines Gesetzentwurfes ersuchte. Nach dem Antrag sollte den Gesellschaften durch Gesetz die Zahlung der Hälfte der Unterhaltungskosten der Feuerwehren auferlegt werden; die Verteilung der Kosten sollte im Verhältnis zu der von ihnen an dem betreffenden Orte erhobenen Prämiensumme erfolgen. Ein Beschluss ist über diesen Antrag noch nicht erfolgt. Unterdessen hat nun der Specialausschuss des Unterhauses einen Bericht erstattet und folgende Vorschläge gemacht. Alle Gesellschaften sollten gesetzlich zu einer Beitragsleistung zu den Kosten der städtischen Feuerwehren gezwungen werden. Als beste Form der Beitragsleistung empfahl der Ausschuss die Bezahlung der bei den einzelnen Feuer geleisteten Dienste und der Benutzung

der angewandten Apparate nach besor deren, von den städtischen Behörden aufzustellenden Tarifen. Für die Heranziehung der Gesellschaften zur Beitragsleistung sprechen zahlreiche Gründe. So waren z. B. 1366 25 % aller Feuer in London als Grossfeuer (serious) zu bezeichnen, während zur Zeit der Prämiensatz auf 3—4 % gesunken ist, und dies, obgleich heutzutage schon Brände als serious bezeichnet werden, die vor 30 Jahren nicht dazu gerechnet worden wären. Zu dieser Verbesserung haben ohne Zweifel hauptsächlich zwei Factoren beigetragen: 1. die energische Durchführung einer fortgeschrittenen Bauordnung und 2. die stets grösser werdende Leistungsfähigkeit des Feuerlöschwesens. Obgleich also die Feuersgefahr beträchtlich abgenommen hat, sind die Prämiensätze für die Wohnhäuser dieselben geblieben.

Die hohen Prämienätze der Versicherungsgesellschaften haben ausserdem die Städte angeregt, eine allgemeine Monopolisierung des Versicherungswesens ins Auge zu fassen und im besonderen die Selbstversicherung der ihnen gehörigen Gebäude zu unternehmen. In einem dem Londoner Grafschaftsrat vor kurzem vorgelegten Report wurde der Gesamtbetrag des versicherten Eigentums dieser Behörde auf 3034927 Lstrl. angegeben, wofür eine Nettoprämie von 3150 Lstrl. 19 sh. 10 d. zu leisten war. Während der letzten 15 Jahre (bis März 1900) hat der Grafschaftsrat und seine Vorgänger an Nettoprämien die Summe von 15051 Lstrl. 3 sh. 7 d. bezahlt. Im selben Zeitraum beliefen sich die für Feuerverluste ausbezahlten Entschädigungssummen auf 799 Lstrl. 13 sh. 7 d., d. h. auf 5,3 % der bezahlten Nettoprämien. Die anderen localen Verwaltungsbehörden Londons haben die gleiche Erhebung gemacht. Die Londoner Schulbehörde, die einen eigenen Versicherungsfonds hat, fand, dass das Verhältnis von Feuerschäden zu den bezahlten Prämien ca. 6,6 % betrug. Bei den Anstalten der Metropolitan Asylums Board (Behörde für Irrenverwaltung) stellte sich das Verhältnis auf ca. 12 %. Um dieser Ausbeutung der Londoner Grafschaft durch die Versicherungsgesellschaften vorzubeugen, schlug der Grafschaftsrat vor, ihm zu gestatten, seine eigenen Gebäude in Selbstversicherung und die der übrigen localen Behörden in Versicherung zu nehmen.

Bei der Untersuchung des ganzen Gegenstandes scheint übrigens die sehr wichtige Frage gar nicht in Betracht gezogen zu sein, in wie weit die mit vorzüglichen Feuerwehren ausgestatteten Städte mit geringer Feuersgefahr für die Feuerversicherung

des flachen Landes mit aufzukommen haben. Die Grösse der unnötig bezahlten Prämien würde dann noch schärfer hervorretreten sein.

Nachdem die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung das sogenannte Frankenthalproject, betr. Erbauung kleiner Wohnungen, in ihrer Sitzung vom 16. Juli angenommen hat, dürfte es nicht unangemessen sein, dasselbe an dieser Stelle, wie seinen Vorgänger, das Hellerhofproject, etwas eingehender zu besprechen. Wie bei dem letztgenannten Project handelt es sich um eine Cooperation von Stadtverwaltung und privater Unternehmung. Es soll eine Actiengesellschaft gegründet werden mit einem Capital von 520 000 Mk. und dieselbe das Recht haben, 2100 bezw. 2125 Stück Obligationen à 1000 Mk. zu 4% verzinslich auszugeben. Für die Verzinsung der Obligationen soll die Stadt die Garantie übernehmen. Die Gegenleistungen, die die Gesellschaft übernimmt, sind folgende: Sie verpflichtet sich, keine höheren Durchschnittsmieten als die nachstehenden zu fordern:

- 20 Wohnungen von 1 Zimmer ohne Küche
108 Mk. jährl. = 9 Mk. monatl.
- 20 Wohnungen von 2 Zimmern ohne Küche
210 Mk. jährl. = 17,50 Mk. monatl.
- 352 Wohnungen von 2 Zimmern mit Küche
318 Mk. jährl. = 26,50 Mk. monatl.
- 104 Wohnungen von 3 Zimmern mit Küche
486 Mk. jährl. = 40,50 Mk. monatl.
- 48 Wohnungen von 4 Zimmern mit Küche
720 Mk. jährl. = 60 Mk. monatl.

Es sollen ferner die Actien der Gesellschaft aus den erzielten Ueberschüssen innerhalb 30 Jahren für die Stadt angekauft werden, und zwar während der ersten zehn Jahre zu 110% und während der folgenden 20 Jahre zu 120%. Zu diesem Zwecke sind aus den Ueberschüssen die Amortisationsquote von 9300 Mk., sowie 5% des Nominalbetrages der in den Vorjahren angekauften Actien (Zinsensparnis) zu decken. Nach dem Rückkauf der Actien sollen sämtliche Obligationen in weiteren 30 Jahren amortisiert werden, und zwar durch die Amortisationsquote plus 4% ersparter Zinsen. Das erforderliche Grundstück erhält die Gesellschaft in Erbbaupacht von der Waisenhausstiftung und der Stadtverwaltung, und zwar gegen eine Pacht von 2 $\frac{1}{2}$ % auf der Basis eines Bodenpreises von 28,25 Mk. für den Quadratmeter des Areals der Waisenhausstiftung und von 37,50 Mk. für den Quadratmeter des städtischen Areals. Rechnen wir zu der Erbbaupacht noch die Zinsen für die Strassenanlagen und die Canalisation,

die ebenfalls von der Gesellschaft aufzubringen sind, so nimmt dieser Posten mit 24 725 Mk. allein ca. 13% der jährlichen Mietseinnahme nach Abzug von 5% für Mietausfälle in Anspruch. Das sind Grund- und Bodenpreise, die auf die Miethöhe natürlich und recht ungünstig einwirken. Der Finanzplan rechnet nun einen Reinüberschuss von 31 707 Mk. heraus, der für das Actiencapital eine Dividende von ca. 6% ergeben würde. Dazu wäre noch das Agio hinzuzurechnen, das nach Abzug von ca. 2% für den Actienstempel, der von den Actionären zu tragen ist, für den Teil des Actien Capitals, der in den ersten 10 Jahren zur Verlosung kommt, immerhin 8%, für den übrigen Teil aber 18% ausmacht. Wir glauben es gern, dass bei einem derartigen Zinsergebnis, dessen Sicherheit für die nächsten 30 Jahre, d. h. für die Zeit der Amortisation, über alle Zweifel erhaben ist, sich das „seriöse Capital“, wie Herr Cäsar Strauss, der „gemeinnützige“ Unternehmer des Projectes sagt, sehr gern an dem Wohnungsbau beteiligen wird. Wir glauben aber durchaus nicht, dass, wie Herr Strauss behauptet, „sich die Interessen des seriösen Capitals mit denen der Mieter der Wohnungen vollständig decken.“ Das ist eine schöne Redensart, aber nichts anderes. Denn das „seriöse“, wie das nicht seriöse Capital strebt in erster Linie nach höchster Verzinsung; verbindet sich damit auch eine sehr hohe Sicherheit, so ist ihm das um so lieber. Wenn daher in dem Vertrage mit der Stadt stipuliert wird, dass der Magistrat eine eventuelle Herabsetzung der Mieten nicht versagen dürfe, so ist diese Clausel eine schöne Decoration und nichts weiter. Viel mehr Realität müssen wir der anderen Clausel zuerkennen, die eine Steigerung der Mietspreise vorsieht.

Suchen wir zu einem Urteil über den socialpolitischen Wert dieses Wohnungsprojectes zu kommen, so müssen wir zugeben, dass dasselbe gegenüber dem früher von uns besprochenen Projecte der Hellerhofgesellschaft verschiedene Vorzüge aufweist. Dahin rechnen wir in erster Linie den Umstand, dass für den Grund und Boden, der sich bereits in den Händen der Stadt oder einer Stiftung befindet, nur ein Erbbaupachtzins von 2 $\frac{1}{2}$ % bezahlt werden muss, die Mieten also nur in dieser Höhe belastet werden. In dem Hellerhofproject mussten die Mieten nicht nur die volle Verzinsung von 4% für den sehr hoch gegriffenen Kaufpreis des Grund und Bodens, sondern auch die Amortisierung desselben tragen. Die Stadt erwarb in diesem Fall

auf Kosten der Mieter ein grosses Grundstücksareal. Das fällt bei dem vorliegenden Projecte fort. Andererseits haftet beiden Projecten der socialpolitisch gar nicht schwer genug zu verurteilende Uebelstand an, dass durch sie die zur Zeit in Frankfurt herrschenden hohen Mietspreise der Wohnungsnot verewigt werden und der Stempel der städtischen Bewilligung erhalten. Die Stadt hat kein Interesse, dass die Mietspreise heruntergehen; im Gegenteil, ein Fallen derselben bedroht die ungestörte Abwicklung des Geschäftes. Anstatt mit ihren gewaltigen Machtmitteln den Bau von Arbeiterwohnungen in umfassendem Massstabe in Angriff zu nehmen und durch die möglichst richtige Bemessung der Mieten die hohen Mietspreise der privaten Unternehmung erfolgreich zu bekämpfen, legt sie sich selbst auf die höchsten Mietspreise der Wohnungsnot fest und macht eine zukünftige Aenderung ihrer Politik ausserordentlich schwierig. Man darf überzeugt sein, dass alle zukünftigen Bauprojecte privater Unternehmer von den Mietspreisen ausgehen werden, wie sie in den bereits genannten Projecten festgelegt sind, und dass diese Preise aus Maximal- zu Minimalpreisen werden.

*

Der einheitliche Zehnpfennigtarif der **Strassenbahnen** scheint manchen Strassenbahnverwaltungen unangenehm im Magen zu liegen. In verschiedenen Städten wurden Anträge auf Aufhebung oder Beschränkung desselben gestellt, in den meisten Fällen schon nach Ablauf einer viel zu kurzen Probezeit. Die Notlage der Düsseldorf'schen Stadtverwaltung haben wir bereits in unserer vorigen Rundschau erwähnt. Die Leipziger elektrischen Strassenbahnen, eine private Gesellschaft, haben dem Stadtrat erklärt, mit dem einheitlichen Zehnpfennigtarif nicht länger auskommen zu können, da die erhöhten Betriebskosten kaum durch die erhöhten Mehreinnahmen gedeckt würden. Auch in München ist eine Bewegung gegen den Einheitstarif im Gange, die aber wahrscheinlich an dem Widerstand der Bevölkerung scheitern wird. Das Betriebsjahr 1900—1901 hat hier eine Mehreinnahme von 475 436 Mk. gebracht; die Ausgaben sind noch nicht festgestellt worden, haben aber ohne Zweifel beträchtlich zugenommen. Da das vorausgehende Betriebsjahr 1899—1900 eine Mehreinnahme von 526 703 Mk. gebracht hat, so ist man im Magistrat mit den Ergebnissen des letzten Jahres nicht zufrieden. Denn der Magistrat braucht Geld, sehr viel Geld, um das Deficit der städtischen Elektricitätswerke zu decken. Da er aber

gegenüber dem einstimmigen Eintreten der Presse und der Bevölkerung für den Einheitstarif von 10 Pfg. nicht die Abschaffung desselben zu beantragen wagte, so beschied er sich zunächst damit, einige Ausnahmetarife zu beseitigen. Es handelte sich da um die Aufhebung von Zeitkarten, bei denen eine Fahrt statt auf 10 Pfg. auf 8 Pfg. kam, und eine Umgestaltung des Systems der Streckenkarten, mit denen, wie es scheint, grosser Missbrauch getrieben worden ist. Mit einem derartigen Vorgehen kann man sich wohl einverstanden erklären. Existiert einmal ein Einheitstarif, so ist nicht einzusehen, wozu wieder in Streckenkarten, Abonnementsheften und dergleichen Ausnahmetarife geschaffen werden, die doch in erster Linie dem zahlungsfähigen Publicum zu gute kommen. Wir haben nichts davon gehört, dass München z. B. für die Arbeiterbevölkerung durch die Einstellung von Arbeiterwagen mit einem Fahrpreise von 7 Pfg. zur Linderung der Wohnungsnot und zur Beförderung der Decentralisation in den Wohnungsverhältnissen etwas gethan hätte. Derartige Ausnahmetarife, die einen hohen socialpolitischen Wert haben, aber nicht dem Geldbeutelinteresse der besitzenden Classe dienen, haben auch neben dem Einheitstarif ihre Geltung. Gegenüber dieser mangelnden Fürsorge auf socialpolitischem Gebiete muss denn um so mehr die Verschwendung auffallen, die mit den Freikarten getrieben wird. Die Münchener Post schätzt ihre Zahl auf 3000—4000 und ein Magistratsrat die Einnahme aus einer Aufhebung der überflüssigen Freikarten auf 100—150 000 Mark. Und wenn man die Liste der begünstigten Freikartenbesitzer durchgeht, wird man in der Mehrzahl der Fälle finden, dass ganz zahlungsfähige Kreise sehr gerne von dieser Einrichtung Gebrauch machen. Beamte der Regierung und der Polizei, städtische Beamte und Bedienstete, Vertreter der Presse bis herab zum Inseratensammler, die Geistlichkeit bis herab zum Kirchendiener u. s. f. u. s. f. — sie alle verschmähen es nicht, Empfänger unbezahlter Dienste seitens der Stadt zu sein. Das ist auch ein Beitrag zur Psychologie der herrschenden Classen, die für Liebesgaben in jeder Form und zu jeder Zeit sehr empfänglich ist. Der Vorschlag, die Freikarten aufzuheben, fand aber, wie es scheint, nur wenig Gegenliebe im Magistratscollegium.

*

Kurze Chronik. In der württembergischen Abgeordnetenversammlung fand ein Gesetzentwurf Annahme, der den Gemeinden das Recht giebt, durch Ortsstatut an die

nicht besoldeten Mitglieder des Gemeinderats Anwesenheitsgelder zu zahlen. Dieselben betragen in der von der Ständekammer abgeänderten Fassung des Entwurfes 10, 5 und 3 Mk. je nach der Grösse der Gemeinde. — In Mainz haben die vereinigten städtischen Ausschüsse beschlossen, sofort nach Ablauf des Strassenbahnvertrages mit der süddeutschen Eisenbahngesellschaft sechs elektrische Ringlinien zu erbauen. — In der Bremer Bürgerschaft wurde ein Antrag, der zur Bekämpfung der Bauspeculation die Einführung einer Baustellensteuer empfiehlt, angenommen. — Die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung hat den vom Magistrat vorgelegten Entwurf einer Grundsteuerordnung, die eine Abgabe von 2% nach dem gemeinen Werte der bebauten und unbebauten Grundstücke vorsah, abgelehnt.

C. Hugo.

Frauenbewegung.

Aus dem die Zeit vom October 1900 bis Juni 1901 umfassenden Vorstandsbericht des Bundes Deutscher Frauenvereine sind, neben verschiedenen Neugründungen und Beitrittserklärungen zu dem nunmehr 137 Vereine umfassenden Bund, die Berichte der einzelnen Arbeitssectionen hervorzuheben. Die unter Leitung von Fräulein Alice Salomon-Berlin stehende Auskunftsstelle für Frauenangelegenheiten hat in dieser Zeit etwa 110 Anfragen erledigt, von denen die meisten die Erwerbs- und Ausbildungsverhältnisse in einzelnen Berufen betrafen. Die Gründung einer gleichen Stelle in Frankfurt a. M. steht bevor. Eine rege Thätigkeit hat die Rechtsschutzcommission entfaltet. Ihre Arbeiten galten der Erringung des freien Vereins- und Versammlungsrechtes für die Frauen, den Ehevertragsentwürfen und einer noch in Vorbereitung befindlichen Petition um Aufhebung der Gesindeordnung und Unterstellung der Dienstboten unter die Gewerbeordnung. Die Commission für Arbeiterinnenchutz hatte bekanntlich weder mit ihren Bemühungen um Zulassung der Frauen zu den Gewerbegerichtswahlen, noch mit ihrer Absicht, mitarbeitend der Gesellschaft für sociale Reform beizutreten, einen Erfolg. Die Commission für Hebung der Sittlichkeit hat unterm 14. Juni 1901 dem Bundesrat eine Petition eingereicht, „dem Reichstage Verordnungen zur Verhütung der Verbreitung venerischer Infectionskrankheiten vorzulegen.“ Wie wenig aussichtsreich auch diese Petition sein dürfte, kann man aus der dilatorischen Antwort des Reichskanzlers auf eine Eingabe zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels ersehen.

Doch fehlt es glücklicherweise auch nicht an erfreulichen Beweisen dafür, dass man die Wirksamkeit verständiger Frauen im Dienste der öffentlichen Wohlfahrt und socialen Arbeit anerkennt und sucht. So wurde auf dem in Nürnberg stattgehabten Congress der deutschen Strafanstaltsbeamten die Frage der Freigabe des Strafanstaltswesens für Frauen eingehend und sympathisch erörtert (von einigem zopfigen Unverstand abgesehen) und folgende These angenommen: „In Weiberstrafanstalten sind die Stellen der Werkführer, Aufseher und Oberaufseher unbedingt, der Expeditious-, Cassen- und Wirtschaftsbeamten, des Lehrers und des Arztes thunlichst mit weiblichen Beamten zu besetzen.“ — Ebenso sieht man je länger je mehr die Beteiligung der Frauen an der Armen- und Waisenpflege mit günstigen Augen an. Die Waisenverwaltung der Stadt Berlin spricht sich im Bericht für 1900 äusserst anerkennend über die Thätigkeit der 488 Pflegerinnen aus; ebenso günstige Erfahrungen sind in Frankfurt und anderen Orten gemacht worden.

Dagegen hat eine andere männliche Körperschaft, die Berliner Ärztekammer, unter Führung eines Herrn Prof. Kossmann einen Kampf kleinlicher und gehässiger Art gegen die weiblichen Aerzte inscenirt. Man hat 7 bewährte Berliner Aerztinnen, die infolge der bisherigen reactionären Studienordnung des Deutschen Reiches ihre Examina in der Schweiz machen mussten, wegen falscher Titelführung zur Anzeige und Verurteilung gebracht, und in einem andern Falle die deutsche Approbation zweier Aerztinnen darum als ungültig bezeichnet, weil ihr keine in Deutschland erlangte Maturität zu Grunde liege, obzwar ein Bundesratsbeschluss vom 28. Juni 1900 die Vorlegung eines ausländischen Reifezeugnisses als vollgiltigen Ersatz des inländischen Abituriats erklärt. Wie sehr müssen diese Herren die Concurrenz ihrer weiblichen Collegen fürchten, und wie schlimm muss es um ihren moralischen Tact sowohl wie um ihre vorgehliche geistige Ueberlegenheit bestellt sein, wenn sie nicht mit besserem Wissen und Können, sondern mit dergleichen Denunciationen den Sieg über die weiblichen Collegen davon tragen wollen!

Recht gute Erfolge haben die kaufmännischen Hilfsvereine für weibliche Angestellte zu verzeichnen. Der Berliner Verein zählt über 13000 Mitglieder. Auf der Zusammenkunft der Vereine, die am 9. Juni in Sonneberg stattfand, wurde die Gründung eines Stellenvermittlungsbundes, der seine Wirksamkeit über das ganze Reich erstrecken

und einheitlich geleitet werden soll, beschlossen. Zu bedauern ist, dass auf der Hauptversammlung des Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine, die anschliessend in Coburg stattfand, der Berliner wie auch der Frankfurter weibliche Verein bei der Frage der Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte sich der Stimme enthielt.

In der proletarischen Frauenbewegung hat es in Deutschland auch im abgelaufenen Quartal an agitatorischer Kleinarbeit nicht gefehlt. An erster Stelle sind hier wiederum die Genossinnen Zetkin und Zietz zu nennen. Besonders ist die Unermüdlichkeit hervorzuheben, mit der die letztere die Arbeits- und Lebensbedingungen ganzer Arbeiterinnenschichten erforscht und sie einer grösseren Oeffentlichkeit zugänglich macht, um dann wieder in energischer Weise auf Abhilfe und Abstellung vorgefundener Missstände bedacht zu sein. So hat sie neuerdings zusammen mit anderen Genossen eine kräftige und vielversprechende Agitation zum Zweck der Organisation der sehr schlecht gestellten Plätterinnen und Bleichereiarbeiter Hamburgs in die Wege geleitet. Auch die Arbeiterinnen der Berliner Blumen-, Blätter- und Putzfedernindustrie haben sich unter Führung der Genossinnen Ihrer und Rönsch organisiert. Als ein ebenso erfreuliches Zeichen dafür, dass die proletarische Frauenbewegung von innen heraus erstarkt, dass das Verständnis für ihre Bestrebungen und Ziele, wie für die Wichtigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und des solidarischen Vorgehens immer grössere Kreise gewerblicher Arbeiterinnen erfasst, mögen einige Mitteilungen der Gewerbeaufsichtsbeamten dienen. So weigerten sich Textilarbeiterinnen, trotz angebotener höherer Löhne für die Ueberstunden, Ueberzeit zu arbeiten. In Harburg setzten 300 Arbeiterinnen zweier Fischconservenfabriken durch Arbeitseinstellung eine bedeutende Lohnerhöhung durch. Und als ein schöner Beweis solidarischen Empfindens sei endlich noch angeführt, dass in einer Eupener Cigarrenfabrik von 72 Arbeiterinnen 50 vierzehn tagelang strikten, weil einer Arbeiterin, die in Vertretung der Arbeiterschaft beschwerdeführend beim Arbeitgeber vorstellig geworden war, gekündigt wurde. Wie opfervoll unter Umständen solch solidarisches Empfinden ist, mag an dem Schicksal einer Arbeiterin ermessen werden, die nach fünf- und zwanzigjähriger Thätigkeit in einer Berliner Wäschefabrik augenscheinlich darum keine Arbeit mehr finden kann, weil sie für

die neugegründete Berufsorganisation eine rege Thätigkeit entfaltete.

In Oesterreich hat die proletarische Frauenbewegung einen Erfolg schönsten Art zu verzeichnen, denn der opferfreudigen unablässigen Thätigkeit der Wiener Arbeiterinnen ist die Wahl des ersten Socialdemokraten, des Genossen Adler, in den niederösterreichischen Landtag an erster Stelle mit zu danken. Rühmend seien auch der Mut und die Unerschrockenheit hervorgehoben, womit bürgerliche Frauen und die Documente der Frauen, das führende Organ des unabhängigen Frauentums, sich an der Wahlarbeit beteiligten.

Die norwegische Volksvertretung hat neben der Einführung des allgemeinen communalen Stimmrechts für Männer auch die des communalen Stimmrechts für Frauen bei einem versteuerten Einkommen von 300 Kronen auf dem Lande oder 400 Kronen in der Stadt beschlossen. Es ist das ein erster Schritt auf dem Wege der Anerkennung des weiblichen Geschlechtes als gleichberechtigten Factors des öffentlichen Lebens. Viel weiter scheint man in Belgien gehen zu wollen. Dort wird neuerdings von klericaler Seite die Verleihung des politischen Stimmrechtes an die Frauen befürwortet. Bestimmend für dies für den katholischen Klerus sehr merkwürdige Vorgehen ist neben der Absicht, einen Keil in die Opposition zu treiben, wohl die Erwägung, in der überwiegenden Zahl der Frauen eine gefügige und der Geistlichkeit unbedingt ergebene Gefolgschaft zu bekommen. So richtig das für den Augenblick sein mag, wird doch das erziehlche Moment des Stimmrechtes die Frauen sehr bald über ihre wahren Interessen aufgeklärt und ihre Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge gestärkt haben, so dass es, bei rühriger Aufklärungsarbeit, nicht unmöglich wäre, dass die Klericalen die Rechnung ohne den Wirt gemacht hätten.

Kurze Chronik. Die Zahl der an deutschen Universitäten studierenden Frauen betrug im Wintersemester 1900/01 1029 gegen 664 im Jahre vorher. In Halle bestanden kürzlich zwei Damen die ärztliche Staatsprüfung. Es sind die ersten Frauen, die ihr Examen auf Grund der in Deutschland erlangten Maturität ablegten. Sie sind ihren männlichen Kollegen auch gesetzlich in jeder Beziehung gleichgestellt. — Der Landesverein preussischer Volksschullehrerinnen hat eine Petition an die Regierung gerichtet, in der er für die Aus-

bildung von Handelsschullehrerinnen eintritt. — Am 22. Juni starb in Tübingen Frau Mathilde Weber, eine der ältesten Vorkämpferinnen der bürgerlichen Frauenbewegung. Einen weiteren Verlust hat die gesamte Frauenwelt durch den Tod von Ada Christen erlitten, die in ihrer Lyrik dem Leid und der Not der Enterbten einen ergreifenden und leidenschaftlichen Ausdruck zu verleihen wusste. — Der oberösterreichische Landesausschuss hat nunmehr endlich beschlossen, von der Heranziehung der Krankencassen zur Zahlung der Verpflegungskosten für versicherungspflichtige Wöchnerinnen abzusehen und diese Kosten im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Verpflegten auf den Landesfonds zu übernehmen. So ist der Entrüstungssturm doch von Erfolg gewesen. — Im preussischen Eisenbahndienst werden neuerdings auch Beamtinnen angestellt. Aus der Entlohnung geht hervor, dass es dabei — ums Sparen zu thun ist und auch der Staat in der Frau nur die billige Arbeitskraft sucht. — Am Potsdamer Amtsgericht hat kürzlich eine Dame, die als Stenographin auf dem Bureau eines Rechtsanwalts beschäftigt ist, einen Termin wahrgenommen. Wie stimmt das zu der landläufigen Annahme, dass eine Frau zur Absolvierung des juristischen Studiums und zur Ausübung einer juristischen Praxis durchaus ungeeignet sei?
Henriette Fürth.

Wissenschaft.

Naturwissenschaften.

Seit Jahren ist kein so bedeutsames Werk auf biologisch-naturwissenschaftlichem Gebiete erschienen wie die vor kurzem veröffentlichte **Mutationstheorie** des berühmten holländischen Botanikers Hugo de Vries (Leipzig 1901. Veit & Co.). Wenn man das Gesamtergebnis dieser Versuche und Beobachtungen über die Entstehung der Arten im Pflanzenreiche überblickt, so erhält man allerdings nichts direct Neues. Denn kaum irgend ein Biologe war mit der Darwinschen Erklärung des Descendenzprocesses völlig einverstanden, ja fast jeder huldigte mehr oder weniger der Anschauung, die Hugo de Vries in seinem Werke vertritt. Aber niemand hat vor de Vries die Entstehung der Arten in dieser planvollen Weise zum Gegenstand des Experiments gemacht, keiner konnte deshalb mit so exacten Beweisen die neuere Anschauung über die Variationslehre stützen. De Vries unterscheidet sehr glücklich zwischen Variation — dieser in kleinen Grenzen schwankenden Veränderungsfähigkeit einer

Species — und Mutation. Unter dieser versteht er das plötzliche Auftreten ganz neuer Formen, die sich constant erhalten. Die Variation bietet nach Hugo de Vries keine Möglichkeit für die Entstehung neuer Arten, da sie sich in sehr engen Grenzen hält, sie bewegt sich stets um einen constanten Mittelwert, von dem die variierenden Formen weder nach rechts noch nach links beträchtlich abweichen. Alle Variationen einer Art sind durch Uebergänge mit einander verbunden. Aber eben weil die Unterschiede der variierenden Formen so geringfügig sind, deshalb geben sie auch keine Gelegenheit zur Entstehung neuer Arten. Darwin dachte sich die Variationsfähigkeit der Species unbeschränkt; in Wirklichkeit folgt sie ganz bestimmten mathematischen Gesetzen, die graphisch leicht dargestellt werden können und zwar in der Form einer sehr hohen schmalen Pyramide, deren Höhe die normale Form bezeichnet, während die anderen Senkrechten, die auf der schmalen Basis errichtet werden können, die variierenden Formen darstellen. Da die Basis, wie gesagt, sehr klein ist, so können sich diese Senkrechten nicht weit von der Höhe (der normalen Form) entfernen, und sie müssen sehr schnell an Grösse abnehmen, also bald den Nullpunct erreichen. Kurzum, die Variation hält sich in zu engen Grenzen, als dass sie für die Entstehung neuer Arten das Material liefern könnte. Dagegen tritt die Mutation sprunghaft auf: plötzlich entsteht an einer Art eine Form von ganz abweichendem Gepräge. De Vries sah in seinen Culturen eine ganze Reihe neuer Arten auftreten, die, wenn die Kreuzung mit der Mutterart vermieden wurde, vollständig constant blieben. Allerdings befindet sich nicht jede Art in einer Periode der Mutation. Unter hundert Pflanzenspecies aus der Umgegend von Amsterdam fand de Vries nur eine einzige, eine Nachtkerzenart (*Oenothera Lamarckiana*) in einer solchen neubildenden Thätigkeit. Vor allem hat also de Vries zur Evidenz erwiesen, dass die Entstehung neuer Arten nicht durch allmähliche Entwicklung wenig variierender Abarten, sondern durch plötzliches Auftauchen neuer Formen erfolgt. De Vries hält dabei jedoch an der Wirkung der natürlichen Zuchtwahl fest, wenn er auch zugesteht, dass diese neue Arten nicht schafft, sondern nur vernichtet. Er ist aber auch der Meinung, dass ohne Kampf ums Dasein neue Formen sich erhalten können, wenn sie kräftig und fruchtbar genug sind. Völlig unerklärt bleibt aber hierbei immer noch, welche Ursache die Mutation hervorbringt: der Mechanismus der

Entstehung einer neuen Form erscheint bei de Vries noch rätselhafter, als bei Darwin. Gleichwohl ist die Thatsache der plötzlichen Entstehung durch die mehrere Decennien umfassenden Culturversuche und Experimente de Vries' endgiltig erwiesen. Sein Hauptverdienst bleibt es, die Descendenzlehre dem Experiment zugänglich gemacht zu haben. Das Werk des holländischen Forschers liegt nur erst in der ersten, allerdings sehr umfangreichen Lieferung vor, die folgenden fünf Lieferungen sollen weiterhin neues Material für eine Revision der Descendenzlehre enthalten.

*

Kurze Chronik. In der diesjährigen 73. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte (Hamburg, 22. bis 28. September) wird auch wieder eine Reihe von Vorträgen über descendenztheoretische Fragen gehalten werden. De Vries wird über seine Mutationstheorie, E. Koken über Descendenzlehre und Paläontologie, H. E. Ziegler über den gegenwärtigen Stand der Descendenzlehre in der Zoologie sprechen.

Curt Grottewitz.

Psychologie.

Wie für jede experimentelle Wissenschaft, so ist auch für die Psychologie die Vollkommenheit ihrer technischen Hilfsmittel — Instrumente und Apparate — von ausschlaggebender Bedeutung. Die letzten Jahre waren in dieser Hinsicht vornehmlich der Messung kleiner und kleinster Bewegungen gewidmet, natürlich immer unter Zuhilfenahme der graphischen Aufzeichnung auf der rotierenden Trommel. Der Giessener Irrenklinikler Sommer nahm die Reflexe in Angriff, von deren verschiedenen Typen er in seinem Buche über die psychopathologischen Untersuchungsmethoden Proben gab. Ganz einwandfrei sind seine Resultate nicht, und es wird zu ihrer Bestätigung, oder auch ihrer Richtigstellung, noch viel ähnliche Arbeit gethan werden müssen. Von der italienischen Physiologie haben wir instrumentell manches Neue und Wertvolle empfangen, vor allem von Angelo Mosso in Turin. Am umfassendsten in dieser Richtung sind freilich die dänischen Arbeiten Alfr. Lehmanns, der in seinen sinnreichen Untersuchungen über das unwillkürliche Flüstern der graphischen Methode bisher vielleicht das Feinste, in seinen grossen Publicationen über die körperlichen Begleiterscheinungen der Gefühle ihr das Bedeutksamste entlockt hat.

Aber durch diese Methoden der Bewegungsmessung erhält auch eine bisher fast nur dilettantisch betriebene Disciplin wissen-

schaftliches Daseinsrecht: die Graphologie. Zuerst von Goldscheider wurde eine Schreibwage angegeben, die dann Kraepelin modificiert und zu interessanten Untersuchungen über die Schrift bei Geisteskranken verwendet hat. Es handelt sich bei diesem Apparat darum, die Druckveränderungen der schreibenden Hand möglichst exact wiederzugeben. Im übrigen sind ja Schriftproben schon längst ein Hilfsmittel der klinischen Irrenheilkunde: man denke nur an die charakteristische Schrift der Paralytischen. Durch die Messung der Druckschwankungen rückt man aber der Innervation der Schreibbewegungen viel unmittelbarer zu Leibe, und das, was in Heidelberg gefunden worden ist, ist freilich erst ein Anfang, aber es verheisst bedeutsame Aufschlüsse bei der Fortsetzung dieser Untersuchungen.

Von den älteren Apparaten der psychologischen Laboratorien waren die Complicationsinstrumente schon seit jeher das Schmerzenskind, dessen Besserung auch Wundt immer wieder beschäftigt hat. Er demonstrierte mir vor kurzem eine Complicationsuhr, bei der eine sehr störende Fehlerquelle beseitigt war. Das Princip ist nämlich bei all diesen Apparaten, dass ein in mehr oder minder schneller Umdrehung befindlicher Zeiger an einem vom Experimentator zu bestimmenden, der Versuchsperson aber vorher unbekanntem Punkte einen Glockenschlag auslöst. Die Versuchsperson hat dann die Ziffer zu nennen, bei deren Passirung durch den Zeiger sie den Glockenschlag wahrgenommen hat. Nun war es die Regel, dass im Momente des Signals der Zeiger leise zitterte. Damit war natürlich die Pointe des Complicationsversuches vorbei, denn nun konnte man ohne weiteres die Zahl angeben, bei der man das Zittern gesehen hatte, und auf den Vergleich des Sehens mit dem Hören kam es gar nicht mehr an. Für die schnelleren Umdrehungen war der Fehler an dem von mir gesehenen Instrumente beseitigt; für die langsameren, die aber gerade die für die Untersuchung wichtigsten sind, bestand er fort. Hoffentlich gelingt es der Präcisionsmechanik, hier noch einen völlig einwandfreien Apparat zu schaffen.

Für die Farbenuntersuchungen ist die seiner Zeit von Kirschmann empfohlene, von mir zuerst systematisch erprobte bunte Gelatine bisher durch nichts Besseres verdrängt worden. Man kann aus verhältnismässig wenigen Blättchen — zuweilen genügen 5 bis 6 schon — spectraleine Farbentöne zusammenstellen, und das früher immer vermisste Gelb ist uns ja durch die Landoltsche Lösung (Uranyl-sulfat und Kali-

dichromat) im Lippichschen Strahlenfilter zugänglich gemacht worden. Die Lichtstärke der Gelatinecombinationen lässt sich durch matte Glastafeln genau regulieren; nur die Erzielung einer auch nur annähernd gleichen Sättigung ist bisher nicht möglich gewesen, höchstens auf Kosten der spectralen Reinheit; und zwar sind die Gelatinefarben fast alle stärker gesättigt, als die spectralen. Sie sind darum auch dunkler. Hier harren noch sehr interessante Probleme der technischen Methodik ihrer Lösung, und ihre Lösung ist dringend zu wünschen. Denn in der Farbenphysiologie ist unter dem Drucke der Hypothesen viel gegen die exacte Forschung gesündigt worden.

Alles in allem aber wird man sagen dürfen, dass die physikalische, instrumentelle Methodik ihre wesentlichen Dienste geleistet hat und die Zukunft der von Kraepelin umfassend ausgebildeten chemischen gehört, der sich nun jene andere fast secundär angliedert. Es ist das Wichtige an der chemischen Methode, dass sie die nervösen Centren unmittelbar packt und es nun weiterhin ermöglicht, als Registrierapparate verhältnismässig einfache Instrumente zu benutzen. Man lese nur die Heidelberger Arbeiten über den Alkohol, den Kaffee und Thee, das Morphium und andere Schlafmittel, vor allem auch über die Bromsalze, und man wird über diese Arbeitsweise erstaunt sein, die klinisch ebenso bedeutsam ist, wie theoretisch. Bei dieser Gelegenheit mag eines neuen Sieges der Heidelberger Anschauungen gedacht werden, der um so mehr wiegt, als er an einer Stelle errungen ist, an der man sonst gewöhnt ist, mit dem zähesten Conservatismus in ärztlichen Dingen zu rechnen: der 3. Band des vorzüglichen Handbuchs der Militairkrankheiten vom Oberstabsarzt Düms (Leipzig) ist mit grosser Verve völlig, soweit er von Geisteskrankheiten handelt, im Sinne Kraepelins geschrieben. Es ist interessant, gerade hier zu verfolgen, wie eminent praktisch auch die Heidelberger Anschauungen sind, denen sonst der Vorwurf theoretischer, doctrinhafter Verantheit gemacht worden ist. *Ernst Gystrow.*

Diversa.

Bücher.

Bernard Shaw: Socialism for millionaires. Fabian Tract No. 107. Published and sold by the Fabian Society, London, 3 Clements Inn, Strand, W. C.

Man weiss, welche brillante litterarische Kraft die Gesellschaft der Fabier in dem Dichter George Bernard Shaw besitzt. Unbekümmert, spottlustig, den Widerspruch

von Freund und Feind gelassen herausfordernd, bleibt Bernard Shaw auch da noch eine faszinierende Gestalt, wo es nicht jedermanns Sache ist, seine Ansicht zu teilen. Vor allem aber ist er ein Genie im Verblüffen. Und als solches zeigt er sich diesmal mehr denn je. Er hat es wahr und wahrhaftig fertig gebracht, eine socialistische Agitationsbroschüre für Millionaire zu schreiben. Und er fordert den armen Millionairen, die seine Broschüre kaufen wollen, um über die gemeinnützigste Verwendung ihrer überflüssigen Millionen Auskunft zu erhalten, obendrein noch für seinen Rat den horrenden Preis von 10 Pfennigen ab. Das Aergerliche an der Sache ist aber, dass die Ratschläge, welche dieser ernsthafte Spassvogel und spasshafte Weise den geplagten Millionairen erteilt, allen Ernstes ganz bewundernswürdig gescheit sind. Und wie die Dinge liegen, ist es nicht einmal ausgeschlossen, dass der eine oder andere Millionair in England oder America, der aus Ruhmsucht oder Ueberdruss oder Gewissensbissen oder infolge Kinderlosigkeit oder sonst aus irgendwelchen Motiven seine Millionen „abladen“ will (wie es kürzlich Andrew Carnegie that), die klugen Ratschläge Bernard Shaws beachtet und wirkliche Culturthaten vollbringt, anstatt durch verkehrt angebrachte Freigebigkeit Unsegen zu stiften.

Ladislaus Gumplowicz.

*

Kurt Eisner: Taggeist. Culturglossen. 1901. Dr. John Edelman, Verlag. Berlin W.

Ein Buch, interessant als Leistung, interessanter noch als Document. Zuvörderst die Leistung. Eisner kann wirklich schreiben, was nicht eben sehr viele können. In den ersten Aufsätzen ist sein Stil völlig sein eigen; und nur in der Sucht, dunkle, beim ersten Lesen oft schwer verständliche Gleichnisse und Exemplificationen zu bilden, copiert er eine Schwäche Maximilian Hardens in verstärkter Potenz. Politisch ist er in dieser Zeit — die Aufsätze sind aus sechs Jahren gesammelt — socialref. rmerischer Demokrat, ultrasocialliberal vielleicht zu nennen, skeptisch freilich auch da schon selbst gegen die Frankfurter Observanz der deutschen Demokratie, skeptisch aber auch noch gegen den Marxismus und seine Konsequenzen. Am Ende des Buches ist er Socialdemokrat. Aber nebenher läuft eine andere Entwicklung. Schon die ersten Blätter überraschen durch einen ungewöhnlichen Rationalismus und eine daraus fliessende Lobrednerie aufs XVIII. Jahrhundert. Am Ende aber ist aller Historismus völlig preisgegeben. Und das ist, wie ich

meine, keine gute Entwicklung. Ich bin ganz offen: Eisners erste Essays haben mich angeregt, erfreut; seine letzten haben mich geärgert. Das Manöverbild ist der crasseste Abschluss, den diese Bewegung von den Thatsachen zur Doctrin finden konnte. Wo sie dictiert, wird die vielgepriesene Vernunft allemal zur baren Unvernunft. Hier hätte Eisner von Mehring lernen können, der bei einer ähnlichen politischen Wandlung doch das Historische nie preisgegeben hat und dem er sonst durch viele ansprechende Eigenschaften überlegen ist.

Aber schliesslich ist das alles eben wieder ein wertvolles Document für die Zeit, deren Ereignisse an dieser Entwicklung mitgearbeitet haben. Jeder folgende Aufsatz zeigt immer schärfer, wie die völlige Zerfahrenheit des neuen Curses den anfangs noch zu allerlei Anerkennung Bereiteten schliesslich zur radicalen Negation treibt. Und da ist ein Punct, wo ich mich mit Eisner eng zusammenfinde: Die Politik Bismarcks seit 1878 mag völlig verfehlt, mag brutal und unheilvoll gewesen sein: sie war wenigstens überhaupt eine Politik. Sie trägt den Stempel eines rücksichtslosen Dictators, aber darum besitzt sie für den Intellektuellen — und das ist Eisner in ausgesprochener Durchbildung — wenigstens noch ein gewisses ästhetisches Interesse. Seit 1890 weiss kein Mensch mehr, was los ist. Man hätte es vielleicht erfahren, wenn Miquel dictatorisch hätte walten können. Aber Eisner ist nun schon so hoffnungslos, dass er auch für Miquel nicht den rechten Ton findet; seine Charakterisierung ist für mich der Tiefstand des ganzen Buches. Eine Politik kann doctrinär oder kann conditionell sein; aber niemals impulsiv. Impulsive Politik ruiniert das Land, die Massen und am meisten die Führenden. Sie stösst alles von sich, was „mitzählt“: geistig nämlich. Und es gehört dann die ganze abgeklärte Ruhe eines Aelteren dazu, in einer solchen Zeit von der Doctrin zum Rationalismus sich zu entwickeln, in all dieser Verwirrung immer noch den Faden der Evolution zu finden. Dass sie dies fertig gebracht, erscheint mir als die eigentlich erstaunliche Leistung der „Bernsteinianer“.

Es liesse sich auch im einzelnen noch vieles zu dem Buche sagen. Den Denkenden wird es zu allerhand Ueberlegungen anregen, und wenn ich von mir sprechen darf, so waren schliesslich der eigenen Gedanken, die mir kamen, mehr als derer, die ich gelesen hatte. Aber mir scheint, das ist die Eigenschaft aller guten Bücher, so zu wirken. Und so zähle ich Eisners Culturglossen bei allem Widerspruch und aller Reserve im ein-

zelen, doch ohne Rückhalt zu den guten Büchern und wünsche ihm recht viele der kende Leser.

Ernst Gys.rav.

Revueu.

No. 42 der Neuen Zeit enthält einen höchst bedeutsamen Artikel von Kurt Eisner über Parlamentarismus und Ministerialismus. Dass dem Artikel in litterarischer Hinsicht die gewohnten Vorzüge Eisnerscher Schreibweise: Klarheit, Grosszügigkeit und Bildkraft eigen sind, kann nicht weiter auffallen. Um so beachtenswerter ist die consequente Entschiedenheit, mit welcher Eisner, bekanntlich einer der Redacteurs des Vorwärts, sich für das Princip einer sich stetig erweiternden praktischen Mitarbeit an Gesetzgebung und Verwaltung ausspricht und die „Prüderie der Abstinenz“ als ein Symptom unreifer Schwäche kennzeichnet, von dem sich die Partei immer gründlicher befreien muss, je mehr sie wächst und erstarkt. Sehr treffend eriedigt Eisner die viellaufgebauchte „Verantwortungsfrage“ durch den Hinweis darauf, dass nach europäischer Auffassung die wahre Verantwortung für das Regierungssystem beim Parlament liegt, nicht bei den Ministern; denn die Volksvertretung hat ein Regierungssystem, das ihr nicht passt, einfach nicht zu dulden. Somit ist die Verantwortung einer socialistischen Partei für eine regierungsfreundliche Haltung gerade dann am grössten, wenn sie eine Regierung unterstützt, in der sie nicht vertreten ist, für deren dem Socialismus freundliches Verhalten ihr also nicht die unmittelbare Teilnahme eines Genossen an den Regierungsacten eine gewisse Bürgschaft biete. Wollte man also die französischen „ministeriellen Socialisten“ aus principiellen Gründen verurteilen, so müsse man die gesamte italienische Socialdemokratie, inclusive Enrico Ferri, noch viel härter verdammen. Nicht minder treffend geisselt Kurt Eisner auch den sich revolutionär geberdenden Trägheitsconservatismus, der sich hinter das Argument verkriecht, eine an sich gebotene taktische Neuerung könnte gewisse denkfaule Parteigenossen „verwirren“. Solche denkfaule Genossen muss die Partei eben denken lehren, dazu ist sie da. Im übrigen kann gerade die Thatsache, dass ein Socialist als Minister staatliche Autorität genießt, viel dazu beitragen, die autoritätsglaubigen und deshalb auf die plumpsten Verleumdungen des Socialismus hereinflallenden Volksmassen über den Socialismus aufzuklären. So entschieden sich nun auch

Genosse Eisner über die Principienfrage ausspricht, so übt er doch in Bezug auf den concreten Fall Millerand eine sehr nachahmenswerte Zurückhaltung: er erklärt offen, dass ihm zur Beurteilung der Frage, ob das principiell zulässige Vorgehen von Millerand, Jaures und Genossen in diesem speciellen Falle genützt oder geschadet habe, die notwendige intime Kenntniss der Thatsachen fehle. Auch sei das Exempel schon deshalb nicht beweiskräftig, weil ja die französische Socialdemokratie thatsächlich nicht geschlossen hinter Millerand stehe, wodurch die Stellung des letzteren wesentlich erschwert wird. — Es soll nicht verschwiegen werden, dass in derselben Nummer Genosse Molkenbuhr den Millerandschen Altersversicherungsgesetzesentwurf einer sachlichen Kritik unterwirft und hierbei zu recht ungünstigen Ergebnissen gelangt. Hierbei hat Molkenbuhr jedoch einen Umstand übersehen, der einen seiner schwersten Einwände gegen den Millerandschen Entwurf recht sehr in Frage stellt: dass nämlich in Frankreich, wo in den Städten vielfach Kunsthandwerk und Kleinindustrie, auf dem Lande ganz allgemein kleinbäuerliche Wirtschaftsformen überwiegen, der Gegensatz zwischen der Verteilung der Industriearbeiter einerseits, der Landarbeiter andererseits auf die einzelnen Altersclassen (und Erwerbsfähigkeitsclassen) notwendigerweise viel schwächer ausgeprägt sein muss, als in Deutschland mit seinen riesenhaft ausgedehnten Bergwerksbetrieben, seiner umfangreichen Grossindustrie und seinem Junkertum. Denn Bergwerk und Grossindustrie ziehen die jungen vollkräftigen Arbeiter vom Lande an sich, um sie vorzeitig aufzureiben; vor dem Junkertum dagegen flieht gerade die Blüte der vollkräftigen Arbeiter in die Bergwerke und Industriestädte, weshalb es notgedrungen zahlreichen Halbinvaliden einen Unterschlupf bieten muss. In Frankreich aber besteht im ganzen kein so greller Gegensatz zwischen ländlicher und industrieller Lohnarbeit. Das Pariser Kunst- und Luxushandwerk z. B. dürfte sicherlich viel niedrigere Invaliditätsziffern aufweisen als etwa die deutsche Montanindustrie; andererseits ist die Landflucht bei kleinbäuerlicher Betriebsform selbstverständlich eine geringere, und der französische Bauer, der einen einzelnen Knecht in seinen Haushalt aufnimmt, kann und wird sich diesen einen viel genauer ansehen, als der Verwalter eines grossen ostelbischen Gutes seine Dutzende zeitweiliger Arbeitskräfte. Dazu kommt noch, dass der französische Landarbeiter viel mehr Aussicht hat, sein Leben als

selbständiger Bauer oder kleiner Pächter zu beschliessen, als etwa der sächsische oder preussische Landproletarier.

*

Im Juli-Heft der polnischen Zeitschrift *Krytyka* bespricht L. Kulczycki in einer instructiven Studie die Mängel des heutigen Parlamentarismus. Er warnt zunächst davor, den Parlamentarismus als solchen für Schäden verantwortlich zu machen, deren Ursachen ausser ihm liegen. Ein wesentlicher innerer Fehler der heutigen Parlamente sei freilich die Divergenz zwischen der Mehrheit im Parlament und der Mehrheit im Volke. Hieran sei vor allem das ungleiche oder gar beschränkte Wahlrecht schuld. Von Uebel seien ferner die diversen Ober- und Herrenhäuser. Nur den Schweizer Ständerat und den nord-americanischen Senat nimmt Kulczycki von diesem Verdict aus, indem er sie richtig in ihrer Besonderheit als Organe der Autonomie der Einzelstaaten erkennt. Als ein vorzügliches Mittel, die Mängel des Parlamentarismus überwinden, schlägt Kulczycki vor allem das Proportionalwahlrecht vor. Er ist sogar dafür, dasselbe in gewissen Fällen durch proportionale Beschlüsse zu ergänzen. Wenn z. B. darüber abgestimmt werde, ob die Schulen nach dem System *A* oder nach dem System *B* einzurichten seien, und es stimmen von 100 Volksvertretern 75 für *A* und 25 für *B*, dann solle der Staat rings im Lande $n \times 75$ Schulen nach dem System *A* und $n \times 25$ Schulen nach dem System *B* einrichten. Man habe dann Gelegenheit zu vergleichen, welches System das bessere sei. Ferner befürwortet Kulczycki eine weitgehende Autonomie der Gemeinden, Bezirke, Provinzen und Sprachgebiete. Soweit dies mit dem Princip der geschlossenen Territorien vereinbar sei, sollen hierbei die einzelnen Gemeinden und Bezirke selbst entscheiden, zu welchem Sprachgebiet und zu welcher Provinz sie gehören wollen; Sprachinseln dagegen sollen allerdings den sie umgebenden fremdsprachigen Territorien eingeordnet werden, aber communale Autonomie behalten und sich in Schule und Amt ihrer eigenen Sprache bedienen. Endlich aber müsse die politische Bildung der Staatsbürger so gehoben werden, dass sie vom Parlamentarismus den rechten Gebrauch zu machen wissen. Abgesehen von der Hebung der Volksschulbildung, wo diese im argen liegt, müsse man also in den Mittelschulen Nationalökonomie und die Grundbegriffe der Rechtskunde lehren; an den Hochschulen solle man Lehrkanzeln für Sociologie schaffen.

Ladislaus Gumplowicz.